Donnerstag, 18. Juli 1985 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 164 - 29.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Parteispenden: Kanzler Kohl wird heute im Untersuchungsausschuß des rheinland-pfälzischen Landtags als Zeuge vernommen. Kohl soll zu Parteispendenvorgängen während seiner Zeit als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz von 1969 bis 1976 gehört werden.

Tiefpunkt: Noch nie war in der Bundesrepublik die Studienneigung der Abiturienten geringer als in diesem Jahr, ergab eine Erhebung der Arbeitsämter. Danach wollten nur noch 58 Prozent der Abiturienten studieren, 16 Prozent strebten eine Berufsausbildung in einem Betrieb an, und 25 Prozent wüßten bis zum Abitur überhaupt noch nicht, was sie machen sollten.

Ausbildungsplätze: Nach den beiden Lehrstellenrekorden 1983 und 1984 zeichnet sich für dieses Jahr eine weitere Steigerung ab. Bis Ende Juni waren bei den Industrie- und Handelskammern rund 190 000 Ausbildungsverträge registriert: 4,8 Prozent mehr als 1984. (S. 9)

Computer: Ein Gesetz zur Verfolgung und Ahndung der Computerkriminalität noch in dieser Legislaturperiode fordert der CSU-Arbeitskreis „Juristen". Ebenso wichtig seien Gesetze zur Manipulation der menschlichen Fortpflanzung und zur Sterbehilfe. (S. 4)

Sowjetunion: Parteichef Gorbatschow hat weitere Personalentscheidungen getroffen. Boris Stukalin (62), Leiter der Abteilung für Propaganda im ZK der KPdSU, wird neuer Botschafter in Ungarn. General Alexej Jepitschew (77) verlor das Amt des Leiters der politischen Hauptabteilung der Streitkräfte. (S. 8)

Nahost: Der israelische Regierungschef Peres ist in Jerusalem insgeheim mit den beiden westjordanischen Palästinenserführern Elias Freidsch und Hikmet al Masri zusammengetroffen, um die Aussichten auf Verhandlungen zwischen Israel und einer jordanisch-palästinensischen Delegation zu sondieren. (S. 5)

Flottenmanöver: Im Ostatlantik ist eines der bisher größten Manöver der Roten Flotte in diesem Raum angelaufen. Beteiligt sind rund 40 Schiffe. Sie sollen erproben, wie Europa im Ernstfall von amerikanischem Nachschub abgeschnitten werden kann.

Bolivien: Die Rückkehr des früheren Militärdiktators Hugo Banzer an die Macht ist trotz seines Sieges bei den Präsidentenwahlen ungewiß. Da er die absolute Mehrheit verfehlte, entscheidet das Parlament zwischen den drei Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl. Zahlreiche Abgeordnete stehen Banzer ablehnend gegenüber. (S. 5 und 9)

ZITAT DES TAGES



›› Es kann ja nicht das Ziel der Staaten sein, unternehmerische Entscheidungen zu ersetzen, sondern man muß vielmehr die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung optimal verbessern ‹‹

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in einem Rundfunk-Interview zur europäischen Technologie-Gemeinschaft EUREKA FOTO: FERDI HARTUNG

WIRTSCHAFT

Handelsschranken: Im US-Kongreß verstärken sich die protektionistischen Tendenzen. In einem Gesetzentwurf fordern die Demokraten jetzt eine Importsteuer bis zu 25 Prozent des Warenwerts auf Lieferungen aus Ländern, die im Handel „exzessive Überschüsse" erzielen. (S. 9)

Dollar: In nervösem und hektischem Geschäft fiel der Kurs der US-Währung in Frankfurt gestern um fast drei Pfennig auf 2,8518 DM (amtlicher Mittelkurs).

Nachfragegrenzen: Die sowjetischen Erdgasexporte nach Westeuropa dürften bis 1990 nur 50 bis 55 Milliarden Kubikmeter pro Jahr erreichen und nicht, wie von der UdSSR erwartet, 70 Milliarden, errechnete das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung anhand bestehender Verträge.

Börse: Nach Tagen kräftiger Verluste konnten sich die Aktienkurse gestern im späteren Börsenverlauf deutlich erholen. WELT-Aktienindex 194,68 (195,06). Auch der Rentenmarkt tendierte freundlich. BHF-Rentenindex 103,823 (103,783). Performance-Index 105,036 (104,966). Dollar-Mittelkurs 2,8518 (2,8800) Mark. Goldpreis je Feinunze 325,60 (321,75) Dollar.

KULTUR

Architektur: Das Billigangebot im Wohnungs- und Städtebau – die Kommerzarchitektur – verliert seinen Kurswert. Gefragt ist wieder kunterbunter Pluralismus, wie die Frankfurter Ausstellung „Bauen heute – Architektur der Gegenwart in der Bundesrepublik Deutschland" zeigt. (S. 15)

Schostakowitsch: Der seit vier Jahren im Westen lebende russische Dirigent Maxim Schostakowitsch übernimmt 1986 die musikalische Leitung des Symphonie-Orchesters von New Orleans. Er löst Philippe Entremont ab, der Chefdirigent des Symphonie-Orchesters von Denver wird.

SPORT

Rad: Der Ire Stephen Roche gewann das erste Teilstück der 18. Etappe der Tour de France. Das Gelbe Trikot behielt der Franzose Bernard Hinault. (S. 6)

Fechten: Die deutschen Florett-Damen erreichten bei den Weltmeisterschaften in Barcelona das Finale. Das bedeutet die fünfte Medaille für den Fechter-Bund.

AUS ALLER WELT

Weinskandal: Die Abgeordneten des Landwirtschaftsausschusses im Bundestag müssen auf Antrag der Unionsfraktion ihre Sommerferien unterbrechen, um über die Konsequenzen aus dem Skandal, der immer größere Kreise zieht, zu diskutieren. (S. 16)

Münzen: Erstmals seit 1933 wollen die USA wieder neue Goldmünzen prägen, die auch als Zahlungsmittel zugelassen sind. Damit soll der Import ausländischer Goldmünzen, vor allem des südafrikanischen Krügerrand, gebremst werden. (S. 16)

Wetter: Überwiegend heiter und trocken. 24 bis 27 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bonn beschließt „letzten Teil der neuen Familienpolitik"

Geißler verwahrt sich gegen Kritik am Erziehungsurlaub mit Kündigungsschutz

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit der Einführung eines Erziehungsgeldes in Höhe von 600 Mark ab 1. Januar 1986 für zehn Monate (ab 1988 für ein ganzes Jahr) und mit der Einführung eines Erziehungsurlaubs mit Kündigungsschutz nach der Geburt eines Kindes sei der „letzte wichtige Teil einer umfassenden neuen Familienpolitik verwirklicht". Dies erklärte Bundesminister Heiner Geißler, nachdem das Kabinett beide Maßnahmen kurz zuvor beschlossen hatte. Mit insgesamt zehn Milliarden Mark, unter anderem für Kinderfreibeträge oder Erziehungsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung, sei dies „das größte Familienpaket, das jemals seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet worden ist", sagte Geißler.

Mit Bedenken reagierten dagegen die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Zentralverband des Deutschen Handwerks. Der sehr weit gehende Kündigungsschutz, so die Arbeitgeberverbände, käme fast der früher von Geißler geplanten „Arbeitsplatzgarantie" gleich und bedeute für die Betriebe eine weitere Behinderung in der so dringend erforderlichen Flexibilität in der Personalpolitik.

Auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks wandte sich gegen die vorgesehenen Kündigungsschutzbestimmungen. Die Ausnahmeregelungen würden keine wesentlichen Hilfen bei der Bewältigung der Schwierigkeiten für Klein- und Mittelbetriebe bedeuten.

Geißler verwahrte sich ausdrücklich gegen die „Kritik aus der Wirtschaft", die Neuregelung könne sich als Einstellungshindernis für junge Frauen auswirken. Das werde durch die Erfahrung mit dem Mutterschaftsurlaub im benachbarten Ausland widerlegt. Vergleichbaren Urlaub gebe es in Österreich, Frankreich und Schweden, eingeführt von jeweils nichtsozialistischen Regierungen und mit dem Erfolg, daß die Beschäftigungsquote von Frauen nach einer OECD-Studie nicht gesunken sei.

Das Erziehungsgeld erhalten nach den Bonner Beschlüssen im Gegensatz zum bisherigen Mutterschaftsurlaubsgeld (von 510 Mark) alle Mütter, und nicht nur die Erwerbstätigen, und alle Arbeitnehmerinnen, die schon bei einem früheren Kind ihre Erwerbstätigkeit aufgegeben haben. Der Mutter (oder im entsprechenden Fall dem Vater) darf während des Erziehungsurlaubs nur in ganz besonderen Ausnahmefällen gekündigt werden. Dies soll, so Geißler, eine kommende Verwaltungsvorschrift des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung regeln, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Befristete Arbeitsverträge mit Ersatzkräften für die Erziehungsurlauber werden durch das Gesetz ausdrücklich ermöglicht. Die Bundesregierung verspricht sich davon, so Geißler, eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes, da jährlich etwa 300 000 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen würden.

Burt als Bonner Botschafter bestätigt

Kritik an Osteuropa-Politik des Diplomaten / Tauziehen im US-Senat beendet

FRITZ WIRTH, Washington

Nach monatelangen Verzögerungs- und Obstruktionsmanövern durch eine Gruppe konservativer Senatoren hat der amerikanische Senat am Dienstagabend Richard Burt als neuen Botschafter in der Bundesrepublik bestätigt. Er wird voraussichtlich Anfang September sein neues Amt antreten. Das Agrément durch den Senat fiel mit 88 gegen zehn Stimmen wie erwartet sehr klar aus.

Zugleich wurde die bisherige amerikanische Botschafterin in Ost-Berlin, Rozanne Ridgway, vom Senat mit 88 gegen neun Stimmen als Nachfolgerin Burts in dessen bisheriger Rolle als Abteilungsleiter für europäische und kanadische Fragen im State Department bestätigt.

Die Abstimmungen im Senat beenden eine Affäre, die für alle Beteiligten in hohem Maße peinlich war. Sie warf Schatten auf die Qualifikation der nominierten Diplomaten, stellte die Autorität und die Personalpolitik des amerikanischen Außenministers Shultz in Frage und belastete schließlich seit Wochen die Geschäfte des Senats.

Burt und Rozanne Ridgway waren die Schlüsselfiguren einer Kampagne, mit der der konservative republikanische Senator Jesse Helms gegen die angebliche „Säuberung" des diplomatischen Dienstes von konservativ orientierten Mitarbeitern protestieren wollte, die, wie er behauptete, von Shultz „systematisch" betrieben würde. Mit diesem Argument blokkierte Helms im Senat seit Wochen die Ernennung von insgesamt 29 amerikanischen Diplomaten in neuen Anstellungen. Er ließ wissen, daß er diesen Widerstand erst aufgeben werde, wenn für sechs ihm politisch nahestehende Diplomaten neue Beschäftigungen gefunden würden, unter ihnen die bisherigen Botschafter in Mexiko und Paraguay.

Kritiker Helms' nannten dieses Manöver eine „Geiselnahme". Helms dagegen entgegnete kühl: „Ich bin nicht nach Washington gekommen, um hier einen Popularitäts-Wettbewerb zu gewinnen" und hatte mit seinem Manöver Erfolg. Der Botschafter in Mexiko konnte im Amt bleiben, für die fünf anderen werden neue Jobs in der Administration gefunden.

Helms gab daraufhin 26 Diplomaten zur Bestätigung frei, bestand bei den restlichen drei jedoch auf eine Senatsabstimmung. Es waren Richard Burt, Rozanne Ridgway und Edwin Corr, der neue Botschafter in El Salvador.

Helms ist ein langjähriger Gegner Burts und gründet seine Kritik an Burt auf eine Reihe von Beiträgen während dessen Zeit als für Verteidigungsfragen zuständiger Korrespondent der „New York Times". Zugleich verurteilt Helms die Rolle Burts im State Department im Umgang mit Osteuropa. Der Kritik Helms' an Burt schloß sich auch Senator Goldwater, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Senat, an.

Dagegen wurde Burt im Senat von Richard Lugar, dem Leiter des außenpolitischen Ausschusses, für seine Expertise in Rüstungskontrollfragen gepriesen.

Die Kritik Helms' an der Burt-Nachfolgerin Ridgway basiert auf der Behauptung, daß sie im Jahre 1984 ein Ehepaar aus der „DDR", das in der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin um Asyl bat, abgewiesen habe. Das Ehepaar sei daraufhin von den „DDR"-Behörden verhaftet und später von der Bundesregierung freigekauft worden. Frau Ridgway wies diese Behauptung zurück.

Neusel wird Staatssekretär

gba/E.N. Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern erwartungsgemäß der Berufung von Hans Neusel zum Staatssekretär im Bundesinnenministerium ebenso zugestimmt wie den Ernennungen von Heribert Hellenbroich zum Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) und von Ludwig-Holger Pfahls zum Nachfolger Hellenbroichs als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) in Köln. Damit folgte das Kabinett dem Vorschlag von Bundesinnenminister Zimmermann (WELT v. 15.7.).

Auch das Bundesamt für Zivilschutz bekommt mit Hans Georg Dusch, der bis Januar dieses Jahres das Ministerbüro bei Zimmermann leitete, einen neuen Präsidenten.

Einig über „Eurosuper"

gba. Bonn

Schon im Herbst dieses Jahres will die deutsche Automobilindustrie in allen Fahrzeugklassen umweltfreundliche Fahrzeuge anbieten. Das gelte auch für Autos mit weniger als *1,4 Litern Hubraum,* sicherten die Vertreter der Industrie gestern im Bundesinnenministerium dem parlamentarischen Staatssekretär Carl-Dieter Spranger zu.

Fabrikanten, Benzinhersteller und Importeure waren sich mit der Regierung einig, daß „so schnell wie möglich" das geplante bleifreie Euro-Benzin angeboten werden solle. Dies liegt mit der Oktanzahl 95 zwischen dem herkömmmlichen Normalbenzin von 92,5 Oktan und dem (verbleiten) Super mit 98 Octan.

Erfolg für „Sonnenschein"

F. D. Berlin

Die umstrittene Berliner Batteriefabrik „Sonnenschein" darf weiterproduzieren. Das Berliner Oberverwaltungsgericht gab gestern einer Beschwerde der Firma gegen eine Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts statt, das am 14. Juni eine Teilstillegung des Betriebs wegen „jahrelanger Umweltgefährdung" angeordnet hatte. Diese Teilstillegung war vom Oberverwaltunsgericht wiederaufgehoben worden. Der Vorsitzende Richter des Oberverwaltungsgerichtes, Albrecht Grundei, führte in seiner Urteilsbegründung aus, die Antragsteller hätten nicht glaubhaft machen können, daß ihnen ein Anspruch auf Betriebsstillegung zusteht.

Bundespost auf gutem Weg in USA

H.-A. SIEBERT, Washington

Als „eine Chance der Geschichte, die unbedingt genutzt werden muß", hat Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling in Washington die Entscheidung der US-Fernmeldegesellschaften für das dienste-integrierende digitale Fernmeldenetz (ISDN) bezeichnet. Durch die Darstellung der Daten und Informationen in Ziffern können durch ISDN alle heute denkbaren Fernmeldedienste wie Telefon, Telefax, Telex und Teletex, Bildschirmtext und Standbild auf einem Netz transportiert werden.

Schwarz-Schilling sieht darin nicht nur große Kooperationsmöglichkeiten zwischen der Bundespost und den amerikanischen Telefonunternehmen. Für ihn ist ist die vereinbarte Zusammenarbeit ein wichtiger Schritt zu einer internationalen Standardisierung im Fernmeldewesen. In Amerika ziehe man damit die Konsequenzen aus der Deregulierung und Zerschlagung des Giganten AT & T, meinte der Minister in einem Gespräch mit deutschen Journalisten. Diese Entwicklung sei für ein exportorientiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland mit relativ kleinem Binnenmarkt von entscheidender Bedeutung.

Da die US-Fernmeldegesellschaften praktisch zeitgleich mit der Bundespost den Ausbau des ISDN vorantreiben, vereinbarte Schwarz-Schilling mit verschiedenen Gesprächspartnern eine enge Zusammenarbeit für die Einführungsphase. So lud der Minister Vertreter von AT & T und Bell South zu einem Meinungsaustausch über die ISDN-Pilotprojekte ein, die von 1986 an in Stuttgart und Mannheim installiert werden. Im Gegenzug werden Angehörige der Bundespost enge Kontakte mit ihren amerikanischen Kollegen pflegen.

Hilfreich nannte Schwarz-Schilling die Erfahrungen, die in den USA nach der Entbürokratisierung und Entflechtung von AT & T gesammelt worden sind. Immerhin habe nach dem Anti-Kartell-Verdikt der Wettbewerb zu erheblichen Kostensteigerungen für die Privathaushalte geführt, während von der Vielfalt an Telekommunikations-Endgeräten und der kostenorientierten Gebührenstruktur für Orts- und Ferngespräche nur die Geschäftsleute profitierten.

Heute sind in Amerika Ortsgespräche um 30 Prozent teurer und Ferngespräche um etwa sechs Prozent billiger, denn früher subventionierte AT & T die Ortsgespräche. Als weiteren Nachteil für Privatkunden wertete Schwarz-Schilling auch die Tatsache, daß praktisch kein Service aus einer Hand mehr geboten werde. Völlig offen sei, inwieweit der Wettbewerb Innovationen gefördert und sich auf die Qualität der Leistung ausgewirkt habe.

Schwarz-Schilling: „Es ist gut, daß die Bundesrepublik sich nicht zu Schnellschüssen in der Deregulierung hat hinreißen lassen." Er sieht in den USA „einen erkennbaren Nachbesserungsbedarf" und nannte es vernünftig, für die Gestaltung des deutschen Fernmeldewesens eine Regierungskommission einzusetzen, die auch die Erfahrungen im Ausland berücksichtigen solle. Um weitere Informationen über die Auswirkungen des Wettbewerbs im US-Telekommunikationsmarkt zu erhalten, hat die Bundespost einer amerikanischen Unternehmensberatungsfirma einen Untersuchungsauftrag erteilt.

Das Bekenntnis der Amerikaner zu einheitlichen ISDN-Standards ist für Schwarz-Schilling deshalb so wichtig, weil es für die deutsche Telekommunikationsindustrie trotz der Entbürokratisierung äußerst schwer ist, auf dem US-Markt Fuß zu fassen.

DER KOMMENTAR

Das Paket

ENNO v. LOEWENSTERN

Heiner Geißler betrachtet das Erziehungsgeld als ministeriales Testament und Schwanengesang; mit der Schnürung und Ablieferung des „größten Familienpakets in der Geschichte der Bundesrepublik" könne er getrost sein Staatsamt aufgeben und sich auf sein Parteiamt zurückziehen. Der Chor, der ihn begleitet, ist dissonant. Der SPD geht der Kündigungsschutz nicht weit genug, den Arbeitgebern dagegen viel zu weit. Sie befürchten von diesem Gesetz Nachteile für junge Frauen.

Darauf erwidert Geißler, daß eben die Flexibilitätsregelung des Kollegen Blüm die Suche nach Ersatzkräften erleichtere und womöglich den Arbeitsmarkt entlasten werde; überdies hätten Erfahrungen mit solchen Gesetzen in Frankreich, Schweden und Österreich gezeigt, daß der Beschäftigungsstand der Frauen nicht sinke. Tu, felix austria, nube? Nun gut, das Gesetz ist da und man kann nur abwarten, wie es sich hier auswirkt, da es mitten in eine große Arbeitslosigkeit hineingesetzt wurde.

Um das zu beurteilen, braucht man Jahre. Nur zwei Jahre aber vergehen, bis die Union und ihr Koalitionspartner sich wieder der Wahl stellen. Was nun der Sinn der Inszenierung war, aber in des Chores grauser Melodie bislang vermißt wird, sind die hellen Jubeltöne derer, die begünstigt wurden. Die Stimmen der jungen Frauen also, die da sagen sollten: Nun kann ich mir endlich (noch) ein Kind leisten, und wenn's ein Knabe wird, soll er Heinrich heißen.

Vielleicht gibt es diese Stimmen ja, verinnerlicht. Man wird sehen. Aber nach aller bisherigen Erfahrung ist und bleibt die beste Familienpolitik eine, die Arbeitsplätze schafft. Das heißt hier: Etatkonsolidierung. Wird dies durchgezogen, kann die Regierung 1987 sagen: Als wir antraten, standen Schulden, Zinsen und Inflation so, und heute stehen sie anders – und dann wird ihr Lohn nicht ausbleiben. Denn dann wird sich das Gefühl verbreiten, dies Land ist wieder auf dem Weg zur Vernunft, es gibt eine Zukunft, man kann darauf Familien gründen. Ein ungewisser Ton verbreitet dagegen Zweifel.

Wie gut auch immer das Paket gemeint war, und selbst wenn es nicht Zäune gegen junge Frauen errichten sollte: Niemand hält es für einen Baustein der Zukunft. In den verbleibenden zwei Jahren muß diese Regierung andere Zeichen der Hoffnung setzen, wenn sie eine Stimmung und ein Wahlergebnis haben will vergleichbar dem, was ein Hoffnungsträger jenseits des Ozeans bei jungen Leuten erzielte.

Kiechle sieht kaum Einbußen für Landwirte

„Bestmögliche Notlösung" im EG-Ministerrat

WILHELM HADLER, Brüssel

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) glaubt, daß das am Dienstag beschlossene „Notregime" für die Getreidepreise den deutschen Bauern Einkommenseinbußen weitgehend ersparen wird. Kiechle sagte gestern in Bonn, im Ministerrat in Brüssel sei es ihm gelungen, die von der Kommission durchgesetzte Preissenkung von 1,8 Prozent im wesentlichen zu kompensieren. Gleichzeitig machte er deutlich, daß er sein Veto gegen die Getreidepolitik der Kommission solange aufrechterhalten werde, als diese nicht von ihren Preissenkungsplänen abrücke.

Nach mehrwöchigen bilateralen Kontakten hatte sich Kiechle im Ministerrat bereit erklärt, die von der EG-Kommission beschlossene „vorsorgliche" Preissenkung um 1,8 Prozent zum 1. August hinzunehmen, ohne allerdings damit den deutschen Einspruch zurückzuziehen. Da auch die übrigen Mitgliedsregierungen bei ihrer bisherigen Haltung blieben, kam erstmals in der Geschichte der *EG überhaupt kein Ratsbeschluß* über die Getreidepreise zustande.

Die seit Juni bestehende Patt-Situation gab der Kommission Gelegenheit, ihre in den Römischen Verträgen vorgezeichnete Rolle als Hüterin des Gemeinschaftsrechts voll durchzuspielen. Sie hatte sich unter Hinweis auf die Notwendigkeit, die Funktionsfähigkeit des einheitlichen Marktes zu sichern, bereits wenige Tage nach dem deutschen Einspruch gegen eine Mehrheitsentscheidung im Rat dafür stark gemacht, die Preissenkung notfalls „im Verwaltungswege" vorzunehmen.

Kiechle gelang es, dieses vom Europäischen Gerichtshof gestützte „Notregime" dadurch erträglicher zu machen, daß er die Kommission zu einer Zusage über Maßnahmen bewegen konnte, die vor allem in Richtung auf eine Verminderung der Einkommensverluste der Erzeuger von Brotweizen hinauslaufen.

So will die EG-Behörde auch künftig eine besondere Preisstützung für Backweizen vornehmen, was vornehmlich den deutschen Landwirten zugute kommt. Außerdem sollen die von den staatlichen Interventionsstellen aufgekauften Getreidebestände nicht erst nach 120, sondern bereits nach 90 Tagen bezahlt werden. Den Mitgliedsregierungen wird darüber hinaus die Möglichkeit gewährt, die Zahlungsfrist mit nationalen Finanzen auf 60 Tage zu verkürzen.

Die Umrisse dieser Begleitmaßnahmen zum Getreidepreis hatte Kiechle bereits am Wochenende in seinem Allgäuer Haus mit dem für die Agrarpolitik zuständigen nieder*ländischen EG-Kommissar Frans An*driessen vereinbart. Allerdings mußte er schließlich doch gewisse Abstriche an den deutschen Forderungen hinnehmen. „Gemessen an der Ausgangsposition" meint Kiechle jedoch das Ergebnis zu Hause vorzeigen zu können. Statt der ursprünglich vorgesehenen Preissenkung von 3,6 Prozent bleibt es nach seinen Angaben unter Berücksichtigung der veränderten Zahlungsfristen bei einem Abschlag auf die Mindestpreise von nur 0,5 bis 0,7 Prozent.

Seite 3: Die Stunde der Kommission

Reagan bleibt dabei: Treffen mit Gorbatschow im Herbst

Vorbereitungen angeordnet / Ende der Moskauer Polemik?

rtr/AP/DW. Washington/Genf

US-Präsident Ronald Reagan will trotz seiner Krebsoperation offenbar an dem für den 19. und 20. November in Genf geplanten Treffen mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow festhalten. Präsidialamtssprecher Larry Speakes teilte am Dienstag mit, der Präsident habe am gleichen Tag eine Gruppe von zehn Personen angewiesen, am Donnerstag nach Genf zu fliegen, um den Bau der notwendigen technischen Anlagen zu planen.

Unterdessen ist die zweite Runde der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgespräche in Genf am Dienstag ohne sichtbare Ergebnisse – die allerdings zu diesem Zeitpunkt auch nicht zu erwarten waren – beendet worden. Die Verhandlungen sollen am 19. September – zwei Monate vor dem geplanten Treffen Reagans mit Gorbatschow – fortgesetzt werden.

Unterschiedliche Beurteilungen des Verlaufs der Gespräche kennzeichneten deren Bewertung durch die beiden Delegationsleiter. Der sowjetische Verhandlungsführer Viktor Karpow sagte, es sei bisher „kein Fortschritt" erzielt worden. Der Grund dafür sei, daß die USA keine Bereitschaft zu erkennen gegeben hätten, ihre Position irgendwie zu verändern. Mit Hinweis auf eine Rede Gorbatschows vom 26. Juni fügte Karpow hinzu, wenn die USA keine „vernünftigere" Haltung einnehmen würden, müsse die Sowjetunion die Lage neu einschätzen. Karpow sprach Moskau frei von der Verantwortung für den Ausgang der kommenden Verhandlungsrunde. Ob es bei den nächsten Gesprächen vorangehen werde, hänge allein von der „anderen Seite" ab.

Dagegen gab der amerikanische Delegationsleiter Max Kampelman ein positiveres Urteil ab. Kampelman sagte, die UdSSR habe „größeren Nachdruck auf Dialog und weniger Gewicht auf Polemik" gelegt. Man habe von Anfang an gewußt, daß die Verhandlungen schwierig würden. Washington bleibe seiner Linie treu und strebe weiterhin ein „wirksames, ausgewogenes und überprüfbares Abkommen" zur Abrüstung an.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Lehrstellen für alle?

Von Heinz Heck

Das publikumswirksame Schauspiel „Lehrstellenkatastrophe" soll offenbar vom Spielplan des Bonner Sommertheaters abgesetzt werden. Nach dem schlagzeilenträchtigen Katastrophenalarm der Vorjahre ist es still geworden bei der *Bonner Opposition wie beim Deutschen Gewerkschaftsbund.* Das muß Gründe haben.

Vielleicht hat sich doch noch herumgesprochen, daß schon in den beiden letzten Jahren Ausbildungsplatzrekorde erzielt wurden und in diesem Jahr sogar die Chance besteht, daß so viele Lehrstellen angeboten wie nachgefragt werden. Natürlich hat damit noch nicht jede(r) Jugendliche eine Lehrstelle; schon die erheblichen regionalen Unterschiede sind nicht von heute auf morgen zu überbrücken. Auch läßt sich nicht immer der Traumberuf *realisieren. Doch könnte etwas mehr Mobilität* in beiderlei Hinsicht das Bild noch weiter deutlich aufhellen.

Die Kritiker haben in den letzten Jahren völlig „übersehen", daß geburtenstarke Jahrgänge auf den Ausbildungsmarkt drängten und die Wirtschaft vor Probleme einer ganz anderen Größenordnung stellten: So ist in nur zehn Jahren, von 1974 bis 1984, die Zahl der Lehrverträge von rund 450 000 auf 706 000 oder um mehr als fünfzig Prozent gestiegen. Wer stattdessen jedoch den Saldo der leer ausgegangenen Bewerber unter die Lupe nimmt, der freilich mag zu Horrorbetrachtungen neigen und nach dem Staat rufen, da „die" Wirtschaft sich als unfähig erwiesen habe, das Problem zu lösen.

Das mutet grotesk an; nicht zuletzt vor dem Hintergrund des weltweiten Interesses, das unser duales Ausbildungssystem inzwischen findet – bis hin nach Japan und den USA. Berufsausbildung ist heute ein gefragter Artikel deutscher Entwicklungshilfe, den man guten Gewissens in Regierungsverhandlungen mit den Ländern der Dritten Welt anbieten kann.

Wer dennoch wieder den Einfall aufwärmen wollte, doch gleich lieber alles dem Staat zu übertragen und staatliche Abgaben einzuführen, der sollte bedenken, daß allein aus demographischen Gründen der Andrang bald nachlassen wird. Damit dürfte dann die Bonner Szene endgültig um ein schillerndes *Thema ärmer werden.*

Korruption bei den Reinen

Von Carl Gustaf Ströhm

Der neue Besen Gorbatschow beginnt nun auch in Moskau zu kehren: zweiundzwanzig Funktionäre aus dem Wirtschaftsapparat der sowjetischen Hauptstadt sehen einem Korruptionsprozeß entgegen. Damit ist der mächtige Chef der Moskauer Parteiorganisation, Politbüromitglied Viktor Grischin, ins Gerede gekommen. Wird Grischin stürzen wie neulich der Leningrader Parteichef Grigori Romanow?

Gorbatschow *scheint der bereits unter Andropow verbreite*ten sowjetischen Praxis treu zu bleiben, politische Auseinandersetzungen unter dem Stichwort „Korruption" zu führen. In den letzten Lebensmonaten Breschnews kam dessen Familie, vor allem seine Tochter Galina, wegen zwielichtiger Kontakte ins Gerede. Es gab mindestens einen Selbstmord und mehrere Verhaftungen. Kurze Zeit später war Andropow, der Mentor Gorbatschows, an der Macht.

Nun pflegen Sozialisten den Kapitalismus (oder westgeneigte Regime) als korrupt hinzustellen, Beispiele: Thieu in Südvietnam oder Mobutu in Zaire; vom Kommunismus hingegen heißt es, er sei zwar nicht wirtschaftlich effizient, aber wenigstens selbstlos. Tatsächlich aber muß in einem System, das auf abgestuften Privilegien basiert und wo wirtschaftliche Vorteile sich aus politischer Macht ableiten, die Grenze zur Korruption fließend bleiben. Entweder alle sind korrupt, oder niemand ist es. Unter Andropow und Gorbatschow neigt man ersterem zu, nachdem unter Breschnew und Tschernenko letzteres galt.

Korrupt, so könnte man schließen, ist in der Sowjetunion vor allem jener Funktionär, der selber oder dessen Seilschaft im Machtkampf den kürzeren gezogen hat. Doch hat jeder Kampf, den ein neuer Mann mit „sauberer Weste" gegen Korruption führt, auch seine Kehrseite: er mobilisiert den Widerstand jener, deren Pfründen, Besitzstand, Privilegien und Einnahmequellen zerstört werden könnten. Der Kommunismus ist ebenso wie der Nationalsozialismus ein Regime, das auf unzähligen Kleinfunktionären, Blockwarten, Zwischenträgern und Bürokraten aufbaut. Wenn Gorbatschow sich diese *Leute zu Feinden macht, wird er es nicht leicht haben.*

Ja, Äthanol is guat . . .

Von Joachim Neander

Der Weinskandal entwickelt sich zu einem riesigen Suppenkessel, in den jeder hineinzurühren versucht. Dabei scheinen politische und ökonomische Eigeninteressen für viele wichtiger zu sein als die Sache selbst. Andere fragen sich inzwischen, ob der Stimm- und Diskutieraufwand nicht ernsteren Problemen sehr viel eher angemessen wäre.

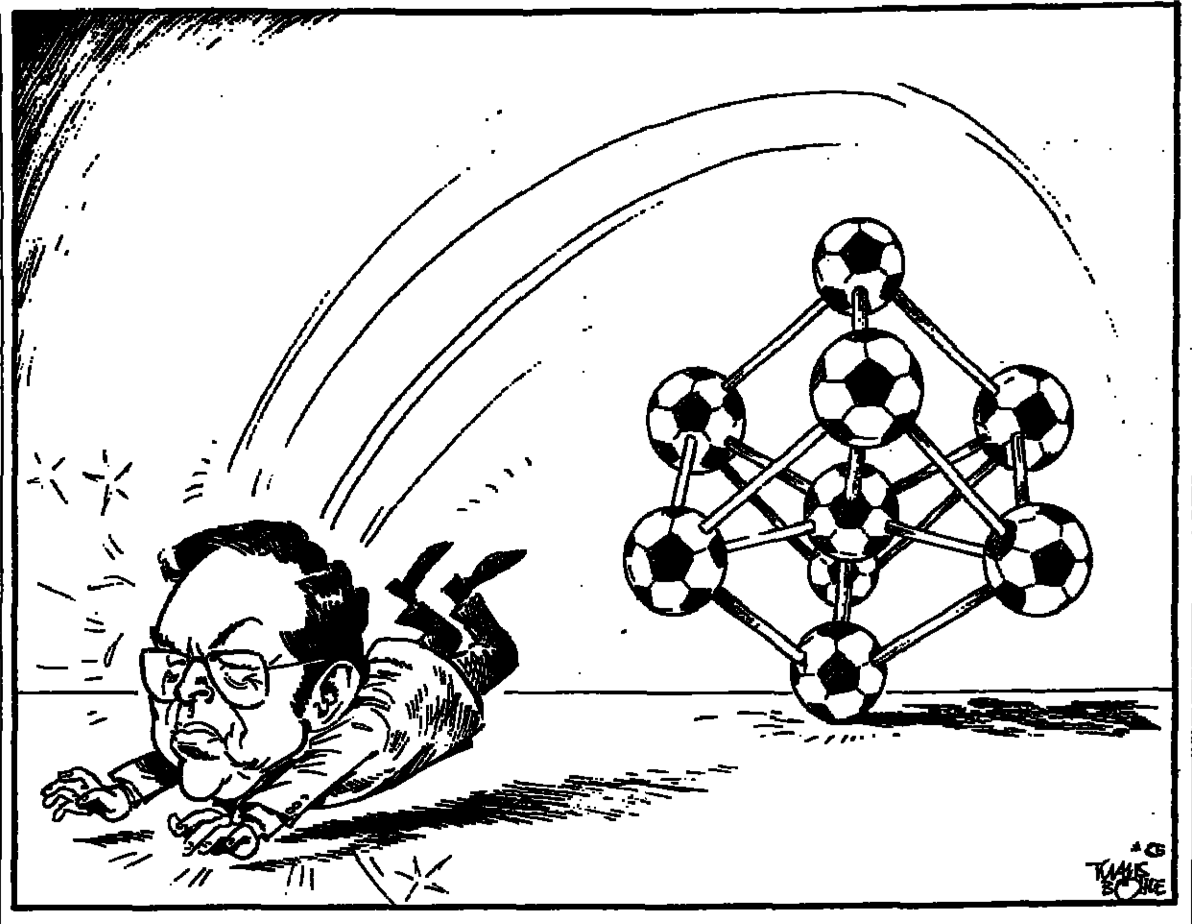
Am Anfang lag der schändliche Versuch einiger Weinproduzenten (ob *nur in Österreich, ist noch keineswegs sicher),* ihre Kunden ohne Rücksicht auf eventuelle Gesundheitsrisiken zu betrügen. Das ist Sache der Strafjustiz.

Auch das Verhalten der beteiligten Behörden darf und muß einer genauen Prüfung unterzogen werden. Das fängt bei der Frage an, ob ein österreichisches Bundesministerium ein deutsches Bundesland als Postboten in Richtung Bonn mißbrauchen darf, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, es wolle die Angelegenheit selbst auf der halboffiziellen Schiene, also unauffällig, behandeln.

Aber soweit erkennbar hat auch keine der deutschen Stellen zwischen Mainz und Bonn sich mit Ruhm bedeckt. Schlamperei, politische Fehleinschätzung und Angst vor dem Eklat säumen den Weg. Auch das muß zu einem Dazulernen führen, selbst wenn der verantwortungsbewußte Mittelweg zwischen Vertuschung und öffentlicher Hysterie manchmal nicht leicht zu finden sein mag.

Festzuhalten ist jedoch auch dies: Die Vorstellung, der Staat könne *durch Kontrollmaßnahmen dem Weintrinker* eine absolute Garantie gegen jede Art von Gesundheitsgefährdung abgeben, ist kindisch. Der Wein hat von Natur aus wohl an die tausend verschiedene Inhaltsstoffe. Sie alle ungefährlich zu machen, ist unmöglich.

Das mit Abstand weitestverbreitete und folgenreichste Gift im Wein ist das Äthanol. Es verursacht, in größeren Mengen genossen, Schwindel, Übelkeit, Gangstörungen, verlängerte Reaktionszeiten, Sprachstörungen, Bewußtseinstrübungen und Schlimmeres. Jeder weiß das. Es handelt sich um den Alkohol. Vielleicht ist es nützlich, daran zu erinnern. Vernünftiger Weingenuß bleibt ein sehr persönlicher, eigenverantwortlicher Akt.



Brüsseler Spitzen-Fall KLAUS BÖHLE

Botha zwischen Mühlsteinen

Von Heinz-Dietrich Ortlieb

„An nescis, mi fili, quantilla prudentia regatur orbis!" (Wenn du wüßtest, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird!). An dieses Wort des schwedischen Staatsmannes Axel Oxenstjerna wird man erinnert, wenn man erfährt, daß der amerikanische *Kongreß nichts* Besseres *zu* tun weiß, als durch einen rigorosen Wirtschaftsboykott die Beseitigung der Apartheid in Südafrika beschleunigen zu wollen. Wenn überhaupt, könnte eine solche Beschleunigungsmethode ihr Ziel nur dadurch erreichen, daß durch weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage die sozialen Spannungen in Südafrika erhöht und damit im revolutionären und konterrevolutionären Kampf aller gegen alle das Chaos herbeigeführt würde.

Wahrscheinlich spielen im US-Kongreß innenpolitische Motive oder völlige Ignoranz die entscheidende Rolle. Immerhin ergingen die Beschlüsse unmittelbar vor der heute beginnenden Tagung der Organisation Afrikanischer Einheit *(OAU), deren Thema der Ruf nach* „drastischen Aktionen" ist, „um den vollständigen Kollaps der afrikanischen Wirtschaften zu verhindern und die Grundlagen zum Überleben der Länder zu schaffen". So der amtierende OAU-Generalsekretär Peter Onu. Man beachte: „Überleben" der Länder. Gleichzeitig sucht der US-Kongreß die Wirtschaft des einen Landes zum Kollaps zu bringen, das in Afrika seinen schwarzen Einwohnern jedenfalls noch genug zu essen bietet.

Noch steht ein Chaos nicht unmittelbar bevor. Immerhin ist aber die Regierung Botha in der ernsten Gefahr, zwischen die Mühlsteine eines linken schwarzen und eines rechten weißen Extremismus zu geraten, die sich beide durch ihre Untaten wechselseitig die Pseudorechtfertigung ihres Verhaltens zuspielen und sich nicht nur gegenseitig, sondern auch noch untereinander *bekämpfen.*

Als Folge der Weltwirtschaftskrise und außergewöhnlicher Dürrezeiten hat sich in Südafrika die Wirtschaftslage erheblich verschlechtert. Daß die Regierung trotzdem ihr Reformwerk im letzten Jahr sichtbar vorangetrieben hat, mußte auch die Weltöffentlichkeit zur Kenntnis nehmen. Botha selbst hat der Apartheid in offiziöser Form eine Absage erteilt. Daß bei Lage der Dinge dazu außergewöhnlicher Mut gehörte, wollte man allerdings nicht anerkennen; sonst hätten Aufforderungen zum Wirtschafts- und Investitionsboykott nicht die Folge sein können.

Denn die Reformen, die ja nicht zuletzt auf eine wirtschaftliche Besserstellung der Schwarzen hinauslaufen sollen, kosten Geld. Das ist nicht durch bloße Umverteilung der Einkommen zwischen Schwarz und Weiß zu erreichen. Dazu sind *der Anteil der wohlhabenden* weißen Bevölkerung zu gering und Anteil und Wachstum der Schwarzen zu groß. Ohne Ausbau der Wirtschaft, zügige Vermehrung der Arbeitsplätze und beschleunigte Anleitung schwarzer Arbeitskräfte zu produktiver und kontinuierlicher Mitarbeit ist keine Reform denkbar, wenn sie nicht zu schwarzafrikanischen Wirtschaftsverhältnissen führen soll.

Es hilft heute niemandem, über die Fehler der Apartheidspolitik der letzten Jahrzehnte zu klagen. Deren Hauptversäumnis erweist sich heute im Fehlen eines möglichst breiten schwarzen Mittelstandes vom gelernten Arbeiter bis zum höheren Angestellten und Kommunalbeamten und zum selbständigen Unternehmer, die sich im eigenen Interesse mit einem friedlichen Wandel eindeutig identifizieren. Diese Mittelschicht ist in Südafrika zu schmal geblieben. Sie kann schon deswegen durch einzelne Greueltaten zu leicht in Angst und Schrecken versetzt werden und ist dann mindestens in den Townships nicht mehr in der Lage, die ihr im Rahmen der Reformpolitik *zugedachte Rolle zu übernehmen.* So wird es für die weiße Regierung immer schwerer, die notwendigen schwarzen Gesprächspartner zu finden. Daraus aber zu schließen, die haßerfüllten Revolutionäre stellten bereits die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung Südafrikas, ist Wunschdenken unserer Revolutionsfreunde.

Eine weitere schlimme Folge der Apartheidspolitik ist, den Eindruck hinterlassen zu haben, die wirtschaftliche Rückständigkeit der schwarzen Bevölkerung sei lediglich eine Folge des weißen Rassismus. Das ist aber nur teilweise richtig. Denn die Entwicklungsschwierigkeiten des „befreiten" Schwarzafrika haben es deutlich gemacht: Wirtschaftlich effizienter Umgang mit moderner Zivilisation will gelernt sein und muß überdies von den Schwarzafrikanern überhaupt ernsthaft gewollt werden.

Dies fällt asiatischen Entwicklungsvölkern relativ leicht, die bereits seit Jahrhunderten eine eigene Schriftsprache, ein differenziertes Rechts- und Bildungssystem und eine entsprechende Verwaltungsorganisation mit staatlicher Weisungs- und Strafgewalt kennen. Daß dies nicht für Schwarzafrika gilt, ist in unserem egalitären Zeitalter zum Tabu geworden.

So tun alle frommen und gottlosen linken Intellektuellen so, als enthalte die Machtübernahme der Schwarzen in Südafrika keine existentiellen Probleme. Und selbst ein in Südafrika von Freund und Feind hochgeachteter Mann wie der Pastor Beyers Naudé betet für *terroristische Attentäter, die* „ihr Leben im Kampf um die Befreiung geopfert haben". Er täte besser daran, alle, die guten Willens sind, eine friedliche Reform zustande zu bringen, in das bekannte Gebet Reinhold Niebuhrs einzuschließen: „Gott gebe uns die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die wir nicht ändern können, den Mut, Dinge zu ändern, die wir zu ändern vermögen, und die Weisheit, das eine vom andern zu unterscheiden."

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb war Leiter des Hamburger Weltwirtschafts-Archivs FOTO: SVEN SIMON

IM GESPRÄCH Holger Pfahls

Über den Prinzenkurs

Von Peter Schmalz

Den Tag, an dem ihn das Bundeskabinett die Karriereleiter nach oben und in die Zone der meistgefährdeten Personen der Republik *hineinbefördert hat, verbrachte der* bayerische Ministerialdirigent Holger Pfahls gestern im Bett: Eine Sommergrippe mit hohem Fieber hat ihn außer Gefecht gesetzt.

Wieder *genesen, soll der* erst 43jährige Beamte als frischgebackener Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Agenten fremder Mächte auf deutschem Boden zur Strecke bringen. *Pfahls ist nach dem* neuen dritten Regierungssprecher Schäfer der zweite Personalwunsch, den Strauß in diesen Wochen in Bonn durchsetzte.



Auftakt mit Grippe: Staatsschützer Pfahls FOTO: DPA

Schäfer hat seine Bewährungsprobe bereits summa cum laude bestanden. Pfahls steht dies noch bevor, doch der bisherige steile Berufsweg des Karrierebeamten läßt vermuten, daß er am Rhein ein Werbeträger für die Qualität der bayerischen Beamtenausbildung sein wird.

In Mitteldeutschland geboren und im Alter von drei Jahren mit seinen Eltern nach München übergesiedelt, studierte er Jura in Heidelberg, Freiburg, Würzburg und München. An der Universität München promovierte er mit einem Thema zum Kirchenrecht.

Einer kurzen Zeit als Staatsanwalt für Wirtschaftssachen und Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht (das auch für Staatsschutzverfahren zuständig ist) folgte der Entschluß, der sein wohlgeordnetes Juristenleben entscheidend änderte: Er wechselte Anfang der siebziger Jahre in das neugeschaffene bayerische Umweltministerium, wurde persönlicher *Referent des Amtsleiters,* kam dank seiner Fähigkeiten zum „Prinzenkurs", in dem die Staatsregierung ihre hoffnungsvollsten Nachwuchsbeamten für höhere Aufgaben poliert, und gelangte schließlich in die Staatskanzlei, wo er Verbindungsmann zum Landtag wurde.

Es traf sich in dieser Zeit, daß Strauß den Münchner Sessel von Alfons Goppel übernahm, auf Pfahls aufmerksam wurde, ihn in sein Büro holte und ihn 1981 zum Chef des Büros des Ministerpräsidenten ernannte. Damit wurde der jugendlich wirkende Brillenträger (die Gläser tauschte er kürzlich gegen Kontaktlinsen aus) zugleich Kontaktmann zu den Nachrichtendiensten.

Schon im Jahr darauf rückte er *zum Leiter* der Grundsatzabteilung auf, die ihm noch heute mit acht Referaten und 15 Mitarbeitern untersteht. Das neue Amt in Köln-Ehrenfeld ist mit 2200 Mitarbeitern um einige Nummern größer, was den Beinahe-Bayern jedoch nicht schreckt.

Er ist kein seßhafter Mensch; einmal stand er schon vor dem Absprung aus der Staatskanzlei, als er für die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung ein Büro in Washington eröffnen sollte. Die Verhandlungen scheiterten, als der Stiftung der neue Stützpunkt zu teuer wurde.

Pfahls ist CSU-Mitglied, verheiratet und Vater zweier Töchter. Den „DDR"-Behörden, deren Agenten er künftig ins Visier nehmen muß, ist er durchaus bekannt: Als Strauß im letzten Jahr mit seiner Privatmaschine in Leipzig landete, stieg hinter ihm der mittelgroße, blonde Beamte aus der Maschine. Dem Staatssicherheitsdienst mag's ein Trost sein, daß er den neuen Agentenjäger zumindest als Foto im Archiv lagert.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung schreibt zur Krebserkrankung des amerikanischen Präsidenten:

Sein Beliebtheitskapital hat sich in den vergangenen 48 Stunden noch beachtlich weiter erhöht. Das ist eine Waffe, die er anzuwenden versuchen wird, um die Hindernisse zu überwinden, die ihn an der *Vollendung* seines Werkes hindern könnten ... Aber er ist jetzt auch ein Mann, der es bei der Führung des Schicksals seines Landes eilig hat ... Alles wird von dem *abhängen, was er sein* „irisches Glück" nennt. Wenn es ihn verlassen sollte, könnte die Welt düstere Zeiten erleben.

Schwarzwälder Bote

Die Oberndorfer Zeitung meint zum Rentenurteil:

Das Rentenurteil des Bundesverfassungsgerichts berührt direkt nur *wenige Rentner. Es sind jene,* denen durch ein Gesetz von 1977 die bis dahin für alle Rentner beitragsfreie Krankenversicherung entzogen wurde, weil sie vorher nicht lange genug in einer gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert waren. Die Beschwerdeführer erfüllten diese Voraussetzung nicht. Sie müssen ihren Krankenversicherungsbeitrag selber zahlen und erhalten lediglich einen Zuschuß ... Der Gesetzgeber ist danach ermächtigt, auch bei den Renten, wenn es notwendig wird, eine Anpassung an veränderte soziale und wirtschaftliche Verhältnisse vorzunehmen. Ohne diese Klarstellung wäre die durch die Bevölkerungsentwicklung überlastete Rentenversicherung sehr bald am Ende. Die Verfassungsrichter haben Weitblick bewiesen, im Interesse aller Rentner.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Hier heißt es zum Tod des Schriftstellers Böll:

Sieht man ihn als Literat, ... so ist sein Rang unbestritten ... Schwieriger und widersprüchlicher wird die Bewertung der Positionen und Provokationen, die er in den gesellschaftspolitischen Raum hineingetragen hat – vom Plädoyer für Ulrike Meinhof Anfang der siebziger Jahre bis zu seiner Teilnahme an den Friedensdemonstrationen von Bonn bis Mutlangen in jüngerer Zeit. Sicher konnte man manches Mal nach dem Sinn und der Schlüssigkeit solcher Teilnahme fragen. Auch, ob der streitbare, emotionale Mahner Böll nicht *damit dem Literaten Böll allzusehr in* die Quere kam. Aber er wollte nie „Politiker" sein. Er war Moralist.

DIE RHEINPFALZ

Das Ludwigshafener Blatt kommentiert die Rolle der Behörden in der Weinaffäre:

Die nachträglichen kümmerlichen Rechtfertigungsversuche, das klägliche Wegschieben von Verantwortung machen den Schaden nicht gut, den sie alle neben den Weinvergiftern angerichtet haben. Bernhard Vogel wird seine „helle Freude" an der Sammlung von Ausflüchten haben, die er in den nächsten Tagen in dem Bericht der zuständigen Ministerien gesammelt vorfinden wird.

Auch eine syrische Partei schickt Selbstmordkommandos

Nicht nur Schiiten sind in Südlibanon und am Golf aktiv / Von Peter M. Ranke

Die jungen Miliz-Männer tragen schwarze T-Shirts und schwarze Hemden. Sie weisen sich durch Armbinden aus, auf denen im weißen Kreis ein stilisiertes rotes Hakenkreuz rotiert. Die Assoziation schwarz–weiß–rot ist wohl nicht zufällig. Denn die Miliz ist der militärische Arm der „Parti Syrien National Socialiste" (PSNS) oder der „National-Sozialistischen Syrischen Partei" in Libanon. Sie zählt aber heute zum linken Spektrum der politischen Szenerie.

In den Kriegsjahren von 1975 bis 1982 besetzten die Milizen der PSNS wichtige Kontrollposten im moslemischen West-Beirut. Wie die sunnitischen „Murabitun", die Mitte April dieses Jahres von Drusen und Schiiten niedergekämpft wurden, verkauften sie an den Barrikaden geschmuggelten Whisky und amerikanische Zigaretten zu Schleuderpreisen. Auch Mädchen gehören zur PSNS-Miliz. Sie ist inzwischen vor Schiiten und Drusen ins Berggebiet von Beirut ausgewichen und steht christlichen Milizen der „Lebanese Forces" zwischen Choueifat und Kfarchima gegenüber.

Als die Selbstmordkommandos mit Autobomben in West-Beirut im Oktober 1983 gegen Amerikaner und Franzosen und dann auch gegen die israelischen Truppen zu operieren begannen, stand zunächst fest, daß diese neue Form des Terrors von fanatischen Schiiten ausging, von der „Islamischen Amal" oder der Hizbollah-Partei. Autobomben-Attentate werden dort aber auch von der PSNS verübt, wie die Bekenntnisse der jugendlichen Selbstmörder Iptisam Harb (ein libanesisches Mädchen) und Khales Azrak (ein Syrer aus Aleppo) im Beiruter Fernsehen vor zwei Wochen beweisen.

Auch nachdem am Montag ein Peugeot 504 mit Rot-Kreuz-Kennzeichen bei Tibnit in Südlibanon in einen Kontrollposten der „Südlibanesischen Armee" gerast war und vom Selbstmordfahrer gezündet wurde, bekannte sich erneut die PSNS als verantwortlich für die elf Toten, unter ihnen Frauen und Kinder. Im Beiruter Fernsehen sprach kurz nach dem Terrorakt Hischam Abbas (20) vor dem Poster des syrischen Präsidenten Assad und unter einer syrischen Fahne über seine Entschlossenheit, als Selbstmord-Attentäter Südlibanon „zu befreien".

Die Existenz der PSNS zeigt, daß westliche Vereinfachungsformeln von den „linken Moslems" und den „rechten Christen" im libanesischen Bürgerkriegsdrama niemals zutrafen. Wie die Kommunisten kämpfen die „National-Sozialisten" im Bund der „National-Demokratischen Front" des Drusenchefs Walid Dschumblatt. Ihre Angehörigen sind vor allem der griechisch-orthodoxen Kirche zuzurechnen, aber auch den griechisch-orientalischen Melkiten und den islamischen Sunniten. Ihre christlichen Gegner von den Kataib-Milizen sind politisch eher sozialdemokratisch orientiert.

Als „Parti Populaire Syrien" oder PPS wurde die heutige „National-Sozialistische Syrische Partei" 1934 von dem griechisch-orthodoxen Deutschlehrer Anton Saadeh gegründet. Er folgte italienischen und deutschen Beispielen und führte faschistische Symbole und Organisations-Strukturen ein. Die Partei war und ist betont antikonfessionell und tritt für einen säkularen Staat, Groß-Syrien als Fernziel ein, der Syrien, Libanon, Jordanien und Palästina umfaßt. Einen Frieden mit Israel schließt sie natürlich aus, sieht aber Jerusalem nicht als Ziel einer islamischen Eroberung. Sie ist mit Palästinensergruppen wie der linksradikalen Volksfront von Habasch liiert.

Die Partei von Saadeh wurde schon vor dem Krieg verfolgt. Der Parteichef flüchtete ins brasilianische Exil und kehrte erst 1947 nach Beirut zurück. Von Syrien aus eröffnete er einen Guerrillakrieg gegen die libanesische Regierung, wurde ausgeliefert und auf Veranlassung von Ministerpräsident Riad Solh 1949 hingerichtet. Ein Parteigänger des Getöteten ermordete daraufhin Riad Solh 1951 in Amman.

Erst 1958 ließ der damalige Präsident Camille Chamoun die Partei wieder zu, die sich nun als paramilitärische Kaderpartei unter Inaam Raad neu konstituierte und sich „El Hizb El Quawmi Ijtimai" oder „National-Sozialistische Partei" nannte. Die heutige Stärke der PSNS ist schwer zu schätzen, angeblich kann sie dreitausend „Kämpfer" aufbieten. Dazu gehören ihre Terrorkommandos, die jetzt offenbar auch in Kuwait friedliche Kaffeehaus-Besucher durch Bomben ermordeten. Auch der Mörder des gewählten Präsidenten Beschir Gemayel 1982 war ein Mitläufer der PSNS.

In Libanon war und bleibt die Partei ein verlängerter Arm Syriens. Wahrscheinlich wurde der Film über die beiden jungen Selbstmord-Attentäter vor zwei Wochen in Damaskus aufgenommen, woher auch Waffen und Nachschub kommen. Als der gealterte Inaam Raad im West-Beiruter Hauptquartier in der Rue de Verdun im Juli 1984 seinen Nachfolger vorstellte, war das Issam Ma[illegible], ein Syrer und Reserveoffizier der syrischen Armee.

Ein Diener der Macht oder Die Macht eines Dieners

Die Adresse ist Pennsylvania Avenue 1600. Es ist die lautloseste Maschinerie der Macht in der Welt. „Chef-Maschinist" dieses Apparates im Weißen Haus ist seit sechs Monaten Donald Regan. Die Erkrankung des Präsidenten macht ihn zumindest für die nächsten Monate zu einer Schlüsselfigur der amerikanischen Politik.

Von FRITZ WIRTH

Er ist der reichste Mann im Weißen Haus. Sein Vermögen wird auf 30 Millionen Dollar geschätzt. Zwischen Reichtum und Amt indes klafft eine beträchtliche Lücke. Er ist im Grunde genommen nicht mehr als der erste Diener des Präsidenten, obwohl der Titel seines Amtes mehr verspricht. Er nennt sich „Stabschef".

Donald Regan, der seit knapp einem halben Jahr dieses Amt besetzt, hat es in seinem 60jährigen Leben weit gebracht. Er war mit 49 Jahren Präsident des Investment-Konzerns Merril Lynch in Wall Street, mit 61 Jahren amerikanischer Finanzminister. Er hat seit 17 Jahren mit beträchtlicher Macht jongliert und ist seit Anfang dieses Jahres auf eigenen Wunsch ein Zuarbeiter der Macht geworden.

Bevor dies zu falschen Schlüssen über den Verlauf seiner Karriere führt: Er ist nicht nur der Zuarbeiter der Macht im Weißen Haus, er besitzt auch selbst ein beträchtliches Maß an Macht und Einfluß. Donald Regan ist die graue Eminenz hinter Ronald Reagan, und seit der Präsident die Nachwehen seiner Krebsoperation zu überwinden versucht, ist Donald Regan vorübergehend die wichtigste Figur im Staate. Die amerikanische Politik trägt seit einigen Wochen immer deutlicher seine Handschrift. Er ist für Ronald Reagan unentbehrlich geworden.

Seit er im Westflügel des Weißen Hauses residiert, herrscht ein neuer Stil und ein neuer Ton in dieser Machtzentrale. Sein Vorgänger James Baker, mit dem er Anfang des Jahres einen Ämtertausch verabredete, war ein stiller, introvertierter Schreibtischarbeiter mit einem exquisiten Gefühl für die politischen Mechanismen in dieser Stadt.

Donald Regan dagegen ist ein harter Managertyp, laut und zuweilen grollend im Ton, und anspruchsvoll gegenüber seinen Mitarbeitern, denen er viele Freiheiten läßt, deren Kompetenz er jedoch unnachsichtig ahndet. Sie werden rigoros in die Etappe zurückgezogen oder schlicht gefühırt. Donald Regan leitet das Weiße Haus, so wie er es als Manager in der harten Wettbewerbsluft New Yorks gelernt hat: wie einen großen Industriekonzern.

Er ist ein Selfmademan. Sohn eines Eisenbahnbeamten irischer Herkunft. Präsident Reagan, dessen Vorfahren ebenfalls aus Irland stammen und die ihren Namen einst auch so schrieben wie sein heutiger Stabschef, ist sogar überzeugt, daß es zwischen beiden Familien einen gewissen Verwandtschaftsgrad gibt. Donald Regan besuchte die Harvard Universität, diente im Marinekorps und begann schließlich 1949 als Lehrling bei Merril Lynch. Sein Reichtum resultiert in erster Linie aus geschickten Manövern an der New Yorker Aktienbörse.

Als er vor sechs Monaten ins Weiße Haus einzog, begleiteten ihn warnende und skeptische Prognosen seiner Kritiker. Sie meinten, daß ihm die politische Erfahrung und die Feinfühligkeit fehlten, um sich in diesem hochkomplizierten und anspruchsvollen Gehege behaupten zu können.

Er hatte in der Tat einen bösen Start. Die Bitburg-Affäre, die er nicht zu verantworten hatte, lähmte und verunsicherte ihn zunächst sichtlich. Diese Zeiten jedoch sind lange vergessen. Heute hat er die Maschinerie des Weißen Hauses fest im Griff und vereinigt mehr Macht auf sich als alle Stabschefs vor ihm seit Sherman Adams, dem Stabschef Dwight D. Eisenhowers.

Regan schaffte es mit einer geschickten Personalpolitik. Denn seine Amtsübernahme war mehr als nur ein Ämterwechsel mit James Baker, es war ein radikaler Neuanfang. Mit Baker verschwanden eine Reihe enger Präsidentenberater aus dem Weißen Haus wie Michael Deaver und Edwin Meese.

Die Vertrauenspositionen dieser Männer um Ronald Reagan waren so einmalig, daß der Präsident sich erst gar nicht um Ersatz bemühte. Er erlaubte Donald Regan, dieses Vakuum zu füllen. Zugleich erkannte Regan, daß der Weg zu einem wirklichen Vertrauensverhältnis mit dem Präsidenten über die „First Lady" führt. Er gewann sehr schnell das Vertrauen Nancy Reagans, indem er ihren dringendsten Wunsch erfüllte: Er schirmte Reagan vor allzu großen physischen Belastungen ab.

Damit ist der Einfluß Regans auf die Tagesgeschäfte des Präsidenten fast vollkommen. Er bereitet nicht nur politische Entscheidungen vor, er bestimmt auch, wer Zugang zum Präsidenten hat. Das hat beispielsweise einen Mann wie Caspar Weinberger in den letzten Wochen zum Nachdenken veranlaßt, für den unter dem Stabschef Regan der Präsident nicht mehr so ansprechbar ist wie es noch vor einem halben Jahr der Fall war.

Andererseits ist Regan geschickt genug, keine Steine anzufassen, die er nicht heben kann. Dazu gehören alle Fragen der Sicherheitspolitik, die er klaglos Sicherheitsberater Robert McFarlane überläßt. Dennoch scheut er sich nicht, zuweilen auch Außenminister George Shultz einen Schuß vor den Bug zu setzen. Shultz beispielsweise hatte seinerzeit empfohlen, daß der Präsident zum Begräbnis Tschernenkos nach Moskau reisen sollte. Regan war dagegen, und so blieb der Präsident daheim.

Politisch gesehen, ist Regan ein Pragmatiker und kein Ideologe. Dennoch hält der rechte Flügel der Republikaner ihn für „seinen" Mann. Regan ist das nur recht. Er förderte das Wohlwollen dieses Flügels mit der Ernennung des Konservativen Patrick Buchanan zum Direktor für Öffentlichkeitsarbeit im Weißen Haus. Seither hat er Ruhe vor Querschüssen von rechts, was sein Vorgänger Baker kaum behaupten konnte.

Der Pragmatismus und der mäßigende Einfluß Regans auf den Präsidenten ist in den letzten Wochen bei einigen bedeutenden Entscheidungen wie beispielsweise dem SALT-2-Beschluß des Präsidenten und seinem Verhalten in der Geiselaffäre von Beirut durchgedrungen.

Er arbeitet 13 Stunden am Tag, achtet dennoch aber darauf, daß der Abend ihm und seiner Familie gehört. Befürchtungen, daß mit der wachsenden Macht und mit seinem unaufhörlichen Höhenflug ihm der Boden unter den Füßen entgleiten könnte, sind nicht angebracht. Als ihn kürzlich ein Journalist interviewte und Schwierigkeiten hatte, ihn mit dem richtigen Titel anzusprechen, erklärte er schlicht: „Nennen sie mich Chef, Don oder was immer Ihnen einfällt." Als sein Gast immer noch zögerte, sich aus diesem Angebot zu bedienen, kniff er ein Auge zu und schlug vor: „Wie wär's denn mit Eminenz?"

Es war nicht nur ein Scherz. Regan ist in der Tat eine graue Eminenz, seit langem die einflußreichste, die im Weißen Haus residierte.



Donald Regan: „Wie wär's denn mit Eminenz?"
FOTO: JUPP DARCHINGER

Der Fall eines Vetos, die Stunde der Kommission

Wenn in der EG die Minister streiten, sich nicht einig werden – dann wächst der Einfluß der Kommission. Dies lehrt das deutsche Veto gegen eine Senkung der Getreidepreise, die nun doch kommt.

Von WILHELM HADLER

Mit „äußerster Härte" zu verhandeln, hatte Bauernpräsident Heereman Ignaz Kiechle in Sachen Getreidepreise ans Herz gelegt. Schon bevor der Minister jedoch am Montag nach Brüssel aufbrach, war klar, daß ihm am Ort des Geschehens eher die Rolle eines Bittstellers beschieden war.

Nicht im Agrar-Ministerrat, sondern in der EG-Kommission nämlich wurden die Bedingungen festgelegt, zu denen die europäischen Bauern ihre diesjährige Getreide-Ernte vermarkten können. Kiechle und seinen Kollegen blieb kaum etwas anderes übrig, als diese Beschlüsse „zur Kenntnis zu nehmen".

Der Allgäuer, der inzwischen mit den Nuancen der Brüsseler Konferenztechnik vertraut ist, mochte denn auch selbst nicht einmal mehr von Beratungen, sondern nur noch von „Diskussionen" am Verhandlungstisch reden. „Jeder redet sich noch einmal seine Probleme von der Seele", spottete ein Diplomat, als ginge es nur noch um gegenseitige Rechtfertigungen.

Die Entscheidung über die von der Kommission vorgeschlagene Senkung der Getreidepreise hatte sich der Ministerrat tatsächlich schon im Juni aus der Hand nehmen lassen, als die Bundesregierung ihr umstrittenes Veto einlegte und eine Reihe von EG-Partnern aus Respekt vor der deutschen Position die Teilnahme an einer Abstimmung ablehnte. Die damalige Erwartung Bonns, daß sich die EG-Behörde zu einer Änderung ihrer Politik veranlaßt sehen würde, erwies sich als falsch. Statt einen neuen Vorschlag vorzulegen, berief sich die Kommission vielmehr auf ihre Verpflichtung, die Funktionsfähigkeit des gemeinsamen Marktes zu sichern und entschied ohne langes Fackeln, den umstrittenen Preisabschlag notfalls „im Verwaltungswege" vorzunehmen. Das deutsche Veto wurde damit praktisch unterlaufen.

Die im Rat entstandene Patt-Situation hat sich seit Juni nicht geändert. Weder konnte Kiechle damit rechnen, daß die Mehrheit der Partner, die für eine Preissenkung eintritt, ihre Haltung ändern würde, noch war er selbst bereit nachzugeben. Nur ein einstimmiger Ratsbeschluß hätte diesen Zustand ändern können. Die Kommission kann sich bei ihrem Vorgehen sogar auf ein eindeutiges Urteil des Europäischen Gerichtshofes stützen, gegen das auch die Bundesregierung keine Einspruchsmöglichkeiten sieht.

Schon im Vorfeld der neuen Brüsseler „Preisrunde" mußte sich Kiechle deshalb damit abfinden, daß an der Preissenkung um 1,8 Prozent kein Weg vorbeiging. Seine Bemühungen konzentrierten sich deshalb vor allem darauf, die unabwendbare Entwicklung wenigstens durch zusätzliche Zugeständnisse der EG-Kommission im Bereich des „Marktmanagements" erträglicher zu machen.

Die Wochenendgespräche Kiechles mit dem Brüsseler Agrarkommissar Franz Andriessen auf seinem Allgäuer Bauernhof verliefen so günstig, daß der Minister plötzlich sogar freundliche Worte über den hartnäkkigen Holländer fand. Der hatte zwar keinen Zweifel gelassen, daß er nicht über die Preise mit sich reden lassen wolle, sich zugleich aber gegenüber den deutschen Wünschen nach einer Fortführung der bisherigen zusätzlichen Preisstützung für Backweizen und einige andere „begleitende" Maßnahmen aufgeschlossen gezeigt.

Diese Maßnahmen, die unbestritten in die Kompetenz der Kommission fallen, laufen in der Praxis auf eine erhebliche Verminderung der Preissenkung heraus. Sie sollen es Kiechle ermöglichen, erhobenen Hauptes vor seine Bauern zu treten.

Das Problem war, ob die Mehrheit der aus 14 Mitgliedern bestehenden Spitze der EG-Behörde die von Andriessen befürworteten Regelungen auch „schlucken" würde. Zwei Stunden diskutierte die Kommission denn auch über die Frage, ob die Sonderinterventionen für Brotweizen am Anfang oder am Ende des neuen Getreidejahres vorgenommen werden sollen. Das allein wertete Kiechle bereits als einen politischen Erfolg. Schließlich gelang es Andriessen jedoch, den Großteil der deutschen Wünsche durchzubringen. Die Preissenkung für die Landwirte in der Bundesrepublik wird dadurch nicht mehr voll durchschlagen, sondern sich nur auf etwa ein Drittel der in Aussicht genommenen 1,8 Prozent belaufen.

Am Rande der Brüsseler Ratssitzung wurde freilich weniger über derartige Details diskutiert als darüber, ob sich das deutsche Veto nun letztlich gelohnt habe oder nicht. Ein Teil der von Kiechle durchgesetzten Einkommensabsicherungen wäre gewiß auch im normalen Beschlußverfahren zu erreichen gewesen. Er war nämlich bereits im Kompromißpaket enthalten, gegen das Bonn mit Hinweis auf „vitale nationale Interessen" Einspruch erhoben hatte.

Kiechle dagegen ist der Meinung, nur das harte Auftreten in Brüssel habe Schlimmeres verhüten können. Der Minister glaubt, durch sein Veto vor allem eine unmißverständliche „politische Vorgabe" für die im Herbst beginnende Diskussion über eine langfristige Reform der Landwirtschaftspolitik gegeben zu haben. Niemand könne, so meint er, künftig über die Bonner Weigerung, eine Politik der Preissenkung mitzumachen, hinweggehen. Bis zu konkreten Reformentscheidungen wird allerdings noch viel Zeit ins Land gehen.



Widerpart und Helfer: Agrarkommissar Andriessen
FOTO: CAMERA PRESS

In Altensteig macht eine Schule Jagd auf den König

Kann man durch Schachspielen die Intelligenz, die Schulleistungen oder sogar die berufliche Qualifikation fördern? Dies soll nun im Schwarzwald systematisch untersucht werden. In Altensteig entsteht das erste deutsche Schach-Gymnasium.

Von JOACHIM NEANDER

Schachspielen ist Mode. Viele der berühmten Schachmeister freilich scheinen umstritten. Zumindest die Literatur zeichnet von den wirklichen und erfundenen Größen des königlichen Spiels kein günstiges Bild. Vom Weltmeister Mirko Czentowitz in Stefan Zweigs „Schachnovelle" bis zu Elias Canettis Buch über das bucklige Schachgenie Fischerle (das, obwohl lange vor der Geburt des späteren amerikanischen Schachweltmeisters Bobby Fischer entstanden, auf eine fast mysteriöse Weise nicht nur den Namen, sondern auch Charakterzüge dieser wirklichen Figur vorwegnimmt) – wer sich dem Schachspiel so mit Leib und Seele, Haut und Haaren verschreibt, scheint in den Augen der Mitwelt verdammt zu einer einseitigen, ebenso kulturfernen wie lebensuntüchtigen Randexistenz.

Auf der anderen Seite freilich ist längst bewiesen, daß zwischen schachlicher und allgemeiner Begabung und Intelligenz eine schwer definierbare Verbindung besteht. Natürlich steht dabei die Mathematik im Vordergrund. Die Berührungsflächen sind unverkennbar.

Zur Illustration: Müßte ein Computer eine durchschnittliche Mittelspielstellung (mit etwa 40 unmittelbaren Zugmöglichkeiten auf beiden Seiten) auf dem Schachbrett jeweils sechs Züge für Weiß und Schwarz in sämtlichen denkbaren Verästelungen vorausberechnen, so hätte er insgesamt die unvorstellbare Zahl von 419 Billiarden verschiedener Stellungen zu überprüfen. Die Zahl entspricht ungefähr dem vermuteten Alter des Universums in Sekunden.

So ist es nur logisch, daß schachliche Intelligenz und schachliches Denken auch bei der stürmischen Entwicklung der Computer eine Rolle gespielt haben. Die Methode, nach der die Experten die ersten Schachcomputer programmierten, wurde zum Modell auch für gänzlich andere Problemlösungen. Führende Computerhersteller bevorzugen bei der Einstellung neuer Leute seit langem gute Schachspieler bei sonst gleicher Qualifikation.

Die Frage, wie man diese Verbindung zwischen Schach und anderen Wissensbereichen am besten nutzt, ist noch nicht beantwortet. Versuche, Schach als Pflichtfach in der Schule einzuführen (zum Beispiel in Frankreich), führten teilweise zu Enttäuschungen, da die Unbegabten und Uninteressierten den Fortschritt der Begabten hier noch ärgerlicher hemmen als in anderen Fächern. In der Bundesrepublik existiert Schach an den Schulen nur in Form freiwilliger Arbeitsgemeinschaften.

In Altensteig, etwa auf halbem Weg zwischen Baden-Baden und Tübingen, will man mehr. Der Träger des Schulversuchs, das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands (CJD), hat reiche Erfahrungen mit der gezielten Förderung von Begabten. Es betreibt zum Beispiel an einem seiner Privat-Gymnasien das erste deutsche Hochbegabten-Internat in Braunschweig. In Berchtesgaden unterhält das CJD seit Jahren das „Ski Gymnasium", wo die Spitzenbegabungen des Skisports ihr Hochleistungstraining auf vernünftige Weise mit der normalen Schulausbildung verbinden.

Der Versuch mit dem Schachspiel in Altensteig soll auf drei Gleisen gleichzeitig beginnen. In den Klassen 5 und 6 (ab Schuljahr 86/87 auch Klasse 7) des dortigen CJD-Gymnasiums wird Schach ab September mit zwei Wochenstunden als zusätzliches Schulfach eingeführt. Gezwungen wird niemand. Wer nicht teilnehmen will, kann sich wie vom Religionsunterricht befreien lassen. Es gibt für Schach eine Note, aber sie soll bei der Versetzung nicht zählen.

Darüber hinaus wird Schach in sämtlichen Klassen des Gymnasiums als freiwillige Arbeitsgemeinschaft angeboten. Schließlich soll Altensteig mit Unterstützung des Deutschen Schachbundes zum Leistungszentrum für den Nachwuchs werden. Man hofft, daß viele jugendliche Spitzenspieler auf diese Schule wechseln. Ihnen wird ein spezielles Hochleistungstraining angeboten, ohne daß darüber die Belange der Schule vernachlässigt werden. Hinzu kommen Fernkurse und Wochenendlehrgänge für Außenstehende und regelmäßig internationale Turniere.

Den gesamten schachlichen Bereich des Unterrichts in Altensteig wird der frühere tschechische, heute in der Bundesrepublik lebende Schachgroßmeister und WELT-Mitarbeiter Ludek Pachmann leiten, der dafür in absehbarer Zeit auch seine Turnierkarriere und seine politischen Aktivitäten beenden will.

Zwei Dinge hat sich Pachmann, der schon in seiner tschechischen Heimat drei spätere internationale Schachgroßmeister zu seinen Schülern zählte, vor allem anderen vorgenommen. Er will den Nachweis führen, daß die systematische Beschäftigung mit dem Schachspiel die Denk- und Lernfähigkeit junger Menschen ganz allgemein fördert. Daneben will er anhand einer eigenen Mädchengruppe (die unter denselben Voraussetzungen arbeiten soll wie die Jungen) der Frage auf den Grund gehen, warum Frauen im Schach bisher eine eher bescheidene Rolle spielen.



Schulfach Schach: In Altensteig steht das „Spiel der Könige" auf dem Stundenplan.
FOTO DPA

„Der Ostblock stoppte die Lieferungen"

HH. Bonn

Lieferungen aus Staatshandelsländern für Projekte der deutschen Entwicklungshilfe sind 1984 praktisch zum Erliegen gekommen. Wie Entwicklungsminister Warnke (CSU) jetzt mitteilte, war der Ostblock noch 1983 mit 6,2 Prozent an aus deutscher Kapitalhilfe finanzierten Projekten beteiligt, 1984 nur noch mit 0,1 Prozent. Der Rückfluß an die deutsche Wirtschaft ist dagegen in den beiden Jahren von 75,7 auf 80,8 Prozent bei einem Gesamtliefervolumen von 1,6 Milliarden Mark 1984 gestiegen.

Kohl weist Angriffe auf Geißler zurück

dpa, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Angriffe der SPD auf CDU-Generalsekretär und Familienminister Heiner Geißler im Zusammenhang mit der zentralen Gedenkfeier am 20. Juli in Berlin zurückgewiesen. In einer in Bonn verbreiteten Erklärung bezeichnete es Kohl als beschämend, daß die Berliner SPD an der Gedenkstunde für den Widerstand gegen Hitler *nicht teilnehmen wolle*, weil Geißler der Hauptredner ist. Kohl forderte die SPD auf, den 20. Juli nicht „für ihre verleumderische Kampagne gegen Geißler" zu mißbrauchen. Die SPD hatte am Montag in Berlin erklärt, Geißler habe sich durch frühere Äußerungen als Redner für eine Veranstaltung disqualifiziert, die der Würdigung des Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime gewidmet sei. Sie hielt ihm vor allem die Formulierung vor: „der Pazifis*mus der 30er Jahre hat Auschwitz* erst möglich gemacht".

Plädoyer für Leichtlohngruppen

AP, Bonn

Die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) hat sich für eine Wiedereinführung von Leichtlohngruppen ausgesprochen. Die derzeitige Situation, wonach beispielsweise ein Facharbeiter im Baugewerbe im Monat lediglich 40 Mark mehr als ein Bauhelfer verdiene, könne nicht länger hingenommen werden, kritisierte das *MIT-Vorstandsmitglied* Elmar Kolb bei der Vorstellung eines „Strategiepapiers zur Veränderung der Arbeitslosigkeit und Einschränkung der Schwarzarbeit". Der Einkommensunterschied zwischen einer Tätigkeit als Facharbeiter und als „Jobber" sei so gering, daß eine Ausbildung für viele uninteressant geworden sei. Die gewaltig gestiegenen Kosten für Hilfslöhne hätten einen Zugzwang zur Rationalisierung verursacht. Ihr seien vor allem Arbeitneh*mer ohne Berufsausbildung zum Op*fer gefallen, deren Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit 49 Prozent ausmache.

„Deutsche in Ungarn werden fair behandelt"

dpa, Budapest

Die Situation der deutschen Minderheit in Ungarn wurde vom CSU-Bundestagsabgeordneten *Hans Klein* als äußerst positiv beurteilt. Nach einer viertägigen Informationsreise der Bonner CSU-Landesgruppe nach Ungarn *schrieb* Klein im „Bayern-Kurier": „In keinem anderen kommunistischen Staat Osteuropas werden die Deutschen so fair behandelt wie in Ungarn." Neben *deutschsprachigen* Rundfunksendern, deutschen Zeitungen, Deutschunterricht in den Schulen, Pflege deutschen Brauch*tums gebe es neuerdings auf den* Ortsschildern unter den ungarischen sogar wieder die deutschen Gemeindenamen.

Ein Leben für Freiheit und Menschenwürde

DETLEV AHLERS, Dahn

„Werner Marx machte aus seinem Glauben an Jesus Christus keinen Hehl. Sein politischer Einsatz war tief in seinem Glauben verwurzelt." Das sagte gestern der Generalvikar des Bistums Speyer, Diemer.

In der Pfarrkirche St. Laurentius in Dahn fand gestern der Trauergottesdienst für den CDU-Bundestagsabgeordneten Werner Marx statt. Anschließend wurde er auf dem Gemeindefriedhof, in der Nähe des Wohnhauses seiner Familie beigesetzt. Marx war am 12. Juli an den Folgen einer Gefäßoperation gestorben.

Auch Bundestagspräsident Philipp Jenninger hob hervor, daß Marx ein „tiefgläubiger Mensch" und in seiner pfälzischen Heimat fest verwurzelt war. Jenninger würdigte Marx als einen Abgeordneten, der den Respekt des ganzen Parlamentes besaß. „Bei aller Härte", so sagte Jenninger, „blieb er persönlich immer fair, nie sah er im politischen Gegner einen Feind. Unversöhnlichkeit war *ihm* fremd. Er stellte unerbittliche Fragen, Doppeldeutigkeiten und das Hinwegreden über gegensätzliche Positionen waren ihm fremd," sagte Jenninger.

Als eine der Leistungen des Abgeordneten, der seit 1965 erst den Wahlkreis Kaiserslautern, dann den Wahlkreis Pirmasens vertrat, hob Jenninger die Gemeinsame Entschließung aller Parlamentsfraktionen über die Ostverträge von 1972 hervor, die Marx damals vor allem mit Horst Ehmke (SPD) ausgearbeitet hatte. Marx, ein Kenner und Gegner des Marxismus, war einer der schärfsten Kritiker dieses Vertragswerkes – bei der Abstimmung im Parlament enthielt er sich, wie die Mehrheit seiner Fraktion, der Stimme.

Als den Leitgedanken von Marx zitierte Jenninger eine Äußerung aus einem Gespräch, das er mit ihm an dessen 60. Geburtstag im November 1984 geführt hatte: Er wolle alles da*für tun*, so sagte Marx damals, „*damit* nie wieder jemand seinen Rücken vor fremder Herrschaft beugen muß". Freiheit und Menschenwürde seien für Marx die wichtigsten Güter gewesen.

Die Ehrenwache am Sarg in der Kirche hielten Soldaten der drei Waffengattungen der Bundeswehr. Marx, zuletzt Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, war lange Vorsitzender des Bundestagsverteidigungsausschusses gewesen. Von 1960 bis 1964 war er als Zivilist im Führungsstab der Bundeswehr zuständig für die psychologische Kriegsführung.

Die Kirche war geschmückt von den Farben der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen, denen Marx Ende der 40er Jahre als Student der Philosophischen Fakultät in Tübingen und München beigetreten war. Zuvor war er schwer verwundet aus dem Krieg heimgekehrt – es folgten viele Operationen – und hatte sein Abitur nachgeholt.

Auch der Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Ministerpräsident Vogel, erinnerte sich an den 60. Geburtstag von Marx. Vogel nahm dessen damalige Worte, es dürfe nie wieder eine Diktatur und nie wieder einen Krieg geben, auf, und dankte Marx in seiner Traueransprache, daß er „sein Leben lang" sich dafür eingesetzt habe. Vogel sagte, Marx habe die Position der CDU „im In- und Aus*land entscheidend mitgeprägt*". Daß Marx nur wenige Tage nach Alois Mertes gestorben ist, sei ein um so größerer Verlust für das Land Rheinland-Pfalz.

Familienminister Heiner Geißler nahm für das Bundeskabinett und die CDU Abschied von Marx: „Ein kaum tragbarer Verlust." *Geißler ging auf* die politische Botschaft von Marx ein, die geprägt gewesen sei von den Erfahrungen unter der Diktatur (Der Vater hatte seinen Beruf verloren, weil er im Zentrum aktiv war) und im Kriege. Marx sei, so sagte Geißler, leidenschaftlich und mutig gewesen, habe aber stets das Augenmaß behalten. Er sei ein politischer Realist gewesen, der sich keine Illusionen darüber machte, daß wir unsere Freiheit gegen einen mächtigen Gegner zu *verteidigen haben*.

Außerdem nahmen von Werner Marx Abschied: der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, für dessen Kanzlerkandidatur Marx sich vor den Wahlen 1980 eingesetzt hatte, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger, der SPD-Fraktionsvorsitzende Jochen Vogel, der ehemalige Bundespräsident Karl Carstens, Verteidigungsminister Manfred Wörner, sowie zahlreiche Abgeordnete des Bundestages und des Rheinland-Pfälzischen Landtages.

M. Hoogen beigesetzt

DW. Freiburg

In seinem Wohnort Ehrenkirchen bei Freiburg wurde gestern am späten Nachmittag der ehemalige Wehrbeauftragte des Bundestages und frühere Vorsitzende des Rechtsausschusses, *Matthias* Hoogen, beigesetzt. Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) würdigte in einer kurzen Ansprache das Wirken des *Verstorbenen. „Zu seinen bleibenden* Verdiensten gehört seine Initiative, die für die deutsche Rechtsgeschichte wichtige ‚Sammlung und Sichtung des Bundesrechtes' durchzuführen, das für die weitere Gesetzgebungsarbeit des deutschen Bundestages ein sicheres Fundament schaffte und eine klare Übersicht über das noch geltende Reichsrecht ermöglichte", hob Jenninger hervor. Der Jurist Hoogen, der von 1949 bis 1964 dem Bundestag angehörte, war elf Jahre lang der Vorsitzende des Rechtsausschusses.

Er legte sein Abgeordnetenmandat nieder, um die Nachfolge von Vizeadmiral Hellmuth Heye im Amt des Wehrbeauftragten anzutreten. „Er übernahm dieses Amt in einer *schwierigen Zeit, erfüllte es jedoch* mit großem Geschick", sagte Jenninger. Vielen tausend ehemaligen Bundeswehrsoldaten, über deren Grundrechte Hoogen in der Zeit von 1964 bis 1970 wachte, werde er in dankbarer Erinnerung bleiben. Hoogen war am vergangenen Samstag im Alter von 81 Jahren gestorben.

„DDR" kompromißbereit?

Neue Möglichkeiten für Gespräche über Werra-Entsalzung

BERND HUMMEL, Eschwege

Die „DDR" hat im Zusammenhang mit der angestrebten Entsalzung von Werra und Weser bei der Auswahl der technischen Verfahren Kompromißbereitschaft signalisiert. Entgegen dem von den Ostberliner Unterhändlern zunächst erweckten Eindruck, eine Vereinbarung lasse sich nur erreichen, wenn in den Kaliwerken der „DDR" das in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte elektrostatische Trennungsverfahren (Esta) über*nommen* werden kann, zeichnen sich nun kombinierte technische Lösungsmöglichkeiten ab, die als „Maßnahmenpaket" angestrebt werden.

Durch die Einleitung von Kali-Abwässern durch ihre drei Werke im thüringischen Kalirevier – nämlich „Marx-Engels" in Unterbreitbach, „Einheit" in Heiligenroda und „Ernst Thaelmann" in Merkers – bewirkt die „DDR", daß die Werra jährlich eine Salzfracht von elf Millionen Tonnen in den Westen transportiert. Nach jahrzehntelangem Streit darum, ob nun der Verursacher – also die *„DDR" – oder die Bundesrepublik* Deutschland als Nutznießer einer gemeinsamen Lösung für die Kosten aufkommen solle, wird seit 1980 auf *Expertenebene konkret* über technische Lösungsmöglichkeiten und die finanziellen Konsequenzen verhandelt. Nachdem schließlich im Herbst vergangenen Jahres auch ein „Finanzpoker" der Bundesländer Hessen und Bremen – sie hatten sich zunächst gegen die Beteiligungsquoten des auf 200 Millionen Mark geschätzten Projekts gesträubt – ausgereizt war, schien auf beiden Seiten die Voraussetzung für Vereinbarungen geschaffen.

Enttäuschung und Unmut dann aber bei den beteiligten Bonner Ministerien im Dezember des Vorjahres, als die „DDR"-Gesprächspartner in der deutsch-deutschen Expertenrunde urplötzlich Gefallen an modernster Technologie aus der Bundesrepublik Deutschland bekundeten. Waren nach 19 Verhandlungsrunden in einer Berichtsvorlage an beide Regierungen sowohl das sogenannte Flotationsverfahren als auch das Esta-Verfahren noch „in der Sache gleichwertig" behandelt worden, so drängen die „DDR"-Experten auf einmal darauf, Esta genau zu prüfen. Ihre Begründung damals: Dieses Verfahren sei im vielschichtigen Produktionsverlauf wirtschaftlicher einsetzbar als die Flotation. Erschrecken kommentierte das Innerdeutsche Ministerium in Bonn die neue Verhandlungstaktik der „DDR": „Jetzt geht es ans Eingemachte."

Ob Fehlinterpretation der Bonner Experten oder erneute Änderung in der Verhandlungsführung durch die Ostberliner Delegation – die Situation stellt sich heute anders dar. Hatte das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen noch am 11. Februar auf eine Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten Dieter Weirich (Eschwege) geantwortet, ein Beharren der „DDR" auf der Anwendung des Esta-Verfahrens werde mindestens zu einer mehrjährigen Verzögerung führen, wenn nicht gar das gesamte Projekt in Frage stellen, so klingt die Einschätzung aus gleichem Hause heute schon freundlicher: „Die Bundesregierung und auch die DDR streben gemeinsam eine Lösung an."

Unsicherheit über EG-Status der Türken belastet die Berliner

Stadt könnte weiteren Zuzug nicht verkraften / Enttäuschung nach Kohls Ankara-Reise

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit starkem Unbehagen und großen Bedenken reagiert der Berliner Senat auf die Möglichkeit, daß sich von Ende 1986 an türkische Staatsbürger etwa ungehindert im gesamten EG-Bereich und legal auch im ohnedies mit Ausländerproblemen hoch belasteten Berlin niederlassen könnten. Schon jetzt leben rund 115 000 Türken (47 Prozent aller Ausländer) in der Stadt, die rund 80 000 Arbeitslose verkraften muß. Die Kritik von Innensenator Heinrich Lummer am Ergebnis der Kohl-Reise in die Türkei („enttäuschend") stellt nur die Spitze eines Eisbergs von Sorgen dar, die auf den Senat zukämen, falls *die Türkei nicht an einer vollen Inan*spruchnahme ihrer durchaus umstrittenen Rechte gehindert wird.

Nach mehreren relativ ruhigen Jahren in den Ausländer-Problemen, die seit den Wahlen 1979 keine bestimmende innenpolitische Rolle mehr an der Spree spielten, werden jetzt alle bisherigen Erfolge in Frage gestellt: „Unsere sämtlichen Integrationsbemühungen wären bei einem unkontrollierbaren Zuzug von Türken nach Berlin über den Haufen ge*worfen. Am Ende kann dann vermut*lich überhaupt nicht mehr von einer Ausländerpolitik die Rede sein", sagte ein hoher Senatspolitiker angesichts dieser Misere zur WELT.

„Rechtzeitig handeln"

In einem Interview mit AP (WELT *vom 13. Juli) hatte Berlins* Bürgermeister und Innensenator Lummer darauf hingewiesen, daß er und seine Kollegen in der Innenministerkonferenz die Bundesregierung „oftmals gemahnt haben, rechtzeitig zu handeln". Eine ungezügelte Zuwanderung von etwa 100 000 Türken würden zudem das innenpolitische Klima in der Bundesrepublik „dermaßen belasten, daß da nun wirklich Ausländerfeindlichkeit nicht mehr von der Hand gewiesen werden kann". Im übrigen sehe die Wirklichkeit so aus: „Jeder Türke, der kommt, ist ein zusätzlicher Arbeitsloser hier."

Der hohe Anteil von Ausländern unter den Berliner Arbeitslosen unterstreicht diesen Satz von Lummer. Im September 1983 – jüngere Statistiken gibt es nicht – waren von den 5186 Arbeitslosen unter 20 Jahren an der Spree 1480 Ausländer – 28,5 Prozent oder ein knappes Drittel.

Mit Lummer teilt auch der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen die Ansicht, daß der EG-Vertrag keineswegs einen „Automatismus" in der Frage türkischer Freizügigkeit mit sich bringe. Als Jurist neigt Diepgen der Ansicht der EG-Kommission zu, die ebenfalls nicht die Auffassung von Ankara teilt, Artikel 12 des vor 20 (!) Jahren und somit unter ganz anderen Ausgangspunkten geschlossenen EG-Angleichungsvertrages führe zwingend zur gänzlichen Niederlassungsfreiheit von Türken im EG-Bereich und somit in der vor allem bevorzugten Bundesrepublik. „England beispielsweise oder Italien und Frankreich stehen bei weitem nicht vor ähnlichen Problemen wie wir", meinte ein CDU-Senatsmitglied.

Die bisherigen Berliner Zahlen lassen ahnen, in welcher Problemflut Berlins Politiker ertränken und wie das Wahlkampfthema für 1989 hieße, käme es zur Niederlassungsfreiheit:

- An den Grundschulen der Stadt kommt jedes vierte Kind aus dem Ausland; an den Hauptschulen liegt der Anteil sogar 35,3 Prozent.
- Im Verhältnis Deutsche zu Ausländer nimmt Berlin zwar unter den Großstädten nur Platz 10 ein (es führt Frankfurt/Main vor Offenbach, Stuttgart und München), aber die rund 115 000 Türken von Berlin stellen knapp 48 Prozent aller Ausländer in der Stadt. Damit steht Berlin hinter Salzgitter, Gelsenkirchen und Duisburg als reinen Industriezentren auf Platz 4 in der Bundesrepublik.
- Das zunehmende türkische Element in der Stadt erweist sich auch in der Geburtsstatistik: Von 1983 geborenen 17 819 Säuglingen stammten 3771 – oder 21 Prozent – von ausländischen Eltern. Mit 2225 jungen Erdenbürgern stellten Türken das Gros – 13 Prozent sämtlicher Berliner Geburten.

Schon jetzt werden die Bestimmungen des Ausländererlasses des Senats, die Berlin vor weiteren unkontrollierten Zuzügen bewahren und somit die Basis für eine Integration schaffen sollten, in ihrem Kern ständig unterlaufen.

Als Touristen getarnt

Der neueste Trick besteht darin, daß beispielsweise junge türkische Ehefrauen mit einem 30-Tage-Touri*stenvisum* in die Stadt *kommen*, um nach dieser legalen Frist „unterzutauchen". Sie erwarten dann von ihrem legal in Berlin lebenden Ehemann, der jedoch noch nicht die für den Nachzug der Ehefrau notwendigen acht Jahre in Berlin verbracht hat, ein Kind, und beantragen eine Aufenthaltserlaubnis. Die Abschiebung einer im sechsten Monat schwangeren jungen Türkin löste jetzt in der Stadt rundum Unbehagen und Befremden aus. Die Rechtsgültigkeit dieser Ab*schiebung – es gibt Dutzende* ähnlicher, vor Gericht abgeschlossener Fälle – läßt den Behörden jedoch kaum eine andere Wahl.

Jetzt befindet ein eigens geschaffener Senatsausschuß nach Aktenlage über besonders „sensible" Fälle, nicht mehr die Lummer unterstellte Ausländerbehörde allein. Dieses Verfahren birgt die Gefahr, die politische Verantwortlichkeit eines Senators zu verwischen und läßt auch Lummer, auf dessen Buckel Berlins Probleme ausgetragen werden, nicht unangetastet. Von der bisherigen Einmütigkeit der Innenministerkonferenz in derartigen Fällen ganz zu schweigen …

SED: Potsdam ist Vorbild für Genf

Fernsehsendung stellt Einvernehmen der Großmächte vor 40 Jahren groß heraus

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Ost-Berlin sieht in der einvernehmlich beendeten Potsdamer Konferenz vom Juli 1945 einen Musterfall, der auch heute noch für das Ost-West-Verhältnis gelten könnte. Die SED sehnt eine Verständigung der Supermächte in Genf herbei, um selbst im deutsch-deutschen und westeuropäischen Bereich aktiver werden zu können. Dieser Eindruck drängt sich nach einer vom „DDR"-Fernsehen ausgestrahlten Dokumentation über die Konferenz auf, in der die Westmächte außerordentlich wohlwollend behandelt werden.

Für eine Viertelstunde zog am Dienstagabend gleichsam eine Neubetrachtung der Potsdamer Beschlüsse und viel Lob für den „Geist von Potsdam" in die „DDR"-Wohnstuben ein: Wurde noch bis vor kurzem die Haltung der Westmächte in *Potsdam* als habgieriges, imperialistisches Tauziehen um die Kriegsbeute dargelegt und Potsdam als Beginn des vom Westen vom Zaun gebrochenen kalten Krieges betrachtet, stellt sich nun alles anders dar: Bei unterlegter Flötenmusik eines Rokoko-Rondos zeigte der Streifen aus dem Dokumentarfilmstudio der „Defa" ein Bild west-östlicher Harmonie im kronprinzlichen Cecilienhof am heute durch die Mauer versperrten Ufer des Jungfernsees.

Selbst die bisherige SED-Propaganda, Potsdam habe als Bestätigung von Jalta gleichsam die Spaltung des Kontinents und Deutschlands in West-Ost-Einflußsphären zementiert, gilt offenbar nun nicht mehr. Im Begleittext hieß es jedenfalls: „Dank der entschiedenen *Haltung* der *UdSSR* wurde dem deutschen Volk Unterstützung bei der Bildung eines einheitlichen demokratischen Staates zugesichert." Der Kommentar erinnerte sogar an die Äußerung Stalins vom Mai 1945, die Sowjetunion denke nicht an eine Teilung Deutschlands. Zur Atmosphäre des Gipfeltreffens von Harry S. Truman, Josef Stalin und Winston Churchill (später Clement Attlee) hieß es:

„Die Sitzungen wurden von heftigem, diplomatischem Ringen zwischen der UdSSR und den Delegationen der USA und Großbritanniens gekennzeichnet. Die Atmosphäre war häufig gespannt." Aber sogleich folgte das Lob: „Doch trotz auftretender Widersprüche und unterschiedlicher Auffassungen bestand bei den drei Mächten der Wille, für beide Seiten annehmbare Kompromisse zu finden." Der Film nahm schließlich voll die Honecker-*Linie* einer erstrebenswerten „Koalition der Vernunft" auf, die der SED-Chef bei verschiedenen Gelegenheiten gefordert hatte. Der Kommentar verwies darauf, nach Deutschlands Niederlage sei allgemein der „Fortbestand dieser Koalition auch in Friedenszeiten" erwartet worden.

Um letzte Zweifel daran auszuräumen, daß mit diesem Film nicht Potsdam, sondern Genf gemeint war, *schloß* der Kommentar so: „Die Potsdamer Konferenz ist noch heute ein Beispiel für die Suche nach Lösungen der Fragen, von denen die Existenz unseres Planeten abhängt …"

Verständnis für Pariser Position

Symposion der Seidel-Stiftung zum Thema deutsch-französische Sicherheitspolitik

RÜDIGER MONIAC, Berlin

Mit keinem anderen europäischen Staatsmann hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl in diesem Jahr so häufig getroffen wie mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand. Heute sehen sich beide wieder in Straßburg, wo sie eine Großveranstaltung europäischer Jugendchöre besuchen, aber bestimmt auch die Gelegenheit zum, wenn auch kurzen politischen Gedankenaustausch nutzen dürften. Ende August wollen beide abermals zusammenkommen, um im wesentlichen Fragen *der Sicherheitspolitik erörtern. Vor*aussetzung für einen guten Akkord zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland?

Es scheint so, obwohl in jüngster Zeit viel Mißverständliches aus Paris über den Rhein gedrungen ist. Da war die Rede von einer Ausdehnung der nuklearen Sicherheitsgarantien Frankreichs auch auf die Bundesrepublik. Und deutsche Optimisten sahen die neu aufgestellte „Schnelle Eingreiftruppe" (FAR) schon eingeordnet in die Verfügungsmasse der Verteidigungsplanung der NATO für Mitteleuropa. Davon aber kann keine Rede sein.

Keine präzisen Antworten

Die französische Sicherheitspolitik wird sich trotz einer neuen Hinwendung zum östlichen Nachbarn auch künftig etwas von ihrer Janusgesichtigkeit erhalten und damit viele in der Bundesrepublik enttäuschen, die aus Paris präzise Antworten und ein klares Engagement zugunsten der deutschen Sicherheitsinteressen erwarten.

Dies ist gerade erst wieder auf einem Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung im Berliner Reichstagsgebäude deutlich geworden, an dem mehrere führende Bonner Politiker aus dem Regierungslager und bekannte französische Politiker der augenblicklichen Opposition in Paris teilnahmen. Für manchen deutschen Abgeordneten war es offensichtlich enttäuschend zu hören, daß selbst konservative Franzosen sich nur ungern direkt in ein NATO-Konzept zur Verteidigung Mitteleuropas einbinden lassen wollen. Andererseits wird solche französische Zurückhaltung von der Bonner Regierung keineswegs negativ beurteilt. Ganz im Ge*genteil erkennt sie in der französi*schen Position mit gutem Recht einige Vorteile. Staatssekretär Lothar Rühl vom Bonner Verteidigungsministerium rückte sie ins rechte Licht. Dabei unterschied er zwischen den drei wesentlichen Elementen der französischen Militärplanung und ihrer Verbände, der strategischen Atomstreitkraft „Force de frappe", der „prästrategischen" Nuklearkräfte in Gestalt der taktischen Atomwaffen (jetzt noch „Pluton", künftig „Hades" mit einer vergrößerten Reichweite von 300 Kilometer) sowie schließlich den konventionellen Land- und Luftstreitkräften.

Die Deutschen, so sagte der Staatssekretär in kühlem Tone, müssen sich damit abfinden, daß sich in juristischem Sinne Sicherheitsgarantien von Frankreich nicht erwarten lassen. Vor allem gilt das für die Einsatzplanung seiner strategischen Streitkräfte. Kein Land, das über Atomwaffen großer Reichweite verfügt, läßt sich von anderen in deren Einsatzplanung hineinreden. Die Bundesrepublik muß akzeptieren, daß dies auch für sie gilt, trotz ihres freundschaftlichen Nachbarverhältnisses zu Frankreich. Rühl sagte, auch wenn das den Deutschen Probleme mache, sie müßten die Autonomie der französischen Nuklearplanung akzeptieren, denn aus sowjetischer Sicht bedeute sie einen zusätzlichen Risikofaktor, der auch im deutschen Interesse die Abschreckung stärke.

Graduell verschieden davon sieht man in der Bundesregierung die zweite Kategorie nuklearer Waffen. „Pluton" schießt 120 Kilometer weit. In Bonn gibt es allein deshalb ein Interesse zu wissen, was Paris im Einsatzfalle mit diesen Waffen plant.

Koloniale Vergangenheit

Offenbar wird dies von Frankreich anerkannt, freilich in einer Art, die sich öffentlicher Erörterung entzieht. Darauf wies Rühl denn auch deutlich hin. Er sagte, es sei inzwischen vorauszusehen, daß die seit einiger Zeit in Gang befindlichen Konsultations*mechanismen mit Paris schrittweise* zum einen zur Harmonisierung der Sicherheitsvorstellungen führen können, zum anderen aber auch auf ihrer Grundlage zu einer *Angleichung der* Militärplanung in bestimmten Bereichen.

Dies betrifft in erster Linie die konventionellen Kräfte Frankreichs, die aus der Sicht der NATO sich gut als Reserve für die Verteidigung in Mitteleuropa eignen. Freilich hat man in der Bundesregierung auch Verständnis dafür, wenn Paris vor allem die FAR-Truppe nicht ausschließlich für diese Aufgabe vorsehen kann. Frankreich hat aufgrund seiner kolonialen Vergangenheit möglicherweise die Verpflichtung zum militärischen Eingreifen in Afrika, Asien oder auch in der zentralamerikanischen Region. Dies sind nicht minder wichtige französische Sicherheitsinteressen wie die in Europa.

London lobt die deutsche Wirtschaft

SAD, London

Welches Land ist so stabil wie die Schweiz, so arbeitswütig wie Japan, besitzt die Management-Fähigkeiten der USA und den Handelsinstinkt von Japan? „Ein solches Land gibt es zwar nicht, aber das, das ihm am nächsten kommt, ist die Bundesrepublik Deutschland", schrieb der leitende Wirtschaftsredakteur Andrew Alexander gestern in einem Artikel der Londoner „Daily Mail" unter der Überschrift „Noch ist es nicht zu spät, sich am deutschen Wunder zu beteiligen." Bei der derzeitigen Stärke des Pfundes, einer deutschen Inflationsrate von 2,4 Prozent und Wachstumsaussichten von 2,3 Prozent sollten britische Kapitalanleger jetzt in der Bundesrepublik investieren. „*Für diejenigen, die* schon seit Jahren der Meinung waren, daß das deutsche Wirtschaftswunder mehr mit harter Arbeit und wirtschaftlichen Fähigkeiten und nichts mit übernatürlichen Dingen zu tun hat, bleiben auch die langfristigen Aussichten eine gute Rückversicherung."

Ist Rauchen im Betrieb Privatsache?

AP, Kassel

Das Bundessozialgericht in Kassel muß als letzte Instanz entscheiden, ob Rauchen während der Arbeit Privatsache *ist. Den Prozeß hat ein* Schlosser aus Bremen angestrengt, der eine im Betrieb gefundene, selbstgedrehte Zigarette geraucht hatte. Die von einem unbekannten Täter mit einem Zündkörper präparierte Zigarette explodierte, und verletzte ihn erheblich am Auge. Der Schlosser klagte auf Anerkennung des Schadens als Arbeitsunfall mit Rentengewährung. Sämtliche Vorinstanzen befanden, daß Rauchen im Betrieb Privatsache sei. Der Schlosser hielt dagegen, daß seine *Verletzung auf* einen üblen Scherz zurückzuführen sei, der zu Lasten der Unfallversicherung gehen müsse.

Thesenpapier von CSU-Juristen zur Rechtspolitik

PETER SCHMALZ, München

Noch in dieser Legislaturperiode muß nach Ansicht des CSU-Arbeitskreises „Juristen" ein Gesetz zur Verfolgung und Ahndung der Computerkriminalität verabschiedet werden. Ebenso wichtig seien Gesetze zur Manipulation der menschlichen Fortpflanzung und zur Sterbehilfe, erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises, der bayerische Justizstaatssekretär Wilhelm Vorndran, gestern vor Journalisten in München.

In einem Thesenpapier erklärt der Arbeitskreis, bei der medizinisch angezeigten künstlichen Befruchtung unter Ehegatten bestehe kein gesetzgeberischer Regelungsbedarf. Dage*gen dürfe eine Befruchtung durch* einen fremden Samenspender „ungeachtet der noch offenen ethischen Legitimationsfrage" nur dann zulässig sein, „wenn das Recht des Kindes, seine blutsmäßige Abstammung zu kennen, nicht vereitelt wird". Ein dem Europaparlament vorliegender Antrag, wonach der Spender anonym bleiben müsse, wird von Vorndran entschieden abgelehnt.

Gentechnische Eingriffe in menschliche Zellen sollen nach den CSU-Thesen *nur mit strengster* therapeutischer Zielsetzung zulässig sein und dürfen dem Menschen keinesfalls die Individualität nehmen. Jede Manipulation des Erbguts, die auf die Züchtung von Menschen hinausläuft, wird als absolut unvertretbar bezeichnet. Der Gesetzgeber, so Vorndran gestern, wird nicht umhinkommen, sich in absehbarer Zeit mit diesem Thema zu befassen. Das Thesenpapier ist dabei als Anregung für die CSU-Landesgruppe gedacht.

Noch mit dem Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität müssen nach CSU-Vorstellung auch neue Strafvorschriften gegen die Computerkriminalität beraten und verabschiedet werden. Staatssekretär Vorndran: „Durch diese neue Kriminalitätsform werden schon jetzt durch besonders intelligente Täter Schäden in Milliardenhöhe verursacht."

Insgesamt registrierten die CSU-Juristen eine „besorgniserregende Veränderung im Rechtsbewußtsein", an der die SPD eine Mitverantwortung habe, da diese Partei während ihrer Regierungsverantwortung manchen Erscheinungen des Unrechts – wie Hausbesetzungen – „nicht entschieden und deutlich genug entgegengetreten" sei. Das zögerliche, duldende und zum Teil *sympathisierende* Verhalten der SPD gegenüber politisch motivierten Rechtsbrüchen habe dazu beigetragen, die Grenzen zwischen Recht und Unrecht zu verwischen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

London hat von 1986 an keinen Stadtrat mehr

R. GATERMANN, London

Bis vor wenigen Tagen prangten von der der Themse zugewandten Fassade des Verwaltungsgebäudes des Londoner Stadtrates (Greater London Counil – GLC) in Riesenlettern die Worte „74% say no". Jetzt sticht den auf der gegenüberliegenden Seite des Flusses in Westminster tagenden Abgeordneten ein anderer Slogan in die Augen: „GLC – 256 days left caring for London" (GLC – noch 256 Tage lenkt er die Geschicke Londons).

Am 31. März 1986 wird der Greater London Council zu Grabe getragen. Die britische Hauptstadt wird dann eine der ganz wenigen Weltmetropolen sein, die über keine ihren Großraum deckende parlamentarische und behördliche Körperschaft verfügt. Nach zweijährigem, zähem Kampf hat sich nun die konservative Regierung durchgesetzt. Der Stadtrat und sechs weitere Regionalparlamente werden aufgelöst.

Ihre bisherigen Aufgaben werden von den Gemeinden, von Ministerien oder neu zu bildenden Organen übernommen.

Die Regierung begründet ihr Vorgehen mit dem Kampf gegen eine ineffektive, teure und aufgeblasene Bürokratie, die konkret wenig Möglichkeiten hat, die Geschicke Groß-Londons und dessen rund sieben Millionen Einwohner zu beeinflussen.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört die Verkehrsplanung, die Koordinierung der Feuerbekämpfung, die Parks und Erholungsgebiete, die Müllbeseitigung, das Schul- und Erziehungswesen, die Museen und Kunstgalerien sowie Teilbereiche des Wohnungsbaues. Hierfür wird ein Haushalt von rund acht Milliarden Mark und beschäftigt etwa 20 000 Personen.

Die Idee der Regierung, diese Körperschaft zu sprengen, stieß nicht nur bei dem von der Labour Party dominierten GLC und dessen agilem Ratsvorsitzenden Ken Livingstone, der für eine Werbekampagne gegen die Auflösung ungefähr 40 Millionen Mark spendierte, auf Widerstand. Im Oberhaus stellten sich so viele konservative Lords auf die Seite der Opposition, daß das Thatcher-Kabinett in vier Teilabstimmungen Niederlagen einstecken mußte.

Niemand, auch Ken Livingstone nicht, bestreitet, daß der Council reif für eine Überprüfung seiner Aufgaben und seiner Finanzpolitik war. Aber wie nicht selten bei durchgreifenden Ideen hat das Kabinett Thatcher Schwierigkeiten, ausreichendes Verständnis beim Wähler zu finden. Dagegen fiel es Livingstone leichter, Sympathien für seinen Kampf gegen die Auflösung zu gewinnen. Dahinter verbarg sich allerdings weitgehend parteipolitische Obstruktion.

Peres traf sich mit führenden Palästinensern

DW. Tel Aviv

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres ist in Tel Aviv mit zwei als gemäßigt geltenden Palästinenserführern zu einem Gespräch über die Friedensaussichten im Nahen Osten zusammengetroffen. Ein israelischer Regierungsbeamter teilte gestern mit, bei der dreistündigen Unterredung zwischen Peres und dem Bürgermeister von Bethlehem, Elias Freidsch, sowie dem aus Nablus stammenden Geschäftsmann Hikmet al Masri habe es sich um eine allgemeine Diskussion über Möglichkeiten zur Aufnahme eines Dialogs gehandelt. Weitere Gesprächsthemen seien die Lage im israelisch besetzten Westjordanland und im Gazastreifen gewesen. Die beiden Gesprächspartner von Peres stehen dem Vernehmen nach auf einer von Jordanien entworfenen Vorschlagsliste für die Mitglieder einer gemeinsamen palästinensisch-jordanischen Delegation, die mit den USA vorbereitende Gespräche für eine internationale Nahost-Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der UNO führen soll.

Siemens entläßt 1100 Streikende

dpa, Johannesburg

Siemens hat in Südafrika fünf Produktionsstätten in Johannesburg und Pretoria vorübergehend geschlossen und 1100 streikende schwarze Arbeiter entlassen. Die Streikenden hätten arbeitswillige farbige Arbeiter bedroht und angegriffen, erklärte gestern ein Sprecher des Unternehmens in Johannesburg. Die Entlassenen könnten sich um Wiedereinstellung bemühen, sagte Direktor Johan Trotskie. In den fünf Fabriken sind insgesamt 2800 Arbeiter beschäftigt. Anlaß des Streiks war die Forderung nach Anhebung der Löhne um einen Rand (etwa 1,55 Mark) je Stunde. Siemens lehnte diese Forderung unter Hinweis auf die vom Metall-Arbeitgeberverband mit den Gewerkschaften zentral vereinbarten neuen Tarife ab, die am 1. Juli auch bei Siemens wirksam geworden waren.

Präsident Mubarak wehrt sich gegen Einführung der Scharia

Orthodoxe Moslems verhaftet / Frauenrecht eingeschränkt / Konflikt wie zu Zeiten Sadats

PETER M. RANKE, Athen

Regierungsfeindliche Flugblätter und angeblich auch Waffen hat die ägyptische Polizei gefunden, als sie Moscheen in Kairo, Alexandrien und in der Fayum-Provinz durchsuchte. 47 Ägypter wurden in den letzten Tagen verhaftet, unter ihnen auch Scheich Hafez Salama, 75, von der El-Nur-Moschee im Kairoer Vorort Abassiya. Er gilt als der fanatische Anführer der orthodoxen und radikalen Moslemgruppe, die die sofortige Einführung des islamischen Rechts (Scharia) in Ägypten verlangen.

Politische Beobachter bezweifeln, daß die Regierung Scheich Salama vor ein Gericht stellen wird. Der wortgewaltige Prediger gilt als Volksheld, nachdem er 1973 in Suez den Widerstand gegen die vorrückenden israelischen Truppen organisierte. Als er vor fünf Wochen einen „grünen Marsch" organisierte, um Präsident Mubarak zur Einführung der Scharia zu zwingen, wurden etwa 500 seiner Anhänger festgenommen; wenig später kamen 80 wieder frei.

Jetzt forderte Salama zusammen mit einem anderen orthodoxen Scheich, Salah Abu Ismail, eine „islamische Konferenz" vor dem Abdin-Palast, vor der Mubarak Rede und Antwort stehen soll. Salama, der jede Zusammenarbeit mit den ebenfalls fundamentalistischen Moslembrüdern ableugnet, sagte: „Die Gesetze des Islam sind die Rettung für unser Land. Unter einem islamischen Regime gibt es keine Parteien, keine Demokratie, nur die islamische Gesellschaft." Die christlichen Kopten sollten in Ägypten nur Staatsbürger zweiter Klasse sein.

Nachdem Präsident Mubarak dem sich zuspitzenden Konflikt zwischen den orthodoxen Moslems und gemäßigten Kräften, die für die Trennung von Religion und Staat eintreten, abwartend gegenüberstand und lediglich die Radikalen wiederholt verwarnt hatte, befindet er sich jetzt in einer defensiven Lage.

Die Islamisierung ist in Ägypten so weit fortgeschritten, daß Verhaftungen und Aburteilungen keine Lösung bringen können. Westliche Diplomaten vergleichen die jüngsten Verhaftungen schon mit dem „Rundschlag" Präsident Sadats im September 1981 gegen radikale Moslems und Kopten. Die Kräfte zu seiner Ermordung wurden dadurch mobilisiert.

Auch im Parlament leistete Mubaraks Regierungspartei nur hinhaltenden Widerstand, als sie kürzlich ein neues Zivilrecht für die Frauen beschloß, das die Polygamie bestätigt und Scheidungsklagen von Frauen den männlichen Richtern zur Entscheidung überläßt.

Das außer Kraft gesetzte Gesetz 44 von 1979 (Jehan-Sadat-Gesetz) mit weitgehenden Rechten für die Frau wurde nicht erneuert, wenn auch die Einführung der Scharia mit harten Strafen aufgeschoben wurde.

Immer mehr Frauen und Mädchen gehen verschleiert oder in hochgeschlossenen Kleidern. Überall in den Häusern von Kairo werden private Gebetsräume eingerichtet. Keine Bank, keine Fabrik wagt heute noch die Bitte eines frommen Moslems abzuschlagen, er müsse während der Arbeitszeit die vorgeschriebenen Gebete einhalten.

In den Dörfern gibt es wieder Kinder-Hochzeiten, obwohl ein Mädchen legal erst ab 16 Jahren verheiratet werden darf. Aber das Gesetz wird von den Scheichs umgangen, die den Ehekontrakt schließen und gegen ein „Bakschisch" gern bereit sind, beide Augen zuzudrücken, zumal wenn der „Bräutigam" reich oder alt ist.

Islamische Banken wie die Feisal-Bank, die keine Zinsen nehmen und keine dürfen, erleben einen Ansturm. Denn vor allem der „kleine Mann" traut ihnen mehr als dem westlichen Banksystem. Betrug und Pleite hält er bei einer „frommen Bank" für unmöglich.

„Was wollen Sie", sagt ein deutscher Geschäftsmann in Kairo, „ich steige lieber zu einem bärtigen Moslem ins Taxi, das mit Koran-Sprüchen oder grünen Fähnchen geschmückt ist. Da weiß ich, daß ich nicht um den Fahrpreis schachern muß und nicht betrogen werde."

Die Hinwendung zum Islam, die Forderung nach dem reinen islamischen Staat wie in Iran oder Pakistan wird von der Regierung gebremst. Sie fürchtet blutige Auseinandersetzungen mit den acht Millionen christlichen Kopten. (SAD)

Peking und Seoul kommen sich näher

Mehr Handel und kultureller Austausch / China befürwortet innerkoreanischen Dialog

FRED de LA TROBE, Tokio

Die Pekinger „Volkszeitung" kritisierte unlängst Manöver, die Amerikaner und Südkoreaner abhielten. Für den Frieden auf der koreanischen Halbinsel sei der Abzug der US-Truppen aus dem Süden des Landes unabdingbar, hieß es. Mit dieser schon wiederholt pflichtgemäß geäußerten Forderung vollzogen die Chinesen die bei solchen Anlässen gepflegte Reverenz vor dem nordkoreanischen Staats- und Parteichef Kim Il Sung, um den engen Schulterschluß zu Pjöngjang zu erhalten.

In den 40 Jahren seiner Herrschaft hat es Kim durch eine geschickte Schaukelpolitik verstanden, Peking gegen Moskau auszuspielen. Beide sind gegenüber ihrem Juniorpartner zu weitgehenden Zugeständnissen bereit, um den wendigen Polit-Akrobaten Kim auf ihre Seite zu ziehen. Sachkenner der politischen Szene Ostasiens geben gegenwärtig der Sowjetunion einen leichten Vorteil gegenüber China im Werben um die Gunst Nordkoreas, dem sie neben größeren wirtschaftlichen und technischen Beistand in den letzten Monaten auch mehr militärische Hilfe – darunter Kampfflugzeuge des Typs MiG-23 – geliefert haben.

Um das Gleichgewicht wiederherzustellen, reiste im vergangenen Monat der chinesische Parteichef Hu Yaobang zu Gesprächen mit Kim Il Sung nach Pjöngjang. Trotz der Aufmerksamkeiten an die Adresse der Nordkoreaner versuchen die Chinesen aber auch, ihre Interessen in der Region geltend zu machen. Dazu gehört die Erhaltung von Frieden und Stabilität auf der koreanischen Halbinsel. Die zunehmenden Kontakte in den letzten Monaten und das allgemein festzustellende „Tauwetter" zwischen Nord- und Südkorea werden von den meisten Beobachtern nicht zuletzt auf den linden Rückenwind aus Peking zurückgeführt.

Hu Yaobang lobte „die positiven Bemühungen, die nationale Versöhnung in Korea zu erreichen, die Spannungen abzubauen und die friedliche Wiedervereinigung zu verwirklichen". Auch die pragmatische neue Wirtschaftspolitik Chinas beginnt auf Nordkorea abzufärben, das neuerdings einen realistischeren Kurs zur Überwindung der ökonomischen Engpässe steuert.

Zu den chinesischen Interessen in Ostasien gehört auch die Pflege der Beziehungen zu Japan und den Vereinigten Staaten, die wiederum beide enge Kontakte zu Südkorea geknüpft haben. Ein besseres Verhältnis zwischen Peking und Seoul ist eine schlüssige Konsequenz dieser Situation. Bisher bestehen aber keine diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Für Südkorea ist China vor allem ein wichtiger Gesprächspartner wegen seines Einflusses auf Pjöngjang und seiner überragenden Stellung in der Region. Die Zusage der Chinesen, daß sie an den Olympischen Sommerspielen 1988 in Seoul teilnehmen werden, ist von der Regierung Chun Do Hwan als großer außenpolitischer Erfolg gefeiert worden. Trotz der mangelnden diplomatischen Beziehungen war in den letzten Jahren schon eine wesentliche Klimaverbesserung zwischen den beiden Staaten zu verzeichnen. Der Austausch von Akademikern, Künstlern und Sportlern hat merklich zugenommen, und der Warenverkehr über Hongkong und Japan steigt.

Der Durchbruch zu einem besseren Verhältnis gelang schon vor zwei Jahren, als die Chinesen eine offizielle Delegation nach Seoul entsandten, um über die Rückgabe eines entführten chinesischen Linienflugzeugs, seine Besatzung und die Passagiere zu verhandeln.

Ein weiterer großer Schritt zur Annäherung erfolgte im März dieses Jahres, als die Südkoreaner ein Torpedoboot der chinesischen Marine mit 13 Besatzungsmitgliedern zurückgaben. Das Boot war nach einer Schießerei an Bord, bei der sechs Matrosen ums Leben kamen, in südkoreanische Hoheitsgewässer getrieben und in einen dortigen Hafen abgeschleppt worden.

Kürzlich reisten zwei südkoreanische Diplomaten nach Peking, um dort an einem von den Vereinten Nationen veranstalteten Seminar über die Lage der Palästinenser teilzunehmen. So bewegen sich die Kontakte zwischen beiden Ländern immer tiefer im Vorfeld von diplomatischen Beziehungen. (SAD)

Banzer muß um seinen Sieg fürchten

Jetzt entscheidet das Parlament / Bessere Chance für den Rivalen Paz Estenssoro?

WERNER THOMAS, New York

Noch immer zählen in Bolivien viele tausend Helfer weiterhin mühsam die Stimmen nach den Wahlen aus. Das Interesse der Öffentlichkeit hat sich aber längst auf die parlamentarische Bühne verlagert. Da bei der Präsidentschaftswahl keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhielt, müssen Abgeordnetenkammer und Senat den Sieger bestimmen. Es sieht fast so aus, daß eine Anti-Banzer-Front dieses Votum kontrollieren wird.

Hugo Banzer Suarez, ein General im Ruhestand, der bereits von 1971 bis 1978 Bolivien als Putschist regierte, beansprucht nun das Präsidentenamt. Nach neuesten Berechnungen kommt er auf 36 Prozent der Stimmen, gefolgt von Victor Paz Estenssoro von der Nationalistischen Revolutions-Bewegung (MNR) mit 27 Prozent und Jaime Paz Zamora von der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) mit zehn Prozent.

Die MIR-Computer gaben dagegen Banzer am Dienstag nur 30 Prozent, Paz Estenssoro 25 Prozent und der eigenen Partei elf Prozent. Zahlen, die die ADN-Politiker beunruhigen, da sie schon vor den Wahlen den Verdacht betrügerischer Absichten ihrer Gegner geäußert hatten.

Ein wichtiger Neffe

Paz Estenssoro, 77, bereits dreimal Präsident, will Banzers Wahlsieg nur anerkennen, wenn dieser mit mindestens fünf Prozent Vorsprung siegt. Aber längst hat der durchtriebene Veteran der bolivianischen Politik hinter den Kulissen schon Kontakte zu den anderen Parteien geknüpft. Sein Neffe Jaime Paz Zamora, 46, spielt dabei eine Schlüsselrolle. Denn wenn die Kongreß-Vertreter des MIR Paz Estenssoro unterstützen, könnte dieser gewinnen. Zwischen Onkel und Neffe bestand allerdings nicht immer das beste Verhältnis. Nun aber signalisierte Paz Zamora seine Bereitschaft, dem Wahlsieger der MIR-Stimmen zu geben, ganz gleich wie dieser heißt. „Ich möchte den Kongreß nicht dazu verleiten, den Willen des Wählers zu mißachten", sagte er.

Die konservative Bewegung (ADN) Hugo Banzers konnte besonders in den großen Städten überwältigende Siege erzielen. So wurde der 37jährige Harvard-Absolvent Ronald MacLean zum neuen Bürgermeister der Hauptstadt La Paz gewählt. Er gilt als einer der profiliertesten Nachwuchspolitiker Boliviens. „Wir sind eine moderne, pragmatische Partei, ohne ideologischen Ballast", erläuterte MacLean. Die meisten anderen Parteien stellen die ADN in die rechte Ecke und diffamieren Banzer als „Diktator."

Im Gegensatz zu Paz Estenssoro setzte sich Banzer dafür ein, den Sieger der Wahlen im Kongreß zum Präsidenten zu küren. „Wer eine Stimme mehr hat, soll Präsident werden." Ein diplomatischer Beobachter bemerkte jedoch: „Banzer geht natürlich davon aus, daß er dieser siegreiche Kandidat sein wird."

Niemand wagt eine Prognose über den Ausgang des Kongreßvotums, obgleich Beobachter Paz Estenssoro die größeren Chancen einräumen. Schon weil die ADN über keine einflußreichen politischen Verbündeten im Parlament verfügt, dagegen über viele politische Gegner.

Die ADN betont, daß sie von ihrem Wirtschaftsprogramm nicht abrücken werde. Mit strikten Sparmaßnahmen und einer Rückkehr zur freien Marktwirtschaft sollen die katastrophalen Verhältnisse überwunden werden, die dem Land eine Rekordinflation von 15 000 Prozent im Jahr bescheren.

Ironischerweise stehen sich Banzers ADN und Paz Estenssoros MNR politisch und wirtschaftlich recht nahe. Als sich Banzer 1971 an die Macht putschte, unterstützte ihn auch Paz Estenssoro vorübergehend. Diesmal jedoch werden die Möglichkeiten einer Kooperation oder Koalition gering sein. „Keiner ist bereit, sich dem anderen unterzuordnen", bedauerte die Zeitung „Presencia".

Keine Computer

Kontroverse Kongreß-Abstimmungen über einen neuen Präsidenten sind in Bolivien nichts Neues. Viele Bolivianer erinnern sich noch an die Patt-Lage vor sechs Jahren, als sich das Parlament wochenlang auf keinen Präsidenten einigen konnte.

Paz Estenssoro und der nun scheidende Präsident Hernan Siles Zuazo rangen damals um jede Stimme. Schließlich wurde Senatspräsident Walter Guevara als Kompromißkandidat gewählt. Wenige Monate später folgte aber schon der nächste Militärputsch.

Die Auszählungen verlaufen deshalb so schleppend, weil die Wahlbehörde keine Computer besitzt. Die Siles-Regierung hatte das Angebot der amerikanischen Botschaft abgelehnt, Elektronenrechner zur Verfügung zu stellen. Das offizielle Endergebnis soll deshalb erst am 2. August vorliegen. Der Kongreß wird unmittelbar danach zur Wahl zusammentreten. Und bereits für den 6. August ist die Amtseinführung des neuen Präsidenten vorgesehen. In La Paz gibt es jedoch Zweifel, ob dieser Terminplan eingehalten werden kann. (SAD)

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) hat jetzt nach zehnjähriger Pause die 4. Auflage ihrer Empfehlungen für die Nährstoffzufuhr veröffentlicht. Wichtigster Punkt: Wegen der veränderten Lebensgewohnheiten, vor allem der geringereren körperlichen Aktivität, muß die tägliche Kalorienzufuhr weiter reduziert werden.

Trotz der Kalorien im Übermaß fehlen lebenswichtige Nährstoffe

Von LOTTE LUDWIG

Daß zwischen der Ernährung und der Gesundheit ein enger Zusammenhang besteht, läßt sich heute nicht mehr leugnen. Krankheiten wie Herzinfarkt, Altersdiabetes, Gicht, Bluthochdruck und Übergewicht waren in früheren Jahren seltener. Es ist also in der heutigen Ernährung etwas falsch. Dazu Prof. Werner Kübler vom Institut für Ernährungswissenschaft in Gießen: „Für die meisten der in Überflußländern Lebenden stehen eine drohende energetische Überernährung und eine mögliche Unterversorgung mit lebenswichtigen Nährstoffen im Zentrum der Ernährungsprobleme." Diese Fehlernährung zu korrigieren, ist das Ziel der DEG.

Das Tabellenwerk, das die DEG jetzt in München veröffentlicht hat, ist – wie Prof. Günther Wolfram, München – ausführte, ein Leitfaden für eine gesunde Ernährung. Aufgrund von Meßwerten, Berechnungen und Vergleichen mit Empfehlungen anderer Länder wurde der Bedarf des Menschen festgesetzt. Dem Alter entsprechend werden für männliche Jugendliche von 15 bis 18 Jahren 3000 und für weibliche 2400 Kalorien vorgeschlagen. Mit zunehmendem Alter müssen sie laufend verringert werden. Bei den Senioren sollten Männer nurmehr 1900, Frauen 1700 Kalorien zu sich nehmen.

Verändert ist nach den neuen Erkenntnissen auch der Bedarf an Kohlenhydraten, Fett und Eiweiß. Es wird empfohlen, den Kohlenhydratanteil auf 60 Prozent der Gesamtenergie anzuheben, Fett auf 30 Prozent und Eiweiß auf zehn Prozent zu reduzieren. Auch der Bedarf an unentbehrlichen Vitaminen, Mineralstoffen und Spurenelementen ist neu formuliert worden. Eine ausreichende Zufuhr ist für viele wichtige Stoffwechselprozesse im menschlichen Organismus erforderlich.

Diese Leitwerte in die Praxis umzusetzen, ist Aufgabe der Ernährungsberatung und vor allem des Bürgers selbst. Er ißt nicht „Nährstoffe", sondern verzehrt Lebensmittel, die Nährstoffe enthalten. Den Bürger interessiert nur, welche Nahrungsmittel er einkaufen soll, um sich schmackhaft und gesund zu ernähren. Frau Waltraud Aign vom Institut für Ernährungswissenschaft Gießen hat in München an ausgewählten Beispielen dargestellt, „wie sich die Empfehlungen für die Nährstoffzufuhr durch die Wahl geeigneter Lebensmittel, durch angepaßte Portionsgrößen und einen abwechslungsreichen Speiseplan in die Praxis übertragen lassen".

Kohlenhydrate sollen die Hauptenergielieferanten sein. Mit Vollkornprodukten, Kartoffeln, Obst und Gemüse decken sie auch den Bedarf an Ballaststoffen, der mit 30 Gramm angesetzt wird. Dieser Wert wird aber hierzulande zur Zeit nicht erreicht, wie Prof. Heinrich Kasper (Würzburg) berichtete. Wenn bis zu 60 Prozent der Nahrung aus Kohlenhydraten bestehen sollen, heißt das für erwachsene Frauen fünf und für Männer sieben Scheiben Vollkornbrot am Tag.

Senioren und Personen mit reduzierter Kost erreichen diesen Standard kaum. Bei ihnen sollten Müsli und Kleieprodukte nachhelfen, um mit deren Ballaststoffen die Verdauung zu regulieren und Abführmittel überflüssig zu machen. Außerdem wird geraten, Kartoffeln und solche Obst- und Gemüsesorten zu bevorzugen, die viele Vitamine, Mineralstoffe und Spurenelemente enthalten.

Der Fettverbrauch ist immer noch zu hoch. Es ist ein Irrtum zu glauben, man müsse nur am Streichfett sparen, denn mindestens die Hälfte aller Fette ist versteckt, vor allem in Fleisch- und Wurstwaren, auch in fetten Milch- und Käseprodukten (siehe Graphik). Vor allem der Fleischverbrauch hat in diesem Jahrhundert ständig zugenommen. Die in Fleisch, Wurst und fettem Käse vorwiegend enthaltenen Fettsäuren sind Energieträger, die den Fettansatz im Organismus und den Cholesterinspiegel im Blut steigern. Nur eine Fettsäuregruppe mit der Linolsäure ist, wie die Vitamine, lebensnotwendig, weil der Organismus sie nicht synthetisieren kann. In ausreichender Menge ist Linolsäure nur in Pflanzenölen und -fetten vorhanden.

Versteckte Fette im Vormarsch

Pro Kopf Verbrauch in kg

unsichtbare Fette		sichtbare Fette
5,0	1850	11,6
9,5	1900	15,3
14,6	1950	19,7
20,4	1960	25,2
24,8	1970	26,6
29,6	1980	25,9
30,0	1984	26,0

CONDOR

Zur Umstellung falscher Ernährungsgewohnheiten wird empfohlen, magere Fleisch- und Wurstsorten, Geflügel und Fisch zu bevorzugen und zum Kochen und als Streichfett linolsäurereiche Pflanzenfette und -öle zu nehmen. Der Eiweißbedarf ist reduziert auf jetzt 0,8 g/kg Körpergewicht, das sind 60 g für männliche und 55 g für weibliche Jugendliche sowie für Erwachsene 55 bzw. 45 g. Davon sollte nicht mehr als die Hälfte tierischen Ursprungs sein, das bedeutet eine weitere Einschränkung von Fleisch und Wurst zugunsten von Obst und Gemüse, die viele Vitamine haben.

Da ein Teil der Vitamine durch das Kochen zerstört wird, empfiehlt die DGE, eine gewisse Menge von Salat und Gemüse als Rohkost zu essen.

NOTIZEN

Beseitigung von Abfall

Berlin (DW.) – Das Umweltbundesamt hat ein Handbuch herausgegeben, in dem Verwerterbetriebe für die verschiedenen industriellen Altstoffe und Rückstände aufgelistet sind. Das Buch enthält Adressen von 212 Abfallbetrieben und 1500 Rohstoffhändlern, die Holz, Schrott, Lacke, Schlamm, Öl und zahlreiche andere Materialien abnehmen.

Alkoholiker immer jünger

München (J. A.) – Das folgenschwerste Gift für die Leber ist und bleibt der Alkohol. Er verursacht 52 Prozent aller Lebererkrankungen, in manchen Berufen (Wohnungsbau, Land- und Weinwirtschaft, Gaststätten) sind sogar 56 % der Leberschrumpfungen (Zirrhosen) darauf zurückzuführen. Die Patienten werden dabei nach Auskunft von Fachärzten immer jünger, da bereits Jugendliche regelmäßig Alkohol trinken.

Computermarkt wächst

Frankfurt (DW.) – In der Bundesrepublik gab es zu Beginn des Jahres 1,9 Millionen Kleincomputer. Davon entfallen 73 % auf die Heimcomputer, deren Bestand sich seit 1984 fast verdoppelt hat. Die größten Wachstumsraten sind in den oberen Preisklassen, ab 10 000 DM zu erwarten, während der Markt der billigeren Geräte (unter 1500 Mark) den Zenit bereits überschritten hat.

Affen im Weltraum

Moskau (dpa) – Zwei Affen sind mit der sowjetischen Raumsonde „Kosmos 1667" in eine Erdumlaufbahn gebracht worden. An ihnen sollen die Auswirkungen der Schwerelosigkeit untersucht werden. Der Organismus von Primaten ist für solche Forschungen besonders geeignet. Die Tiere werden nach einigen Tagen zur Erde zurückkehren.

Strahlung von innen her

Gehirntumoren kann man jetzt schonender behandeln

Von U. FALKENSTEIN

Eine neue Behandlungsmethode für Hirntumoren haben Mediziner am Klinikum Steglitz der Freien Universität Berlin entwickelt. Seit einigen Monaten bestrahlen sie die Geschwulst in mehreren kleinen Dosen von innen. Die radioaktive Belastung des gesunden Gewebes ist bei dieser Technik deutlich geringer als bei einmaliger, extrem hoch dosierter Bestrahlung oder bei der Langzeittherapie mittels radioaktiver Drähte im Kopf des Patienten. Das medizinische Personal ist keiner Radioaktivität mehr ausgesetzt.

Wenn die Voruntersuchung eines Krebskranken zeigt, daß der Tumor an einer lebenswichtigen Stelle des Gehirns sitzt (die zum Beispiel das Sprechen oder die Bewegungen steuert), kann man das Gewebe nicht einfach wegschneiden. In solchen Fällen wird die Tumorbestrahlung von außen durch eine Erhöhung der Strahlendosis im Tumorkern ergänzt.

Nachdem mit Hilfe von Computer- und Kernspintomogrammen die genaue Form und Ausdehnung des Tumors bestimmt worden ist, wird ein winziges Loch in den Schädel gebohrt und ein dünner Kanal bis zur Mitte des Tumors gestochen. Eine 3 mm dicke Metallhülse wird in den Kanal geschoben und mit einem Gewindebolzen fest in der Schädeldecke verankert. Über mehrere Tage oder Wochen hinweg kann die Krebsgeschwulst jetzt täglich ein paar Minuten von innen bestrahlt werden.

Die Ärzte am Klinikum Steglitz setzen dabei ein kleines kastenförmiges Gerät ein, von dem aus ein Schlauch in die leere Hülse im Kopf des Patienten eingeführt wird. Per Fernsteuerung und unter Fernsehüberwachung wird das radioaktive Material durch den Schlauch in das Tumorgewebe eingeführt. Durch langsame Bewegung der „strahlenden" Medizin in der Hülse kann man die Stärke der Strahlung in etwa der Form und Größe des Tumors anpassen. Die Gesamtmenge an Radioaktivität, die zur Zerstörung der Geschwulst notwendig ist, wird so in kleinen Portionen verteilt. Dadurch wird das Krebsgewebe immer wieder mit einer geballten Strahlenladung beschossen, während das gesunde Gehirngewebe geschont wird.

Die am FU-Klinikum Steglitz erarbeitete Technik für Patienten mit Hirntumoren bedient sich dabei eines Gerätes, das ursprünglich für die Gynäkologie entwickelt wurde und inzwischen auch für die Krebsbehandlung in Mund, Nase, Speiseröhre oder Lunge eingesetzt wird – überall dort, wo eine Geschwulst über natürliche Körperöffnungen zu erreichen ist. Das von den FU-Wissenschaftlern entwickelte Implantat für die Schädeldecke eröffnet jetzt auch erstmals in der Neurochirurgie die Möglichkeit, den Tumor in mehreren Sitzungen zu bestrahlen.

Ein Lichtschalter mit „Verstand"

Die Beleuchtung macht den größten Posten in der Kostenrechnung von Bürogebäuden aus. Fast 40 Prozent des gesamten Energieverbrauchs entfallen darauf. Dies liegt oft daran, daß Licht auch in Räumen brennt, in denen sich niemand befindet. Hier soll jetzt der neuartige elektronische Lichtschalter „Infracon" Abhilfe schaffen. Er reagiert auf die Wärmestrahlung einer Person, die den Raum betritt, und schaltet automatisch das Licht ein. Wenn keine Person mehr anwesend ist, schaltet er den Strom mit einer zeitlichen Verzögerung wieder ab. Diese Verzögerung verhindert, daß Leuchtkörper durch zu häufiges An- und Abschalten überlastet werden. Der Schalter soll sich in ein bis drei Jahren amortisieren, je nach Strompreis und Nutzung des Gebäudes. Das Gerät wurde im World Trade Center in New York bereits erfolgreich getestet. FOTO: UNITED TECHNOLOGIES

TOUR DE FRANCE

Lemond ließ Hinault schon wieder einmal im Stich

sid/dpa, **Col d'Aubisque**

Der Ire Stephen Roche hat bei der Tour de France wertvollen Boden auf Spitzenreiter Bernard Hinault (Frankreich) wettgemacht. Der 25jährige aus Dublin gewann die erste Halbetappe des 18. Teilstücks über 52,5 Kilometer vom Luz Saint-Sauveur mit der Bergankunft auf dem *1710 Meter hohen* Col d'Aubisque in den Pyrenäen. Roche verkürzte seinen Rückstand auf Hinault damit von fünf auf 3:29 Minuten im Gesamtklassement. (Das Ergebnis der zweiten Halbetappe lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor).

Sean Kelly, Landsmann von Stephen Roche, der den Sprint einer achtköpfigen Verfolgergruppe gewann, sorgte für einen irischen Doppelsieg. Der Rückstand des viermaligen Paris-Nizza-Siegers betrug 1:03. Dritter wurde der Belgier Paul Wellens *(1:07)*. Der Amerikaner Greg Lemond, Zweiter im Gesamtklassement, belegte mit einem Rückstand von 1:15 Minuten den siebten Rang. Einen Platz dahinter folgte Bernard Hinault. Lemond verkürzte somit den Rückstand auf seinen Mannschaftsgefährten auf 2:09 Minuten.

Stephen Roche, Gewinner des Criteriums International und der Midi-Pyrenäen-Rundfahrt, attackierte beim Anstieg zum *1474 Meter* hohen Col du Soulor nach 42,5 Kilometern und ließ seine Verfolger klar hinter sich. Hinault zeigte sich von den Strapazen der Tourmalet-Etappe vom Vortag recht gut erholt, wenngleich er auf dem letzten 5,5 Kilometer langen Anstieg zum Aubisque, der eine durchschnittliche Steigung von 6,4 Prozent aufwies, den Anschluß verlor.

Wie schon am Tag zuvor leistete Teamkollege Greg Lemond dem 30 Jahre alten Bretonen keine Hilfe, sondern suchte seine eigene Chance. Am Dienstag hatte es im Hinault-Rennstall einige Querelen um den Kalifornier gegeben, der sich darüber beschwert hatte, daß er aus Gründen der Stallregie nicht angreifen durfte. Lemond, der sich scheinbar nach dem Nasenbeinbruch von Hinault nicht mehr mit der Rolle des zweiten Mannes zufriedengeben will, meinte: „Ich hätte eine gute Chance, die Etappe nach Luz-Ardiden zu gewinnen, aber meine Mannschaft hat mich gestoppt." Paul Koechli, sein sportlicher Leiter, aber kritisierte ihn: „Wie konnte er es wagen zu attackieren, als Hinault in Schwierigkeiten war?"

Nach Ansicht von Koechli hatte Greg Lemond dazu beigetragen, daß auch die direkten Hinault-Konkurrenten Roche, Kelly und Phil Anderson (Australien) Zeit auf Hinault gutmachen konnten. Koechli tobte im Ziel: „Selbstverständlich kann Lemond Hinault attackieren, aber dann so, daß er den anderen nicht noch hilft und Tempo macht. Uns ist es egal, wer in der Mannschaft das Gelbe Trikot hat."

Hinault ist nicht nur wegen seines Nasenbeinbruchs angeschlagen. Weil er ständig durch den Mund einatmen muß, holte er sich eine Bronchitis, die mit Antibiotika bekämpft wird.

LEICHTATHLETIK / Der Engländer Steve Cram lief in Nizza als Erster die 1500 Meter unter 3:30 Minuten – Ovett abgelöst

Mit Beinen wie Wackelpudding zum Weltrekord

DW. **Nizza**

„Super-Cram! Phantastisch! Unwahrscheinlich! Er hat Ovetts Weltrekord pulverisiert". So jubelte gestern morgen die französische Sportzeitung „L'Equipe", nachdem der englische Europa- und Weltmeister Steve Cram (24) in Nizza den Weltrekord über 1500 m auf 3:29,67 Minuten verbessert hatte. Der alte Rekord seines Landsmannes Steve Ovett, gelaufen 1983 in Rieti (Italien), stand bei 3:30,77 Minuten. Cram ist damit einer von zwei Läufern, der diese klassische Mittelstrecke schneller als in 3:30 Minuten zurücklegte. Den zweiten Platz in Nizza belegte der marokkanische 5000-m-Olympiasieger Said Aouita in 3:29,71 Minuten. Unmittelbar nach dem Rekordlauf stand Steve Cram Rede und Antwort.

WELT: Wann wußten Sie, daß Sie Weltrekord laufen würden?

Cram: Als ich von der großen Besetzung in Nizza hörte, das war vor einer Woche, wußte ich, daß es ein großes Rennen wird. Mehr nicht.

WELT: Und wie war das Gefühl vor dem Start?

Cram: Als ich meinen Trainingsanzug abgestreift hatte, glaubte ich, meine Beine würden nur noch aus Wackelpudding bestehen. Niemals zuvor war ich so nervös. Ich ging zu meinem Freund Dave Roberts und sagte ihm: Ich glaube, ich kann es nicht. *Ich kann hier nicht laufen.*

WELT: Aber Sie sind dann sehr selbstbewußt gelaufen. Wann haben Sie gemerkt, daß Aouita hinter Ihnen war?

Cram: Ich habe erst fünf Meter vor dem Ziel gemerkt, daß er unmittelbar hinter mir war. Aber ich habe ihn ja schon in einem Rennen zuvor geschlagen. Deshalb kam in mir keine Panik auf.

WELT: Haben Sie ihn überhaupt nicht gefürchtet?

Cram: Ich sagte doch schon, ich war nur nervös. Und ich hatte eigentlich nur richtiggehende Angst vor dem brasilianischen 800-m-Olympiasieger Cruz. Ich konnte ihn auf dieser Strekke nicht einschätzen.

WELT: Aber Sie haben dann nur darauf geachtet, nicht den Anschluß an die beiden Tempomacher zu verlieren ...

Cram: Ich habe manchmal geglaubt, neben mir irgendwelche Schatten zu sehen. Doch dann verloren sich diese Schatten, schienen in die andere *Richtung zu laufen.*

WELT: Sie haben sich in den letzten sechs Wochen mit einer Muskelverletzung im linken Bein herumgequält. Wie steht es damit?

Cram: Die Sache ist die: Die Muskeln sind enorm gewachsen, doch nicht die Bänder. Wahrscheinlich komme ich um eine Operation nicht herum. Ich hoffe aber, daß ich sie erst nach Beendigung dieser Saison erledigen muß. Hoffentlich erwischt es mich nicht schon vorher.

WELT: Verspüren Sie jetzt Schmerzen?

Cram: Derzeit tut überhaupt nichts weh. Aber ich bin so aufgewühlt, daß ich wahrscheinlich gar nichts spüre. Das wird sich aber bald wieder geben.

*

Als Steve Cram den Weltrekord gebrochen hatte, boten ihm englische Journalisten an, daheim in Dinnington bei Newcastle seine Frau Karen anzurufen. Cram antwortete: „Das will ich nicht. Sie soll es sich im Fernsehen ansehen, das wird eine herrliche Überraschung für sie." Auf einen großen 1500-m-Lauf wartet nun das Londoner Leichtathletik-Publikum am Freitag abend. Dort sollen Cram, Steve Ovett und Olympiasieger Sebastian Coe aufeinandertreffen. Ovett, der sich dafür zum Höhentraining in der Schweiz aufgehalten hat, brach gestern die Vorbereitungen ab. Ovett: „Ich fühle mich nicht in Form." Coes Reaktion auf den Weltrekord seines Landsmannes war eher kämpferischer Natur: „Ich will am Freitag abend gegen Steve Cram antreten. Dann läuft der Goldmedaillengewinner *gegen den Silbermedaillengewinner* von Los Angeles. Und auch diesmal wird Gold wieder Silber schlagen. Ich habe Cram kürzlich in Birmingham über 800 m besiegt, ich weiß also, wie es geht." Und Cram? Gestern sagte er am Badestrand von Nizza: „Wer sich noch Sorgen um mein linkes Bein macht, dem sei gesagt: Ich bin eben unter der Dusche herumgesprungen wie ein junges Fohlen und habe keinerlei Schmerzen mehr verspürt. Doch ich brauche einen Tag Bedenkzeit, um für das Rennen gegen Coe ab- oder zuzusagen."

*

Steve Cram ist Sportstudent und seit zwei Jahren verheiratet. Er ist blond, blauäugig und seine Vorfahren väterlicherseits stammen aus Mecklenburg. *Crams Mutter ist* Deutsche. Er ist 1,82 m groß und wiegt meistens 65 kg. Der ehemalige englische Weltklasse-Langstreckenläufer Brendan Foster, ein Jahr lang Trainer von Cram, sagte bereits 1981 über ihn: „Steve ist weitaus talentierter als Coe und Ovett." So wurde Cram auch 1982 in Athen Europameister und das Jahr darauf in Helsinki Weltmeister über 1500 m. Damals sagte der von ihm geschlagene Amerikaner Steve Scott: „Cram ist ein Kämpfer, wie man ihn mit der Lupe suchen muß. Er ist für mich im *Mittelstreckenlauf* unbestritten die Nummer eins auf der Welt."

*

Zur Anatomie des Weltrekordes von Nizza: Als ihm sein Freund und *Trauzeuge Dave Roberts* eine Runde vor Schluß zurief: „Thirty-six", was soviel bedeutete, wie eine 1100-m-Zeit von 2:36 Minuten, da dachte sich Cram: „Vielleicht wird es doch noch Weltrekord" – und lief die schnellste letzte Runde seines Lebens. Zuvor waren die Durchgangszeiten meistens langsamer als jene bei Ovetts Weltrekord. Die letzten 200 m legte Steve Cram in 27 Sekunden zurück. Er hat sich die Fähigkeit, auch bei einem superschnellen Rennen am Schluß noch spurten zu können, in den Jahren 1982 und 1983 angeeignet. Sie waren *die Folge einer Niederlage* beim Europacup-Finale 1981 in Zagreb über 800 m. Cram: „Ich wurde das, was man in England einen Racer nennt, also ein Läufer, der alles kann: Tempo machen und auch sprinten."



Steve Cram – ein Kämpfer, wie *man ihn mit der Lupe suchen muß.*

FOTO: AP

FECHTEN / Franzose Conscience in Barcelona schwer verletzt, aber außer Lebensgefahr – Erneute Diskussion über die Klinge

Beck: „So etwas passiert irgendwo jede Woche, nur weiß keiner davon"

GREGOR DERICHS, **Barcelona**

An der Anzeigetafel hinter der Bahn sechs hängt noch das schwarze *Viereck, das Zeichen dafür, daß das* Gefecht noch im Gange ist. Für den französischen Fechter Conscience, Nr. 1095, sind Schilder für Siege gegen die Polen Kielpikowski, 5:0, und Bandach, 5:2, befestigt. Die Wettkampf-Uhr steht auf 2:21 Minuten. Drei Schritte neben der Zeitnehmeranlage sind Blutflecken auf der Fechtbahn. An dieser Stelle lag vor einer Stunde der Florettfechter Philippe Conscience, lebensgefährlich verletzt durch die abgebrochene Florettklinge seines Gegners.

Der 24jährige Student, Sohn einer Gastronomen-Familie aus Paris, attackiert den Polen Boguslaw Zych. Im Kampf zwischen Frankreich und Polen bei den Fecht-Weltmeisterschaften in Barcelona um den fünften Platz der Mannschafts-Wertung führen die Franzosen 7:4. Mit 3:1 liegt Conscience gegen Zych in Front. Der Franzose kämpft um die letzten zwei Treffer. Er hat sich erst im Frühjahr entschieden, ganz auf den Leistungssport *zu setzen. Stundenlange* Diskussionen und Ärger mit den wohlhabenden Eltern folgten, denn Philippe sollte weiterhin mithelfen, die drei großen Restaurationsbetriebe zu organisieren. Nein, er wolle um eine internationale Karriere als Fechter kämpfen, erklärte er.

Conscience, im Einzel-Wettbewerb auf Rang 29 gelandet, bedrängt Zych. Plötzlich bricht die Klinge des Polen ab. Zych hat kein stumpfes Sport-Florett mehr in der Hand, sondern einen Dolch. Im Eifer des Gefechts entgeht *ihm, daß er eine lebensgefährliche* Waffe in der Hand hält. Der Pole will einen Treffer auf den unteren Teil der Weste von Conscience setzen, rammt ihm aber den Klingenrest bis zum Griff in die Leistengegend. Die Klinge war bis cirka 20 Zentimeter in die Bauchhöhle eingedrungen. Auf Schreie des Entsetzten eilt der Mannschafts-Arzt der „DDR", Dr. Schulz, zur ersten Hilfe herbei. Conscience ist nicht bewußtlos. Er sitzt leise, an Helfer angelehnt, auf der Bahn. Eine Vene ist durchtrennt, die Harnblase verletzt. Dunkles Blut strömt, Conscience *ist in akuter Lebensgefahr. Die* Ärzte pressen die Wunde zu, der Franzose wird in einen Notarztwagen vor die Halle gebracht. Später transportiert man ihn in ein großes Klinikum. In einer zweistündigen Operation pflanzt man Conscience eine neue Vene ein. Die Mediziner sagen: „Die Operation verlief ohne Probleme, er schwebt nicht mehr in Lebensgefahr." Doch unter den Nachwirkungen wird er noch lange leiden. Die Lebensbedrohung konnte gebannt werden, aber der Fechtsport hat ein neues Opfer gefunden.

Drei Todesfälle sind seit 1982 bekanntgeworden, kleinere Unfälle geschehen im Wettkampf oder im Training häufiger, Klingenbrüche sind an der Tagesordnung. Eine Stunde nach dem gräßlichen Unfall, der Franzose ist gerade abtransportiert worden, hallt durch die Palau Blau-Grana Halle Schlagermusik. Die Funktionäre, Trainer und Sportler haben ihr Ge*sicht* abgewandt. Vorfälle wie dieser Art werden verdrängt. Die deutsche Florett-Mannschaft betritt die Halle, macht sich für das Finale gegen Italien warm. Als Thorsten Weidner, der 17jährige, der zum erstenmal an einer Weltmeisterschaft teilnimmt, von dem Unfall erfährt, sagt er: „Nein, daran darf man nicht denken."

Das Finale gegen Olympiasieger Italien geht mit 6:9 verloren. Für die deutsche *Mannschaft* gibt es Silber. „Natürlich hat uns der Unfall beeinflußt, auch wenn man es nicht wahrhaben will", sagte Bundestrainer Emil Beck danach, „mich hat es belastet, denn uns trifft eine solche Sache immer mehr als andere Mannschaften." Seit Matthias Behr, der deutsche Meister, in einen dieser Unfälle schuldlos verwickelt war, reagiert man betreten, hilf- und ratlos. Seit jenem Vorfall, als bei den Weltmeisterschaften 1982 in Rom dem sowjetischen Olympiasieger Wladimir Smirnov während eines Gefechts die *abgebrochene Klinge durch die Maske* in Auge und Gehirn drang, ist in der Fecht-Welt das Sicherheitsproblem diskutiert worden.

„Im Degenfechten passiert so etwas jede Woche irgendwo. Nur weiß keiner davon", sagt Bundestrainer Beck nach dem Finale zu dem Unfall, „wir können uns nur bemühen, daß es sicherer wird." Doch ist das nicht nur ein Lippenbekenntnis?

STAND ● PUNKT / *Die Klinge*

Die Wirklichkeit hat alle Theorie wieder einmal eingeholt. Ein schwerer Unfall überschattet die Welttitelkämpfe der Fechter in Barcelona – überschattet gleichzeitig auch die Diskussion um mehr Sicherheit im Fechten.

„Darf man auf das nächste unglückliche Zusammentreffen warten?" fragt rhetorisch *Klaus Dieter* Güse, Präsident des Deutschen Fechter-Bundes (DFeB), in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Fechtsport". Unter dem Titel „Die neue Sicherheit" kommentiert Güse die jüngste Entscheidung des DFeB und des internationalen Fechtverbandes (FIE) zur Ausrüstung ihrer Athleten. Güses Fazit: Beide „haben sich für den Vorrang der Sicherheit *entschieden*". Nach drei Todesfällen im Fechtsport seit 1982 ein überfälliger Beschluß.

Hat Sicherheit tatsächlich Vorrang? Gerade dieser letzte Unfall wirft hinreichend bekannte Fragen auf, bei deren Beantwortung die Verantwortlichen bislang allerdings wenig Entschlußfreudigkeit an den Tag gelegt haben oder nur halbherzige Empfehlungen aussprachen.

Hat *in* Barcelona *beispielsweise* eine Rolle gespielt, daß Klingen von Fechtern aus dem Ostblock oft aus minderwertigem, aber billigerem *Material* geschmiedet sind? Selbst eine solche Frage muß noch gestellt werden. Denn auch nach dem letzten FIE-Kongreß Mitte Mai in Paris, der sich in der Hauptsache Sicherheitsfragen gewidmet hatte, sind weiterhin Klingen in Training und Wettkampf erlaubt, die nachweislich leichter brechen, als andere herkömmliche Produkte.

Aber es gibt ja auch schon mittlerweile erprobte, langlebige Neuentwicklungen. So etwa eine englische Klinge, die wegen verschiedener Metallschichten nie ganz bricht. Oder auch Klingen aus einem im Saarland entwickelten, für den Fechtsport entdeckten hochwertigen Stahl, bei denen sich anhand von Verformungen genauer vorhersagen läßt, wann sie brechen. Diese neuartigen, allerdings auch erheblich teureren Klingen, werden nach dem Willen der FIE nun international getestet – jedem nationalen Verband bleibt die Teilnahme allerdings selbst überlassen. *Warum? Hat Sicherheit* tatsächlich Vorrang?

Es ist gut und richtig, daß Entscheidungen in derart wichtigen Fragen nicht übers Knie gebrochen werden. So haben sich die ersten hektischen Entwicklungen nach dem Tod des sowjetrussischen Florett-Weltmeisters Wladimir Smirnow rasch als unbrauchbar erwiesen. So sind andere übereilte Sicherheitsvorschläge bald wieder in den Schubladen verschwunden.

Und doch: Der internationale Fechtverband muß sich den Vorwurf gefallen lassen, ohne den Mut zur Verantwortung Zeit verschenkt zu haben. Man muß wohl doch auf das nächste unglückliche Zusammentreffen warten.

JÖRG STRATMANN

NACHRICHTEN

Gulich wird operiert

Hannover (dpa) – Der Fußball-Bundesliga-Aufsteiger Hannover 96 muß in den kommenden Wochen auf den von Pokalsieger Uerdingen verpflichteten Helmut Gulich verzichten. Gulich verletzte sich an der linken *Achillessehne und muß* nun in Köln operiert werden.

Regierung will helfen

Kaiserslautern (dpa) – Einen wichtigen Partner hat der 1. FC Kaiserslautern bei seinen Bemühungen um öffentliche Finanzmitel für den Ausbau des Betzenberg-Stadions gefunden. Der rheinhessisch-pfälzische Regierungspräsident Paul Schädler sagte dem Präsidium des Fußball-Bundesliga-Klubs seine Unterstützung bei der Zuschußvergabe zu.

Kozakiewicz: Neuer Klub

Hannover (dpa) – Wladyslaw Kozakiewicz, Stabhochsprung-Olympiasieger von 1980, schloß sich dem TK Hannover an. Der 32 Jahre alte Pole war vor wenigen Wochen mit seiner Frau und seinen Kindern aus Posen in die Bundesrepublik gekommen.

Schon 28 Medaillen

Los Angeles (dpa) – Bei Halbzeit der 15. Weltspiele der Gehörlosen in *Los Angeles steht die deutsche Mannschaft* in der Medaillenbilanz hinter den Amerikanern (50 Medaillen) mit 28 Medaillen an zweiter Stelle. 2500 Teilnehmer aus 140 Nationen bedeuten einen neuen Teilnahmerekord.

Calvet Europameister

Travemünde (dpa) – Der Franzose Gilles Calvet wurde in der Lübecker Bucht vor Travemünde Europameister der Segelsurfer in der Division II. Bester Deutscher bei der letzten Wettfahrt war Karsten Tiemann aus Bad Salzuflen, der bei Windstärke vier Platz 15 erreichte.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Solva – Nürnberg 1:3, Hohenecken – Aachen 0:5, VfR Uerdingen – Bayer Uerdingen 2:8, Ronshausen – Kassel 0:9, Lehrte – Bremen 0:11, Meppen – Hannover 96 7:5.

TENNIS

Internationales Turnier in Bastad/Schweden, erste Runde, Herren: Keretic (Deutschland) – Drewett (Australien) 6:7, 7:5, 6:2. – Doppel: Osterthun/Meinecke (Deutschland) – Elter/Ostoja (Deutschland/Jugoslawien) 6:3, 6:4. – **Internationales Turnier** in Washington, erste Runde: Izaga (Peru) – Westphal (Deutschland) 5:7, 7:5, 6:1, Muster (Österreich) – Popp (Deutschland) 6:4, 7:5.

LEICHTATHLETIK

7. Grand-Prix-Fest in Nizza: Männer: 100 m (0,36 m/Sek. Gegenwind): 1. Cook (USA) 9,98 Sek. (Jahresweltbestzeit), 2. Williams (Kanada) 10,03, 3. Smith (USA) 10,05. – 1500 m: 1. Cram (England) 3:29,67 Min. (Weltrekord), 2. Aouita (Marokko) 3:29,71, 3. Gonzales (Spanien) 3:30,99. – 3000 m Hindernis: 1. van Dijck (Belgien) 8:13,77 Min. (Jahresweltbestzeit), 2. Maminski (Polen) 8:15,70. – *Hochsprung: 1. Wzsola* (Polen) 2,32 m, 2. Nagel (Deutschland) 2,30. – Frauen: 800 m: 1. Groenendaal (USA) 2:01,57 Min., ... 6. Klinger (Deutschland) 2:02,58. – **Vergleich Nordische Länder:** UdSSR in Oslo, Männer: 400 m Hürden: 1. Wassiliew (UdSSR) 48,33 (Europäische Jahresbestzeit).

FECHTEN

41. Weltmeisterschaften, Herrenflorett-Mannschaft, Halbfinale: Italien – „DDR" 9:2, Deutschland – UdSSR 9:2 (Schreck 3/0, Weidner 2/0, Behr 2/1, Hein 2/1). – Finale: Italien – Deutschland 9:6. (Behr 2/2, Schreck 0/2, Weidner 1/3, Hein 2/1, Reichert 1/1).

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Frankfurter Richter

„Richter nennt Stationierung verfassungswidrig"; WELT vom 20. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

das freisprechende Urteil des Frankfurter Richters zur Nötigung bei einer Sitzblockade ist nicht der erste Fall dieser Art. Darüber hinaus gibt es noch einen Amtsrichter, der in einem Gurtmuffel-Verfahren die gesetzlichen Vorschriften mit phantasievollen Ausführungen über Umweltschutz und Tempo-Limit aus den Angeln gehoben hat. Wohin kommen wir, wenn sich jeder Richter unter Inanspruchnahme des Grundgesetzes und des dort für den extremen Notfall verankerten übergesetzlichen Notstandes seine eigene Rechtsgrundlage zusammenzimmert.

Die Rechtsordnung hat dem mit der Prozeßvorschrift vorgebeugt, daß bei Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes der Richter die Akten auf dem Dienstweg dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen hat, das allein berufen ist, darüber zu entscheiden. Damit sorgt die Rechtsordnung dafür, daß das Grundgesetz nicht zum Tummelplatz ideologisierender Außenseiter wird. Es handelt sich also bei den genannten Vorgängen um die Verletzung eindeutiger Gesetzes-*Vorschriften*, die *mit* richterlicher Unabhängigkeit nichts mehr zu tun haben und von der Dienstaufsicht des Richters erfaßt werden können.

Wenn die zuständigen Stellen diese Vorgänge als belanglose Einzelerscheinungen passieren lassen und *diese Schule machen, führt dies un*weigerlich zur Erschütterung der Grundfesten unserer Rechtsordnung. Wenn man weiß, daß Leute auf dem Weg sind, einen anderen Staat herbeizuführen und diese auf dem Marsch durch die Institutionen sich bereits der zweiten richterlichen Instanz nähern, schwinden auch die Möglichkeiten, solche Fehlleistungen in der zweiten Instanz zu korrigieren. Wer bezahlt im übrigen die Kosten dieser provozierten zweiten Instanz? Von der unnötigen Belastung der Rechtspflege, bei der die Belastungsgrenze längst überschritten *ist, gar nicht zu* reden. Videant consules ..., wehret den Anfängen!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. Hoch,
Böblingen

*

„Richter Jahrs Eideshelfer"; WELT vom 11. Juli

Der „Kommentar" Enno v. Loewensterns ist, *von der Überschrift* bis zur letzten Zeile, ein einziges Beispiel schlimmer Demagogie. Abgründe des Hasses tun sich auf bei der Analyse des Textes – ein verbaler Rundumschlag, der alles niederbügelt: Den unverhohlen der Rechtsbeugung geziehenen Frankfurter Amtsrichter (dem es nicht nur darum gegangen sein soll, die Angeklagten freizubekommen, sondern der obendrein noch den Staat beleidigen wollte), eine nicht näher genannte Zahl „amoklaufender Richter" (die ihre Autorität für abwegige Rechtsdeutungen in Anspruch nähmen, Gewalttäter milde behandelten und ähnliches mehr) und die Justiz insgesamt (die nie zimperlich sei mit der Deutung innerer Zusammenhänge bei anderen (?) Angeklagten, jedoch grundsätzlich „Überzeugung" hinter selbst den bizarrsten Handlungen der Kollegen vermute). Auch der Deutsche Richterbund kommt nicht ungeschoren davon, glaubt er anscheinend doch, „mit Lärm nach Art irgendeiner Lobby jeden Zweifel an Unfehlbarkeit und Privilegien der Richter niederschreien *zu können*".

So weit – so schlecht. Ihr Autor hat keinen Beitrag zur sachlichen Auseinandersetzung über die gewiß nicht einfachen Fragen nach den Bedingungen richterlicher Rechtsfindung geleistet. Er hat statt dessen das journalistische *Ethos mit Füßen getreten.*

Peter Marqua,
Geschäftsführer des Deutschen Richterbundes, Bonn

*

Anmerkung der Redaktion: Der Autor hat detailliert seine Bedenken gegen die Urteilsgründe des Frankfurter Amtsrichters begründet und daraus unter anderem Folgerungen hinsichtlich an der blindlings verteidigenden Stellungnahme des Richterbundes gezogen. Es ist bezeichnend, daß der Richterbund zwar Kraftausdrücke gebraucht, auf die Tatsachenfeststellungen des Leitartikels jedoch nicht eingeht.

Wort des Tages

„Der größte Lohn der guten Taten ist der, daß wir durch jede gute Handlung stärker werden, eine noch größere zu vollbringen. Darum ist auch keine Geduld, keine Liebe, kein Opfer, das wir bringen, umsonst, auch wenn wir nichts als Undank ernten – denn die Kraft, die dadurch gestählt und erprobt wird, sie ist Vergeltung und Dank genug."

Friedrich Wilhelm Foerster; dt. Pädagoge (1869–1966)

Salami-Taktik

„Warschauer Anmaßung"; WELT vom 15. Juli

Sehr geehrte Redaktion,

Ströhm hat recht, wenn er im *Zusammenhang mit* der Behandlung von Dregger durch das Jaruzelski-Regime an die Salami-Taktik des einstigen stalinistischen Diktators, Rakosi, erinnert.

Auch in Ungarn verhandelten die Kommunisten nach 1945 allein mit dem linken Flügel der bürgerlichen Parteien, um den rechten Flügel zunächst zu isolieren und dann zu liquidieren. Später liquidierten sie auch den jeweiligen linken Flügel der nicht-kommunistischen Parteien, einschließlich der sozialdemokratischen Partei.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Z. Bezerédj,
Köln 41

Personalien

GEBURTSTAG

Bundesinnenminister **Friedrich Zimmermann** feierte heute seinen 60. Geburtstag. Der promovierte Ju*rist gilt im Kabinett Kohl als eines* der wichtigsten Mitglieder. In München geboren, wo er auch Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft studierte, hatte sich Zimmermann politisch bereits 1948, fasziniert von der Persönlichkeit **Franz Josef Strauß'** der CSU angeschlossen. 1952 wurde er persönlicher Referent des bayerischen Justizministers und CSU-Gründers **Joseph Müller**. 1953 war Zimmermann vorübergehend als Staatsanwalt tätig. Im gleichen Jahr wurde er als Regierungsrat zum Bayerischen Bevollmächtigten *beim Bund* versetzt. *Von 1954 bis* 1963 war Friedrich Zimmermann Hauptgeschäftsführer, dann ab Dezember 1956 Generalsekretär der CSU in Bayern. In dieser Zeit hat er wesentlich dazu beigetragen, daß aus dem Parteiapparat der CSU ein *schlagkräftiges* und *modernes* parteipolitisches Instrument wurde. 1957 zog er als Abgeordneter des Wahlkreises Landshut, den er seither ununterbrochen vertritt, in den Bundestag ein. Seit 1961 ist er Mitglied des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes. Im Bundestag übernahm Zimmermann den Vorsitz des Verteidigungsausschusses, den er bis 1972 innehatte. Außerdem leitete er in der der Zeit von 1967 bis 1975 die Medien-Kommission der CDU/CSU. Bereits seit Dezember 1972 stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landesgruppe in Bonn, wurde Zimmermann in November 1976 zu deren Vorsitzenden gewählt. Als Mitglied des großen Krisenstabes während der Schleyer-Entführung im Herbst 1977 verschaffte sich Friedrich Zimmermann im Kanzleramt auch den Respekt und die Anerkennung der politischen Gegner. Die CSU-Landesgruppe Bonn blieb unter Zimmermanns straffer, einfallsreicher *Führung die loyale* Truppe Strauß', als dieser im November 1978 das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten übernahm. Auf dem *CSU-Parteitag Ende* September 1979 wurde Zimmermann vierter Stellvertreter von Strauß. Fritz Zimmermann formte neben Franz Josef Strauß die CSU in den schweren Jahren der Opposition zur Alternative, nicht zur Variante der Regierung. Die CSU war Speerspitze und Promotor in der Opposition. Nach dem vorzeitigen Bruch der sozial-liberalen Koalition in Bonn und dem erfolgreichen *Mißtrauensvotum* gegen den früheren Bundeskanzler **Helmut Schmidt** vom 1. Oktober 1982, wurde Zimmermann im ersten Bundeskabinett **Kohl** neuer Bundesminister des Inneren.

AUSZEICHNUNGEN

Generaloberstabsarzt Dr. **Hans-*joachim Linde***, *der Inspekteur des* Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Bundesverteidigungsminister **Manfred Wörner** überreichte dem „Drei-Sterne-Generalarzt" die hohe Auszeichnung und hob dabei hervor, daß er sich in besonderer Weise darum bemüht habe, die materiellen Unzulänglichkeiten im Sanitätsdienst der Bundeswehr zu beheben.

*

Professor Dr. **Gerd Utermann**, seit 1984 Direktor des Instituts für Medizinische Biologie und Genetik der Universität Innsbruck, ist mit der Morgagni-Medaille der Universität Padua ausgezeichnet worden. Professor Utermann, der von 1968 bis 1984 am ersten Universitätsinstitut für Humangenetik in der Bundesrepublik Deutschland in Marburg tätig war, erhielt die mit 15 000 Dollar dotierte Auszeichnung für seine Entdeckung des vererbten Polymorphismus von Apo E. Seine Forschungen zu Apo E haben zu der Erkenntnis geführt, daß der Apo-E-Phänotyp einer der Faktoren ist, der die Plasma-Lipidkonzentration und die Neigung zu koronaren Herzkrankheiten bestimmt.

UNIVERSITÄT

An der Technischen Universität Berlin wurde ein Lehrstuhl für Technikgeschichte eingerichtet. Auf den neuen Lehrstuhl, der im Institut für Philosophie, Wissenschaftstheorie, Wissenschafts- und Technikgeschichte angesiedelt ist, wurde Dr. **Wolfgang König** berufen. König war bisher wissenschaftlicher Referent für Technikgeschichte und Technikbewertung beim Verein Deutscher Ingenieure (VDI) in Düsseldorf. Sein Nachfolger beim VDI ist der Soziologe **Manfred Mai**.



„Mach' sie alle!" „Bring' sie um!"

Zuschauer-Gejohle für Rambo – ein besonders dummes Stück Film, das im September aus Amerika kommt. Heute im neuen Stern.



Neue Dokumente über US-Pläne im 2. Weltkrieg

AP, Stanford

Schon sieben Monate vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg im Dezember 1941 haben amerikanische Wissenschaftler vorgeschlagen, Nahrungsmittel in Deutschland und Japan radioaktiv zu verseuchen. Wie der Geschichtsprofessor Barton J. Bernstein in der kalifornischen Universität Stanford berichtete, belegen nun freigegebene Regierungsdokumente, daß bereits im Frühjahr 1941 ein Plan diskutiert wurde, wie Milch- und Getreidevorräte in den möglichen Feindländern mit radioaktiven Substanzen verstrahlt werden könnten. Der Bericht Bernsteins wird in der Augustausgabe des Bulletins der Atomwissenschaftler veröffentlicht werden. Aus den freigegebenen Dokumenten der britischen und der amerikanischen Regierung geht nach Bernstein nicht hervor, ob US-Präsident Franklin D. Roosevelt von diesen Gedankenspielen der Wissenschaftler wußte.

Amerikas Botschafter verärgert Paris

SAD, Paris

Wenige Tage vor seiner Rückkehr in die USA hat der bisherige US-Botschafter in Paris, Evan G. Galbraith, noch einmal für diplomatische Aufregung gesorgt. In einem Interview mit dem Pariser „Figaro" äußerte sich der für seine freimütigen Worte gefürchtete Diplomat über das Ausscheiden der französischen Kommunisten aus der Regierung und weckte damit auf französischer Seite heftigen Unwillen.

Gestern wurde der Geschäftsträger der Pariser US-Botschaft offiziell ins französische Außenministerium bestellt, wo ihm die Franzosen erklärten, daß die Äußerungen von Botschafter Galbraith einen „inakzeptablen Charakter" hätten.

Galbraith hatte im „Figaro" auf die Frage, ob die bilateralen Beziehungen nach dem Ausscheiden der französischen Kommunisten aus der Regierung besser geworden seien, geantwortet: „Viele Personen in der US-Regierung, und auch ich persönlich, freuen sich über das Ausscheiden der Kommunisten. Für uns stehen Kommunisten immer irgendwie außerhalb der Gesetze und dürften eigentlich an der Gesetzgebung gar nicht teilnehmen."

Craxi sucht breitere Basis für Erhalt der Koalition

Krisenstimmung in Rom: „Die Luft riecht nicht gut"

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Zieht in Italien ein Sommergewitter am politischen Horizont auf? Die Frage stellt sich angesichts der zunehmenden Nervosität, die bei den seit knapp zwei Wochen laufenden Verhandlungen der fünf Regierungsparteien (Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner, Liberale) zur Überprüfung und Anpassung der Koalitionszusammenarbeit an die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate spürbar wird.

Bei den Gesprächen, die nach dem Willen des sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi das programmatische Fundament für die Fortsetzung des Fünfparteien-Bündnisses bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahre 1988 legen sollen, geht es außer um Fragen der Haushalts- und Wirtschaftspolitik auch um die Übertragung der Fünfer-Koalition auf möglichst viele Regionen, Provinzen und Gemeinden sowie um eine neue Regelung des Verhältnisses zwischen Staats- und Privatfernsehen. Besonders in diesen beiden Punkten stoßen die Vorstellungen der Christdemokraten und der Sozialisten hart aufeinander.

Der christdemokratische Vizeministerpräsident Arnaldo Forlani ließ seine Besorgnis über das Aufkommen einer Krisenatmosphäre mit den Worten erkennen: „Wenn niemand den Kopf verliert, wird am 25. Juli alles unter Dach und Fach sein, und alle können in die Ferien gehen. Andernfalls..." Und der republikanische Verteidigungsminister Giovanni Spadolini fügte hinzu: „Die Luft riecht nicht gut."

Der christdemokratisch-sozialistische Auseinandersetzung um die Regional- und Lokalverwaltungen hat sich an der Forderung der Democrazia Cristiana entzündet, daß überall dort, wo das nach den administrativen Neuwahlen des 12. Mai dank des Stimmenzuwachses der fünf römischen Regierungsparteien möglich geworden ist, die bisherigen kommunistisch-sozialistischen Volksfrontverwaltungen durch Fünfer-Koalitionen abgelöst werden sollen.

Die Sozialisten haben sich zwar grundsätzlich bereit erklärt, von Ort zu Ort darüber zu verhandeln, lehnen jedoch die generelle Übertragung der römischen Koalitionsformel auf Lokalverwaltungen ab. An verschiedenen Orten – zuletzt im toscanischen Arezzo – haben sie bereits ihr Bündnis mit der KP erneuert, obwohl auch eine Fünfparteien-Koalition mehrheitsfähig gewesen wäre. Von den 17 der 20 Regionalhauptstädte des Landes, in denen am 12. Mai neu gewählt worden war, haben bisher erst zwei eine neue Stadtverwaltung erhalten: Palermo einen Fünfparteien-Stadtrat und Perugia eine Volksfrontadministration.

In Rom, Turin, Genua, Bari und vier anderen Hauptstädten wird mit einiger Aussicht auf Erfolg über eine Fünfer-Allianz verhandelt, in den anderen Städte – vor allem in Mailand und Venedig – halten sich die örtlichen sozialistischen Parteiorganisationen die Türen noch nach beiden Seiten offen.

„Volksfront"

Eine neue Regionalregierung ist – zwei Monate nach der Wahl – gar erst in einer Region gebildet worden: in der traditionell roten Emilia-Romagna, wo die KP über die absolute Mehrheit verfügt und allein regieren kann. In der Toscana und in Umbrien wird über eine Volksfrontkoalition verhandelt, in den übrigen Regionen über eine Fünfer-Allianz.

Paradoxerweise haben die Christdemokraten in diesen Tagen ihre eigene Forderung nach Übertragung der Fünfer-Koalition auf die Regionen, Provinzen und Gemeinden auf die spektakulärste Weise mißachtet und damit die Sozialisten in ihrer lokalen Schaukelpolitik bestärkt. In der sardischen Gemeinde La Maddalena, dem Mittelmeerstützpunkt der amerikanischen Atom-U-Boote, wurde eine DC-KP-Koalition vereinbart. Einer der Hauptpunkte ihres „Regierungsprogrammes" ist die Forderung nach Abzug der US-Boote, falls die Amerikaner nicht „präzise Garantien" für den Schutz der Gesundheit der Ortsbewohner geben.

Der zweite Streitpunkt, in dem Christdemokraten und Sozialisten aufeinanderprallen, ist das Fernsehen. Craxi fordert den bevorzugten Zugang des Privatfernsehens zu den Geldquellen der Werbung, um auf diese Weise die Entwicklung der Privatsender sicherzustellen. Der staatlichen RAI sollen hier Beschränkungen auferlegt werden. Sie soll sich vornehmlich durch die Fernsehgebühren finanzieren. Die Christdemokraten plädieren demgegenüber für eine Reglementierung des privaten Fernsehsektors zugunsten des Staatsfernsehens.

Streit um „Formeln"

Gorbatschow festigt seine Stellung

Mit Revirement Kontrolle über die Streitkräfte der Sowjetunion verstärkt

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Regel, wonach ein hoher Posten im Kommando der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland für einen Sowjetoffizier fast immer das Sprungbrett für größere Aufgaben ist, hat sich auch diesmal bewahrheitet. Der bisherige Chef der politischen Verwaltung – also der Oberste Politkommissar – der in der „DDR" stationierten sowjetischen Truppen, Generaloberst Aleksej Lisitschow, ist zum Chef der politischen Hauptverwaltung der gesamten Sowjetarmee in Moskau ernannt worden.

Polit-General Lisitschow löst General Jepischew ab, der in Chruschtschows Tagen 1962 Oberster Politkommissar der Sowjetarmee wurde und diesen Posten 23 Jahre lang innehatte – über alle Machtwechsel von Chruschtschow zu Breschnew, zu Andropow und Tschernenko hinweg. Jepischew ist 77 Jahre alt. Seine Pensionierung war also schon lange fällig. Daß sie erst jetzt erfolgte, ist ein weiteres Symptom für die im Sowjetsystem verbreitete Versteinerung der Strukturen.

Da Generaloberst Lisitschow nicht allein, sondern gleichzeitig mit dem Befehlshaber in Deutschland, Armeegeneral Michail Saizew abgelöst wurde, gab es um dieses ungewöhnliche personelle Doppelrevirement unzählige Spekulationen. Es fiel auf, daß zunächst die „DDR"-Medien über die Abschiedsbesuche der beiden hohen Offiziere bei Honecker und Stoph berichteten, die sowjetische Presse dagegen kein einziges Wort über den Wachwechsel im Ostberliner Oberkommando vermerkte.

Auch jetzt ist noch klar, mit welchen neuen Aufgaben General Saizew betraut worden ist.

Daß Gorbatschow sich bemüht, die Kontrolle über die Streitkräfte zu verstärken, seine eigenen Leute auf Kommando- und Kontrollposten zu placieren und mögliche Gegenspieler abzuservieren, ist vom Überlebensinstinkt diktiert. Chruschtschow stürzte seinerzeit nicht zuletzt deshalb, weil er sich weite Teile des konventionellen Offizierskorps wegen seiner Favorisierung der Raketen und seiner Abneigung gegen Panzer und große konventionelle Streitkräfte zu Todfeinden gemacht hatte. Gorbatschow muß also die Kontrolle der Partei – und das heißt in diesem Falle: seine persönliche Kontrolle – über die Streitkräfte verstärken. Dies ist um so wichtiger, als die Militärlobby ihm in seine Wirtschaftspläne, aber auch in die bevorstehenden Verhandlungen mit den USA auf unangenehme Weise hineinreden könnte.

Nicht erst seit der Ablösung Saizews und der Beförderung Lisitschows ist eine allgemeine Reorganisation und Straffung des sowjetischen Militärapparats zu beobachten. In diesem Zusammenhang taucht auch immer wieder der Name des Marschalls Ogarkow auf, der unter Tschernenko als stellvertretender Verteidigungsminister und Generalstabschef abgesetzt wurde, weil er die eingefahrene Routine des sowjetischen Militärkonzepts kritisiert hatte. Offenbar wollte man Ogarkow damals daran hindern, Nachfolger des bereits schwer erkrankten Verteidigungsministers Ustinow zu werden. Im neuesten Verzeichnis der Abgeordneten des Obersten Sowjets ist allerdings vermerkt, daß Marschall Ogarkow sich auf einem „verantwortungsvollen Posten im Verteidigungsministerium" befindet. Inoffiziell hört man, Ogarkow habe den Oberbefehl der sogenannten „Westfront" der sowjetischen Streitkräfte inne – eines neuen militärischen Kommandos, das verschiedene Befehlsstrukturen an der Westflanke des Sowjetimperiums zusammenfaßt. Analog dazu sind aus verschiedenen sowjetischen Militärbezirken eine „Südwestfront" und eine „Fernostfront" gebildet worden.

In der sowjetischen Armeeführung ist in letzter Zeit eine verdeckte Auseinandersetzung zwischen konventionellen Panzergeneralen auf der einen Seite und den Verfechtern eines modernen, technologischen Kriegskonzepts auf der anderen Seite festgestellt worden. Unter Tschernenko behielten die Panzergeneräle (etwa ein Mann wie der Panzermarschall Achromejew) die Oberhand. Es könnte aber sein, daß sich das Blatt unter Gorbatschow wieder zugunsten der „technologischen Offiziere" wendet.

Seite 2: Korruption bei den Reinen

„DDR"-Anwalt widerspricht Vorwürfen

W. K. Bonn

Der Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, der in Fällen von Familienzusammenführung und beim Freikauf politischer Häftlinge tätig ist, hat sich in einer Live-Sendung des Zweiten Deutschen Fernsehens zu einem west-östlichen Rechtsstreit geäußert. Gegen Vogel hat der Würzburger Rechtsanwalt Hannes Kaschkat im Auftrag der ehemaligen politischen Häftlinge Beate und Rüdiger Hobusch wegen Verdachts anwaltlicher Beihilfe zur Kindesentführung und Nötigung Strafanzeige erstattet. Während der Haftzeit hatten die „DDR"-Behörden unter Einschaltung Vogels dem Elternpaar das Erziehungsrecht für die siebenjährige Tochter Patricia entzogen und der Großmutter übertragen. Dem Kind wird jetzt die Ausreise zu den Eltern verweigert. Dagegen durfte der kranke Sohn in den Westen übersiedeln. Über eine aus dem ZDF-Studio in die Ostberliner Kanzlei Vogels geschaltete Telefonleitung widersprach der „DDR"-Anwalt hörbar aufgebracht Vorwürfen der Eltern. Vogel erklärte sich dennoch bereit, mit der Großmutter über die Zukunft des Kindes zu sprechen.

Anklage wegen „Rowdytums"

rtr, Moskau

Das Mitglied der nicht zugelassenen sowjetischen Friedensbewegung „Gruppe des Vertrauens", Wladimir Brodski, ist nach eigenen Angaben wegen „mutwilligen Rowdytums" angeklagt worden. Der 34jährige teilte der Nachrichtenagentur Reuters gestern mit, die Anklage gehe auf einen Vorfall vom 16. Mai zurück. Damals sei er von Beamten des Staatssicherheitsdienstes KGB und zivilen Polizeihelfern bei dem Versuch festgenommen worden, sich mit einer pazifistischen Gruppe aus den Niederlanden zu treffen. Im Fall eines Schuldspruchs könne er zu fünf Jahren Haft verurteilt werden. Brodski, der auch für das Recht jüdischer Sowjetbürger auf Auswanderung eintritt, ist in Fragen der Menschenrechte wiederholt mit westlichen Journalisten in Kontakt getreten. Er ist deswegen bereits zweimal zu je 15 Tagen Haft verurteilt worden. Das neue Verfahren soll nach seinen Worten am Freitag stattfinden.

„Mit Eureka die Kräfte bündeln"

Genscher würdigt französisch-deutsche Zusammenarbeit / Schlüsselrolle für EG-Kommission

A. GRAF KAGENECK/DW. Paris

Die Pariser Konferenz zum europäischen Forschungsprogramm Eureka ist nach Ansicht von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ein Beispiel dafür, daß entschlossenes Handeln Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland für die Einigung und den Fortschritt Europas eine Antriebswirkung haben kann. Im WDR/NDR sagte er gestern, Ziel der beteiligten Staaten müsse die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung sein. Gelinge dies, würden hervorragende Forscher auch in Europa bleiben und nicht in die USA abziehen.

Sinn von Eureka sei es, daß Europa die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte bündele, sagte Genscher weiter. Da durch Eureka der Prozeß der europäischen Einigung gefördert werden solle, komme der Europäischen Kommission eine wichtige Rolle zu. Es komme darauf an, Hindernisse im Bereich der unterschiedlichen Normen und rechtliche Hindernisse für transnationale Kooperationen zu beseitigen.

Für Mitterrand ist das Zustandekommen der Konferenz, an der 17 europäische Länder teilnehmen, der Triumph einer Idee, die er erst im April dieses Jahres lanciert hatte. Nachdem sein Vorschlag, eine eigenständige europäische Weltraumforschung ziviler Natur und daneben auch möglichst viel Forschung auf anderen Gebieten der Spitzentechnologie zu betreiben, zunächst auf Ablehnung gestoßen war, bekannten sich nacheinander Bonn, London und Rom zu dem Vorhaben.

Dementsprechend ist vorerst in Paris auch die Ratlosigkeit darüber, was nun auf welchen Gebieten konkret unternommen werden soll. Übereinstimmung besteht nur darüber, daß es sowenig wie möglich administrative Struktur geben soll. Die Industrie soll sich ihre Ziele selber setzen und selber ihre Partner suchen. Hierauf bestehen in Paris vor allem die Deutschen. Die Franzosen sprechen von einer „Zusammenarbeit à la carte". Vier, sechs oder acht Partner sollen sich zu einem Projekt zusammentun.

Ein Ad-hoc-Komitee mit Sitz in Paris soll lediglich für Koordinierung zwischen den einzelnen Projekten sorgen, um Überschneidungen zu vermeiden. In der Regel soll die Industrie die Vorhaben finanzieren. Regierungen sollen nur bei Engpässen eingreifen.

Provozierend und schockierend: Der Futurologe Alvin Toffler

Liegt die Zukunft im Winterschlaf?

Die Forschung verwirft in immer schnelleren Abständen frühere Erkenntnisse über Mensch und Natur. Neuerungen auf allen Gebieten zwingen einen jeden von uns, seine Voraussetzungen, seine früher gebildeten Images von der Realität, stets neu zu überprüfen und notfalls zu korrigieren. Ideen kommen und gehen in einem rasanten Tempo.

Man schätzt, daß wissenschaftliche Umwälzungen heute zwanzig- bis hundertmal schneller erfolgen als vor knapp hundert Jahren. Es gibt kaum einen Bereich, in dem nicht neue Technologien mit ihren vielfältigen Folgen anzutreffen wären. Die Technik verändert und bestimmt nicht nur unsere Arbeitswelt, sie ist auch wirksam bis in unseren privaten Bereich hinein.

In ihrem Buch „Ihr werdet es erleben – Voraussagen der Wissenschaft bis zum Jahr 2000" zählen Hermann Kahn und Anthony Wiener technische Neuerungen auf, die „im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts sehr wahrscheinlich" seien. Sie reichen von verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten der Laserstrahlen bis zu neuen Werkstoffen, neuen Energiequellen, neuen Luft- und Unterwasserfahrzeugen, von dreidimensionaler Fotografie bis zum menschlichen „Winterschlaf" aus Gesundheitsgründen.

Immer schnellere Computer, immer kompaktere Mikroelektronik und weltumspannende „Neue Medien" versorgen uns – wenn wir wollen – mit allen Informationen. Seit Fernsehen und Rundfunk sich der Satelliten bedienen, sind wir auf dem besten Wege, unsere Kommunikationsgewohnheiten von Grund auf zu ändern.

Noch nie in unserer Geschichte zuvor waren wir in der Lage, über Ereignisse, wo auch immer auf dem Erdball sie stattfinden mögen, Minuten später unterrichtet zu sein. Immer intelligentere Roboter und Automaten

Aus Forschung und Technik – ZDF, 21.00 Uhr

dringen in Produktionsabläufe vor, die Gentechnik eröffnet neue Eingriffs- und Änderungsmöglichkeiten bei allen Lebewesen.

In der Bundesrepublik wird oft gefragt, ob man in der Forschung und Entwicklung von Hochtechnologie tatsächlich den Anschluß verpaßt hat, wie so oft behauptet wird. Kann man überhaupt eine neue Technik von ihrem Stellenwert im voraus richtig einschätzen, um ganz gezielt die richtigen Anwendungen zu fördern? Welche Auswirkungen durch diese „dritte Revolution" zeichnen sich jetzt schon für Arbeitswelt und Gesellschaft ab? Sind alle diese stürmischen Umwälzungen überhaupt wünschenswert? Wie und von wem lassen sie sich steuern? Wie können Auswüchse vermieden werden?

Die vielfältigen Entwicklungen im industriellen Maßstab, ihre technischen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen finden nicht überall ohne weiteres ihre Zustimmung.

Provokative Thesen des „Zukunftsschockers" Alvin Toffler geben hart mit dem, was in den kommenden Jahrzehnten vor uns liegt, ins Gericht. Sein „Future Shock", Strategien für „die Welt von morgen", angereichert mit einer Überfülle von Fakten, erschien zwar bereits schon 1970. Nach wie vor bleibt es ein bahnbrechendes Buch, das sich mit den immer rascher aufeinanderfolgenden Veränderungen unserer Welt und den Auswirkungen auf ihre Bewohner befaßt.

Der Sachbuchautor und Futurologe, 1928 in New York geboren, lehrt heute als Gastprofessor an der Cornell University und an der New York School for Social Research. Seine Thesen zur „dritten Revolution" pointiert er in seinem Film mit dem englischen Originaltitel „The third wave". Das ZDF sendet heute abend eine gekürzte Fassung. Die Einführung mit den Moderatoren Joachim Bublath und Klaus Bresser soll die Zuschauer auf eine Diskussion einstimmen, die live in der Sendung „5 nach 10" stattfindet.

DIETER THIERBACH

KRITIK

Die Engel malen, was sie quält

Werden die *Mauerbilder* (ZDF) von Los Angeles die Höhlenbilder von morgen sein? Können nachfolgende Generationen (sofern sie nachfolgen), wenn vielleicht längst alle Verbindungs- und Kommunikationsstricke zur Vergangenheit gerissen sind, werden dann Überlebende an den Resten, *in den Ruinen* des Watergate-Mauerbildes die Wahrheit über unsere Zeit ablesen? Oder wird, wenn der Wahnsinn der Vernichtung siegt und alle Mauern (auch die bemalten von Los Angeles) einstürzen läßt, die Botschaft der Tag- und Alpträumer von LA ungehört verpuffen?

Agnès Varda, eine Art „Spurensicherin" in Sachen Gegenwarts- und Menschenausleuchtung, auch Ziehmutter so mancher französischen Filmemacher, wandert mit ihrer Kamera durch die „Stadt der Engel". Und die Engel malen. Sie malen alles, was sie bewegt, was sie quält, was sie einzig mittels Farbe sagen können, auszusprechen wagen.

Jeder Pinselstrich ein Protest-Song, jeder Farbklecks Psychoanalyse und Klagelied zugleich auf seelenloser *Mauer*, die plötzlich zu leben beginnt, ein Antlitz erhält. Botschaften, Geschichten, Hilferufe werden auf Steine gekrallt. Und auch gehört. Soweit das Auge reicht, eine gigantische Galerie: Bilder, Visionen, farbenfroh hier, düster dort, überproportional. Ein Stadtportrait, frei vom Rouge *verlogener Schönheitskorrekturen*. Demaskierung jener, die da leben, ehrlich, selbstkritisch, verzweifelt, resignierend, wenngleich da auch viel Mauer-Kitsch auszumachen ist, eitle, posenhafte Selbstdarstellung.

Das gesellschaftskritische Moment überwiegt jedoch. Allein schon durch die Zusammensetzung der Mauer-Maler: Arbeitslose, Ausgeflippte, Indianer, Gescheiterte, Outsider, Minderheiten also, Menschen, die wissen, was sie da malend sagen. Mauer-Kunst als Überlebenstraining, als Versuch, die Kunst des Lebens doch noch zu erlernen. Bevor der Lebenswille bricht, zerbrochen wird von einer Wirklichkeit, in der letztlich auch die Mauerbilder von Los Angeles rasch überpinselt werden von dem großen Vergessen der Zeit. Die Schnappschüsse der Agnès Varda trafen, saßen, machten betroffen.

AXEL MICHAEL SALLOWSKY

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Brennpunkt
10.40 Seine Majestät, der Elefant
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

15.00 Fury
15.25 Fauna iberica
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Im Krug zum Grünen Kranze
Unterhaltung mit volkstümlicher Musik
Moderation: Ruth Mönch und Willy Seiler
16.55 Micky-und-Donald-Show
17.20 Denkste!?-Report
Feuerwehr
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 So begann der Frieden
Die Potsdamer Konferenz 1945
Ein Film von Jürgen Engert und Dr. Michael Görtemaker
21.15 Ein Mann macht klar Schiff
Mit Hans Joachim Kulenkampff
4. Teil: Komplikationen
Diesmal hat Martin Olden mit einigen *„Komplikationen" zu kämpfen*: Ein junges Ehepaar bittet den ehemaligen Verleger um Rat. Außerdem scheint Sohn Wolfgang einen Starautor zu verlieren.
21.45 Titel, Thesen, Temperamente
Besuch bei Paul Flora – der österreichische Zeichner und Karikaturist über Raben und Menschen / Überflüssige Musiker – Computer ersetzen Orchester / Neues aus Nußdorf – Portrait des Erzählers Martin Walser / Der ewig junge Avantgardist – der polnische Multi-Künstler Tadeusz Kantor beginnt eine Welttournee
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra – aus Barcelona
Fecht-WM
Finale Degen – Einzelwertung
Reporter: Stefan Lazar
23.30 Bitterer Honig
Schauspiel von Shelagh Delaney
Mit Karin Baal, Sabina Trooger, Bernd Stephan u. a.
Inszenierung: Herbert Kreppel
Fernsehregie: *Rüdiger Graf*
Aufzeichnung einer Aufführung des Duna-Tournee-Theaters
1.00 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Grisu, der kleine Drache
Rätselhaftes
15.30 Ferienkalender
Moderation: Anke
16.05 Die Muppets-Show
Gaststar: Lynn Redgrave
16.30 Strandpiraten
Die gestohlene Statue
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Schwerpunkt: Sport
17.50 Trio mit vier Fäusten
Das Geheimnis der Schwestern
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Zirkus, Zirkus
Präsentation: Freddy Quinn
21.00 Aus Forschung und Technik
Die dritte Revolution
Technik und die Folgen
Ein Film von Alvin Toffler
Journalist, Sachbuchautor und Futurologe
Intelligente Roboter verändern Produktionsabläufe, Computer bewirken einen anderen Umgang mit Informationen, und neue Gentechniken ermöglichen Eingriffe in das Erbgut von Lebewesen.
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Die dritte Revolution
Diskussionsteilnehmer: Die Professoren Dieter Mertens, Leiter des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung; Spiros Simitis und Joachim Queisser, Direktor des Max-Planck-Instituts für Festkörper-Physik; Karl-Heinz Janzen, Vorstandsmitglied der IG Metall; Gert Lorenz, Vorstandsvorsitzender der Philips Communication AG; Werner Remmers, CDU; Klaus von Dohnanyi, SPD
Kabarettist Werner Schneider nimmt die gesellschaftlichen Folgen der Computerisierung und Automatisierung aufs Korn
Schachgroßmeister Helmut Pfleger *tritt gegen Computer an*
Gesprächsleitung: Dieter Balkhausen und Horst Wünsche
Anschl. heute




Peter macht der „Freizeithure" Helen einen halbherzigen Heiratsantrag – Bernd Stephan und Karin Baal in „Bitterer Honig" (ARD) FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 MS Franziska (2)

HESSEN
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Jauche und Levkojen (7)
1933 – Zwischen Märschen und Chorälen
19.30 Jauche und Levkojen (8)
1935 – Ein Kind ihrer Zeit
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Arabische Nächte
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Mit Jon Hall, Maria Montez u. a.
Regie: John Rawlins
21.40 Grand Café (2)
Sendereihe über die Vorläufer des Films
Magie der Schatten
21.55 Ich und Du
Gespräche, Spiele, Informationen über Ehe- und Lebensfragen
Die meisten Eltern sehen in der Erziehung ihrer Kinder eine persönliche Lebensaufgabe. Was geschieht aber, wenn zwischen Mutter und Vater grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten auftreten?
22.55 Lieber würde ich sterben ...
Wilhelm Hammann – Lehrer, Kommunist, Widerstandskämpfer
Von Wolf Lindner
23.40 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Das sind Kerle
Amerikanischer Spielfilm (1941)
Mit Spencer Tracy u. a.
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Johann Sebastian Bach (2)
Bist du bei mir
21.00 Das Haus Schönborn
Film von Margret Zang
21.45 Wirtschaftsreportagen
Industrieland Baden-Württemberg
22.15 Zum Tod von Heinrich Böll
Über Phantasie
Ein Gespräch zwischen Siegfried Lenz und Heinrich Böll
23.40 Heinrich Böll
– über die Entstehung einer bundesrepublikanischen Kultur
23.50 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Fräulein Else
Fernsehspiel von Ernst Lothar
20.45 „Ich glaube, weil ich bete"
Karl Rahner im Gespräch mit – Gott
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Revolte in der Unterwelt
Amerikanischer Spielfilm (1973)
23.30 Rundschau
23.35 „Ein jeglicher wird seinen Lohn empfangen ..." (6)

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
Amerikanische Hitparade
Mit Juice Newton, America, Icicle Works, Video u. a.
14.00 Tarzan
Jai und der General
Abenteuerserie, USA 1966/68
Regie: Alex Nicol
15.00 Siehste!
Siehste in die Welt
Slima, der Schiffsbauer
15.30 Musicbox
Musik, die unter die Netzhaut geht
16.30 Marco
Karotten auf dem Kopf
Zeichentrickserie, Japan 1976
17.00 Simon Templar
S. T. und der Senkrechtstarter
Krimiserie, England 1968
18.00 Abenteuer und Erlebnisse
Auf der Suche nach Göttern und Ungeheuern
Dokumentarfilm, Spanien 1973
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Dachkammer für zwei
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Mit Jeanne Crain, William Holden, Edmund Gwenn u. a.
Regie: George Seaton
20.30 Holiday Island – Die Trauminsel
Kidnapping
Familienserie
21.20 Der Frauenarzt von Bischofsbrück (5)
Ein Fernseh-Foto-Roman
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Sturm im Osten
Abenteuerfilm
Frankreich / Italien (1958)
Deutsche TV-Erstaufführung
Mit Silvana Mangano, Van Heflin, Geoffrey Horne u. a.
Regie: Alberto Lattuada
Rußland zur Zeit Katharinas der Großen: Auf dem Wege zur Festung Bjelogorsk rettet der in Ungnade gefallene Graf Grinjow einen Fremden vor dem Erfrieren. Als die Festung später von Rebellen erobert wird, erkennt deren Anführer Pugatschow seinen Lebensretter ...
0.20 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
U. a. Bayern – Schafskopf, Bier und Schnupftabak
Von Christof Schade
Bayern ist nicht nur das Land der Biertrinker und Schafskopfspieler, Tradition und Bodenständigkeit vertragen sich gut mit der modernen Entwicklung.
19.00 heute
19.30 Derrick
Tod des Wucherers
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 50 Jahre Anonyme Alkoholiker
Impressionen und Konsequenzen eines Welttreffens
22.30 Von der Würde des Bauens
In memoriam Clemens Holzmeister
Film von Angelica Bäumer
23.15 3SAT-Nachrichten

Falsche Signale

HH – Ob Ignaz Kiechle nun „der große Verlierer" der Agrarpreisrunde ist, wie die SPD meint, oder ob er mit dem Ergebnis „sehr wohl nach Hause kommen kann", wie er selbst es sieht, ist eine Diskussion über die politische Dramaturgie, die man getrost den Politikern überlassen sollte.

Entscheidend sind die Auswirkungen vor allem auf die Agrar- und Handelspolitik. Da gab es doch mal einen Beschluß, wonach bei mehr als 121 Millionen Tonnen EG-Getreideproduktion 1984 die Preise gesenkt werden sollten. Da die Produktion rund 150 Millionen Tonnen erreichte, entstand dummerweise Entscheidungsbedarf. Ausgerechnet der Agrarminister des Landes, das aus guten Gründen auf Ausgabendisziplin in Brüssel drängt, wollte von den Kommissionsvorschlägen nach Getreidepreissenkung plötzlich nichts mehr wissen. Kiechle hat damit nicht nur sich, sondern auch die Bundesregierung unglaubwürdig gemacht.

Natürlich ist es richtig, daß man die Bauern nicht für alle Fehler der europäischen Agrarpolitik verantwortlich machen kann. Wenn aber schon die ersten Schritte dringend notwendiger Reformen verhindert werden, die falschen Signale also aufrechterhalten werden, ist zugleich die Chance behutsamer Korrekturen vertan.

Das beschwört, wie Äußerungen des amerikanischen Landwirtschaftsministers John Block beweisen, erneut die Gefahren eines Handelskriegs mit den USA herauf: Zwei Industriegiganten, die sich wegen des subventionierten Exports ihrer Agrarüberschüsse prügeln – eine groteske und anachronistische Vorstellung.

Neuer Schub

nl. – Der vom Hamelner Beamtenheimstättenwerk (BHW) unter der Bezeichnung „Dispo 2000" gestartete neue Bauspartarif, der dem Bausparer bei der Handhabung seines Vertrags mehr Beweglichkeit erlaubt, hat offensichtlich am Markt Wirkung erzielt. Jedenfalls berichtet nicht nur das BHW über neue Schubkräfte für das Neugeschäft. Auch die Bausparkasse Schwäbisch Hall beispielsweise, die mit einem sogenannten Bonus-Tarif konterte, spürt Auftrieb. Diese zusätzlichen Aquisitionserfolge dürften den Bausparkassen jetzt doch zu denken geben. Von der Landesbausparkasse Württemberg ist zu vernehmen, daß man auch hier flexiblere Instrumentarien beispielsweise bei der Teilung von Bausparverträgen im Visier habe. Andere Kassen werden sicherlich ähnliche Überlegungen anstellen, wobei das Bundesaufsichtsamt das letzte Wort hat. Fest steht, daß das Tarifwerk der Bausparkassen immer noch Raum für Verbesserungen gibt. Und der potentielle Bausparer spricht wohl auch auf solche an.

AUSBILDUNGSPLÄTZE / Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages

Nach zwei Rekordjahren zeichnet sich eine weitere Steigerung ab

HEINZ HECK, Bonn

Nach den Ausbildungsplatzrekorden der beiden Vorjahre zeichnet sich für 1985 eine weitere Steigerung ab. Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei den Industrie- und Handelskammern sind dort bis Ende Juni 190 000 abgeschlossene Ausbildungsverträge registriert worden, also nochmals 4,8 Prozent mehr als im Rekordjahr 1984.

Nach Auskunft der DIHT-Expertin für Berufsausbildung, Sigrid Kümmerlein, sind erfahrungsgemäß bis Ende Juni etwa 60 Prozent der bei den Kammern registrierten Ausbildungsverträge geschlossen. Überdurchschnittliche Zuwachsraten (gemessen an den 4,8 Prozent) verzeichneten – in dieser Reihenfolge – Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Niedersachsen.

Bis zum Ende des Berufsausbildungsjahres, also bis zum 30. September, rechnet sie mit einer Steigerung der Kammer-Zahlen um drei bis 4,5 Prozent oder einem Plus von 6000 bis 8000 Ausbildungsverträgen (1984 wurden bei den Kammern 343 100 der insgesamt 705 600 Verträge registriert, also knapp die Hälfte).

Wenn es gelinge, so der DIHT, in diesem Jahr das gesamte Angebot an Lehrstellen um rund fünf Prozent zu steigern, so könnte die im Berufsbildungsbericht 1985 maximal erwartete Nachfrage von 765 000 Ausbildungsplätzen gedeckt werden.

Der DIHT verweist auch auf die in der Berufsberatungsstatistik zum Ausdruck kommende positive Tendenz: Mit einem Plus von fünf Prozent bei den angebotenen Stellen gegenüber 1,2 Prozent bei den Bewerbern schließe sich die Schere. Besonders bemerkenswert sei, daß zum Erhebungszeitpunkt Ende Juni die Zahl der unbesetzten Stellen 24 Prozent höher gelegen habe als im Vorjahr.

In den letzten Jahren sind – abgesehen von der zahlenmäßigen Steigerung (1974 wurden erst rund 450 000 Ausbildungsverträge geschlossen) – erhebliche Verschiebungen auf dem Ausbildungsmarkt zu beobachten: So nimmt, worauf auch der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt (BA) für Arbeit, Heinrich Franke, letzte Woche hingewiesen hat, der Anteil der Hochschulberechtigten an den Lehrstellenbewerbern deutlich zu. Bis Ende Juni haben sich 84 200 Abgänger mit Fachhoch- oder Hochschulreife gemeldet; das sind 6300 oder acht Prozent mehr als im Vorjahr (Anteilssteigerung von 13 auf 14 Prozent). Die Zahl der Bewerber mit mittlerem Bildungsabschluß lag mit 270 800 um 5700 oder zwei Prozent über dem Vorjahr. Dagegen ging die Zahl der Hauptschüler um 2400 oder ein Prozent auf 220 000 zurück.

Je höher die Vorbildung, so die Erkenntnis der Ausbildungsexpertin, desto größer sei das Interesse, einen kaufmännischen oder Dienstleistungsberuf zu ergreifen. Vor allem in Süddeutschland könnten heute bereits nicht mehr alle gewerblich-technischen Ausbildungsplätze besetzt werden. Dagegen fehle es an Lehrstellen für die mit tendenziell wachsendem Vorbildungsniveau stärker gefragten kaufmännischen und Dienstleistungsberufe.

Auch in der Altersstruktur ist in den letzten Jahren eine sehr starke Verschiebung eingetreten; inzwischen sind mehr als 50 Prozent der Bewerber über 18 Jahre alt.

Auffallend ist schließlich das ausgeprägte Süd-Nord-Gefälle. Besonders günstig schneidet der Landesarbeitsamtsbezirk Südbayern (mit München) ab, wo für dieses Jahr ein Ausgleich von Lehrstellen-Angebot und -Nachfrage erwartet wird. Es folgen Nordbayern und Baden-Württemberg. Allerdings gibt es auch innerhalb der Landesarbeitsamtsbezirke „deutliche Unterschiede", wie die BA-Studie zeigt. Mit Ausnahme von Schleswig-Holstein/Hamburg hat sich danach das Stellenangebot in allen Landesarbeitsamtsbezirken erhöht. Maßgebend für die Abnahme um 800 Lehrstellen oder drei Prozent sei der Rückgang um 1600 im Arbeitsamtsbezirk Hamburg gewesen. Zugleich sei in Schleswig-Holstein eine Zunahme um 800 zu verzeichnen gewesen.

US-GELDPOLITIK

Volcker hat den Druck auf die Banken nicht verstärkt

VWD, Washington

Die US-Notenbank hat nach Angaben von Paul Volcker den Druck auf das Bankensystem im bisherigen Jahresverlauf nicht verstärkt. Dies erklärte der Notenbankchef bei der Bekanntgabe der Geldmengenziele für 1986, die gegenüber denen für das laufende Jahr fast unverändert sind. Für M-3, die Geldmenge in der weitesten Definition, wird der Zielkorridor für 1986 auf eine Bandbreite von 6,0 bis 9,0 Prozent festgesetzt gegenüber 6,0 bis 9,5 Prozent im laufenden Jahr.

Für M-2 bleibt die Bandbreite mit 6,0 bis 9,9 Prozent unverändert. M-1 (Bargeld- und Scheckkonten) soll ebenso wie bei der Festlegung der Geldmengenziele für 1985 vorgesehen im kommenden Jahr um 4,0 bis 7,0 Prozent wachsen. Das Wirtschaftswachstum veranschlagt die Fed 1985 auf 2,75 bis 3,0 Prozent.

Nach Angaben des Offenmarkt-Ausschusses in seinem Halbjahresbericht für den Kongreß wird im laufenden Jahr bei M-1 sogar eine größere Schwankung der Geldmenge zugelassen als zunächst vorgesehen. Die Bandbreite sei auf 3,0 bis 8,0 Prozent ausgeweitet worden und die Basis für die Berechnungen vom vierten Quartal 1984 auf das zweite Quartal 1985 geändert worden.

Der Offenmarkt-Ausschuß hat die Änderung der Berechnungsgrundlage und der Bandbreite für M-1 im laufenden Jahr bei seiner Sitzung in der vergangenen Woche beschlossen. Der Ausgangswert Anfang Juli wird nach Worten Volckers recht hoch sein. Im Jahresverlauf sei mit einer deutlichen Abschwächung des M-1-Wachstums zu rechnen. Die für 1986 festgelegten Zielgrößen müßten gegen Ende des Jahres sorgfältig geprüft und möglicherweise revidiert werden.

Außerdem bekräftigte Volcker erneut, daß die Fed M-1 nur noch eine geringere Bedeutung als in der Vergangenheit zumesse. Der kräftige Anstieg in den vergangenen Wochen über die obere Zielgröße sei mit einigen Sonderbewegungen zu begründen.

Die Prognose eines realen Wachstums von 2,75 bis 3,0 Prozent in 1985 bedeutet gegenüber der Vorhersage von Februar eine kräftige Revision nach unten (3,5 bis 4,0 Prozent). Für 1986 erwartet die Fed einen realen Anstieg um 2,5 bis 3,25 Prozent. Ihre Schätzung der Inflationsrate wurde für 1985 nur leicht revidiert von 3,5 bis 4,0 auf 3,75 bis 4,0 Prozent. Für 1986 erwartet die Fed eine Inflationsrate von 3,75 bis 4,75 Prozent.

Nominal dürfte das Bruttosozialprodukt damit 1985 um 6,5 bis 7,0 (7,5 bis 8,0) Prozent wachsen und 1986 um 7,0 bis 7,5 Prozent. Die Arbeitslosenrate veranschlagt die Fed für das vierte Quartal 1985 auf 7,0 bis 7,25 Prozent gegen bisher 6,75 bis 7,0 Prozent. Für 1986 sagt sie eine Rate von 6,75 bis 7,25 Prozent voraus.

Das Mißtrauen bleibt

Von DANKWARD SEITZ

Das Aufatmen in München war nicht zu überhören, als am Dienstag nachmittag nach unendlich vielen Verrenkungen, Winkel- und Schachzügen grünes Licht aus Berlin kam. Mit einem äußerst knappen Fernschreiben, daß man keine Einwände gegen den im Mai angemeldeten Erwerb von Anteilen an der Krauss-Maffei AG habe, beendete das Bundeskartellamt ein seit Anfang 1984 währendes Pokerspiel.

Eine konkurrierende Interessentengruppe hatte das Übernahmekonsortium um die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Bayerische Vereinsbank und RTG Raketentechnik GmbH, an der die MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH und die Nürnberger Diehl-Gruppe je zur Hälfte beteiligt sind) nicht mehr zu befürchten, nachdem es gelungen war, die zum Flick-Konzern gehörende Buderus AG als weiteren Partner zu gewinnen. Mit Spannung wurde nur erwartet, ob die Kartellwächter nicht doch noch ein Haar in der Suppe finden könnten.

Den Wettbewerbshütern ging es bei der Prüfung dieses Falles weniger um das Engagement der Banken und Diehl, als vielmehr um den Einstieg von MBB bei dem Münchner Panzerhersteller. Zu lautstark hatte MBB-Chef Hanns-Arndt Vogels noch Mitte vergangenen Jahres verkündet, daß der Luft- und Raumfahrtkonzern im Fall einer Beteiligung die industrielle Führung bei Krauss-Maffei anstrebe. Und sofort wurden Bedenken gegen einen neuen Rüstungsmoloch an der Isar laut. Dieses Mißtrauen konnte bis heute nicht ausgeräumt werden, denn zumindest sachkundigster Partner ist und bleibt MBB.

Die knappe Mitteilung des Kartellamtes ohne jegliche Auflagen macht deutlich, daß das dritte Übernahmemodell keine Möglichkeiten geboten hat, die fusionsrechtlichen Vorschriften des Gesetzes anzuwenden.

Ein ungutes Gefühl bleibt dennoch. Denn trotz der nur indirekten Beteiligung von MBB über die RTG Raketentechnik wird der Ottobrunner Rüstungskonzern eng mit Krauss-Maffei kooperieren können, denn die drei Banken (LfA, Bayerische Vereinsbank und Dresdner Bank) sind zugleich Gesellschafter bei MBB. Interessenskollisionen sind demnach kaum zu erwarten.

Mit kritischen Augen werden auch alle Skeptiker die nun anstehenden Entscheidungen der neuen Anteilseigner verfolgen. Wer wird neuer Chef bei Krauss-Maffei, nachdem der zum 30. Juni ausgelaufene Vertrag des bisherigen Vorstandsvorsitzenden Hans-Heinz Griesmeier nicht verlängert worden ist? Sicherlich, daß es kein MBB-Mann sein wird, kann erwartet werden. Doch wird es ein gestandener Manager sein, der sich nicht gerne in seine Arbeit hineinreden läßt?

Bis zur Nennung des Namens werden die neuen Anteilseigner sicherlich eine Anstandsfrist von einigen Wochen vergehen lassen. Es fällt aber schwer zu glauben, daß sie angesichts der zu erwartenden Kartellamtsentscheidung nicht auf eine Vertragsbeendigung von Griesmeier hingewirkt und sich noch auf keinen neuen Mann verständigt haben sollten. Bei allen Beteuerungen, daß man damit nicht dem Spruch aus Berlin habe vorgreifen wollen, so blauäugig können auch unsere Wettbewerbshüter nicht sein.

Mit Aufmerksamkeit wird auch die pikante Rolle der Dresdner Bank und Bayerischen Vereinsbank beobachtet werden. Erklärtermaßen sehen sie ihr Krauss-Maffei-Engagement nicht als Daueranlage. In zwei bis drei Jahren soll für ihre Anteile ein neuer industrieller, inländischer Partner gefunden werden. Und schon jetzt erklärt die LfA, daß – wenn sich denn keine andere Lösung anbiete – sie auch noch diese Anteile übernehmen werde. Dann bestünde die Möglichkeit, doch noch einen ganz großen bayerischen Rüstungs- und Raumfahrtkonzern zusammenzuschmieden.

So zeichnet sich ein weiteres Spiel auf Zeit ab, bis sich die Gemüter über den möglichen Rüstungsmoloch beruhigt haben. Sind nicht auch – so fragen Beobachter der Szene – die Übernahmen von Dornier und MTU durch Daimler-Benz fast vollkommen geräuschlos über die Bühne gegangen, ohne daß irgendjemand Anstoß daran genommen hat, daß nun der größte deutsche Triebwerkshersteller und der zweitgrößte Luft- und Raumfahrtkonzern unter einem Dach vereint sind?

AUF EIN WORT

„Die Reform der europäischen Agrarpolitik hat nicht dazu geführt, daß die deutschen Bauern in Resignation und Lethargie verfallen sind, sondern sich dynamisch dem Wettbewerb unter immer größer werdenden Einheiten stellen. Wer aus der Landwirtschaft leben muß, kann es sich nicht leisten, etwa aus Unzufriedenheit als Unternehmer zu ‚mauern'."

Prof. Dr. Otmar Wasmer, Vorstandsvorsitzender der Baywa AG, München
FOTO: DIE WELT

UdSSR-Gasexporte steigen langsamer

dpa/VWD, Berlin

Die sowjetischen Erdgasexporte nach Westeuropa dürften in den nächsten Jahren langsamer zunehmen als vermutet. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schreibt, aufgrund der bestehenden Verträge würden die Erdgasexporte bis 1990 nur 50 bis 55 Mrd. Kubikmeter erreichen und nicht, wie von der UdSSR Anfang der 80er Jahre erhofft, 70 Mrd. Kubikmeter. 1984 stiegen die Erdgasexporte von 26 auf 32 Mrd. Kubikmeter. Doch zeichne sich ab, daß Anfang der 90er Jahre der UdSSR-Anteil am Erdgasverbrauch einiger Länder in Westeuropa 30 Prozent und auch mehr erreichen werde.

HANDELSSCHRANKEN

US-Gesetz hat Chancen, da es nur die Sünder bestraft

H.-A. SIEBERT, Washington

Im amerikanischen Kongreß verstärkt sich die Flut protektionistischer Gesetze. Bei ihrem Versuch, Handelsschranken zu errichten, gehen die Legislatoren jedoch differenzierter vor. Unter Führung des mächtigen Vorsitzenden des Bewilligungsausschusses im Repräsentantenhaus, Dan Rostenkowski, haben die Demokraten jetzt einen Entwurf eingebracht, der nur die Länder bestraft, die „im Warenverkehr mit den USA und anderen Handelspartnern exzessive Überschüsse erzielen". Belegt werden sollen ihre Lieferungen mit einer Importsteuer bis zu 25 Prozent des Warenwertes.

Wie Rostenkowski erklärte, versteht die einflußreiche Gruppe unter „exzessiv" Exporte in die USA, die um 65 Prozent über der Einfuhr amerikanischer Erzeugnisse liegen. Weltweit dürfen die Ausfuhren die Importe höchstens um 50 Prozent übersteigen. Nicht betroffen wäre also die Bundesrepublik, die 1984 Waren für 488,2 Mrd. Mark ins Ausland lieferte und für 434,3 Mrd. Mark bezog. Im Güteraustausch mit den USA waren es 46,8 und 31,1 Mrd. Mark. Unter das Gesetz fallen würden Japan, Südkorea, Taiwan und Brasilien.

Aber auch die „Sünder" entgehen dem prohibitiven Sonderzoll, wenn sie bis Ende Juni 1986 ihren Aktivsaldo um fünf Prozent abbauen. Danach muß er jährlich um zehn Prozent reduziert werden. Hinzu kommt, daß der US-Handelsbevollmächtigte ihre Einfuhrpraktiken als „unfair" einstuft. Überdies gelten die Vorschriften nicht, wenn Amerikas Handelsbilanzdefizit weniger als 1,5 Prozent des US-Bruttosozialprodukts ausmacht (derzeit 3,4 Prozent).

ENTWICKLUNGSHILFE

GTZ erreicht erstmals eine Milliarde Mark Umsatz

SABINE SCHUCHART, Bonn

Im zehnten Jahr nach ihrer Gründung hat die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die für die Bundesregierung die technische Entwicklungshilfe abwickelt, 1984 mit ihrem Umsatz erstmals die Milliardengrenze überschritten. Mit Stolz verweist die Geschäftsführung darauf, daß daraus mit 156 Mill. DM und 14 Prozent ein höherer Anteil (1983: 103 Mill. DM, 11 Prozent) aus dem Drittgeschäft stammt, das heißt aus Aufträgen von Entwicklungsländern, die die GTZ gegen Entgelt ausführt.

Dies sei ein Beweis, daß die deutschen Leistungen nachgefragt würden, auch wenn sie im internationalen Vergleich auch aufgrund der Personalkosten vielfach teurer seien als die anderer Länder. Deutsche Experten und Ratgeber seien im Ausland sehr begehrt. Die GTZ sieht dies auch daran, daß sich der Anteil ihrer Leistungen immer mehr von den Sach- und Geldmitteln zu den Personalleistungen verschiebt. Sie beschäftigt heute insgesamt rund 2500 Mitarbeiter, davon rund 1600 im Ausland und 900 in der Zentrale in Eschborn.

Die 1984 erteilten Neuaufträge, die sich verstärkt in den nächsten Jahren auswirken, wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 7,2 Prozent auf 1,4 Mrd. Mark. Allerdings war der Anstieg beim öffentlichen Auftragsvolumen um gut 17 Prozent auf rund 1,2 Mrd. Mark von einem Rückgang der kommerziellen Aufträge im Drittgeschäft um rund 30 Prozent auf knapp 200 Mill. Mark begleitet. Die GTZ erklärt dies mit Sondereinflüssen aufgrund von Großprojektaufträgen 1982 und 1983. Der Schwerpunkt bei den Aufträgen lag wieder im Landwirtschaftsbereich mit einem Anteil von 38 Prozent bzw. 534 Mill. Mark.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bakola einigt sich mit dem Sparkassenverband

Mannheim (dpa/VWD) – Die Badische Kommunale Landesbank Girozentrale (Bakola), Mannheim, das Spitzeninstitut der 68 badischen Sparkassen, ist sich mit dem Sparkassenverband über die „Schaffung einer Landesbank" einig. Die Bakola will sich in der Diskussion über eine Bankenkonzentration in Baden-Württemberg jedoch weiterhin nicht öffentlich äußern, sagte der Bakola-Vorstandsvorsitzende, Hans-Jörg Mauser, in Mannheim. Nach Vorstellung der badischen Sparkassenorganisation sollte anstelle einer Bankenfusion von den Instituten (Badische Kommunale Landesbank, Württembergische Landesbank, Landeskreditbank, Landesgirokasse und Baden-Württembergische Bank AG) als AG ein gemeinsames Spezialinstitut zum Beispiel für industrie- und strukturpolitische Aufgaben geschaffen werden. Die vorgschlagene „Banken-Union" zeige, so Mauser, eine positive Lösung auf.

Kapitalimporte nötig

Washington (rtr) – Die amerikanische Regierung wird nach einem Bericht des Kongresses in den nächsten fünf Jahren weiter auf ausländische Kreditgeber angewiesen sein. Nach dem Bericht des gemeinsamen Wirtschaftsausschusses des Kongresses wird selbst bei optimistischen Annahmen über das Wirtschaftswachstum und eine Verringerung der Etatdefizite bis 1990 ein Kapitalimport von jährlich 100 Mrd. Dollar nötig sein. Die USA wurden dieses Jahr Nettoschuldner. Experten schätzen, daß allein 1985 zur Deckung des Etatdefizits 100 Mrd. Dollar im Ausland aufgenommen werden müssen. Das Haushaltsdefizit für 1985 wird auf etwa 210 Mrd. Dollar geschätzt.

EG lenkt ein

Brüssel (AP) – Die Landwirtschaftsminister der zehn EG-Staaten haben die EG-Kommission bevollmächtigt, die Exportsubventionen für Teigwaren zu verringern. Das gab ein EG-Sprecher bekannt. Die Exportsubventionen sollen pro 100 Kilo von 14 auf acht Ecu (ein Ecu 2,25 Mark) verringert werden.

Niarchos-Werft gekauft

Athen (dpa/VWD) – Die griechische Nationalbank für Industrielle Entwicklung übernimmt die im April geschlossene Werft des Großreeders Stavros Niarchos in Skaramanga bei Piräus. Darauf haben sich jetzt beide Seiten geeinigt, teilte die griechische Regierung mit. Die Bank wird das Aktienpaket kaufen, das Niarchos im April zum Preis von 14 Mill. Dollar der öffentlichen Hand angeboten hatte. Einzelheiten fehlen noch.

Einlagen freigegeben

Buenos Aires (VWD) – Die argentinische Notenbank beabsichtigt die teilweise Freigabe von Dollar-denominierten Bankeinlagen. Freigegeben werden sollen in Kürze über 150 Mill. der vor zwei Monaten gesperrten 700 Mill. Dollar, die laut Schätzungen zehn Prozent aller Einlagen argentinischer Banken ausmachen.

IG Metall zur Stahlfusion

Frankfurt (AP) – Die Industriegewerkschaft Metall hat das Scheitern der Fusion zwischen den Stahlfirmen Krupp und Klöckner unter Beteiligung des australischen Rohstoffkonzerns CRA bedauert. Sie befürchtet, daß weitere Arbeitsplätze in der Stahlindustrie abgebaut werden. Zwar stünden die mit der Fusion geplante Stillegung der Georgsmarienhütte von Klöckner und des Kaltwalzwerkes Haidhof der Maxhütte durch dieses Scheitern zur Zeit nicht mehr zur Diskussion. Aber die jetzt von beiden Unternehmen angekündigten Rationalisierungspläne bedeuteten den Verlust weiterer Arbeitsplätze.

Angebot des Patentamts

Bonn (DW.) – Das Deutsche Patentamt nimmt ab sofort Erklärungen der Patentanmelder und Patentinhaber an, in denen diese ihr unverbindliches Interesse an einer Lizenzvergabe erklären. Die Erklärung soll die Bereitschaft des Patentanmelders bekunden, daß er an einer Weiterverwertung seiner Erfindung durch Dritte interessiert ist. Die unverbindliche Lizenzinteresse-Erklärung kann zurückgenommen werden. Sie wird in der Patentrolle angezeigt und im Patentblatt veröffentlicht.

Rekord bei Fondsvermögen

Frankfurt (VWD) – Das Fondsvermögen der 130 im Bundesverband deutscher Investment-Gesellschaften (BVI) zusammengeschlossenen Publikumsfonds hat Mitte 1985 den Rekordstand von 51,99 Mrd. DM erreicht und liegt damit um fast 11,5 Mrd. DM höher als vor einem Jahr. Der BVI führt das kräftige Wachstum der verwalteten Fonds-Vermögen auf die im ersten Halbjahr 1985 erzielten Mittelzuflüsse von netto 3,16 Mrd. DM sowie auf die starken Kurssteigerungen an den deutschen und internationalen Aktienbörsen zurück. Dabei erzielten die BVI-Fonds ein Mittelaufkommen von 1,75 Mrd. DM im ersten Quartal und von 1,41 Mrd. DM im zweiten Quartal.

Forderungen abgelehnt

Saarbrücken (DW.) – Saarlands Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD) wies die erneute Forderung des Bundes nach einem Konzept für Arbed Saarstahl mit dem Hinweis zurück, daß bereits seit geraumer Zeit konkrete Lösungsvorschläge vom Saarland und von Gutachtern vorlägen. Allerdings fehle noch immer die dringend notwendige Entscheidung des Bundes über die Höhe seiner Beteiligung an der Entschuldung von Saarstahl. Lafontaine verwies darauf, daß sowohl die EG-Kommission als auch die Banken, die in nächster Zeit über einen Forderungsverzicht zu entscheiden hätten, auf eine Entscheidung Bonns warteten.

Nur noch bleifrei?

Bonn (HH) – Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) hat gefordert, dem Beispiel Österreichs und der Schweiz zu folgen und verbleites Normalbenzin „vom Markt zu verbannen". Keine andere Maßnahme sei so gut geeignet, die flächendeckende Versorgung mit bleifreiem Normalbenzin schnell zu erreichen. Denn dabei entfielen die zum Teil sehr aufwendigen Umbaumaßnahmen an den Tankstellen. Bisher sei der Verkauf bleifreien Benzins über „Apothekermengen" nicht hinaus gekommen. Allerdings müßten vor allem ältere Autos, die auf verbleites Benzin angewiesen seien, künftig teureres Superbenzin tanken.

GESELLSCHAFT FÜR PR-AGENTUREN

Eine Schiedsstelle soll in Zukunft Streitfälle schlichten

J. BRECH, Hamburg

Die Gesellschaft für Public Relations Agenturen (GPRA), in der sich von den 35 deutschen marktbedeutenden PR-Agenturen 25 zusammengeschlossen haben, strebt die Errichtung einer Schiedsstelle an. Sie soll 1986 ihre Arbeit aufnehmen und sich mit Streitfällen der Öffentlichkeitsarbeit befassen.

Wie der GPRA-Vorstand in Hamburg mitteilt, seien die organisatorischen Vorarbeiten zwar noch nicht abgeschlossen, doch bestehe weitgehend Übereinstimmung über die Besetzung der Schiedsstelle. Sie soll paritätisch mit jeweils drei Vertretern von der Auftraggeberseite der Deutschen Public Relations Gesellschaft (DPRG) und aus dem Kreis der GPRA-Mitglieder besetzt werden. Hinzu kommt ein Jurist mit der Befähigung zum Richteramt.

Die GPRA halte die Errichtung einer Schiedsstelle angesichts des zunehmenden Wildwuchses in der PR-Branche für dringend erforderlich. Wie jede Berufsgruppe habe auch der Öffentlichkeitsarbeiter seine „Abstauber und Winkeladvokaten", denen das Handwerk gelegt werden müsse. Vor allem für die Auftraggeber, die sich übervorteilt fühlen, müsse es eine Anlaufstelle geben.

Die Frage, ob in einem solchen Falle Betrug, falsche Versprechungen oder ungerechtfertigte Honorarforderungen vorliegen, oder ob falsche Erwartungen und Hoffnungen auf einen schnellen, billigen Verkaufserfolg den Auftraggeber blind für die realistischen Möglichkeiten der PR-Arbeit gemacht haben, diese Fragen könne nur ein Sachverständigen-Gremium neutral beantworten.

BOLIVIEN / Inflation macht Peso wertlos – Kein Geld für notwendige Investitionen

Einzahlung bei Banken nach Gewicht

KAREN SÖHLER, Bonn

In einer Schubkarre transportiert ein Bolivianer mehrere Bündel Peso-Scheine. Für zehn Minuten läßt der Mann Karre und Geld unbeaufsichtigt. Als er zurückkehrt, ist die Schubkarre offensichtlich gestohlen; die Banknoten hingegen blieben unangetastet. Diese Geschichte kursiert in La Paz. Sie erklärt, welcher Wert dem Papiergeld noch beigemessen wird in einem Land, in dem die auf Jahresbasis berechnete Inflationsrate im März 8000 Prozent überschritt. Ein Radio kostet inzwischen viele Millionen Peso. Zahlreiche 100 000-Peso-Noten, die bislang größten Scheine, sind nötig, um wertvollere Gegenstände zu bezahlen.

Um dem zeitraubenden Scheinezählen zu entgehen, wiegen Banken inzwischen das Geld, wenn Kunden höhere Summen in Säcken zum Kreditinstitut bringen – aber nur, um Rechnungen zu begleichen. Gespart wird nicht; zumindest nicht in der heimischen Währung. Wer mehr Peso besitzt, als für das tägliche Leben nötig, versucht sie in Dollar umzutauschen. Der normale Weg über die Wechselstube oder eine Bank bleibt den meisten jedoch verwehrt. Daß offiziell für einen Dollar 75 000 bolivianische Peso bezahlt werden müssen, spielt daher kaum eine Rolle. Der Devisenhandel blüht auf dem Schwarzmarkt. Und hier gilt: knapp eine Million Peso für einen Dollar.

Die Inflation und das Mißverhältnis zwischen Dollarangebot und -nachfrage spiegeln das wirtschaftliche Desaster des südamerikanischen Andenstaates wider. Direkt wird es auf das fast unvorstellbare Haushaltsdefizit zurückgeführt, das 1984 mit rund 630 Millionen Dollar knapp 22 Prozent des Bruttoinlandprodukts ausmachte. Nur rund 23 Prozent der Staatsausgaben waren im vergangenen Jahr durch Staatseinnahmen gedeckt. Die Folgen waren weitere Kreditaufnahmen bei der der Regierung unterstellten bolivianischen Zentralbank. Diese Fremdfinanzierung zwang am Ende dazu, weiteres Papier zu bedrucken, das bestimmten Pesowerten entspricht. Richtige Banknoten herzustellen kann sich das Land gar nicht mehr leisten. Die Geldmengenausweitung, die das Nachdrucken bewirkt, schürt wiederum die Inflation und führt zu der beschriebenen Geldentwertung.

Die Lücke im Budget hat sich in den vergangenen drei Jahren besonders kräftig ausgedehnt, weil die bisherige sozialistische Regierung Siles Zuazos unter dem Druck der Gewerkschaften soziale Leistungen und Gehälter erhöhte. Doch auch ohne dieses Nachgeben bleibt das Problem, daß Bolivien, einem rohstoffreichen Land, Kapital fehlt, um notwendige Modernisierungsinvestitionen zu finanzieren.

KARSTADT-HV / Nur moderate Aktionärsschelte wegen der Neckermann-Verluste

Bewährungsfrist für das Management

JOACHIM GEHLHOFF, Essen

Als es in der dritten Stunde zur Abstimmung ging, erfaßte der Vertreter der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz auf der Hauptversammlung der Karstadt AG, Essen, die Gefühle der ob der anhaltenden Neckermann-Verluste enttäuschten Aktionäre am zutreffendsten: „Wir entlasten Sie heute. Aber wir werden die jetzt für das erste Halbjahr 1985 genannten Verbesserungen übers Jahr einfordern. Bleiben sie dann wieder einmal aus, werden wir entsprechende personelle Konsequenzen fordern."

Ein mancherorts erwartetes Scherbengericht ersparten die 800 Teilnehmer für diesmal noch der Verwaltung. Bei einer Präsenz von 79,84 Prozent der 360 Mill. DM Aktien gab es bei der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat jeweils nur Neinstimmen für maximal 34 000 Aktien bei Stimmenthaltung für kaum 200 000 DM Aktien.

Solche moderate Aktionärskritik hatte Europas größter Warenhauskonzern trefflich eingeleitet mit dem Entschluß, trotz Minderungen der Jahresüberschüsse bei der AG auf 60,4 (90,4) Mill. DM und im Konzern sogar auf 23,9 (90,4) Mill. DM für 1984 den Dividendensatz von 7 DM beizubehalten. In der sachlich geführten Diskussion wurde dankbar anerkannt, daß Karstadt mit dieser Dividende die Spitzenposition unter den deutschen Warenhauskonzernen hält.

Mit der „nach menschlichem Ermessen" Nimmer-Wiederkehr der 1984er Verluste bei der Neckermann Versand AG („unter 100 Mill. DM") und bei der NUR Touristik GmbH (28 nach 6,8 Mill. DM) begründete Vorstandssprecher Deuss in seinem Lagebericht die Dividendenkonstanz. In der ersten Hälfte von 1985 habe die 1984 erheblich unter Anlaufpannen ihres elektronisch gesteuerten neuen Hochregal-Lagersystems leidende Versandtochter ein über ihrem Branchendurchschnitt liegendes Versand-Umsatzplus von 4,6 Prozent erzielt. Man sei „felsenfest" davon überzeugt, die Tochter in die Gewinnzone zu bringen (ohne dies bereits für den 1985er Abschluß zu versprechen).

Die Touristiktochter kam in den ersten acht Monaten des Reisejahres 1984/85 (31. 10.) sogar auf Plusraten von 7 Prozent bei den Buchungen und 12 Prozent beim Umsatz. Sollte das Bundeskartellamt im Herbst (wie aus Berlin schon angedeutet) die geplante NUR/ITS-Fusion untersagen, so werde eine dann künftig „betont regional ausgerichtete" NUR gleichfalls ein „durchaus erfolgreiches" Dasein haben können.

In den acht Jahren Zugehörigkeit zum Karstadt-Konzern hat Neckermann, wie Deuss den Aktionären vorrechnete, Verluste von 460 Mill. DM gemacht, wovon abzüglich Forderungsverzicht der Banken brutto 209,5 Mill. DM und nach Steuern 92,2 Mill. DM bei Karstadt hängen blieben. „Das hat unseren Aktionären keine einzige Mark Dividende gekostet", betonte Deuss.

Zurückhaltend blieb seine Prognose zum dominierenden Warenhausbereich des Konzerns. In der ersten Hälfte von 1985 blieb da der Umsatz um 4,2 Prozent und auf vergleichbarer Fläche um 3,3 Prozent hinter dem schon flauen Vorjahresstand zurück. Zwar erklärte Deuss den Rückstand (auch gegenüber der gesamten Einzelhandelsentwicklung) zum guten Teil mit Umstellungsinvestitionen auf neue strategische Vertriebskonzepte. Aber trotz anhaltendem gesamtwirtschaftlichem Aufschwung „haben wir uns sicherheitshalber darauf eingestellt, daß wir bis zum Jahresende keine allzu deutliche Belebung des Marktes erwarten dürfen".

LUFTHANSA-HV / Vorstand erwartet 1985 einen geringeren Gewinn als im Vorjahr

Kritik an „kümmerlicher Dividende"

ERWIN SCHNEIDER, Köln

Der Aufstand der Kleinaktionäre der Deutschen Lufthansa AG, Köln, blieb auf der Hauptversammlung erwartungsgemäß nicht aus. Zwar wurden dem Vorstand stolze Zahlen und ein vortrefflicher Abschluß attestiert, aber der Dividendenvorschlag nur „kümmerlich" genannt.

Dem Vorstandsvorsitzenden Heinz Ruhnau wurde geraten, das Wort Dividendenkontinuität aus seinem Wortschatz *zu streichen. Man habe* Verständnis für die Substanzstärkung, aber nicht für das Ausmaß. An der verbesserten Wertschöpfung hätten alle außer den Aktionären teilgehabt, lautete die Kritik. Die Lufthansa würde sich zwar beklagen, daß sie soviel Steuern zahlen müßte, dies könne jedoch dadurch verhindert werden, daß mehr ausgeschüttet würde, war ein anderer Kritikpunkt. Zum geforderten Geburtstagsgeschenk einer Dividendenerhöhung für das Jubiläumsjahr 1985 *nahm Ruhnau nicht* Stellung.

Die hauptberuflichen Kleinaktionärsvertreter mutmaßten denn auch angesichts der kontroversen politischen Diskussion um die Teilprivatisierung der Luftfahrtgesellschaft, daß der Dividendenvorschlag ein Schlag gegen die Emissionsfähigkeit und Teilprivatisierung sei, die von ihnen begrüßt würde. Zu diesem Themenkomplex antwortete Ruhnau nur, daß es nicht Aufgabe des Vorstands sei, sich den Kopf des Eigentümers zu zerbrechen.

Die zahlreichen Gegenanträge der freien *Aktionäre, die lediglich* 12,33 Prozent des Grundkapitals von 900 Mill. DM halten, wurden bei einer Präsenz von 85 Prozent (davon 93,9 Prozent der Stammaktien und nur 21,3 Prozent der privaten Vorzugsaktionäre) abgelehnt. Mit einer langfristigen Prognose hatte Heinz Ruhnau in seinem Rechenschaftsbericht versucht, die Notwendigkeit seiner Dividendenpolitik zu verdeutlichen. Bis zum Jahr 2000 müßten bei jährlichen Wachstumsraten von vier Prozent im Passagier- *und Frachtaufkommen* rund 40 Mrd. DM (zu heutigen Preisen) investiert werden. Denn dann würde die Flotte von 140 auf 250 Flugzeuge angewachsen sein. Das ehrgeizige Investitionsprogramm habe aber schon begonnen, erklärte Ruhnau. Allein 1984 wurden die Investitionen gegenüber dem Vorjahr auf 1,3 Mrd. DM verdoppelt. Er verwies auch auf die Bestellung von 33 neuen Maschinen vor einigen Wochen.

Als zweiten Grund für den moderaten Dividendenvorschlag von 3,50 DM (plus einer DM Bonus wegen der Sonderzahlung der Bundesregierung von 113 Mill. DM für den Fluglotsenstreik) nannte Ruhnau den verhaltenen Geschäftsverlauf in diesem Jahr, der schon 1984 abzusehen gewesen sei. Nach dem für die Weltluftfahrt hervorragenden letzten Jahr werden die Zuwachsraten wieder geringer, erklärte Ruhnau.

Auch für die Lufthansa prognostizierte er für das ganze Jahr zwar wieder ein gutes Ergebnis mit allerdings geringerem Gewinn als 1984; obwohl *die Zahl der Passagiere erstmals* über 16 (15,3) Millionen steigen wird und die beförderte Fracht über 650 000 (525 000) Tonnen liegen soll.

British Steel: Noch höhere Verluste

fu. London

Der staatliche Stahlkonzern British Steel Corporation hat im Geschäftsjahr 1984/1985 (1. April) einen Verlust in Höhe von gut 400 Mill. Pfund (1,6 Mrd. DM) hinnehmen müssen. Das war ein Negativ-Sprung um 60 Prozent gegenüber den roten Zahlen vom Geschäftsjahr zuvor. Allerdings geht der verheerende Abschluß zu einem großen Teil auf die Auswirkungen des einjährigen Kohlestreiks zurück.

Nach Angaben von Chairman Sir Robert Maslam wurde British Steel dadurch mit rund 180 Mill. Pfund aufgrund entgangener Stahlverkäufe und höherer Betriebskosten belastet. Daneben wurde das Ergebnis durch Sonderaufwendungen von 264 Mill. Pfund für Umstrukturierungen und Abfindungszahlungen verzerrt.

Ohne diese Sonderaufwendungen hatte der Staatskonzern nach Angaben der Geschäftsführung im vergangenen Geschäftsjahr einen Gewinn vor Steuern in Höhe von 40 Mill. Pfund (160 Mill. DM) erzielt. Dennoch warnte der Chairman, daß weiterhin schwere Zeiten voraus lägen und möglicherweise eines der drei großen Walzstahlwerke in Wales und Schottland stillgelegt werden müßte.

Weiterhin gute Auftragslage

nl. Stuttgart

Ein kräftiges Wachstumstempo hat SHW-GmbH (Schwäbische Hüttenwerke), Aalen-Wasseralfingen, im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) vorgelegt. Wie es in einer vorläufigen Jahresübersicht heißt, sei der Bruttoumsatz (vor Erlösberichtigungen) um etwa 22 Prozent auf 343 Mill. DM angestiegen. Das Unternehmen geht mit einem Auftragsbestand in das neue Geschäftsjahr, der im Durchschnitt *mehr als fünf Monate Beschäftigung* sichert. Die gute Auftragslage dauere in allen Produktbereichen weiter an, als da sind Verfahrenstechnische Anlage, Brückenlager und Fahrbahnübergänge, Werkzeugmaschinen, Innenzahnradpumpen und Formteile für die Autoindustrie.

Auch das Ergebnis habe sich gut entwickelt. Der erwirtschaftete verbesserte Gewinn werde eine erhöhte Ausschüttung ermöglichen. Für 1983/84 war aus einem Gewinn von 2,6 Mill. *DM eine Dividende* von 8 Prozent auf 20 Mill. DM Stammkapital ausgeschüttet worden, das je zur Hälfte bei der GHH und beim Land Baden-Württemberg liegt. Für 1985/86 sind 19 (1984/85: 15) Mill. DM Investitionen geplant.

Banco Ambrosiano mit La Centrale

dpa/VWD, Mailand

Die Nuovo Banco Ambrosiano und La Centrale, beide Mailand, werden künftig unter dem Namen Nuovo Banco Ambrosiano gemeinsam ihre Bankgeschäfte betreiben. Der gestern in Mailand bekanntgegebe Beschluß der beiden Verwaltungsräte bedarf jetzt noch der Zustimmung der Aktionäre, die Anfang September auf den Hauptversammlungen zusammenkommen.

Bei dem *Zusammenschluß* erhalten die Aktionäre der Nuovo Banco Ambrosiano für 50 eigene Aktien 19 Aktien von La Centrale, die dazu ihr *Kapital von jetzt 144 Mrd. Lire* (228 Mill. DM) auf 425,8 Mrd. Lire erhöht. Gleichzeitig damit wird Nuovo Banco Ambrosiano seinen Anteil von 37,9 Prozent an La Centrale, dem 47,7 Prozent der Stimmrechte entsprechen, am Markt zur Zeichnung anbieten. Nach der Fusion werden 45 Prozent des Kapitals der Bank in den Händen des Publikums sein, während der Anteil der zehn Kreditinstitute, die Nuovo Banco Ambrosiano nach der Liquidierung der Vorgängerbank Banco Ambrosiano saniert haben, von jetzt 81,3 auf 55 Prozent zurückgehen wird.

KRAUSS-MAFFEI / *Engagement von Vereinsbank und Dresdner nur vorübergehend*

Personalentscheidungen noch offen

DANKWARD SEITZ, München

Es gibt noch „keinerlei Gedanken oder gar Beschlüsse" über alle in *nächster Zeit anstehenden* Entscheidungen, wie es bei der Krauss-Maffei AG, München, weitergehen wird, nachdem das Bundeskartellamt keine Einwände gegen eine Neuordnung der Besitzverhältnisse dieser zum Flick-Konzern gehörenden Gesellschaft hat. Fast stereotyp wiederholte Udo Walter, Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA), München, immer wieder diese Antwort auf alle Fragen. Mit „großem Mißtrauen" hätte das Amt diesen Fall geprüft und man habe alles vermeiden müssen, „die Entscheidung zu präjudizieren".

Erst jetzt, so Walter, könnte auch der unter Vorbehalt bereits im April unterzeichnete Kaufvertrag wirksam werden. Danach werden sich am Grundkapital von Krauss-Maffei (16,25 Mill. DM) die LfA mit 25,45 Prozent, die Bayerische Vereinsbank mit 10 Prozent, die Deutsche Bank mit 10,1 und die Dresdner Bank mit 10,9 Prozent beteiligen. 24,95 Prozent übernimmt die RTG Raketen-Technik GmbH, deren Anteile je zur Hälfte von der Nürnberger Diehl-Gruppe und der MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH gehalten werden. 15 Prozent verbleiben beim bisherigen Mehrheitsaktionär Buderus AG; die restlichen 3,6 Prozent liegen bei freien Aktionären. Keine Angaben wollte Walter über die Höhe des „noch nicht gezahlten" Gesamtkaufpreises machen, der in der Größenordnung von 180 Mill. DM liegen dürfte.

Die vorerst wichtigste Entscheidung ist die Neubesetzung des Chefsessels bei Krauss-Maffei, nachdem der am 30. Juni 1985 ausgelaufene Vertrag des bisherigen Vorstandsvorsitzenden Hans-Heinz Griesmeier „ohne Einflußnahme des Übernahmekonsortiums" nicht verlängert worden ist. Scholz deutete dabei an, daß nicht daran gedacht ist, einen MBB-Mann auf diesen Posten zu berufen.

Noch keine Vorstellungen habe man auch, wie sich der Aufsichtsrat zusammensetzen wird. Es sei aber möglich, daß dessen Vorsitz vom bisherigen Mitglied Wolfgang Laaf, Vorstandsvorsitzender bei Buderus, übernommen werde.

Scholz bestätigte, daß im Gegen*satz zu Buderus und der Deutschen* Bank die Bayerische Vereinsbank und Dresdner Bank ihre Beteiligungen nur als vorübergehendes Engagement sehen. Für ihre Anteile wolle man in den nächsten zwei bis drei Jahren neben MBB einen weiteren industriellen Partner („keinen Ausländer") suchen. Sollte dies nicht gelingen, werde die LfA als „Auffangnetz" diese Anteile kurzfristig übernehmen.

Die LfA selbst wird die Krauss-Maffei-Beteiligung über ihre Tochter LfA-Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH erwerben. Wie diese Tochter letztendlich den Erwerb finanzieren wird, ob durch eine Kapitalerhöhung oder durch einen Fremdmittelkredit, sei noch nicht entschieden. „Auf keinen Fall" werde man dafür aber einen Landeszuschuß erhalten oder gar Gelder aus den LfA-Förderprogrammen in Anspruch nehmen, versicherten Scholz und der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann übereinstimmend.

BAUSPARKASSE SCHWÄBISCH HALL

Schub für das Neugeschäft

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Mit Zuversicht geht die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG in die zweite Jahreshälfte 1985 hinein. Basis dafür sei die günstige Zins- und Baupreisentwicklung sowie die zurückgewonnene Geldwertstabilität, wodurch das Bausparen zusätzlichen Auftrieb erhalte. Der Bundesratsbeschluß hinsichtlich der Förderung von Bausparbeiträgen als vermögenswirksame Leistungen wird als „wichtiger Schritt zur Verstetigung der Wohneigentumsbildung" bezeichnet.

Seit Einführung des neuen Bonus-Tarifs zu Beginn dieses Jahres registriert das Institut einen weiteren Schub für das Neugeschäft. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres nahm die Zahl der Neuverträge um 10 Prozent zu, die neu abgeschlossene Bausparsumme erhöhte sich um 7 Prozent. Dabei sei man besonders erfolgreich im Neugeschäft mit der Zielgruppe der Jugendlichen gewesen. Von der günstigen Entwicklung beim Neugeschäft erwartet die Bausparkasse einen positiven Einfluß auf den künftigen Spargeldeingang. Bis zur Jahresmitte erreichte Schwäbisch Hall bei der Zuteilungsleistung mit über 5 Mrd. DM ein ähnlich hohes Niveau wie 1984.

Im Geschäftsjahr 1984 hat die Bausparkasse Schwäbisch Hall, die von der engen Kooperation mit den genossenschaftlichen Banken profitiert, 553 730 neue Bausparverträge (plus 5,9 Prozent) über eine Bausparsumme von 17,07 Milliarden DM (plus 0,1 Prozent) abgeschlossen. Mit einem Marktanteil von 22,8 Prozent behauptete die Kasse ihre Spitzenstellung in der Branche. Am Jahresende verwaltete das Institut 5,05 Mill. Verträge über 177,9 Milliarden DM Bausparsummen. Der gesamte Geldeingang verringerte sich auf 9,80 (10,43) Mrd. DM, demgegenüber stiegen die Baugeldauszahlungen auf 12,07 (8,31) Milliarden DM. Es wird ein Jahresüberschuß von 116,0 (138,2) Mill. DM ausgewiesen. Auf das inzwischen auf 388 (350) Mill. DM erhöhte Aktienkapital, das sich im Besitz genossenschaftlicher Institutionen befindet, wird eine Dividende von unverändert 8,5 Prozent ausgeschüttet. Zugleich ist durch Umwandlung von offenen Rücklagen das Grundkapital weiter um 52 Mill. auf 440 Mill. DM aufgestockt worden. Damit kommt die Bausparkasse auf einen Eigenkapitalanteil von 4,28 Prozent der Bilanzsumme. Diese hat sich auf 33,9 Milliarden DM (plus 10,3 Prozent) vergrößert. Einen wesentlichen Anteil daran hatten die Baudarlehen, die auf 31,1 Mrd. DM (plus 11,1 Prozent) zunahmen. Die Bauspareinlagen erhöhten sich um 1,1 Prozent auf 28,3 Milliarden DM.

In der Ergebnisrechnung steht ein um 3,7 Prozent auf 882,4 Mill. DM erhöhter Zinsüberschuß. Bemerkenswert ist der Rückgang der Position Provisionen um 12,4 Prozent auf 207,1 Mill. DM. Auf der anderen Seite kamen 268,1 Mill. DM (minus 3,8 Prozent) an Gebühren herein. Gestiegen sind der Personalaufwand um 4,1 Prozent auf 208 Mill. DM sowie auch der Sachaufwand um 5,4 Prozent auf 185 Mill. DM.

WINTERSHALL / Verarbeitung noch in roten Zahlen

Erfolge in der Exploration

DOMINIK SCHMIDT, Kassel

Überaus differenziert entwickelte sich bei der Wintershall AG, Kassel, das Geschäft im Jahre 1984. Wie der *Vorstand in dem jetzt* vorgelegten Geschäftsbericht schreibt, wurden in der Exploration und in der Gewinnung von Erdöl und Erdgas wiederum beachtliche Erfolge erzielt. Die Raffinerien dagegen mußten erneut ein negatives Ergebnis hinnehmen. Intensive Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit hätten aber zu einer Reduzierung der Verluste geführt.

Innerhalb der Wintershall-Gruppe erzielten alle Unternehmensbereiche *„erfreuliche Zuwachsraten".* Der Gruppenumsatz stieg im Berichtsjahr um 13 Prozent auf 11,84 (10,5) Mrd. DM. Mit einem Anteil von 71 Prozent ist der Unternehmensbereich Öl und Gas (plus 13 Prozent) wichtigster Umsatzträger.

Ein Umsatzplus von lediglich 2 Prozent auf 5,9 (5,8) Mrd. DM verzeichnete die Wintershall AG. Der relativ geringe Zuwachs resultiert nach Angaben des Vorstands aus der teilweisen Übertragung des Rohölhan*dels von der Wintershall AG auf die* seit April 1984 tätige Wintershall Oil AG, Zug/Schweiz. Die im Umsatz enthaltene Mineralölsteuer nahm auf 848 (536) Mill. DM zu.

Der Jahresüberschuß der AG verbesserte sich auf 266 (242) Mill. DM. Nach Zuführung von 130 Mill. DM zur freien und von *6 Mill. DM* zur gesetzlichen Rücklage wird ein Bilanzgewinn von 154 auf 121 Mill. DM ausgewiesen. Auf das bei der BASF liegende Grundkapital von 500 Mill. DM wird eine Dividende von 3,30 DM pro 50-DM-Aktie, das sind insgesamt 33 Mill. DM, ausgeschüttet und weitere 120 Mill. DM in die freie Rücklage gestellt.

Zu den wichtigsten Ereignissen im Berichtsjahr gehörten der Erwerb eines großen Teils der Konzessionen und der Öl- und Gasreserven in den USA von der Tricentrol PLC, London, sowie die Aufnahme der Rohölproduktion im Offshore-Feld Schwedeneck-See *in der Ostsee.* Dadurch konnte das Explorations-Potential erheblich gesteigert werden. Die Erdölförderung erhöhte sich 1984 um 10 Prozent auf 3,1 Mill. t. Davon entfielen auf das Inland 0,69 Mill. t (plus 5 Prozent). Die gesamte Erdgasgewinnung stieg nur geringfügig auf 2 Mrd. cbm; der Inlandsanteil lag bei 1,5 Mrd. cbm.

Die Raffinerien des Unternehmens repräsentieren eine auf 8,3 (9,8) Mill. t reduzierte Kapazität. Mit 5,2 (5,4) Mill. t verringerte sich der Rohöldurchsatz nur geringfügig. Die Auslastung der Anlagen in Lingen, Mannheim und Salzbergen erreichte 64,1 Prozent. Innerhalb der Gruppe *nahmen die* Investitionen kräftig auf 807 (495) Mill. DM zu. Die Beschäftigtenzahl ging in der Gruppe um 463 auf 16 200 zurück.

KONKURSE

***Konkurs eröffnet:* Aachen:** *Manfred* Arno Knies, Würselen; **Bad Neuenahr-Ahrweiler:** Bernhard Loevenich, Hotelier, Bad Breisig; **Beckum:** Günther Stiegemann, Oelde; **Bielefeld:** Benno Schomaker GmbH & Co. KG; **Bochum:** BME-Baumarkt GmbH; BME Bauen mit Eigenleistungen Ges. f. d. Wohnungsbau mbH; **Burgdorf:** 1. Georg Vogel GmbH & Co. KG, 2. Georg Vogel Betriebsges. mbH; **Detmold:** Fritz Frevert, Maurermeister, Kalletal; **Eckernförde:** Hans-Dieter Spranger, Kaufmann, Owschlag; **Freiburg i. Br.:** Zahntechnik Ute Apfelbaum KG; **Karlsruhe:** PARS Orientteppich-Import GmbH; **Köln:** Nachl. d. Helmut Seidler; Middle East Economic Digest (Germany) GmbH i. L., Düsseldorf; **Lörrach:** Nachl. d. Ilse Liselotte John geb. Brunner, Rheinfelden; **Mosbach:** Joachim Thiemann, Sinsheim; **München:** Oswald Maria Marschner, Kaufmann; Bauunternehmung Jung Massivbau GmbH, Ebersried; **Neuss:** Johannes Radke – Bauausführungen, Lorschenbroich; **Seligenstadt:** Bernhard Stojanik GmbH, Rodgau; **Wolfratshausen:** Bosan GmbH Sichern u. Sanieren im Bau-Fels-Boden, Hausham.

***Anschlußkonkurs* eröffnet: Köln:** Gebr. Wüst GmbH & Co. KG; **München:** Wilhelm Otto Hoffmann; Ingeborg Regina Hoffmann; **Schweinfurt:** Karl Schiesser u. Sohn, Bauunternehmen, Ramsthal.

Vergleich beantragt: Köln: BEKÖ Betreuungsges. f. Bau- u. Betriebsprojekte mbH.

BEIERSDORF / Einstieg in den Markt für Diätetika

Programm wird erweitert

JAN BRECH, Hamburg

Die Beiersdorf-Gruppe, Hamburg, wird verstärkt in den Markt für diätetische Produkte gehen. Wie das Unternehmen mitteilt, soll bis 1987 der Grundstock für das „medical-Diät"-Programm aufgebaut werden. Zu Beginn dieses Jahres sind die beiden ersten Produkte auf den Markt gekommen.

Das diätetische Programm wird nach Angaben des Unternehmens ausschließlich Produkte umfassen, die Beratungskompetenz erfordern und deshalb exklusiv in Apotheken vertrieben werden. An dem Umsatzvolumen von zur Zeit rund 100 Mill. DM in den Apotheken mit Diätetika soll in den nächsten zwei Jahren ein maßgeblicher Anteil erobert werden.

Den Einstieg in diesen Markt begründet Beiersdorf einmal mit einer weitgehend noch unstrukturierten Anbieterseite und potentiellen Wachstumschancen. In der überwiegend mittelständischen Branche gibt es nach Angaben von Beiersdorf allein im Fachhandel mehr als 100 Anbieter.

Der Markt für Diätetika dürfte 1984 ein Volumen von mehr als 2,2 Mrd. DM erreicht haben, wovon 1,4 Mrd. DM auf allgemeine Diätmittel, 750 Mill. DM auf Säuglings- und Kleinkindernahrung sowie 90 Mill. DM auf Nährstoffkonzentrate entfielen. Bis 1990 erwartet Beiersdorf am Gesamtmarkt einen Zuwachs von 70 Prozent auf *3,7 Mrd. DM.* Die Wachstumsreserven liegen vor allem bei Diäterzeugnissen für Erwachsene. Die Zahl der Deutschen, die bereits heute diätbedürftig sind, wird auf mindestens 10 Millionen geschätzt.

Die Beiersdorf-Sparte medical weist für das vergangene Jahr einen weltweiten Umsatz von rund 565 Mill. DM aus; das entspricht etwa 21 Prozent des Weltumsatzes von 2,7 Mrd. DM. In dieser Sparte sind in den letzten Jahren eine Reihe neuer Aktivitäten durch Zukauf aufgenommen worden. So erwarb Beiersdorf Beteiligungen an der Varitex GmbH, die medizinische Kompressionsstrümpfe herstellt, an der Bacillolfabrik Dr. Bode GmbH & Co., sowie an der S+G Implants GmbH, die sich mit Gelenkkonstruktionen und der Technik zementfreier Implantate beschäftigt.

Bundesanleihen

[illegible]

F	7½ dgl. 84 S.49	10/89	105,6bG	105,55
F	7¼ dgl. 84 S.50	11/89	102,6bG	102,6
F	7 dgl. 84 S.51	12/89	101,75	101,7
F	6¾ dgl. 84 S.52	2/89	100,85	100,8bG
F	7¼ dgl. 85 S.53	90	102,4	102,3
F	7 dgl. 85 S.54	90	101,5	101,45

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	101,95	101,95

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschr.

[illegible]

Rentennachfrage leicht belebt

Am Rentenmarkt belebte sich die Nachfrage für fast alle Laufzeiten, ohne daß sich dies bereits in den Kursen und Umsätzen niederschlug. Immerhin konnte aber die Mehrzahl der öffentlichen Anleihen leicht angehoben werden. Zum ersten Mal sollen auch wieder Kaufaufträge aus dem Ausland vorgelegen haben. Auf der Angebotsseite besteht keinerlei Druck. Bund und Länder sind gut finanziert und brauchen keine Konzessionen zu machen. Das Pfandbriefgeschäft der Realkreditinstitute leidet unter der nach wie vor geringen Hypothekennachfrage.

M	6½ dgl. Pf 3	94,5G	94,5G
M	6½ dgl. Pf 12	94G	94G
M	7 dgl. Pf 20	101,75G	101,75G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 31	100,75G	100,75
B	6 dgl. Pf 34	99T	99T
B	6½ dgl. Pf 37	100G	100G
Hn	5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	96,75G	96,75G
Hn	7½ dgl. Pf 87	101,75G	101,75G
Hn	6 dgl. KS 29	87,5G	87,5G
Hn	7 dgl. KS 30	101,4G	101,4G
D	5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D	5 dgl. Pf 54	116G	116G
D	6 dgl. Pf 109	86G	86G
	[illegible]		
M	6 dgl. IS 16	100G	100G
M	6 dgl. IS 17	99,7G	99,7G
M	8½ dgl. KO 49	100,25G	100,25G
M	8½ dgl. KO 48	100,1G	100,1G
M	7½ Bay.Lbkgz. Pf 105	–Zhg	–Zhg
M	5 Bayer.Verbk. Pf 11	122,5G	122,5G
M	6 dgl. Pf 4	98,25G	98,25G

D	4 dgl. Pf 18	107G	107G
D	6 dgl. Pf 28	99,75bG	99,75G
D	6½ dgl. Pf 67	91,5G	91,5G
D	5½ dgl. KO 3+E	128G	128G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	8½ dgl. Pf 109	79G	79G
S	7 dgl. Pf 125	102G	102G
S	7 dgl. Pf 128	98,5G	98,5G
S	8 dgl. Pf 177	101G	101G
S	6 dgl. KS 77	88G	88G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 36	92,1G	92,1G
Br	5½ dgl. Pf 43	91,55G	91,55G
Br	6 dgl. Pf 56	86,75G	86,75G
	[illegible]		
Hn	10 dgl. IS 37	100,5G	100,5G
F	5 Pfälz. Hypo. Pf 48	116G	116G
F	6 dgl. Pf 58	91,4G	91,4G
F	6 dgl. Pf 95	83	83
F	7 dgl. Pf 114	100G	100G
D	5 RW Bodencr.Pf C	129G	129G
D	5½ dgl. K	107G	107G

F	7½ dgl. 71	100T	100
F	7½ dgl. 76	100,1	101,25G
F	7½ Klöckner W 71	100	100
F	8 dgl. 72	100,5	101T
F	6 NWK 61	99,9G	99,9
F	6 dgl. 62	99,4G	99,4G
F	6 Ob.Don.Krwk. 64	98,6G	98,6G
F	6 Rh.Briw. 63	98T	98T
F	6 dgl. 65	98G	98G
F	6 RWE 63	99,1G	99,1G
F	6 dgl. 65	99,1T	98,75T
F	7¼ dgl. 71	100,3G	100,3G
F	7 dgl. 72	100,3G	100,3G
F	6 Rh.-M.-Don. 62	99,95G	99,95G
F	6½ dgl. 68	102,3G	102,3G
F	8 Schleswag 71	100,7T	100,65T
	[illegible]		
F	6 Bodenwz. 78	98,75G	98,75
F	8 Chem. Hüls 71	100,6T	100,6T
F	7¼ Conti Gummi 71	100,3T	100,3T
F	4½ Harpen 59	2380G	2380G
F	7½ Hoesch 71	100,25G	100,25G
F	7½ Karstadt 71	100,3G	100,3G
F	7½ Kaufhof 71	100,25G	100,25G

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

F	3½ Fuji 84 m. O.	108
F	3¼ dgl. 84 o. O.	88,05
F	3½ Haowa 84 m. O.	107,50
F	3½ dgl. 84 o. O.	89,6
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	178G
F	7½ dgl. 82 o. O.	101G

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

FINANZANZEIGEN

KALI UND SALZ AKTIENGESELLSCHAFT

KASSEL

Bilanz zum 31. Dezember 1984

– Kurzfassung –

Aktiva	TDM	TDM	Passiva	TDM	TDM
Sachanlagen	348.816		Grundkapital	250.000	
			Rücklagen	121.000	
Beteiligungen	116.757		Eigenkapital		371 000
Ausleihungen	15.386		Sonderposten mit		
Finanzanlagen	132.143		Rücklageanteil		26.347
Anlagevermögen		480.959	Wertberichtigungen		6.815
Vorräte	101.143		Pensionsrückstellungen	170.806	
Forderungen aus			Rückstellungen für unterlassene		
Lieferungen und Leistungen	167.375		Instandhaltungen	9.030	
Übrige Forderungen	309.699		Andere Rückstellungen	379.632	
Forderungen	477.074		Rückstellungen		559.468
Flüssige Mittel	40.379		Verbindlichkeiten aus		
Wertpapiere	159.811		Lieferungen und Leistungen	90.143	
Geld und Geldanlagen	200.190		Übrige Verbindlichkeiten	167.592	
Umlaufvermögen		778.407	Verbindlichkeiten		257.735
Rechnungsabgrenzungsposten		2.030	Bilanzgewinn		40.031
		1.261.396			1.261.396

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1984

– Kurzfassung –

	TDM	TDM	TDM
Umsatzerlöse		1.738.714	
Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		9.949	1.748.663
Andere aktivierte Eigenleistungen			13.379
Gesamtleistung			1.762.042
Materialeinsatz			616.598
Rohertrag			1.145.444
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen, Beteiligungen und anderen Finanzanlagen		21.394	
Zinserträge		24.130	
Übrige Erträge		34.210	79.734
			1.225.178
Personalaufwendungen		530.515	
Abschreibungen		140.776	
Zinsaufwendungen		6.828	
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	56.119		
Sonstige Steuern	9.299	65.418	
Übrige Aufwendungen		421.675	1.165.212
Jahresüberschuß			59.966
Gewinnvortrag			65
			60.031
Einstellung aus dem Jahresüberschuß in die freie Rücklage			20.000
Bilanzgewinn			40.031

Der vollständige Jahresabschluß ist dem Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht und trägt den uneingeschränkten *Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.*

Bogenerneuerung

Für nachstehend aufgeführte Schuldverschreibungen werden ab sofort neue Zinsscheinbogen ausgegeben:

6½ % Hypothekenpfandbriefe Reihe 23 J/J – 237 018 –
8 % Hypothekenpfandbriefe Reihe 143 J/J – 237 138 –

Die Bogenerneuerung wird gegen Einreichung der Erneuerungsscheine mit Stücknummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung und arithmetischer Reihenfolge durchgeführt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Hamburg bzw. Berlin sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und West-Berlin vorgenommen werden.

Hamburg-Berlin, im Juli 1985

DG HYP Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank — Hypothekenbank der Volksbanken und Raiffeisenbanken

Qualität und Engagement. Grundlagen des Lufthansa-Erfolgs.



Kurzfassung des Jahresabschlusses 1984

Bilanz zum 31. Dezember 1984 in TDM

Aktiva	1984	1983	Passiva	1984	1983
Sachanlagen	2.710.940	2.449.945	Grundkapital	900.000	900.000
Finanzanlagen	398.143	387.193	Rücklagen einschließlich Sonderposten	473.407	370.341
Vorräte	590.910	605.412	Rückstellungen	1.900.051	1.386.127
Kurz- und mittelfristige Forderungen	1.241.831	910.284	Langfristige Verbindlichkeiten	845.275	960.537
Flüssige Mittel	458.878	299.058	Kurz- und mittelfristige Passiva	1.226.138	996.528
Sonstige Aktiva	25.169	24.641	Bilanzgewinn	81.000	63.000
	5.425.871	4.676.533		5.425.871	4.676.533

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1984 in TDM

	1984	1983		1984	1983
Umsatzerlöse	9.503.169	8.208.185	Personalaufwand	2.703.465	2.456.642
Bestandsveränderung	+ 7.450	+ 6.318	Abschreibungen	926.730	732.981
Eigenleistungen	18.886	16.425	Zinsaufwand	104.564	129.779
Gesamtleistung	9.529.505	8.230.928	Steuern vom Einkommen, Ertrag, Vermögen	236.803	96.276
Materialeinsatz	2.344.635	2.073.917	Übrige Aufwendungen	3.895.340	3.268.432
Rohertrag	7.184.870	6.157.011	Jahresüberschuß	162.000	63.000
Übrige Erträge	844.032	590.099	Einstellungen in freie Rücklagen	81.000	–.–
	8.028.902	6.747.110	Bilanzgewinn	81.000	63.000

Der vollständige Jahresabschluß und der vollständige Konzernabschluß tragen den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Abschlußprüfer und werden im Juli 1985 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die Hauptversammlung vom 17. Juli 1985 hat beschlossen, aus dem Bilanzgewinn von *DM 81.000.000,– für das Geschäftsjahr 1984 eine Dividende von DM 3,50 zuzüglich eines Bonus von* DM 1,– je Stamm- und Vorzugsaktie im Nennbetrag von DM 50,– auszuschütten. Geschäftsberichte werden auf Wunsch kostenfrei zugesandt.

Die Deutsche Lufthansa schloß auch das Geschäftsjahr 1984 mit gutem Ergebnis ab. Erstmals beförderten wir über 15 Millionen Fluggäste (+ 7,2%) und mehr als eine halbe Million Tonnen Fracht (+ 14,8%). Die Gesamtleistung steigerten wir um 12,1% auf 4.791,2 Millionen verkaufte Tonnenkilometer. Der erfolgreiche Absatz unseres wachsenden Angebotes erfordert ein stetiges Bemühen um die Verbesserung unserer Dienstleistung. Wir investierten im vergangenen Jahr 1.285 Millionen DM, davon einen beträchtlichen Teil in die Erweiterung und Modernisierung unserer Flotte. Nahezu 1.000 Arbeitsplätze haben wir neu geschaffen, insbesondere in Servicebereichen. Den bedarfsgerechten Ausbau unseres Streckennetzes setzten wir konsequent fort.
Auch im laufenden Geschäftsjahr halten wir an unserer gezielten und schrittweisen Expansionspolitik fest. So erweitern wir die Lufthansa-Flotte um drei Boeing 747 und einen DC-8-Frachter.
Eine moderne Flotte und eine engagierte Mannschaft sind Kennzeichen unserer Leistungskraft. Qualität und Leistungsfähigkeit sichern unsere Zukunft.

Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft
Köln
Der Vorstand



Aktien überwiegend erholt

Zum ersten Mal seit Tagen deutliche Rückkaufneigung

DW. – Als Folge der festeren Wall Street-Tendenz und eines leichten Zinsrückgangs am US-Bondsmarkt hatte sich am Aktienmarkt das Geschäft schon vorbörslich zu steigenden Notierungen belebt. Zwar ließen sich die Spitzenkurse wegen des wieder gesunkenen Dollar nicht sofort im Handel durchsetzen, doch sorgte eine an Gewicht gewinnende Rückkaufsneigung in den meisten Standardaktien für deutlich höhere Kurse. Dabei zeigte sich, daß der Markt für Käufer in manchen Papieren bereits wieder eng geworden ist.

Von sich reden machten von Anfang an die Aktien der Dresdner Bank, für die ein größerer Kaufauftrag, möglicherweise aus dem Ausland vorgelegen haben muß. Immerhin zogen sie um knapp 10 DM an. Demgegenüber blieben Commerzbank mit einem minimalen Plus von knapp einer DM vernachlässigt. Aufsehen erregt haben die Schering-Aktien, die in den letzten Tagen stark unter *Druck gelegen hatten. Mit Beginn* der Bezugsrechtnotierung belebte sich die Nachfrage, so daß der Abschlag von 14 DM zu einem großen Teil sofort wieder aufgeholt worden ist. Viel weniger ausgeprägt war die freundliche Tendenz bei den Aktien der Großchemie, die nur um zwei bis drei DM anzogen. Bei den Autoaktien gab es Kursverbesserungen bis zu 10 DM. Lediglich Audi, *in jüngster Zeit stark* spekulativ beeinflußt, mußten einen Verlust registrieren. Im Elektrobereich holten PKI einen wesentlichen Teil der in jüngster Zeit eingetretenen Einbußen wieder auf.

Frankfurt: Chemieverwaltung zogen um 5 DM und Bilfinger um 9 DM an. Schwächer tendierten Enzinger Union und IWKA mit jeweils minus 8 DM, Binding mit minus 9 DM und Mainkraft mit minus 5 DM.

Düsseldorf: *Um 5 DM* höher notierten AEG Kaabel Rheydt und Balcke Dürr. Je 10 DM geannen Heinrich Lehmann und Hochtief. Um 4 DM schwächer lagen Düwag, um 5 DM vereinigte Rumpus, 6 DM gaben Schubert + Salzer nach.

Hamburg: HEW gaben um 1 DM und Phoenix Gummi um 0,90 DM nach. Markt- und Kühlhallen ermäßigten sich um 3 DM. Holsten Brauerei wurden mit plus 2 DM gehandelt.

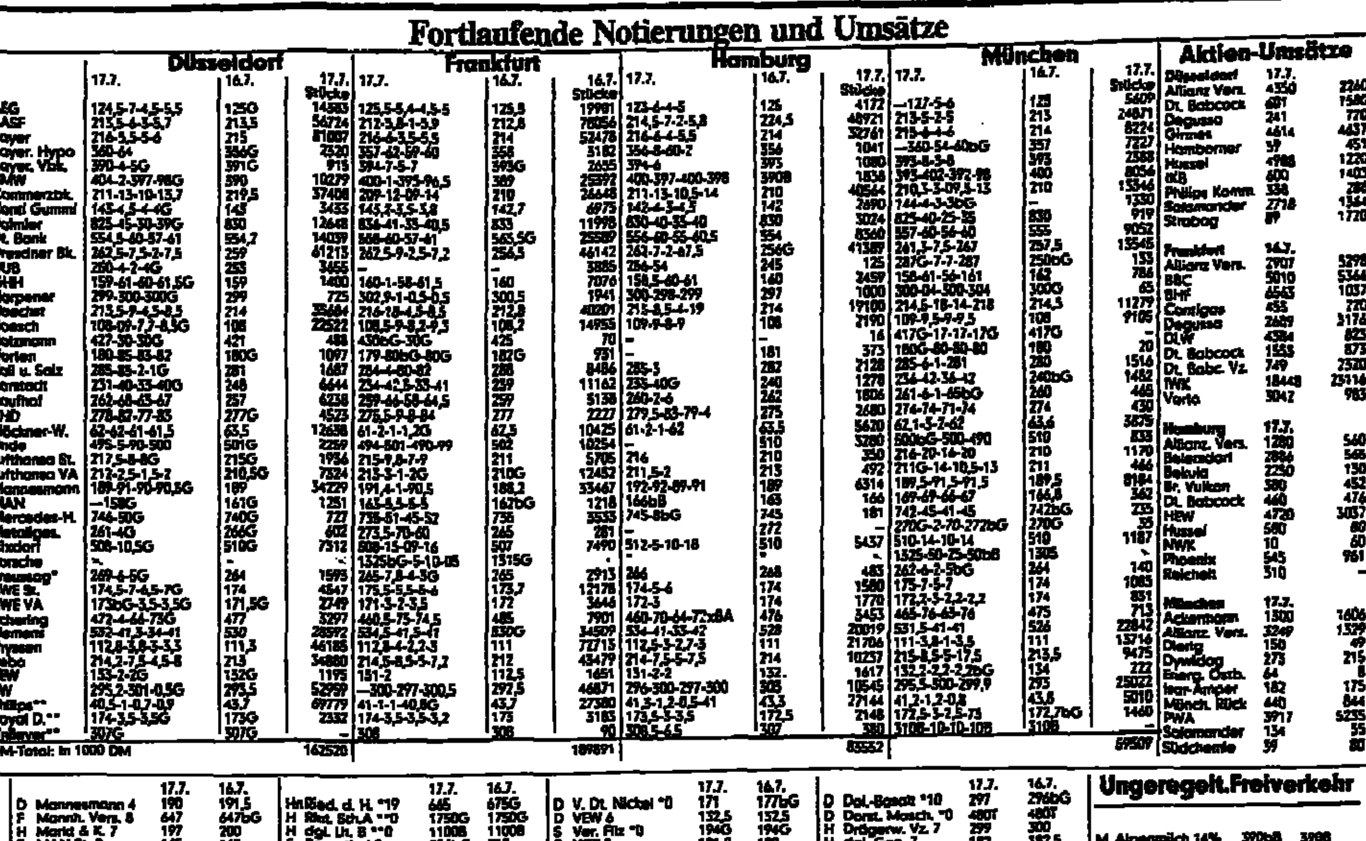
Berlin: Kempinski wurden um 10 DM, Berliner Elektro um 8 DM, Detewe und DUB-Schultheiss um je 7 DM heraufgesetzt. Orenstein erholten sich um 3 DM und Bekula um 1,10 DM. Bergmann lagen um 3 DM niedriger.

München: Aigner zogen um 2,50 DM und Dywidag um 5 DM an. Agrob St. ermäßigten sich um 3,50 DM, Audi AG um 1 DM und Deckel AG um 4 DM. Ernergie 2000 sanaken um 9,50 DM.

Stuttgart: Maschinenfabrik Esslinge kletterten um 49,50 DMan und Zeag Zement gewannen 4,50 DM. IWKA holten 3 DM auf. Porsche fielen um 9 DM und Audi mußten 30 DM abgeben.

Nachbörse: leicht gebessert

WELT-Aktienindex: 194,68 (195,06)
WELT-Umsatzindex: 3868 (3641)



Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

London

Toronto

Wien

Kopenhagen

Hongkong

Sydney

Sydney	17.7.	16.7.
CRA	5,8	5,68
CSR (Theiss)	3,06	3
Metals Expl.	0,47	0,47
MIM-Holdings	2,8	2,72
Myer Emporium	3,05	3,06
North Broken Hill	2,19	2,16
Oakbridge	1,02	1,05
Peko Wallsend	4,15	4,74
Poseidon	3,5	3,5
Thomas Nat. Tr.	2,13	2,1
Waltons Bond	0,41	0,42
Westpacific Banking	4,77	4,5
Western Mining	3,9	3,72
Woodside Petr.	1,38	1,35
Index	912,80	902,60

Brüssel

Brüssel	17.7.	16.7.
Arbed	1655	1695
Brux. Lambert	1890	1865
Cockerill Ougrée	206	204
Ebes	2905	2910
Gevaert	3875	3850
Kreditbank	–	8950
Pétrofina	5580	5590
Soc. Gén. d. Belg.	1805	1760
Sofina	7200	7220
Solvay	4195	4220
UCB	4940	5000
Index	2294,97	2296,46

Singapur

Singapur	17.7.	16.7.
Cycle + Car.	3,16	3,16
Cold Storage	2,34	2,33
Dev. Bk. of Sing.	5,3	5,5
Fraser + Neave	4,96	4,98
Kl. Kepong	2,36	2,57
Mal. Banking	5,5	5,3
Nat. Iron	2,35	2,37
OCBC	8,25	8,25
Sime Darby	1,76	1,73
Singapur Land	2,34	2,35
Un. Overs. Bank	3,76	3,72

Optionshandel

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 17.7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1340,00	1710,00
10 US-Dollar (Indian)**	1255,00	1519,40
5 US-Dollar (Liberty)	810,00	973,70
1 £ Sovereign alt	211,75	264,20
1 £ Sovereign Elizabeth II.	208,75	260,78
20 belgische Franken	162,25	213,47
10 Rubel Tscherwonez	218,25	277,31
2 südafrikanische Rand	206,50	255,88
Krüger Rand, neu	927,75	1097,54
Maple Leaf	931,50	1101,81
Platin Noble Man	792,00	942,78
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	211,25	269,33
20 schweiz. Franken „Vreneli"	164,00	215,46
20 franz. Franken „Napoléon"	164,00	215,46
100 österr. Kronen (Neuprägung)	854,00	1043,10
20 österr. Kronen (Neuprägung)	170,50	217,17
10 österr. Kronen (Neuprägung)	88,75	118,28
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	390,75	489,92
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	93,25	129,11

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Gerüchte über eine angebliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes des amerikanischen Präsidenten brachten den Dollar am 17. 7. erneut unter Druck. Man handelte vorbörslich bis knapp unter 2,8500. Das Fixing wurde dann mit 2,8518 notiert. Ein Dementi des Weißen Hauses, Präsident Reagan habe eine ruhige Nacht verbracht, vermochte nicht den Druck vom Dollar zu nehmen. Man handelte in einem sehr nervösen Markt bis tiefst 2,8380. Der Anstieg von 1,9 Prozent bei den neubegonnenen Bauvorhaben in den USA wurde durch den Rückgang von 3,7 Prozent in den Bauanträgen mehr als kompensiert und blieb daher ohne Auswirkung auf den Markt. US-Dollar in: Amsterdam 3,1985; Brüssel 57,2100; Paris 8,6310; Mailand 1847,00; Wien 20,0340; Zürich 2,3599; Ir. Pfund/DM 3,130; *Pfund/Dollar 1,4114; Pfund/DM 4,035.*

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 17.7. : In D-Mark 2,25217 (Parität 2,24184); in Dollar 0,79162 (13. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 17. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Der nochmalige Zinsrückgang für Euro-Dollar (¼ Prozent) führte am 17. Juli zu deutlich geschrumpften Dollar-Termin-Abschlägen.

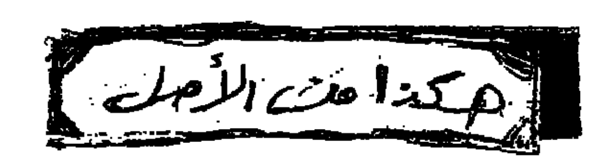
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,65-0,55	2,00-1,60	3,80-3,60
Pfund/Dollar	0,54-0,52	1,40-1,37	2,48-2,43
Pfund/DM	3,10-1,70	7,40-8,00	12,9-11,5
FF/DM	21-5	50-34	89-73

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17.7.: Tagesgeld 5,15-5,25 Prozent; Monatsgeld 5,30-5,45 Prozent; Dreimonatsgeld 5,30-5,45 Prozent.

Privatdiskontsätze am 17.7. : 10 bis 29 Tage 4,05 G-3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G-3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 17.7. : 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juli 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/7 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,61) – 6,50 (5,89) – 7,00 (6,14) – 7,00 (6,29) – 8,50 (6,60). Ausgabe 1985/8 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,62) – 6,50 (5,91) – 7,00 (6,18) – 7,00 (6,35) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,96). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,10, 2 Jahre 5,85. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 100,80, Rendite 6,56.





Karstadt Aktiengesellschaft Bilanz zum 31. Dezember 1984

Aktiva	Vorträge	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen	1984 DM	1983 TDM
I. Anlagevermögen							
A. Sachanlagen							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte							
a) mit Geschäftsbauten	1 280 735 209	150 728 269	+ 2 403 626	2 134 314	101 899 336	1 329 833 454	1 280 735
b) mit Wohnbauten	146 367	9 610	–	–	8 823	147 154	146
c) ohne Bauten	9 437 512	–	– 298 027	–	–	9 139 485	9 438
2. Bauten auf fremden Grundstücken	32 113 923	22 378 471	+ 18 115 912	259	9 351 354	63 256 693	32 114
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	192 003 119	124 047 519	+ 1 587 355	13 814 042	112 302 919	191 521 032	192 003
4. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	39 203 765	26 226 542	– 21 808 866	210 000	250	43 411 191	39 204
	1 553 639 895	323 390 411	–	16 158 615	223 562 682	1 637 309 009	1 553 640
B. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	328 979 285	13 686 790	–	–	–	342 666 075	328 979
2. Miet- und Pachtvorauszahlungen	11 665 469	129 562	–	5 250 009	–	6 545 022	11 666
3. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mind. 4 Jahren Von den Nummern 2 und 3 sind durch Grundpfandrechte gesichert: DM 6 669 241	6 936 003	589 528	–	4 137 274	–	3 388 257	6 936
	1 901 220 652	337 796 291	–	25 545 898	223 562 682	1 969 908 363	1 901 221
II. Umlaufvermögen							
A. Warenvorräte					1 265 037 546		1 191 782
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens							
1. Anzahlungen				3 795 270			477
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen				26 984 891			23 984
3. Schecks				1 716 168			2 425
4. Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben				46 383 749			55 743
5. Guthaben bei Kreditinstituten				282 177 922			354 548
6. Wertpapiere				2 066 701			2 028
7. Forderungen an verbundene Unternehmen				172 451 458			238 678
8. Forderungen gemäß § 89 AktG				236 450			339
9. Sonstige Vermögensgegenstände				42 779 862	578 592 471		48 204
						1 843 630 017	1 918 208
III. Rechnungsabgrenzungsposten						648 195	2 351
						3 834 186 575	3 821 780

Passiva			1984 DM	1983 TDM
I. Grundkapital			360 000 000	360 000
II. Offene Rücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage		180 000 000		180 000
2. Andere Rücklagen				
Vortrag	790 000 000			
Zuweisung	10 000 000	800 000 000		790 000
			980 000 000	970 000
III. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und Altersversorgung		1 043 000 000		990 000
2. Andere Rückstellungen		95 078 963		101 417
			1 138 078 963	1 091 417
IV. Karstadt Unterstützungsfonds GmbH Ungesichert, keine Fälligkeit vor Ablauf von 4 Jahren			7 908 631	8 103
V. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren				
1. Hypothekarisch gesicherte DM-Anleihe		20 000 000		30 000
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 362 171 770		365 065 049		366 753
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 45 329 310		61 294 830		75 133
Von den Nummern 1 bis 3 sind vor Ablauf von 4 Jahren fällig: DM 169 996 000			446 359 879	471 886
VI. Andere Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		290 567 881		296 197
2. Anzahlungen		7 480 479		8 201
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		115 181 361		88 597
4. Sonstige Verbindlichkeiten		437 833 562		476 681
			851 063 283	869 676
VII. Rechnungsabgrenzungsposten			375 819	298
VIII. Bilanzgewinn			50 400 000	50 400
			3 834 186 575	3 821 780

Eventualverbindlichkeiten:

Mithaftung für Verbindlichkeiten der eingegliederten Neckermann Versand AG: DM 450 464 465

Karstadt Aktiengesellschaft Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1984

			DM		1983 TDM
1. Umsatzerlöse					
Umsätze brutto		9 157 888 486			9 441 540
Umsatzsteuer		1 025 315 232			1 026 867
Umsätze netto			8 132 573 254		8 414 673
2. Aufwendungen für bezogene Waren			5 201 748 397		5 376 000
3. Rohertrag			2 930 824 857		3 038 673
4. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		3 783 294		3 670	
5. Erträge aus Beteiligungen		1 342 753		10 620	
6. Erträge aus den anderen Finanzanlagen		1 982 093		1 918	
7. Skonto-, Zins- und ähnliche Erträge		143 463 844		146 582	
8. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		5 865 475		6 725	
9. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		2 688 142		1 530	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 52 Abs. 5 EStG		–		52 105	
10. Sonstige Erträge – davon außerordentliche: DM 7 932 304 –		180 627 449	339 753 050	145 667	368 817
			3 270 577 907		3 407 490
11. Gehälter und Löhne		1 668 963 023		1 664 870	
12. Soziale Abgaben		282 367 897		281 949	
13. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		104 999 782		166 072	
14. Abschreibungen auf Sachanlagen		223 562 682		235 398	
15. Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens (ohne Vorräte)		6 308 629		37 374	
16. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		437 978		2 785	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		40 719 655		52 064	
18. Steuern					
a) vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	78 640 476				
anrechenbare Steuern	310 255				
an Organgesellschaften weiterbelastet	5 340 000	72 990 221		121 556	
b) sonstige		1 653 509		1 106	
19. Aufwendungen aus Verlustübernahme		35 367 082		7 216	
20. Sonstige Aufwendungen		772 807 449	3 210 177 907	746 700	3 317 090
21. Jahresüberschuß			60 400 000		90 400
22. Einstellung aus dem Jahresüberschuß in andere Rücklagen			10 000 000		40 000
23. Bilanzgewinn			50 400 000		50 400

Vermerk der Pensionszahlungen:

Im Geschäftsjahr 1984 wurden rund DM 40 000 000 Pensionszahlungen geleistet. Für die folgenden fünf Jahre rechnen wir mit Zahlungen in Höhe von je 111 %, 122 %, 134 %, 148 % und 164 % dieses Betrages.

Essen, den 30. April 1985

Karstadt Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Alberts Althoff Dr. Deuss Grönemeyer Laschet Lorenzen Schröder

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

DWT DEUTSCHE WARENTREUHAND-AKTIENGESELLSCHAFT

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft

Stalschus Wirtschaftsprüfer Bühring Wirtschaftsprüfer Düsseldorf, den 15. Mai 1985

Karstadt-Konzern Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 1984

Aktiva	Vorträge	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen	1984 DM	1983 TDM
I. Anlagevermögen							
A. Sachanlagen							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte							
a) mit Geschäftsbauten	1 464 762 454	48 764 736	+ 19 730 036	5 786 694	116 196 108	1 441 300 424	1 464 762
Zuschreibungen der Neckermann Versand AG	–	30 026 000	–	–	–	–	–
b) mit Wohnbauten	681 551	9 610	–	–	11 331	679 830	682
c) ohne Bauten	9 449 693	–	– 298 027	–	–	9 151 666	9 450
2. Bauten auf fremden Grundstücken	39 086 048	10 931 324	+ 985 218	596 887	8 265 070	42 140 633	39 086
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	237 099 278	149 333 988	+ 1 967 535	20 162 808	131 956 378	236 281 615	237 099
4. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	55 078 769	29 157 222	– 22 384 762	306 690	250	61 544 289	55 079
	1 806 157 793	268 222 880	–	26 853 079	256 429 137	1 791 098 457	1 806 158
B. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	68 747 978	2 331 333	–	2 179 750	–	68 899 561	68 748
2. Miet- und Pachtvorauszahlungen	11 798 930	136 869	–	5 261 089	–	6 674 710	11 799
3. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren Von den Nummern 2 und 3 sind durch Grundpfandrechte gesichert: DM 9 422 760	12 906 526	799 893	–	4 943 974	–	8 762 445	12 906
	1 899 611 227	271 490 975	–	39 237 892	256 429 137	1 875 435 173	1 899 611
C. Ausgleichsposten aus der Konsolidierung						35 896 160	29 288
						1 911 331 333	1 928 899
II. Umlaufvermögen							
A. Warenvorräte					1 497 113 582		1 368 819
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens							
1. Anzahlungen				31 659 117			28 532
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen				412 836 137			366 391
3. Schecks				3 943 120			3 324
4. Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben				62 167 453			65 105
5. Guthaben bei Kreditinstituten				295 787 763			369 044
6. Wertpapiere				2 066 701			2 028
7. Forderungen an verbundene Unternehmen				36 446 904			47 564
8. Forderungen gemäß § 89 AktG				316 999			495
9. Sonstige Vermögensgegenstände				126 863 688	972 087 882		122 858
						2 469 201 464	2 374 160
III. Rechnungsabgrenzungsposten						1 477 633	3 414
						4 382 010 430	4 306 473

Passiva		1984 DM	1983 TDM
I. Grundkapital der Karstadt AG		360 000 000	360 000
II. Offene Rücklagen der Karstadt AG			
1. Gesetzliche Rücklage	180 000 000		180 000
2. Andere Rücklagen	800 000 000		790 000
		980 000 000	970 000
Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz		–	6 777
III. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und Altersversorgung	1 100 716 858		1 047 594
2. Andere Rückstellungen	130 997 938		153 165
		1 231 714 796	1 200 759
IV. Karstadt Unterstützungsfonds GmbH Ungesichert, keine Fälligkeit vor Ablauf von 4 Jahren		7 908 631	8 103
V. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren			
1. Hypothekarisch gesicherte DM-Anleihe	20 000 000		30 000
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 397 199 244	402 012 524		440 801
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 48 739 530	67 542 770		82 229
Von den Nummern 1 bis 3 sind vor Ablauf von 4 Jahren fällig: DM 223 101 769		489 555 294	553 030
VI. Andere Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	423 122 163		399 272
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	295 299 287		134 824
3. Anzahlungen	72 640 783		70 187
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1 385 966		2 160
5. Sonstige Verbindlichkeiten	505 732 745		550 269
		1 298 180 944	1 158 712
VII. Rechnungsabgrenzungsposten		1 050 765	692
VIII. Konzerngewinn		13 600 000	50 400
		4 382 010 430	4 306 473

Eventualverbindlichkeiten aus:

1. Bürgschaften: DM 7 936 640
2. Gewährleistungsverträgen: DM 319 552

Karstadt-Konzern Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1984

			DM		1983 TDM
1. Umsatzerlöse					
Umsätze brutto		12 007 294 532			12 269 360
Umsatzsteuer		1 221 032 249			1 217 641
Umsätze netto			10 786 262 283		11 051 719
2. Aufwendungen für bezogene Waren und Fremdleistungen			7 080 238 715		7 198 596
3. Rohertrag			3 706 023 568		3 853 123
4. Erträge aus Beteiligungen an nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen		8 554 250		8 331	
5. Erträge aus den anderen Finanzanlagen		2 199 704		2 187	
6. Skonto-, Zins- und ähnliche Erträge		192 630 660		189 838	
7. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens		46 097 216		17 529	
8. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		6 017 407		2 525	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 52 Abs. 5 EStG		–		52 105	
9. Sonstige Erträge – davon außerordentliche: DM 22 035 655 –		229 839 109	485 338 346	241 995	514 510
			4 191 361 914		4 367 633
10. Gehälter und Löhne		1 906 746 856		1 916 550	
11. Soziale Abgaben		319 049 486		321 242	
12. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		110 144 804		174 433	
13. Abschreibungen auf Sachanlagen		256 429 137		265 029	
14. Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens (ohne Vorräte)		43 710 680		39 751	
15. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		1 290 961		2 947	
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		49 014 558		56 176	
17. Steuern					
a) vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	95 608 488				
anrechenbare Steuern	141 218	95 467 270		138 765	
b) sonstige		2 177 744		2 737	
18. Sonstige Aufwendungen		1 383 460 418	4 167 491 914	1 359 603	4 277 233
19. Jahresüberschuß			23 870 000		90 400
20. Einstellung aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen					
Karstadt Aktiengesellschaft		10 000 000		40 000	
Neckermann Versand AG		270 000	10 270 000	–	40 000
21. Konzerngewinn			13 600 000		50 400

Essen, den 30. April 1985

Karstadt Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Alberts Althoff Dr. Deuss Grönemeyer Laschet Lorenzen Schröder

Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.

DWT DEUTSCHE WARENTREUHAND-AKTIENGESELLSCHAFT

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft

Stalschus Wirtschaftsprüfer Bühring Wirtschaftsprüfer Düsseldorf, den 20. Mai 1985

KARSTADT Aktiengesellschaft, Essen

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 17. Juli 1985 hat beschlossen, den für das Geschäftsjahr 1984 ausgewiesenen Bilanzgewinn von DM 50 400 000,– für eine Dividende von DM 7,– je Aktie zu nom. DM 50,– zu verwenden.

Die Ausschuttung der Dividende erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 25 ab 18. Juli 1985 unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer. Zahlstellen sind außer unserer Gesellschaftskasse in Essen-Bredeney, Theodor-Althoff-Str. 2, die Niederlassungen der nachstehend aufgeführten Banken:

Deutsche Bank AG	Bayerische Vereinsbank AG	Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Berlin AG	Delbrück & Co.	Deutsche Bank Saar AG
Commerzbank AG	Dresdner Bank AG	Hamburgische Landesbank Girozentrale
Berliner Commerzbank AG	M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.	Trinkaus & Burkhardt
Bank für Handel und Industrie AG	Baden-Württembergische Bank AG	Westdeutsche Landesbank Girozentrale

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden; es entspricht der von der Gesellschaft für die Dividende gezahlten Körperschaftsteuer. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Anteilseignern gegen Vorlage der vom depotführenden Kreditinstitut bzw. der auszahlenden Stelle auszustellenden Steuerbescheinigung auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet und im Falle der Überzahlung vergütet beziehungsweise erstattet.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamtes eingereicht hat. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Essen, im Juli 1985

DER VORSTAND

Aufsichtsrat (nach der Hauptversammlung vom 17. Juli 1985): Dr. Walter Seipp, Frankfurt a. M. (Vorsitzender); Wolfgang Nettelbeck, Berlin* (stellv. Vorsitzender); Hermann Brandt, Hamburg*; Dr. F. Wilhelm Christians, Düsseldorf; Rolf Diel, Düsseldorf; Hubert Gartz, Hamburg*; Dr. jur. Friedheim Gieske, Essen; Dr. Klaus Götte, München; Götz Knappertsbusch, Düsseldorf; Dr. Klaus Mertin, Frankfurt a. M.; Wolfgang Pokriefke, Bremen*; Willibald Puderbach, Detmold*; Heinz Rätz, Basel; Dr. Wolfgang Schieren, München; Helmut Schumacher, Würzburg*; Dieter Steinborn, Düsseldorf*; Josef Stratmann, Saarbrücken*; Hermann-Josef Strenger, Leverkusen; Günter Strohmeier, München*; Alfred Tarp, Rheine*.

* als Vertreter der Arbeitnehmer

Vorstand (nach der Hauptversammlung vom 17. Juli 1985): Kurt Alberts; Theodor Althoff; Dr. Walter Deuss; Heinz-Georg Grönemeyer; Karl Laschet; Uwe Lorenzen; Bernhard Schröder.

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Zulegen konnten auch Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	16.7.	15.7.
Juli	302,25	307,00
Sept.	307,75	311,75
Dez.	315,00	318,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	236,39	237,99
Amber Durum	219,44	219,44

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	121,50	123,30
Okt.	125,40	127,30
Dez.	129,50	130,70

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	112,70	113,00
Okt.	113,40	114,00
Dez.	113,00	114,10

Hafer Chicago (c/bush)	16.7.	15.7.
Juli	142,75	142,75
Sept.	139,50	140,25
Dez.	143,75	144,25

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	272,75	274,00
Sept.	249,75	251,75
Dez.	241,75	244,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	16.7.	15.7.
Juli	130,00	133,00
Okt.	126,20	127,90
Dez.	126,20	127,70

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	16.7.	15.7.
Terminkontr. Juli	134,25	132,50
Sept.	136,36	135,37
Dez.	138,50	137,25

Kakao New York ($/t)	16.7.	15.7.
Terminkontr. Juli	2046	2054
Sept.	2088	2072
Dez.	2116	2100
Umsatz	1944	2874

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	2,95	2,88
Okt.	3,06	2,95
Jan.	3,24	3,11
März	3,60	3,50
Mai	3,80	3,68
Umsatz	9265	3658

Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	16.7.	15.7.
	2,66	2,80

Kaffee London (£/t) Robusta-	16.7.	15.7.
Kontrakt Juli	1605-1608	1590-1605
Sept.	1647-1649	1641-1645
Nov.	1690-1694	1677-1680
Umsatz	4378	5257

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1700-1704	1740-1741
Sept.	1682-1684	1693-1696
Dez.	1675-1676	1688-1690
Umsatz	3026	3400

Zucker London (£/t) Nr. 6	16.7.	15.7.
Aug.	89,80-90,00	88,00-88,20
Okt.	95,00-95,20	90,60-90,80
Dez.	96,80-97,20	93,00-93,40
Umsatz	1669	797

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	17.7.	16.7.
schw. Sarawak spez.	755,00	760,00
weißer Sarawak	975,00	985,00
weißer Muntok	985,00	995,00

Orangensaft New York (c/lb)	16.7.	15.7.
Juli	139,00	140,10
Sept.	134,50	137,10
Nov.	133,75	134,00
Jan.	131,50	131,70
März	131,40	131,70
Umsatz	250	250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	16.7.	15.7.
Südstaaten fob Werk	41,00	41,50

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,50	27,25

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Juli	28,35	28,10
Aug.	27,12	27,88
Sept.	26,45	26,55
Okt.	25,90	26,05
Dez.	25,40	25,55
Jan.	25,00	25,25
März	25,00	25,15

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	29,50	29,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	14,00	14,00
Choice white hog 4 % fr. F.	15,00	15,00

Talg New York (c/lb)		
top white	17,00	17,00
fancy	16,50	16,50
bleichfähig	15,00	15,00
yellow max. 10 % fr. F	12,75	12,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Juli	49,00	49,15
Aug.	46,90	46,72
Okt.	42,45	42,20

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	55,30	56,80
Aug.	55,25	55,92
Feb.	65,15	65,60

Häute Chicago (c/lb)	16.7.	15.7.
Ochsen einh. schwere River Northern	54,50	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	49,50	47,50

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	561,00	568,00
Aug.	540,50	568,50
Sept.	561,50	578,25
Nov.	568,00	577,50
Jan.	577,50	588,50
März	587,50	600,00
Mai	596,00	607,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	128,00	131,00
Aug.	130,50	133,00
Sept.	132,50	135,50
Okt.	135,20	138,50
Dez.	140,70	144,00
Jan.	143,30	144,50
März	146,00	150,00

Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	16.7.	15.7.
Juli	343,80	342,10
Okt.	347,00	345,00
Dez.	351,40	349,80

Kokosöl New York (c/lb)	16.7.	15.7.
Westküste fob Werk	27,00	26,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	17.7.	16.7.
jegl. Herk. cif	865,00	870,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	710,00	715,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	490,00	490,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	182,00	184,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	535,00	550,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	283,00	282,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	16.7.	15.7.
Okt.	60,90	61,40
Dez.	61,15	61,60
März	62,00	62,45
Mai	61,90	62,70
Juli	61,70	62,55
Okt.	56,85	58,20

Kautschuk New York (c/lb), Händlerpreis		
loco RSS-1	41,25	41,25

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	17.7.	16.7.
Aug.	Handel ausgesetzt	Handel ausgesetzt
Okt.		
Dez.		
Umsatz		

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	16.7.	15.7.
Okt.	55,80	Börse geschlossen
Dez.	55,40	
März	55,40	
Mai	55,40	
Umsatz	0	
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	16.7.	15.7.
Juli	600,00-605,00	unerh.
Dez.	612,00-614,00	
Mai	–	
Umsatz	13	

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	17.7.	16.7.
East African 3 long	600,00	600,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	16.7.	15.7.
Juli	12280	12271
Aug.	12299	12290

Kautschuk London (p/kg)	16.7.	15.7.
Nr. 1 RSS loco	65,00-68,00	65,00-68,00
Aug.	–70,00	–75,00
Sept.	–75,00	–75,00
Okt.	–77,00	–77,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	16.7.	15.7.
Juli	193,00-194,00	192,00-193,00
Aug.	191,50-192,50	190,50-192,00
Nr. 2 RSS Aug.	188,00-190,00	188,00-189,00
Nr. 3 RSS Aug.	186,50-187,50	185,50-186,50
Nr. 4 RSS Aug.	182,00-183,00	181,00-182,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	17.7.	16.7.
BWC	510	500
BWD	490	490
BTC	510	510
BTD	490	490

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 £ – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Aluminium: Bas. London	17.7.	16.7.
laufend. Monat	295,95-296,55	294,55-294,96
drittfolg. Monat	304,42-304,62	302,70-305,18
Blei: Bas. London		
laufend. Monat	113,70-113,90	114,77-114,97
drittfolg. Monat	116,53-114,75	116,70-116,90
Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1427,75-1428,13	1459,95-1460,75
drittfolg. Monat	1449,50-1451,52	1480,80-1482,80
Zink: Bas. London		
laufend. Monat	212,49-214,91	210,90-213,49
drittfolg. Monat	206,44-206,84	210,20-210,68
Produz.-Preis	237,05	239,57
Reinzinn 99,9 %	3954-3973	3978-4009

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	17.7.	16.7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	427,79-431,22	430,80-434,21
Blei in Kabeln	121,50-122,50	122,50-123,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kurspreis durch 19 Kupferverarbeiter und -hersteller

Messingnotierungen

	17.7.	16.7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	375-385	328-387
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	432	434
MS 63	417-429	427-437

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	17.7.	16.7.
	30,75	30,65

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	17.7.	16.7.
Leg. 225	335,–	335,–
Leg. 226	337,–	337,–
Leg. 231	367-370	367-370
Leg. 235	378-380	378-380

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	17.7.	16.7.
Platin (DM je g)	27,25	27,25
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vdpr.	29910	29850
Rücknahmepr.	29740	29080
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vdpr.	30200	29970
Rücknahmepr.	29430	29210
verarbeitet	31680	31440
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	29590	29440
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vdpr.	587,70	579,70
Rücknahmepr.	570,40	562,80
verarbeitet	613,50	605,20

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	17.7.	16.7.
London 10.30	321,70	316,00
15.00	325,40	321,75
Zürich mittags	323,00-325,50	316,50-317,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	98050	88650
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	440,55	438,55
3 Monate	453,20	451,15
6 Monate	465,45	465,50
12 Monate	490,85	487,90
Platin (£/Feinunze) London	16.7.	15.7.
fr. Markt	195,15	192,45
Palladium (£/Feinunze) London		
f. Händlerpreis	67,80	67,45

New Yorker Preise

	16.7.	15.7.
Gold H.& H Ankauf	321,75	315,85
Silber H.& H Ankauf	614,50	607,50
Platin fr. Händlerpr.	264,00-267,00	264,00-267,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	95,00-96,00	94,00-95,25
Produz.-Preis	130	130

Silber (c/Feinunze)		
Juli	619,20	615,50
Aug.	621,30	614,30
Sept.	625,90	618,50
Dez.	634,60	630,50
Jan.	641,80	634,50
März	649,00	643,00
Mai	658,70	651,70
Umsatz	17000	15000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	16.7.	15.7.
Juli	60,95	60,30
Aug.	61,10	60,45
Sept.	61,50	60,90
Dez.	62,40	62,05
Jan.	63,00	62,40
März	63,75	63,05
Mai	64,20	63,60
Umsatz	7500	5585

Londoner Metallbörse

	17.7.	16.7.
Aluminium (£/t) Kasse	734,00-735,00	737,50-738,50
3 Monate	755,00-755,50	758,50-759,00
Blei (£/t)	282,00-282,50	289,00-290,00
3 Monate	289,00-289,50	293,50-294,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1040,0-1041,0	1053,0-1053,5
3 Monate	1043,5-1044,0	1057,0-1058,0
abends Kasse	-	1049,0-1050,0
3 Monate	-	1057,0-1057,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1010,0-1012,0	1020,0-1022,0
3 Monate	1028,0-1030,0	1037,0-1039,0
Zink (£/t) Kasse	527,00-531,00	533,00-535,00
3 Monate	512,00-513,00	526,00-528,00
Zinn (£/t) Kasse	9053-9055	9123-9125
3 Monate	9050-9051	9120-9122
Quecksilber ($/Fl.)	290-295	290-295
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	60-65	60-65

STUDIENPLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Humanmedizin
1. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Hannover
2 FU Berlin	Bonn
3 FU Berlin	Bochum
4 FU Berlin	Düsseldorf
5 FU Berlin	Freiburg
6 FU Berlin	Göttingen
7 FU Berlin	Hannover
8 FU Berlin	Heidelberg
9 FU Berlin	Hamburg
10 FU Berlin	Köln
11 FU Berlin	Marburg
12 FU Berlin	Münster
13 FU Berlin	Uni München
14 FU Berlin	Tübingen
15 Düsseldorf	Bonn
16 Düsseldorf	Essen
17 Düsseldorf	Erlangen
18 Düsseldorf	Heidelberg
19 Düsseldorf	Münster
20 Düsseldorf	Ulm
21 Erlangen	TV München
22 Erlangen	Uni München
23 Frankfurt	Düsseldorf
24 Frankfurt	Freiburg
25 Frankfurt	Göttingen
26 Frankfurt	Hannover
27 Frankfurt	Hamburg
28 Frankfurt	Köln
29 Frankfurt	Münster
30 Frankfurt	TU München
31 Frankfurt	Uni München
32 Frankfurt	Tübingen
33 Frankfurt	Ulm
34 Freiburg	Hamburg
35 Freiburg	Lübeck
36 Gießen	Bochum
37 Gießen	FU Berlin
38 Gießen	Düsseldorf
39 Gießen	Essen
40 Gießen	Erlangen
41 Gießen	Frankfurt
42 Gießen	Freiburg
43 Gießen	Göttingen
44 Gießen	Hannover
45 Gießen	Heidelberg
46 Gießen	Hamburg
47 Gießen	Köln
48 Gießen	Marburg
49 Gießen	Münster
50 Gießen	Uni München
51 Gießen	Mainz
52 Gießen	Tübingen
53 Gießen	Würzburg
54 Göttingen	Hannover
55 Heidelberg	Tübingen
56 Köln	Bonn
57 Köln	Heidelberg
58 Köln	Münster
59 Köln	Tübingen
60 Köln	Würzburg
61 Marburg	Bonn
62 Marburg	Freiburg
63 Marburg	Göttingen
64 Marburg	Heidelberg
65 Marburg	Hamburg
66 Marburg	Uni München
67 Marburg	Tübingen
68 Münster	Freiburg
69 Uni München	Bonn
70 Mainz	Bonn
71 Mainz	Freiburg
72 Mainz	Heidelberg
73 Mainz	Köln
74 Mainz	Uni München
75 Mainz	Saarbrücken
76 Mainz	Tübingen
77 Mainz	Würzburg
78 Würzburg	Erlangen
79 Würzburg	Freiburg
80 Würzburg	Göttingen
81 Würzburg	Hamburg
82 Würzburg	Lübeck
83 Würzburg	Münster
84 Würzburg	TU München
85 Würzburg	Uni München
86 Würzburg	Tübingen

Humanmedizin
3. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Münster
2 FU Berlin	Uni München
3 FU Berlin	Ulm
4 FU Berlin	Würzburg
5 Essen	Heidelberg
6 Essen	Tübingen
7 Frankfurt	Erlangen
8 Frankfurt	Heidelberg
9 Frankfurt	Uni München
10 Frankfurt	Ulm
11 Gießen	Aachen
12 Gießen	Bonn
13 Gießen	Frankfurt
14 Gießen	Marburg
15 Gießen	Uni München
16 Gießen	Tübingen
17 Gießen	Ulm
18 Göttingen	Freiburg
19 Göttingen	TU München
20 Göttingen	Uni München
21 Heidelberg	Bonn
22 Marburg	Göttingen
23 Marburg	Hannover
24 Marburg	Heidelberg
25 Marburg	Hamburg
26 Marburg	Lübeck
27 Marburg	Münster
28 Marburg	Uni München
29 Marburg	Mainz
30 Tübingen	Mainz
31 Ulm	Heidelberg
32 Ulm	Tübingen

Zahnmedizin
2. Semester

von	nach
1 Aachen	Erlangen
2 Aachen	Frankfurt
3 Aachen	Freiburg
4 Aachen	Heidelberg
5 Aachen	Uni München
6 Aachen	Mainz
7 Aachen	Tübingen
8 Aachen	Würzburg
9 FU Berlin	Erlangen
10 FU Berlin	Marburg
11 FU Berlin	Münster
12 FU Berlin	Uni München
13 FU Berlin	Mainz
14 FU Berlin	Ulm
15 Frankfurt	Düsseldorf
16 Frankfurt	Heidelberg
17 Frankfurt	Uni München
18 Frankfurt	Saarbrücken
19 Freiburg	Heidelberg
20 Freiburg	Uni München
21 Freiburg	Mainz
22 Freiburg	Tübingen
23 Göttingen	Bonn
24 Göttingen	Düsseldorf
25 Göttingen	Hannover
26 Göttingen	Köln
27 Köln	Aachen
28 Köln	Düsseldorf
29 Köln	Heidelberg
30 Köln	Hamburg
31 Köln	Uni Kiel
32 Köln	Münster
33 Köln	Uni München
34 Köln	Mainz
35 Köln	Regensburg
36 Köln	Saarbrücken
37 Köln	Würzburg
38 Mainz	Uni München
39 Mainz	Saarbrücken
40 Regensburg	Bonn
41 Regensburg	Düsseldorf
42 Regensburg	Münster
43 Würzburg	Frankfurt

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1985

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffe (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 566

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,00 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

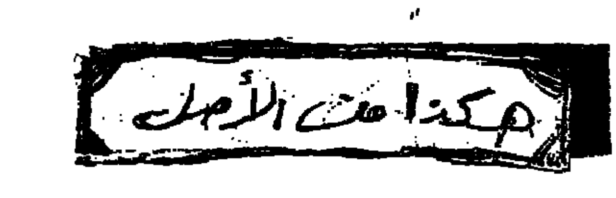
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Miesfunk vermißt

erth. – Wenn Reisen bildet – und es besteht keine Veranlassung, dieser Binsenweisheit zu mißtrauen –, dann werden die zwölf oder gar achtzehn Millionen Auslandsurlauber dieses Sommers schließlich bereichert heimkehren. Nicht, was das schweißtreibende Gedränge, die Verspätungen auf Touristenflughäfen und stundenlangen Staubildungen auf südlichen Autobahnen betrifft; all das hatte man wohl einkalkuliert, kennt die mißlichen Begleitumstände des Entkommens aus regensatten Heimatregionen von früheren Jahren her.

Veränderung tut sich schon an den Zapfsäulen im schönen Österreich oder der Schweiz kund, wenn etwa der Tankwart erklärt, Normalbenzin sei hier nur noch bleifrei zu haben, man müsse auch anspruchslose Motoren fortan mit Superkraftstoff zum Literpreis von reichlich zwei Mark speisen – einem ähnlichen Tarif wie drüben in Italien übrigens.

Oft verhilft die Außensicht zu einer besseren Innensicht. Und sei es auch nur die Erkenntnis, daß andere ihre anderen und keineswegs geringen Probleme haben: Fast überall ringsum ist die soziale Not eklatanter, die Arbeitslosigkeit gravierender, wächst die Kriminalität schneller.

Der Moderator von Radio Monte Carlo schnurrt denn auch die regionalen Räubereien der letzten vierundzwanzig Stunden en bloc her, Überfälle und größere Diebstähle, ein schreckliches Unglück auf einer Bergstraße des Alpes-Maritimes noch dazu, alles in allem sechzig, siebzig hastige Sekunden lang – dann verschnauft der Mann. Setzt wieder ein, munter-salopp diesmal, berichtet von einem internationalen Wettstreit der Sporttaucher, von Tausenden bei einem Volksfest in der Var, Zehntausenden bei Trachtenumzügen zwischen St. Raphael und Menton, einer Segelregatta der Junioren, Boule-Meisterschaften von Veteranen, einer Lampionfete der Vereinigung von Blutspendern – lauter sensationelle Nachrichten für Normalbürger, eben jene Majorität von fünfundneunzig Prozent, die so etwas gern hört und die ein Recht darauf hat.

Nur der Zugereiste dreht verstört am Knopf seines Autoradios, auf der Suche nach einer dräuenden Umweltkatastrophe, nach irgendeiner gewohnten Schreckensvision in gewohnter deutscher Zunge vom gewohnten deutschen Problem- und Miesfunk.

Ein Mensch in seinem Widerspruch und ein Meister des Worts: Zum Tode des Schriftstellers und Mitleiders Heinrich Böll

Als Adam ausgesetzt im Tal der donnernden Hufe

Es war im Jahre 1951, als die damals noch junge „Gruppe 47" während ihrer Herbsttagung einem ebenfalls noch jungem Rheinländer lauschte, der eine Erzählung mit dem Titel „Die schwarzen Schafe" vorlas. Der Mann machte einen teils bodenlos melancholischen, teils fast frivol humorigen Eindruck, und sein Text schmeckte intensiv nach Provinz, nach linksrheinischer Wohnküche. Aber gerade das war es, was die Zuhörer faszinierte. Von großdeutsch ausgreifenden Diktionen hatte man die Nase gründlich voll, auch wenn sie im Büßergewand und mit steilem Idealismus daherkamen. Hier war nun plötzlich einer, der die Zeitläufte und die großen Verhältnisse von ganz unten anleuchtete, dessen Hauptperson nur ein kleines, gepreßtes Männchen war, das aber dennoch große Würde ausstrahlte. Und die Textur des ganzen Stückleins war so dicht und raffiniert gewoben, seine Sprache so anspruchsvoll in der Lässigkeit, daß selbst die Skeptiker schnell gefangengenommen waren. Der Preis der Gruppe ging an die „Schwarzen Schafe".

Der Urheber der Geschichte hieß Heinrich Böll, war vierunddreißig Jahre alt und kam, wie man hörte, aus einer urkölnischen, urkatholischen Schreiner- und Bildhauerfamilie. Er war schon 1938 zu Arbeitsdienst und Wehrmacht eingezogen worden, hatte den ganzen Krieg an vorderster Front mitmachen, Verwundung und Gefangenschaft über sich ergehen lassen müssen; seine Mutter war bei einem Fliegerangriff auf Köln ums Leben gekommen. „Die schwarzen Schafe" waren nicht seine erste Geschichte, er hatte schon hier und da Kurzgeschichten herausgebracht, und ein erster Roman war gerade am Erscheinen: „Wo warst du, Adam". Die Kritiker waren sich einig, daß hier ein ganz großes Talent ans Licht getreten war, ein Sprachmeister von originellster Struktur und fast ohne Vorbilder, von Anfang an er selbst und von Anfang an in seiner Art vollendet.

Fortan war auch stets von Böll die Rede, wenn man von der deutschen Nachkriegsliteratur sprach. Jedes weitere Werk des Neuankömmlings löste Begeisterung und Zustimmung aus: die Romane „Und sagte kein einziges Wort", „Haus ohne Hüter", „Das Brot der frühen Jahre", die umwerfenden Satiren „Nicht nur zur Weihnachtszeit" und „Doktor Murkes gesammeltes Schweigen", schließlich das „Irische Tagebuch" und die Erzählung „Im Tal der donnernden Hufe", die beide zeigten, daß sein Autor keineswegs auf Rheinland und Nachkriegsmuff festzulegen war.

Dennoch prägte sich Böll nun vor allem als Chronist und Kritiker der westdeutschen Nachkriegsszene ein, besonders nach dem Erscheinen von „Billard um halbzehn" von 1959, mit dem er zum ersten Mal einen Ton anschlug, der gewissermaßen sein Markenzeichen werden sollte. Spätestens von „Billard um halbzehn" an teilte sich die Welt der Böllschen Figuren auf in Gut und Böse, traten „Verderber" hervor, die verantwortlich gemacht wurden für einen angeblich restaurativen Kurs in der Bundesrepublik Deutschland, für neudeutsches Großmannstum und mangelnde Vergangenheitsbewältigung, für Wiederaufrüstung und blinden Antikommunismus.

„Die da in Bonn", die Adenauerregierung und ihre Ministerialbürokratie, Lobbyisten und Herrschaftspfaffen, Verbandspräsidenten, alerte Journalisten und allzu erfolgreiche Geschäftsleute – sie wurden die Zielscheiben von Bölls nimmermüdem Spott und von Bölls nimmermüder Aggressionslust. Ihre Umtriebe wirkten umso fataler, als Böll ihnen keine auch nur im entferntesten ebenbürtige Gegner gönnte, ihnen immer nur wieder schuldlos Leidende und Erleidende gegenüberstellte, Großmütter und Kinder, franziskanische Narren wie jenen Hans Schnier aus den „Ansichten eines Clowns", rührende Frauen wie jene Leni Pfeiffer aus dem „Gruppenbild mit Dame".

Bölls Bücher wirkten von jetzt an wie Scheidewasser, das das Lesepublikum jeweils nach politischer Couleur aufspaltete, und das hatte tiefgreifende Auswirkungen auch auf die formale Struktur dieser Werke. Vergleicht man etwa die literarische Szenerie von „Haus ohne Hüter" mit der Staffage des späteren Politromans „Die verlorene Ehre der Katharina Blum", so konstatiert man nicht ohne Melancholie eine unbezweifelbare Vergröberung sowohl der Erfindungen und Einfälle als auch der Durchführungen und Kadenzen. Die Fülle der Wirklichkeit wird nur allzu oft dem manichäischen Grundmodell zum Opfer gebracht, und die Folge sind künstlerische Verarmung und Austrocknung, auch mangelnde formale Raffinesse.

Böll hat sein Lebtag an einem soliden, in den besten Phasen wunderbar verfeinerten psychologischen Realismus festgehalten. Auf experimentelle Eskapaden des literarischen Zeitgeschmacks reagierte er, indem er die gerade in der Präferenz stehenden Methoden aufgriff und mit leisem Humor und großer Überlegenheit variierte, so besonders im „Ende einer Dienstfahrt", so auch noch in seinem letzten Roman „Fürsorgliche Belagerung", der im übrigen leider nicht sehr gelungen war, wie eine bloße Illustration zu aktuellen politischen Diskussionen wirkte und damit auf schmerzlicher Weise auf die zunehmende Überlagerung dieses genuin literarischen Lebenswerkes mit Politik und kurzatmiger Tagespolemik aufmerksam machte.

Der Autor der „*Katharina Blum*" und der „Fürsorglichen Belagerung" war alles andere als ein geborener Polemiker, kein Lessing und kein Karl Kraus, und die mit wachsendem Alter wachsende politische „Engagiertheit" wird sich einmal als die große Tragödie im Leben dieses Schriftstellers herausstellen. War er in literarischen Dingen stets ein Original sui generis, so ließ er sich in der Politik von außen führen und (ver-)leiten.

Der gewaltige Ruhm, der ihm vor allem nach der Verleihung des Nobelpreises für Literatur im Jahre 1972 zuwuchs, in Verbindung mit der Macht solcher „kritischer Medien" wie des Westdeutschen Rundfunks, die Böll immer wieder ungeniert anzapften und zu allen möglichen politischen Stellungnahmen einluden, müssen in dem Schriftsteller allmählich einen merkwürdigen eigenen Machtkomplex herangebildet haben, der ihn zeitweise dazu verführt haben mag, sich als eine Art Gegenbischof zu den weltlichen Gewalten einschließlich der richtigen Bischöfe zu fühlen. Die Methoden seiner politischen Interventionen blieben jedenfalls immer „bischöflich": Er, der doch zweifellos beträchtliche politische Macht besaß und sie auch ohne weiteres einsetzte, argumentierte stets unbeeindruckbar aus der Position des vorgeblich Schwachen und Verfolgten heraus, des Hascherls, dem bitteres Unrecht geschah.

Das hat seine Wirkung nicht verfehlt, zumindest nicht in jenen Tagen eines dreist und mörderisch hervortretenden Terrorismus, der einen permissiven, unsicheren Staat rücksichtslos herausforderte und dem Böll – man darf es auch in einem Nachruf nicht verschweigen – mit vielen zweideutigen Stellungnahmen Wege bereitet und Wartestände eingerichtet hat. Freilich sollte auch nicht verschwiegen werden, daß Böll andererseits, im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen, niemals auf die Sirenenklänge des Sowjetkommunismus hereingefallen ist, daß er sich nie seine Entschlosssenheit hat abkaufen lassen, dortige Dissidenten mit seinem Wort, so gut es ging, zu schützen und ihnen, sobald sie ausgewiesen waren, tätige Hilfe zu leisten.

Dabei half ihm selbst seine an vielen Stellen des Werks dokumentierte *Liebe zum östlichen, zum russischen* Menschen, den er während des Krieges als einen Bruder im Leid erfahren hatte und mit dem sich auszusöhnen er ganz richtig als eine erstrangige Notwendigkeit unserer neueuropäischen Geschichte begriff. Ganz ähnlich war übrigens sein Verhältnis zu den Juden und zum jungen Staat Israel. Nie hat er jenem modischen „Antizionismus", dem so viele seiner Kollegen frönten, auch nur den kleinen Finger gereicht.

Die Zukunft wird auch hier so manche Perspektive geraderücken, wird unbefangenere Blicke auf den Politiker und Moralisten Böll ermöglichen und seine spezifisch literarischen Meriten schärfer von den Irrtümern der „litterature engagée" abheben. Ein gut sichtbarer Platz auf dem Parnaß der deutschen Kunst ist ihm sicher. Obwohl (oder gerade weil) er weder einer Richtung oder Schule anhing noch selber eine Schule im literarischen Sinne gestiftet hat, wird er stets ganz als er selbst erkennbar sein: ein Mensch in seinem Widerspruch, mit Mitleid begabt, einer, der an den Gebresten des Zeitalters und seiner Nation litt, ein Meister der Sprache mit reicher Erfindungsgabe und gutem Blick für die Feinheiten des Seins, von dem er so manche Kehre für immer im Brennglas des Worts festgemacht hat.

GÜNTER ZEHM

Heinrich Böll (1917-1985) FOTO: WERNER SCHÜRING

JOURNAL

Stimmen zum Tode Heinrich Bölls

DW. Bonn

Groß und anhaltend ist das nationale und internationale Echo auf den Tod des deutschen Literaturnobelpreisträgers Heinrich Böll. Bundespräsident Richard von Weizsäcker verwies in einem Telegramm an die Hinterbliebenen auf Bölls Rang als einen „geistigen Repräsentanten Deutschlands", der Anstoß und weltweite Achtung zugleich erzeugt hätte. Bundeskanzler Kohl hob hervor, daß Böll sich mutig für jene eingesetzt habe, deren wissenschaftliches und künstlerisches Schaffen in totalitären Staaten unterdrückt worden sei.

Der SPD-Vorsitzende Brandt nannte ihn eine „Stimme des Anstands", die Grünen ein „hoffnungstiftendes Vorbild". Exbundeskanzler Schmidt erinnerte daran, daß er am dramatischsten Tag seines Lebens, dem Tag der Befreiung einer Lufthansa-Maschine in Mogadischu, u. a. auch mit Böll zusammengetroffen sei, und würdigte ihn als einen „Kämpfer für Menschlichkeit und Anwalt des Friedens". Die Schwedische Akademie in Stockholm sprach angesichts des Todes von Böll von einem großen Verlust und nannte Bölls politisches Engagement sowie die literarische Qualität seines Werkes bedeutsam. Der Vorsitzende des schwedischen PEN, von Vegesack, hob in der Zeitung „Aftonbladet" hervor, daß Böll „außerordentlich hart für die Sache der unabhängigen Intellektuellen aller Länder" gekämpft habe. Als das „Gewissen Deutschlands" wurde der Schriftsteller auch in der italienischen Presse bezeichnet. Nachrufe auf Böll verbreitete auch die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN sowie die Moskauer „Prawda".

Musiksommer in Sceaux, Programm der Drei

AFP, Paris

Um die Zahl Drei geht es beim Musiksommer in der Orangerie von Schloß Sceaux bei Paris, der jetzt begonnen hat. Die von Mansart gebaute Orangerie, in der die Konzerte stattfinden, feiert dieses Jahr zusammen mit Bach, Händel und Scarlatti ihren 300. Geburtstag. Drei Monate dauern die Veranstaltungen, 33 Konzerte sind vorgesehen. Bis zum Schluß des 17. Festivals von Sceaux werden 15 000 Besucher in dem weitläufigen Schloßpark erwartet.

Der Krieg im Spiegel der Grafik

dpa, Düsseldorf

Kriegsruhm und Krüppelelend, die Not der „Heimatfront" und patriotische Durchhalteparolen sind in einer Grafikausstellung zusammengebracht, die das Stadtmuseum Düsseldorf bis zum 18. August zeigt. Die rund 50 Blätter überwiegend deutscher und französischer Künstler, die zwischen dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 und dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind, spiegeln das Kriegsgeschehen teils anklagend, teils romantisierend.

Stuttgart plant ein Haus der Geschichte

xhk. Stuttgart

Als erstes Bundesland plant Baden-Württemberg die Gründung eines eigenen historischen Museums. Unter der Bezeichnung „Haus der Geschichte Baden-Württembergs" nimmt dieses Projekt jetzt konkrete Gestalt an. Nach Angaben von Regierungssprecher Kleinert stellt das Land 30 Millionen Mark zur Verfügung. Mit dem Baubeginn wird „noch in den 80er Jahren", mit der Eröffnung 1993/94 gerechnet. Vor allem für junge Menschen soll das Haus eine stärkere Identifizierung mit ihrem Bundesland fördern.

Nathalie Sarraute 85

Schw.Bonn

Mit vier Jahren war Nathalie Sarraute mit ihren russischen Eltern nach Paris gekommen. Da Französisch ihre zweite Sprache wurde, habe sie als Kind bereits die „Wortverführung" erfahren, den Rhythmus der gesprochenen Sprache anders, genauer empfunden. Beim späteren Jurastudium lernt sie, Plädoyers zu halten. Sie wird, wie Sartre meinte, zur Chronistin des „banalen Geredes". Aber diese Dialoge zeigen nur, was an die Oberfläche der Personen dringt. Ihre Romane handeln aber von inneren Situationen, die sich dort abspielen, „wo es fast nichts Wahrnehmbares mehr gibt". Dies machte sie zum Vorbild einer ganzen Generation jüngerer Autoren. Ihr 1937 erschienenes erstes Buch, „Tropismen", wurde nach dem Krieg für viele geradezu zur Erleuchtung. Auch ihre neueren Romane, „Martereau", „Porträt eines Unbekannten", „Das Planetarium", „Die Goldenen Früchte", wurden zu Marksteinen des „Nouveau roman". Und dann kamen die „Kindheitserinnerungen", ein Alterswerk von dauerhaftem Glanz, dessen vollendete Leichtigkeit das Bild der Dichterin Sarraute auf unerwartete Art abrundet.

Neue Ballette von Maurice Béjart in Stuttgart

Wem die Stunde schlägt

Eine Welt der Erinnerung. Ein Ort außerhalb aller realen Zeiten. Ein Raum, beherrscht von einer Standuhr, die keinen Zeiger mehr hat. Während George Bailey und Gabriele Weber im buntbestückten Hintergrund die altertümliche Serenade eines gewissen Toselli intonieren, belebt sich auf einmal der phantastische Platz. Aus dem Dunkel des Vergessens, aus schmutzigen Mülltonnen und verborgenen Schlupfwinkeln tauchen traumhaft groteske Gestalten auf, drapiert mit den Glamourroben der Vergangenheit. Einzig ein Dienstbote tanzt aus der Reihe. Den schlanken Leib unter einem übergroßen Uniformmantel versteckt, die Lodenkappe tief ins Gesicht gezogen, tippelt er über die Bühne, schiebt seinen Karren und hebt dann und wann prüfend den nassen Finger in den Wind.

Ein Ballett? Dafür wird eigentlich im weiteren Verlauf zuviel gesprochen und gespielt. Ein Stück Tanztheater à la Pina Bausch? Das ist im Großen Haus der Württembergischen Staatstheater wohl kaum zu erwarten. Sicher scheint allein eines: Eine Operette ist die „Operette" ganz und gar nicht, die Maurice Béjart eben für seine „Zweite Familie", für das Stuttgarter Ballett, geschaffen hat, mag in der Folge auch wiederholt eine wohlbekannte Weise aus der „Lustigen Witwe", aus dem „Zigeunerbaron", aus Offenbachs „Pèrichole" und anderen Operetten erklingen.

Béjarts Opus-Novum (das übrigens auf einer „Sérénade" von 1963 fußt) beginnt zunächst einmal wie eine beliebige Travestie-Show, wenn sich Richard Cragun, Tamas Detrich, Randy Diamond und all die anderen in ihren Frauenfummeln eindrucksvoll in die Höhe retten. Mittendrin hat man plötzlich den Eindruck, einem amüsanten Ionesco-Abend beizuwohnen. Aber zuletzt fühlt man sich – sobald Marcia Haydée wieder in ihren übermächtigen Militärmantel schlüpft, sich eine Königskrone aufs Haupt stülpt und mit einer rührenden Resigniertheit auf dem Schubkarren hockt – doch wieder eher in ein Stück Samuel Beckett versetzt: Nichts geschieht, jeder wartet nur auf ein Ereignis.

Die Suche nach der verlorenen Zeit dreht sich im Kreis. Es schlägt immer wieder die Stunde, aber niemand begreift so richtig, wem die Stunde geschlagen hat. Spielend beschwören die sieben eine Gegenwart, die längst Geschichte ist. Die Rituale der Kindheit, die koketten Gewohnheiten der Verliebten, die gesteppten Erfolgserlebnisse der Erwachsenen: sie sind vorbei. Am Ende der „Operette", die der Brüsseler Ballettchef seinem Freund, dem scheidenden Generalintendanten Hans Peter Doll gewidmet hat, sinken alle wieder in das Nichts. Die Tonnen schließen sich. Es bleibt der Plunder. Am Schluß gibt es außer einem rasch abflauenden Beifall auch massive Buhs: zwiespältige Reaktionen auf ein zwiespältiges Ballett.

Um so größer die Begeisterung für die beiden anderen Béjart-Beiträge des neuen Abends. Aber ein Stück wie die „Don-Giovanni-Variationen", 1979 zu Chopins frühen Variationen über Mozarts „Reich mir die Hand, mein Leben" choreographiert, machen's einem Publikum auch leicht.

Höhepunkt des Premierenprogramms ist freilich ein Gastspiel der Pariser Opéra, das dem Ballett eine neue Dimension gibt. Béjart hat den Pas de deux „Mouvement"–Rythme–Etude" erst vor wenigen Wochen zu einer Musique concrète von Pierre Henry geschaffen: eine unheimliche Begegnung der tänzerischen Art, bei der Sylvie Guillem und Eric Vu An nicht bloß die gespeicherten Erfahrungen ganzer Ballettgenerationen blitzschnell in sichtbare Bewegungen umsetzen. Den beiden Superstars ist nichts Menschliches fremd. Sie tanzen zwar wie die Götter, aber sie zeigen auch zur gleichen Zeit, was für eine Kraft es kostet, gleichsam aus dem Stand heraus in die Höhe zu schnellen, eine Richtung zu ändern, ein Gefühl zu wenden. Sie haben ihr Instrument, sich selbst, völlig in der Hand. Sie bringen das Ballett auf den Punkt. Kein Wunder, daß die Ovationen für die beiden Traumtänzer aus Paris kein Ende nehmen wollen.

Keine Frage auch, daß Birgit Keil und Vladimir Klos da das Nachsehen haben. Denn mit welcher Intensität, mit welcher Kultur, mit welcher technischen Meisterschaft sie sich auch der „Elegie für eine tote Liebe" hingeben: das neue Ballett von Norbert Vesak, choreographiert zum ersten Satz des Violinkonzerts von Erich Wolfgang Korngold, kann mit dem von allen Effekten gereinigten Werk Maurice Béjarts nicht mithalten. Es läuft gleichsam außer künstlerischer Konkurrenz, paßt mit seinem Pathos nicht in dieses Programm. Mit einem Wort: Es ist zu schön, um noch wahr zu sein. Das Beispiel des anderen beweist es.

HARTMUT REGITZ

John Hughes' Film „Breakfast Club" angelaufen

Kleine Sünder unter sich

Das Frühstück haben die fünf Mitglieder des „Breakfast Club" gerade hinter sich, als sie sich zum ersten und vermutlich einzigen Treffen versammeln. Sie sind Schüler einer High-School in einem Vorort von Chicago. Sie haben – jeder für sich – schlechtes Benehmen gezeigt: Lehrer geärgert, Kinder verprügelt, Leergut zertrümmert. Nun müssen sie nachsitzen, den ganzen Sonnabend lang.

Brian ist der Streber. John der böse Schulkasper. Andy das Sport-As. Allison ist die verhuschte Alternative. Claire die schicke Zicke. Fünf Typen zunächst, 17jährige, die sich gegenseitig mißtrauisch beäugen. Keiner kennt den anderen. Aber das Straf-Exerzitium schmiedet sie zusammen, zumal sie einen gemeinsamen Gegner haben – den Lehrer, der zu ihrer Bewachung abkommandiert ist. Als freundlich gesonnen erweist sich der Hausmeister, der mal hereinschaut. Aber im wesentlichen bleiben die kleinen Sünder unter sich.

Regisseur John Hughes gelingt der bemerkenswerte Versuch, einem Teenager-Film mit unbekannten Gesichtern, weitgehend ohne Musik und Action, Spannung zu geben. Dialog ist beinahe alles. Denn das Drama mit der Einheit von Zeit, Ort, Handlung besteht in nichts anderem als in der langsamen Annäherung der fünf Schüler. Das gemeinsame Nachsitzen gereicht ihnen zur milden Psychotherapie. Am Ende ist jeder um ein gutes Quentchen Selbsterkenntnis reicher.

Eigentlich sollen die fünf einen Aufsatz schreiben – Thema „Wer bin ich?". Aber da sie zehn Stunden Zeit dafür haben, fangen sie gar nicht erst an. Statt dessen bringt Unterschichten-Sproß John einen gruppendynamischen Schlagabtausch in Gang, indem er Claire aus der Upperclass durch sarkastische Hänseleien herausfordert. Muskelmann Andy wirft sich zu ihrer Verteidigung auf. Der brave Brian plädiert für Gerechtigkeit und wird zugleich unterdrückt. Die verstörte Allison verkriecht sich.

Aber bald wechseln die Positionen. Angreifer und Opfer tauschen die Rollen. Jeder hat seinen Sieg und seinen Zusammenbruch auf dem Weg zu sich selbst und zu den anderen. Es wird nicht pausenlos geredet. Mal tobt der Lehrer cholerisch herein und verhängt Karzer. Mal rennt die Gruppe durch die leeren Gänge der Schule. Es wird gegessen, geschlummert, getanzt, und zwischendurch macht ein Joint die Runde.

John Hughes beherrscht die Kunst des Timing. Nie gerät ihm eine Szene zu lang. Geschickt läßt er die Fassaden bröckeln und hinter den Typen differenzierte Persönlichkeiten zum Vorschein kommen. Mag das paarweise Ende auch bürgerlichen Konventionen frönen – wichtig ist die unaufdringliche Botschaft, daß der Mut zum Gespräch aus der Isolation herausführt und die Last der Probleme sich durch Gemeinsamkeit mindern läßt.

DIETMAR BITTRICH



Zusammengeschweißt durch das Straf-Exerzitium: Emilio Estevez als Andy und Ally Sheedy als Allison in dem Film „Breakfast Club" FOTO: DIE WELT

Frankfurt zeigt die Ausstellung „Bauen heute"

Prüfstand der Phantasie

Man hat sich angewöhnt, von „Kommerzarchitektur" zu reden, wo Bauen getreu den Grundsätzen des Bauhauses und seiner Jünger schablonenhaft, billig, serienmäßig organisiert wird. Jahrzehntelang hat die Logik dieser Definition das Bauen in der Bundesrepublik beherrscht. Aber ihre Überzeugungskraft verblaßt. Das Billigangebot im Wohnungs- und Städtebau verliert seinen Kurswert. Allein an Rhein und Ruhr stehen nach Angaben des nordrhein-westfälischen Städtebauministers Christoph Zöpel bereits 20 000 Sozialwohnungen leer, weil sie sich nicht mehr an den Mann bringen lassen.

Das hat nicht nur etwas mit der primitiven Ausstattung, der Reparaturanfälligkeit, der Gettolage am Stadtrand und dem allgemein schlechten Image dieser Siedlungen zu tun, sondern sehr viel auch mit dem tiefgreifenden gesellschaftlichen und kulturellen Werteumbruch. Die Erzeugnisse, denen so lange das Prädikat „modern" angehängt worden ist, wirken plötzlich seltsam welk und schäbig. Der Ruch sozialer Muffigkeit, der sie umweht, und die das Auge beleidigenden Alterungsprozesse der Billigmaterialien sind so aufdringlich, daß Zöpel und andere Experten sogar an Rettungsmöglich*keiten zweifeln, wie sie bei den Grün*derzeitvierteln und ihren Mietskasernen vielerorts so erfolgreich gewesen sind.

Kommerzarchitektur? Welche Art von Wohn- und Arbeitshülle läßt sich heute wirklich verkaufen? Der Karlsruher Architekt Heinz Mohl war einer der ersten, die mit dieser Frage konfrontiert wurden, als nämlich kommerzielle Auftraggeber in Freiburg einen Kaufhausbau von ihm verlangten, der von den Kunden auch „akzeptiert" werde. Das war der Augenblick, als die Sensibilität des freien Marktes die große Kehrtwendung der Bauauffassungen in der Bundesrepublik erzwang.

Seit der Errichtung des Kaufhauses Schneider in Freiburg sind genau zehn Jahre vergangen. Die Ansätze von damals – Rückkehr zum Satteldach, Rhythmisierung der Fassade, Abkehr von der Typisierung, Wiederaufnahme des Erker- und Arkadenbaus – wurden in Fachkreisen zunächst als „Anpassungsarchitektur" mißverstanden und verhöhnt. Entscheidend aber war, daß sie vom Publikum angenommen wurden.

Im Rückblick zeigt sich, daß mit Mohls Kaufhaus etwas Neues begann: die Befreiung der Architektur aus selbstverordnetem Schematismus. Was für ein umwälzender Prozeß das war, in welchen Glanzleistungen und leider auch Verrenkungen er sich mittlerweile darstellt, das dokumentiert das Deutsche Architekturmuseum Frankfurt jetzt mit einer großen Bilanz des Bauschaffens der jüngsten Zeit: „Bauen heute – Architektur der Gegenwart in der Bundesrepublik Deutschland".

Die Schau zeigt die ganze Bandbreite des jüngsten Architekturschaffens, die dem Phantastischen, Skurrilen, Abseitigen ebenso Raum gibt wie dem Strengen, Klassischen, Abstrakten. Der Verzicht auf eine Reihe von Stararchitekten, von Behnisch über Böhm bis Ungers, macht die Aussage dieser bisher einmaligen Gesamtschau von 55 Architekturbüros nur noch glaubhafter. An die Stelle gestanzter, gerasterter Gleichförmigkeit ist ein kunterbunter Pluralismus der Formen, Farben und Materialien, ein Wechselspiel von historischen Assoziationen, neuen Technologien und robinsonhaften Ökokonzepten getreten. „Anpassung" ist dabei offenbar das letzte, was gesucht wird – die Zeichen stehen auf Kontrast, Variation, Alliteration.

Der „Kommerzbau" von heute, also *wohl das, was sich als Architektur* „verkauft", schmückt sich mit Attributen wie „schick", effektvoll, sparsam, frech, unorthodox, wobei die Anforderungen an den guten Geschmack und den Intelligenzgrad anscheinend noch die Fähigkeiten zahlreicher Architekten übersteigen. Immerhin: Die Sensibilität für räumliche Situationen, für Maßstäblichkeit und örtliche Vorgaben ist wieder gewachsen.

75 000 Besucher hatte die große Auftaktausstellung dieses Museums „Die Revision der Moderne" im vergangenen Jahr in Frankfurt angelockt. Dann ging sie nach Paris und registrierte einen Rekordbesuch von 400 000 Menschen. Mit der neuen Ausstellung und dem reich illustrierten, großformatigen Katalog „Bauen heute" gelingt Klotz die Anknüpfung an diesen Erfolg. Der Besucherstrom zeigt, daß die „Verlebendigung" der Architektur wachsendes Interesse findet. Das freilich ist nur eine Vorbedingung, noch längst nicht eine Gewähr dafür, daß „gute" Architektur entsteht. Ein Prüfstein für Geschmack und Phantasie ist es immer. (Bis 15. September, Katalog 60 Mark.)

DANKWART GURATZSCH

Die Stadt Bonn wehrt sich gegen Pläne der Bundesbahn, Schnellzüge an der Bundeshauptstadt vorbei zu führen

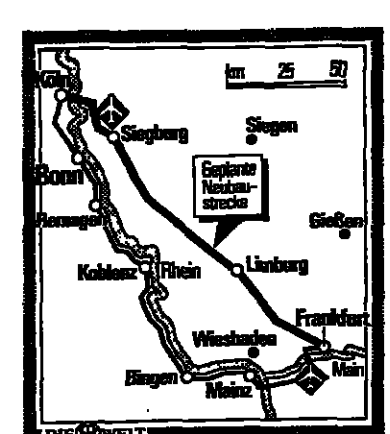
Ärger um eine Weichenstellung

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Hauptbahnhof einer Hauptstadt, der von wichtigen Zügen nicht mehr angefahren wird – das ist eine wahre Schreckensvision. Mit ihr muß man sich jetzt im Bonner Rathaus beschäftigten, seit eher zufällig schon Wochen vor der Veröffentlichung des neuen „Bundes-Verkehrswegeplanes 1985" des Bundesverkehrsministeriums im Herbst bekannt wurde, daß die Streckenführung für Züge bis zu 300 Kilometer Stundengeschwindigkeit entgegen der Festlegung im letzten der alle fünf Jahre herauskommenden Verkehrswegepläne rechtsrheinisch verlaufen soll.

Der gerade hundertjährig gewordene Bonner Bahnhof im Neo-Renaissance-Stil hat zwar nur vier Bahnsteige, aber über ihre Gleise rollen täglich, den Güterverkehr eingeschlossen, etwa 300 Züge. Wenn Bonns Oberstadtdirektor Karl-Heinz van Kaldenkerken jetzt mit der Deutschen Bundesbahn „um die volle Einbeziehung" des Bonner Hauptbahnhofs an den Schnellverkehr von morgen kämpft und sich mit einer zugesagten „guten Anbindung" nicht zufrieden geben will, dann weiß er, was auf dem Spiel steht. Kaldenkerken zur WELT: „Wir sind hier ein Dienstleistungs-, aber kein Wirtschaftszentrum. Das macht die Bedeutung des Bahnhofs aber nicht geringer. Schon weil andere Hauptstädte als solche gewachsen sind und für alles Zentrum wurden, können wir uns hier nicht abhängen lassen."

Während im Bundesverkehrswegeplan 1980 noch die Rede war von einer Neubaustrecke für den Schnellverkehr der Bundesbahn, der zwischen Köln und Groß-Gerau ausdrücklich einen Abschnitt „Köln–Koblenz" über Bonn befahren sollte, wird im jetzt vorliegenden Entwurf des Planes 1985 nur noch von einer Strecke „Köln–Rhein/Main" gesprochen. Das bedeutet, grob gesagt, die Rückkehr zu einer Trasse, die früher schon einmal im Gespräch war, die quer durch Westerwald und Taunus in den Bereich Frankfurt verlaufen sollte, aber politisch nicht durchzusetzen war. Jetzt wird davon gesprochen, daß die Schnellverkehrs-Trasse von Köln aus über Troisdorf nach



Die umstrittene neue Schnellzugtrasse läßt Bonn links liegen

Siegburg geführt wird, wo sie in einem großen Bogen bei St. Augustin an die A 3, die Autobahn Richtung Frankfurt, stoßen und ihrem Band parallel nach Süden folgen soll.

Von diesem Vorhaben hörte die in St. Augustin wohnende SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Matthäus-Maier. Sie wandte sich an den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, den CDU-Bundestagsabgeordneten Dieter Schulte, und bat um Aufklärung. Schulte: „Die Deutsche Bundesbahn geht bei ihren derzeitigen Überlegungen von einer Neubaustrecke für den schnellen Reisezugverkehr über den Westerwald aus, die sich weitgehend an die bestehende Bundesautobahn anlehnt."

In der letzten Fragestunde des Bundestages vor der Sommerpause wollte Frau Matthäus-Maier wissen, wie sich diese Aussage mit der des Bundesverkehrsministers Werner Dollinger verträgt, der einer Regionalzeitung gegenüber versichert hatte, solche Vermutungen seien „alles Spekulationen".

Die „Abnabelung der Bundeshauptstadt vom Schnellbahnnetz" – das Thema stand in Bonn von da ab auf der Tagesordnung. Oberbürgermeister Hans Daniels (CDU) appellierte an Dollinger: „Unzumutbar für bahnfahrende Bundestagsabgeordnete." In einer Resolution, die Oberstadtdirektor van Kaldenkerken dem Rat vorlegte, wurden die Folgen erwogen, wenn „die Hauptstadt einer der führenden Industrienationen der Welt vom internationalen Schienennetz abgekoppelt" würde.

Die Bonner fordern, der Schienen-Schnellweg sollte unbedingt Bonn passieren und könnte weiter südlich über den Rhein geführt werden. Schließlich werde ja auch für Wiesbaden eine Sonder-Anbindung *diskutiert, und was denen recht sei,* müsse auch Bonn billig sein.

Von Billigkeit nun ist bei dem ganzen Werk schon nicht mehr die Rede. Die „Neubaustrecke Köln–Rhein/Main", Ziffer 6 der „Neuen Vorhaben" in der Liste „Vordringlicher Bedarf" des Entwurfs für den neuen Bundesverkehrswegeplan, schlägt mit geschätzten 5,5 Milliarden Mark zu Buche. Die „gute Anbindung" von Bonn an das Wunderwerk, so fürchtet man im Bonner Rathaus, könnte eine Pendelverbindung Bonn–Siegburg sein. Und dieser Weiche gegenüber zeigt Bonn der Bundesbahn alle nur erdenkliche Härte.

Als alle „Bahnhof" verstanden

Von EBERHARD NITSCHKE

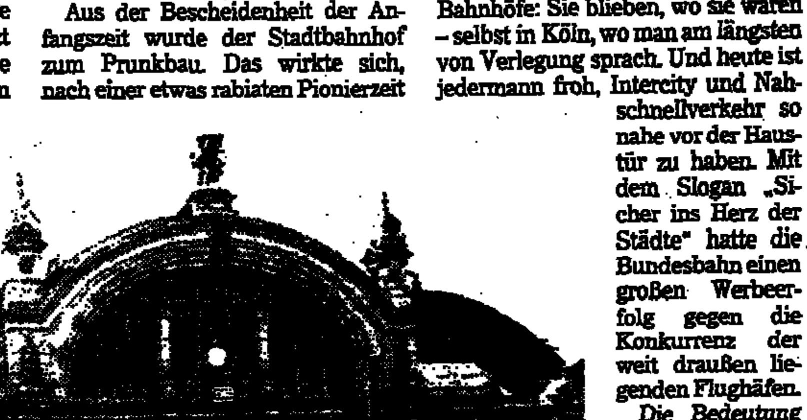
Bahnhöfe wurden der Stolz der Städte, nachdem die ersten meist noch recht einfachen Stationen für die neue Eisenbahn mit ihren Holz-Hallen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch prächtige Neubauten im Geist der Zeit ersetzt wurden. Je nach Standort glichen sie gotischen Domen, klassizistischen Tempeln oder Renaissance-Schlössern. Architekten gingen dazu über, für das neue Genre im Überschwang alle bekannten Baustile zu vermischen – die „Eklektik" genannte Baurichtung war da, von der trotz Krieg und Zerstörung heute noch viele Beispiele übrig sind.

Anfangs weigerten sich die Festungskommandanten der Städte, den eisernen Schienenweg in ihre Mauern zu lassen. Aber was keiner für möglich gehalten hatte, geschah: Die Städte wandten sich ihren Bahnhöfen zu, auch wenn sie noch so weit draußen lagen.

Prominentes Beispiel ist Zürich, wo die „Bahnhofstraße" heute Geschäftszentrum und Weltbankenviertel ist, früher aber nur der Weg aus der Stadt zur abgelegenen Bahnstation war, abseits der schönen Häuser. Auch Bonns Hauptbahnhof wurde außerhalb der alten Stadtmauern gebaut, heute aber gehört er mit den zu ihm führenden Straßen zum Stadtzentrum.

Manchmal hatte die Abgelegenheit des Bahnhofs, wie Mihály Kubinszky in seinem Buch über die Bahnhöfe Europas vermerkt, auch praktische Gründe. Man brauchte einen kleinen Hügel, damit der abfahrende Zug schneller in Bewegung kam.

Aus der Bescheidenheit der Anfangszeit wurde der Stadtbahnhof zum Prunkbau. Das wirkte sich, nach einer etwas rabiaten Pionierzeit mit Büffets für kurze „Aufenthalte" der Züge, auch auf die Gastronomie der manchmal berühmt werdenden Bahnhofsrestaurants aus, auf die man sich heute teilweise wieder besinnt – allerdings ohne Abstufung in 1., 2. und 3. Klasse.



Beispiel für die gelungene Integration der Schiene ins Herz einer Stadt: Frankfurts Hauptbahnhof FOTO: DIE WELT

Weil Lärm und Rauch der Bahn als Nachteil empfunden wurden, versuchte man schon ab der Jahrhundertwende und bis nach dem Zweiten Weltkrieg – jedenfalls vor der Elektrifizierung –, Bahnen und Bahnhöfe, auch wegen der immer höher werdenden Grundstückskosten, in die äußeren Stadtgebiete zu verlegen. Verwirklicht wurde eine solche Bahnhofsverlegung in neuester Zeit im nicht kriegszerstörten Heidelberg.

In den schwer zerstörten Großstädten ging der Wiederaufbau schneller vor sich als die Dauerdiskussionen um die Verlegung der Bahnhöfe: Sie blieben, wo sie waren – selbst in Köln, wo man am längsten von Verlegung sprach. Und heute ist jedermann froh, Intercity und Nahschnellverkehr so nahe vor der Haustür zu haben. Mit dem Slogan „Sicher ins Herz der Städte" hatte die Bundesbahn einen großen Werbeerfolg gegen die Konkurrenz der weit draußen liegenden Flughäfen.

Die Bedeutung der Bahnhöfe ist noch gewachsen, seit Bundesverkehrsminister Werner Dollinger zu Beginn dieses Jahres in einem Brief an die Verkehrsminister der Länder mitgeteilt hat: „Die künftigen Investitionsanteile der Schiene nehmen zu, die der Straße verlieren ihre früher dominierende Stellung."

Stadt und Bahn sind heute untrennbar verbunden. Das Beispiel von Eton, das sich als englische Schulstadt den Bau des Bahnhofs der Great Western Railway verbat und zudem noch die völlige Einzäunung der Strecke durchsetzte, damit die Zöglinge an der Fahrt in die sittenlose Großstadt London gehindert waren, ist die einzige Anekdote der Eisenbahngeschichte, in der vom Gegenteil die Rede ist.

Bald wied[er] Goldmün[zen] in den US[A]

Dem amerikani[...] liegt ein Gesetzentw[...] *ersten Mal seit 1*[...] neuer amerikanisc[...] vorsieht. Sie sollen[...] wie einige Finanz-fachleute glauben, [...] bräuchliches Zahlu[...] *Der Kongreß* beab[...] diglich, eine Konku[...] afrikanischen Krüg[...] re ausländische [...] schaffen. Die USA [...] Zeit jährlich Gold[...] von bis zu einer Mi[...] Südafrika, Kanada, [...] na importiert, was [...] amerikanischen H[...] trägt. Der Gesetze[...] Prägung von Gold[...] *Unze sowie einer h*[...] tel- und einer Zehr[...] vor. Die Münzen [...] Zahlungsmittel zug[...]

Suche nach d[...]

Die Polizeidirek[...] und die Staatsan[...] heim haben nach d[...] 17jährigen Christi[...] bundesweite Fahr[...] Versteck gestartet, [...] noch unbekannten [...] Tage lang festgeh[...] *Die junge Frau w*[...] württembergische [...] amt gestern mittei[...] 1. Juli in unmittel[...] Elternhauses in [...] sachsen überfallen [...] den. Vier Tage sp[...] Autofahrern auf d[...] platz „Kannenbäc[...] A 48 in der Näh[...] gefesselt und gekn[...]

Sekte muß ni[...]

Unter den Beifa[...] *100* Anhängern [...] Church" hat ein Ri[...] Dienstag einen Ju[...] *ben, in dem einer* [...] gerin der Sekte 3[...] zugesprochen wo[...] Richter begründe[...] dung damit, daß [...] ersatzverfahren ei[...] Religion geworden[...]

Abfallschiff g[...]

Vier Schwimm[...] schutzaktion Gree[...] stern nördlich von [...] rhein das Fracht[...] an der Weiterfah[...] Schiff sollte, so [...] Sprecherin, schwe[...] brandrückstände [...] in einen mit dem [...] Baggersee versenk[...]

Kosten werd[...]

Die Behandlun[...] *muß* die Sozialve[...] sätzlich als Sach[...] Das hat das Bun[...] Kassel in einem [...] schieden. Lehnt d[...] alversicherung od[...] verwaltung die G[...] stung ab, so hat [...] nehmer bei selb[...] kenhausbehandlu[...] auf Kostenerstatt[...] können dann ver[...] Bundessozialgeric[...]

Jetzt müssen die häßlichen Entlein Gas geben

JOCHEN LEIBEL, Paris

Die französische Regierung hat gestern die Einführung einer „Mindestgeschwindigkeit" auf Autobahnen beschlossen. Das bedeutet für viele der hochbeinigen Citroën-Zweizylinder – landläufig „häßliche Entlein" genannt –, in Zukunft wohl auf die Betonpisten der Autobahnen verzichten zu müssen.

Eine Höchstgeschwindigkeit existiert in Frankreich schon seit mehr als zehn Jahren. Auf Autobahnen beträgt sie 130, auf Landstraßen 90 Stundenkilometer. Die Zahl der Verkehrstoten soll dadurch von einst 16 000 im Jahr auf zur Zeit 11 000 jährlich gesenkt worden sein.

Auf der Suche nach den Gründen für die immer noch hohen Unfallzahlen im Straßenverkehr sind die Experten dabei auf Langsamfahrer gestoßen. Angeblich ist es auf Autobahnen häufiger zu schweren Verkehrsunfällen gekommen, weil jemand auf der Überholpiste „bummelte". Damit soll es ab 1. August vorbei sein: Wer auf der linken Fahrbahn nicht mindestens 80 Stundenkilometer auf den Tacho bringt, wird wegen „Bummelei" zur Kasse gebeten.

Viele Lastwagen werden in Zukunft überhaupt nicht mehr überholen dürfen, denn vor allem an Steigungen kommt ein Sattelschlepper auch mit Vollgas nicht auf die vorgeschriebene Mindestgeschwindigkeit.

Noch vor wenigen Wochen kritisierte das französische Verkehrsministerium den Automobilkonzern Peugeot, weil der mit der Höchstgeschwindigkeit seiner Autos protzte. Jetzt dürfte die Höchstgeschwindigkeit vor allem bei untermotorisierten Kleinwagen zu einem wichtigen Werbeargument werden. Das ist eben Logik auf französisch. (SAD)

Frostschutzmittel im deutschen Wein?

Die Untersuchungsmethoden offizieller holländischer Stellen sorgen für Verwirrung

HELMUT HETZEL, Rotterdam

Nachdem die niederländische Lebensmittelkontrolle inzwischen auch in drei deutschen Weinen das Frostschutzmittel Diäthylenglycol gefunden hat, sind in Den Haag weitere Untersuchungen eingeleitet worden. Die Sprecherin des Gesundheitsministeriums, Marga Zuurbier, sagte gestern gegenüber der WELT, daß man noch nicht beabsichtige, die niederländischen Verbraucher offiziell vor dem Konsum deutscher Weine zu warnen. Vom Ergebnis der Untersuchungen werde es abhängen, welche Schritte die niederländische Regierung einleiten werde. „Wir haben bisher Anhaltspunkte über sehr kleine Mengen von Diäthylenglycol, die in einigen deutschen Weinen gefunden wurden", sagte die Sprecherin des Gesundheitsministeriums.

Es schien zunächst schon festzustehen – so die Angaben des Direktors der Lebensmittelkontrolle in Rotterdam, H. Prinz –, daß bisher in mehreren deutschen Weinen Spuren des giftigen Frostschutzzusatzes entdeckt worden sind. Er konnte jedoch *gestern Nachmittag seine Untersuchungsergebnisse* nicht mehr aufrechterhalten. Ursprünglich hatte er davon gesprochen, daß in drei deutschen Weinen (unter anderem aus dem Jahrgang 1983) Diethylenglykol-Werte unter 0,2 Gramm pro Liter festgestellt worden seien.

Der hiesige Verbraucherschutzbund, der für alle aufgeschreckten Weintrinker ein Beratungstelefon eröffnet hat, warnt hingegen bereits offen vor dem Konsum deutscher Weine. „Lassen Sie die Flaschen vorerst lieber im Keller liegen", empfehlen die dortigen „Wein-Berater" den verunsicherten Anrufern. Die meisten überregionalen Tageszeitungen brachten die Nachricht: „Frostschutz *jetzt auch im deutschen Wein" gestern* auf Seite eins, so daß man inzwi*schen davon ausgehen kann, daß* auch auf den Ruf des deutschen Weines in den Niederlanden – allein in den letzten fünf Monaten lieferten deutsche Winzer rund 14 Millionen Liter nach Holland – ein dunkler Schatten gefallen ist.

Sollten die noch kommenden Untersuchungen die bisherigen Ergebnisse aus Rotterdam tatsächlich bestätigen oder gar noch mit neuen Diäthylenglycol-Funden anreichern, dann könnte den deutschen Winzern hier das gleiche Fiasko drohen, wie es die österreichischen Weinbauern gerade in der Bundesrepublik Deutschland erleben müssen – der völlige Zusammenbruch ihres Exports.

hrk. Berlin

Ohne Echo in den „DDR"-Medien ist bisher ein Warn-Anruf des österreichischen Weinaufsichts-Chefs, Gerhard Szklenar, im Ostberliner Landwirtschaftsministerium geblieben: Seit dem vergangenen Freitag weiß man auch in der „DDR", daß sich unter den in Tanklastwagen *importierten Österreich-Weinen* vermutlich auch mit Frostschutzmitteln gesüßte Sorten befanden.

Dies stellte sich jetzt *in einem* Interview des Deutschlandfunk-Redakteurs Harald Kleinschmid mit dem Wiener Beamten heraus. Auf die Frage, ob gepanschter Wein auch in die „DDR" gelangt sei (sie ist der größte Ostblock-Importeur dieser Rebensäfte), antwortete der Leiter der Bundesweinaufsicht: Er habe am Freitag ein Gespräch mit einem Mitarbeiter im „DDR"-Landwirtschaftsministerium geführt und ihn gebeten, Minister Bruno Lietz (SED) auf die Situation hinzuweisen: „Ich habe im Einvernehmen mit meinem Herrn Bundesminister das Telefon zur Hand genommen und habe gesagt, wir treten hin, auch vor die „DDR", und sagen, *wir haben diese Probleme derzeit,* haben es aber im Griff, trotzdem sind wir aber bereit, aufrechten Hauptes hinzutreten und zu sagen ... Wir haben gute Handelsbeziehungen, bis jetzt ist nichts schiefgegangen ... Bitte schön, schaut halt vielleicht auch ein bisserl nach ..."

Die „DDR" bezog 1983 immerhin 108 000 Hektoliter Wein – in rund 40 Tanklastzügen – und im vorigen Jahr weitere 51 788 Hektoliter. Er wird drüben unter dem Phantasienamen „Guntramskirchner Goldkäfer" ausschließlich in den teuren staatlichen „Delikat"-Läden für knapp 20 Mark (Ost) pro Flasche verkauft. „Der lose österreichische Wein ist billiger Verschnitt und wird in der ‚DDR' nochmals verschnitten und abgefüllt", erklärte Handelsattaché Monika Maicen von der Österreichischen Handelsvertretung in Ost-Berlin der WELT schon am Freitag auf Anfrage.

Zu diesem Zeitpunkt war jedoch offenbar der Anruf aus dem Wiener Landwirtschaftsministerium in der Vertretung noch nicht bekannt. Die *„DDR"-Seite hatte sich bis dahin* trotz der westlichen Skandal-Berichte noch nicht an die Handelsvertretung gewandt: „Aber ich kann mir vorstellen, daß dies aufgrund der Fernsehberichte aus dem Westen nicht spurlos an den ‚DDR'-Kunden vorübergeht", sagte Frau Maicen.

Auch Partei- und Staatschef Erich Honecker zählt offenbar zu den Liebhabern der relativ „süßen" Weine mit dem rot-weiß-roten Band. Am Ende des Staatsbesuchs von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger im Oktober 1983 in der „DDR" wies er darauf hin, daß sein Land ein großer Abnehmer dieser Weine sei und fügte lachend hinzu: „Wir nehmen das alles gern."

Seite 2: Ja, Äthanol is guat ...

LEUTE HEUTE

Geburtstag in Westfalen

Seinen 104. Geburtstag feierte der ehemalige Bergmann **August Lemke** gestern in Halle (Kreis Gütersloh). Auch „sein" nordrhein-westfälischer Landesvater **Johannes Rau** versäumte nicht, ihm zu gratulieren.

Armenmutter in Wien

Aus Polen kommend traf die Ordensschwester und Friedensnobelpreisträgerin **Mutter Teresa** in Wien ein, wo sie ein Obdachlosenheim besuchte, das sie selbst gegründet hat.



Als nächstes will die „Mutter der Armen", die seit 1946 vor allem in den Elendsvierteln indischer Städte wirkt, weiter in die Bundesrepublik Deutschland reisen.

Abitur in Ostfriesland

Sein schweres Hautleiden hinderte einen 18jährigen Gymnasiasten aus der Nähe von Trier immer wieder daran, regelmäßig die Schule zu besuchen. Jetzt, bei einem Kuraufenthalt an der Nordsee ging es ihm viel besser und die schmerzhaften Ekzeme bildeten sich zurück. Damit er sein Leiden heilen und doch noch das ersehnte Abitur erlangen kann, hat Niedersachsens Ministerpräsident **Ernst Albrecht** ihm jetzt zu einem Internatsplatz im ostfriesischen Esens verholfen.

Haben „Hacker" sogar Pentagon angezapft?

SAD, New York

Sieben Jugendliche, die jetzt im US-Bundestaat New Jersey verhaftet *worden sind, halten Pentagon,* Justizbehörden, Wissenschaftler und Telefongesellschaften in Atem. Den unter *18jährigen wird vorgeworfen, mit ih*ren persönlichen Computersystemen geheime Telefon- und Codenummern des US-Verteidigungsministeriums „angezapft" zu haben. Ihnen gelang es, kostenlose Telefongespräche zu führen, weil sie das Gerät der Telefongesellschaft entsprechend manipulierten.

Sie sollen mittels ihrer Computer und aus anderen Systemen gestohlener Daten und Codes angeblich sogar in der Lage gewesen sein, „die Position von Nachrichtensatelliten zu verändern", wodurch möglicherweise die „interkontinentale Kommunikation unterbrochen worden wäre", meinte der Staatsanwalt. Er wählte mit Hilfe eines der beschlagnahmten Computersysteme eine Telefonnummer an und hatte unversehens einen Generalleutnant im Pentagon am Telefon.

Der Vertreter der Anklage nannte die sieben „gemeine, kleine Diebe". Sie teilten ihre Erkenntnisse, wie man sich Kreditkartennummern beschafft und damit Einkäufe tätigt, mehr als 500 Computer-Besitzern in den USA mit. Mit Hilfe von Kreditkartennummern bestellten die Jugendlichen Radios oder Fernseher. Sie ließen die Geräte dann an kurzfristig eingerichtete Postfachadressen schicken, die nach Empfang der Ware sofort wieder aufgelöst wurden. Die Rechnungen der bestellten Güter gingen an die Besitzer der Karten. Wenn die gegen sie erhobenen Vorwürfe zutreffen, ist den sieben, die mit Tarnnamen wie Beowulf und Vampir arbeiteten, *Genialität nicht abzusprechen.*

WETTER: Warm und trocken

Wetterlage: Ein Hoch über Deutschland bestimmt das Wetter. Nachmittags greift ein Frontensystem auf den Norden und Westen Deutschlands über.



Stationen: 12 bedeckt. West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, soll. ≡ Nebel ● Sprühregen ● Regen * Schneefall ▽ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb–750mm)

Vorhersage für Donnerstag:

Im Nordwesten anfangs sonnig, im Tagesverlauf zunehmend bewölkt, aber nur gelegentlich etwas Regen. Temperaturen über 24, nachts um 14 Grad. Mäßiger Südwestwind. Im übrigen Bundesgebiet überwiegend sonnig und trocken, Temperaturen *bis 27 Grad* ansteigend, nachts um 14 Grad. Schwacher Wind aus Süd.

Weitere Aussichten:

Im Norden einzelne Schauer, um 22, im Süden heiter und trocken, um 25 Grad.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	20°	Kairo	31°
Bonn	19°	Kopenh.	19°
Dresden	20°	Las Palmas	23°
Essen	18°	London	17°
Frankfurt	22°	Madrid	27°
Hamburg	18°	Mailand	23°
List/Sylt	17°	Mallorca	30°
München	21°	Moskau	23°
Stuttgart	22°	Nizza	27°
Algier	27°	Oslo	17°
Amsterdam	19°	Paris	21°
Athen	32°	Prag	18°
Barcelona	27°	Rom	30°
Brüssel	20°	Stockholm	14°
Budapest	28°	Tel Aviv	30°
Bukarest	29°	Tunis	31°
Helsinki	16°	Wien	22°
Istanbul	28°	Zürich	23°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.28 Uhr, Untergang: 21.28 Uhr; **Mondaufgang:** 6.34 Uhr, Untergang: 22.53 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Was in China so alles im Kochkessel verschwindet

ANDREAS THEYSSEN, München

Chinesen im Ausland mochten die Hiobsbotschaft aus der Heimat nicht so recht glauben, wonach die reichhaltige Palette chinesischer Spezialitäten künftig um das Menü „Ratte süßsauer" bereichert werden soll. Und so argwöhnte die Studentin Zhang Weina in Aachen: „Das hat die Presse bestimmt aufgebauscht."

Abstrus ist der Aufruf zur Rattenvertilgung keineswegs; die Hatz auf ungeliebte Tiere hat im nachrevolutionären China Tradition. Während der Kulturrevolution bliesen Rotgardisten zum Halali auf Spatzen und Hunde, die angeblich Krankheiten übertragen sollten. Allen Bazillen zum Trotz landete nach den Hetzjagden, zu denen ganze Stadtviertel mobilisiert wurden, so mancher Hund im „wok", dem traditionellen chinesischen Kochkessel.

Kein Zweifel: Mit der chinesischen Eßkultur geht es bergab. Es sind jedoch nicht Ratten oder Hunde, die den guten kulinarischen Ruf lädieren; schließlich zählen Vogelnester, Hühnerfüße und Schlangen zum festen Bestandteil (zumindest süd-)chinesischer Speisekarten. Es sind Partei und Verwaltung, Ausländer und die wachsende Begeisterung der Chinesen für alles Westliche, die der Kochkunst im Reich der Mitte allmählich den Garaus machen.

Hu Yaobang, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, läutete Ende vergangenen Jahres die zweite Kulturrevolution ein. Er wollte den Landsleuten ihr liebstes Eßutensil aus der Hand nehmen – die „kuaizi", die hölzernen Eßstäbchen. Ihm mißfiel, daß die Chinesen beim gemeinsamen Mahl munter mit ihren Stäbchen in die Eßnäpfe langen. Er fürchtete ansteckende Krankheiten. Damit das Volk ohne „kuaizi" nicht von der Hand in den Mund leben muß, riet Hu: „Wir sollten mehr Messer und Gabeln bereitstellen, um chinesische Nahrung auf westliche Weise zu essen."

Der Parteichef rannte offene Türen ein. Wieder einmal waren es die jungen Chinesen, die dem Ruf der Kulturrevolution bereitwillig folgten. Hatte doch gerade erst in Peking das „Yili" Fastfood-Restaurant eröffnet, in dem es – ganz westlich – Hamburger mit Ketchup gibt. Trotz hoher Preise drängten Jugendliche an die Verkaufstresen, Dutzende weiterer Imbisse machten auf. Und um Pekings „Beida"-Universität sitzen junge Chinesen beim „westlichen" Mahl, Messer und Gabel neben sich.

Essen wie ein „wai guo ren", wie ein Ausländer, ist für die Chinesen erstmals erschwinglich geworden. Zwar hatte Modezar Pierre Cardin schon vor drei Jahren sein Nobelrestaurant „Maxim's" in Peking eröffnen dürfen, aber 130 Yüan (zwei Monatslöhne) für das billigste Menü können nur ausländische Diplomaten zahlen. Cardin hatte das finanzielle *Nachsehen: Er backt nun kleine* Brötchen. Vor kurzem eröffnete er in Peking eine französische Backstube. *Motto:* Die Frühlingsrolle ist tot, es lebe das Croissant.

Frische Zutaten, die ihren ursprünglichen Geschmack durch kurzes Anbraten im „wok" behalten – das schätzen Gourmets an der chinesischen Cuisine. Besser gesagt, schätzten, denn Preissteigerungen bis zu 400 Prozent etwa für Fisch lassen die Chinesen zu billigen Konserven greifen. Die Folge: Chinas Küche nähert sich dem mittelmäßigen Standard deutscher Chinarestaurants.

Coca-Cola und ausländisches Bier werden eingeschenkt – und die Deutschen schwimmen auf dieser Welle ganz oben mit. Sie steigerten ihre Chinaexporte in nur zwei Jahren um 270 Prozent; die Münchner Paulaner Brauerei plant eine Sudstätte für 80 Millionen Mark in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen. 300 000 Hektoliter Bier, *gebraut nach dem Reinheitsgebot,* sollen pro Jahr von dort aus in chinesische Kehlen fließen. *Die Münchner Konkurrenz* „Spaten" will jährlich sogar 500 000 Hektoliter produzieren. Allerdings machten die *Spatenbrauer Konzessionen.* Ihr Bier wird nicht Hopfen und Malz, sondern Hopfen und Reis enthalten.

Die Chinesen haben die Zeichen der Zeit erkannt. Harmonie, Kontrast und Akzent, einst Prinzipien kulinarischen Könnens, sind nicht mehr gefragt; weder beim Zubereiten noch beim Zusichnehmen. Einige hundert Wirtschaftsfunktionäre lieferten kürzlich bei einem Büfett in Shanghai den Beweis. Sie warteten *die offizielle* Freigabe der Delikatessen nicht ab, klagte die Zeitung „Jiefang Ribao", aßen den *größten Teil auf der* Stelle auf und stopften den Rest in Plastiktüten. Wie sagte schon Konfuzius: „Die Freude *am* Essen ist das erste Glück."

ZU GUT[...]

„Am 5. Deze[...] nachten!" (Aus[...] ne von Ullstein

Neue Begriffe

Wb. – Eigentlich hat er schon ein wenig Patina angesetzt, zumindest aber ist er auf dem besten Wege, von der technischen Wirklichkeit überholt zu werden, der Begriff der „Nachrichtentechnik". Noch aber gilt er für 23 Millionen Telefon- und 156 000 Telexanschlüsse – eine ausreichende Basis, sollte man meinen.

„Sammelbegriff für Übertragung, Empfang, Umwandlung, Speicherung und Verarbeitung von Nachrichten", definiert das Lexikon von 1975. Doch der Computer, der per Akustik-Koppler (ein Gerät, das Digital-Signale in Töne umwandelt) und Telefonleitung seine Nachrichten definitionsgemäß an einen anderen weitergibt – ist er ein Gerät der Nachrichten- oder der Informationstechnik?

Oder die elektronische Speicherschreibmaschine, von der per Datenleitung ein ganzer Brief in Sekundenschnelle zu einer Hunderte von Kilometern entfernten zweiten Maschine expediert wird – gehört sie zur Nachrichten- oder zur Bürotechnik?

Das Fernsehgerät mit eingebautem Decoder schließlich, das über den Telefonanschluß den Zugriff auf den ganzen Informationsfundus des Bildschirmtextsystems erlaubt – ist es Nachrichtentechnik oder Unterhaltungselektronik?

Die Beispiele zeigen: Die technische Entwicklung zwingt zu neuen Definitionen. Der Verband der Elektroindustrie faßte bereits Nachrichten- und Computertechnik unter „Informations- und Kommunikationstechnik" in einer Fachgruppe zusammen. Das sagt mehr als jede Abhandlung.

Das Telefon ist tot – es lebe das Telefon

Basistechnologie – das wäre wohl das heutige Schlagwort für jene Erfindung, die Philipp Reis 1861 einer staunenden Öffentlichkeit präsentierte: das Telefon. Und tatsächlich hat sich diese Basis als äußerst stabil erwiesen: Seit Reis' Freund H. F. Peter seinen legendären Test-Satz „Das Pferd frißt keinen Gurkensalat", ins – nach heutigen Maßstäben gewiß primitive – Mikrofon sprach, hat sich am technischen Grundprinzip des In-die Ferne-Sprechens wenig geändert.

Zwar wurde das Grundgerät immer wieder verfeinert und verbessert, zum Beispiel sein Frequenzumfang erweitert, um wenigstens die Sprache einigermaßen natürlich klingend über die Leitung zu bringen. Hinzu kam auch eine zunehmend perfektere Wähl- und Vermittlungstechnik, die etliche Hundertschaften der „Fräuleins vom Amt" wieder brotlos machte. Und immer schicker ist das Telefon auch geworden.

Doch im Gehäuse und im Draht spielt sich immer noch dasselbe ab: Die Schallwellen der Sprache werden mit Hilfe des Mikrofons in elektrische Schwingungen umgewandelt, die ein genaues Abbild darstellen, also „analog" dem Schall verlaufen. Diese Schwingungen im Strom werden über eine Leitung geschickt und bewegen am anderen Ende das Gegenstück des Mikrofons, den Lautsprecher, der dann wieder Schallwellen abgibt.

So einfach das klingt, so gut funktioniert es (meistens) auch – bis heute. Und getreu dem „Das-war-schon-immer-so-Prinzip" aller großen Verwaltungen (zu denen auch die Telefon-Betreiber in aller Welt zählen) hätte es noch eine ganze Weile so weitergehen können. Doch in den letzten Jahren haben auch die Datenverarbeiter einen immer größeren Bedarf an Kommunikation entwickelt, Kommunikation freilich zwischen Computern.

Die aber sprechen eine eigene Sprache. Alle Vorgänge im Rechner und zwischen Rechnern werden über *elektrische Impulse* abgewickelt, quasi durch das Ein- und Ausschalten elektrischer Ströme. Auf der Basis dieser beiden Zustände lassen sich – in einem Zahlensystem, das auf der „2" statt auf der „10" aufbaut – auch große Zahlen und komplizierte Sachverhalte darstellen. Der überall sichtbare praktische Einsatz der Computer zeigt es.

Wegen der unterschiedlichen Form der Informationsübermittlung, „analog" hier und in Ziffern („digital") da, entstanden für die Datenübertragung zunächst eigene Netze, in der Bundesrepublik die „Datex"-Netze, die teilweise das ebenfalls digitale Telex-System mitnutzen. Künftig wird ihr Ausbau aber mit der Nachfrage kaum mehr Schritt halten können. Was lag also näher als der Gedanke, das größte Netz der Welt, das Telefonnetz, für die neuen Aufgaben mit einzuspannen?



Nostalgiegefühle sind nicht gefragt: Digitaltechnik ist zeitgerecht FOTO: TEUTOPRESS

Freilich: Das ist leichter gesagt als getan. Analoge und digitale Signale kreuz und quer durcheinander über dieselben Leitungen zu schicken, ist technisch nicht möglich. Eins von beiden muß sich also anpassen. Bei näherem Hinsehen erwies sich sehr schnell, daß auch dem Telefon der Umstieg auf die Digitaltechnik gar nicht so schlecht bekommen würde.

Der Grund: Im digitalen System wird nicht mehr das vollständige Abbild der Schallwellen übertragen, sondern eine Folge von Meßwerten, die in digitale Zahlen umgewandelt werden. Dabei genügt es dann, aus dem Schall nur einzelne „Proben" zu entnehmen. Geschieht das genügend oft – etwa 8000 Mal in der Sekunde –, so läßt sich das Ohr (wie das Auge beim 8-Millimeter-Film) täuschen: Der akustische Eindruck bei der Rückumwandlung in Schallwellen unterscheidet sich nicht mehr vom Original.

Wird das ganze per Elektronik auch noch straff „organisiert", so lassen sich die Lücken zwischen den Sprachproben mit den Meßwerten anderer Gespräche füllen. Durch diese Verschachtelung werden Hunderte von Gesprächen auf einer einzigen Leitung möglich. Für die Post, die Ähnliches (wenn auch in geringerer Dichte) bereits bei der Analogübertragung praktiziert hat, bedeutet das nicht zuletzt einen gewaltigen Kapazitätssprung.

Für das Telefon allerdings beginnt damit eine neue Ära. Denn die Erfindung der Herren Reis und (in den USA) Bell hat dann endgültig ausgedient. Der „ganz normale" Telefonbenutzer jedoch wird davon einstweilen noch nicht viel merken. Zum einen ist die Digitalisierung des Telefonnetzes ein Langfrist-Programm, das bis ins nächste Jahrtausend hineinreicht.

Zum anderen ändert sich am Standard-Telefonapparat äußerlich nur wenig, vor allem für jene, die an eine Tastatur schon gewöhnt sind. Oben hören, unten sprechen – das Verfahren bleibt das gleiche wie in den vergangenen hundert Jahren. Zudem will die Post keineswegs im ersten Anlauf sämtliche Telefon-Apparate austauschen. Mit entsprechenden Adaptern (in der Elektronik Schnittstellen genannt) sollen auch die analogen Apparate bis auf weiteres an digitalisierte Netzbereiche angeschlossen werden.

Die Änderungen „unter der Haube" der neuen Apparate versprechen allerdings einige Verbesserungen. So wird die Übertragungsqualität auch über weite Entfernungen fast HiFi-reif werden – auch die neuen Compact-Disc-Spieler nutzen die Technik der digitalen Tonumsetzung. Und die Annäherung der Telefon- an die Computertechnik verheißt auch den Einzug elektronischer „Intelligenz" in den guten alten Fernsprechapparat, sei es in Gestalt von Programmier- und Speichermöglichkeiten oder auch nur einer einfacheren Bedienung. Dem Einfallsreichtum der Industrie sind da kaum Grenzen gesetzt.

JOACHIM WEBER

Computer lachen selten

Menschliche Mimik und Sprache sind unersetzbar

Softwarekassette, Personal Computer, Terminals – das „Mobiliar" der modernen Elektronik beherrscht zunehmend die Arbeitswelt. Ein wachsender Teil des Informationsaustauschs auch über große Entfernungen wird mit Hilfe der Elektronik bewältigt. Schlagworte wie „elektronischer Briefkasten" (Direktübertragung vom Computer des Absenders zum Bildschirm des Adressaten) markieren den Trend.

In empfindsamen Gemütern mag eine bizarre Vision aufsteigen: Da sitzen hunderte Kilometer voneinander entfernt zwei Menschen vor ihren Bildschirmen und tippen sich gegenseitig die neuesten Witze zu. Und weil man sich weder sehen noch hören kann, wird auch das „Haha" noch per Computer übermittelt.

Doch die Befürchtung, daß der Mensch bald nur noch stumm vor seinem „Fenster zum Computer" sitzt und die menschlichste Form der Kommunikation, die Sprache, verlernt, ist unnötig.

Denn Zweck des Einsatzes elektronischer Übertragungswege und der zunehmenden Kommunikation zwischen Maschinen völlig ohne Zutun des Menschen ist es, ihn von der Bewältigung der immensen Informationsmengen zu entlasten, die nötig sind, um das Räderwerk von Wirtschaft, Gesellschaft und Technik am Laufen zu halten.

Für alle wichtigen Informationen aber, vor allem jene, bei deren Weitergabe es nicht nur um reine Fakten geht, sondern auch um subjektive Wertungen, bleibt die Sprache mit ihren feinen Nuancen, mit Zwischen- und Untertönen die einzig sinnvolle Kommunikationsebene. Deswegen wird sie auch auf lange Sicht die Verständigungsform Nummer eins bleiben.

Idealerweise findet die Kommunikation im direkten Kontakt statt – dann werden auch so wichtige Informationselemente wie Mienenspiel und Körpersprache vermittelt. Die Entwicklung der technischen Kommunikationsmittel kommt dem spezifisch menschlichen Mitteilungsbedürfnis entgegen.

So ist zum Beispiel der jahrzehntealte Traum vom Bildschirmtelefon durch die Breitbandtechnik in greifbare Nähe gerückt. Und die Video-Konferenz, gerade auf dem Weg vom Labor in die Praxis, schafft Gesprächs- und Gruppenbild-Kontakt zwischen New York und Frankfurt auch ohne kostspielige Reise.

Auch die Philosophie des neuen Super-Verbundnetzes ISDN (in dem Telefon, Daten-, Text- und Bildübertragung zusammengefaßt sein werden) gibt der Sprache erste Priorität. Schließlich soll in der Endphase des ISDN eben auch das Bildfernsprechen realisiert sein.

Der „Werkzeugkasten" der gar nicht mehr so fernen Zukunft enthält also etliche Chancen, die Verständigung zwischen Menschen auch auf größere Entfernungen spezifisch menschlich zu gestalten. Um diese Chancen zu verwirklichen, werden die Menschen die Weichen mit sehr viel Feingefühl stellen müssen – der Zug sollte nicht in die falsche Richtung gelenkt werden.

JOACHIM WEBER

Vandalismus kommt teuer zu stehen

Die Schäden an Telefonzellen und Münzfernsprechern wachsen von Jahr zu Jahr. Hatte die Post schon 1983 volle 16,3 Millionen Mark für die Reparatur der überwiegend mutwilligen Beschädigungen auszugeben, so waren es 1984 mit 17,3 Millionen noch einmal eine Million Mark mehr; hinzu kommt ein geschätzter Gebührenausfall von zweieinhalb Millionen Mark.

Auch die Häufigkeit der Schäden ist 1984 weiter gestiegen. War im Vorjahr mit 81 250 Zerstörungen schon ein Höhepunkt erreicht, so kam im vergangenen Jahr mit 94 560 Schäden noch ein rundes Sechstel hinzu. 15 500 (1983: 16 300) mal wurden die Glasscheiben der Telefonzellen zertrümmert, 7150 (6200) Telefonhörer wurden abgeschnitten und 2580 (3000) Geldbehälter gestohlen. 68 500 (55 000) mal wurden Wählscheiben oder Tastaturen funktionsunfähig gemacht. 340 (300) mal waren die Telefonapparate völlig unbrauchbar, 280 (300) mal kam es zu Totalschäden an Telefonhäuschen.

WR

SPRECHANLAGEN / Kostenersparnis durch Kurzgespräche – Kabelnetz vielseitig verwendbar

Das Motto lautet: Kampf dem Besetztzeichen

Auf Zehenspitzen betritt die Sekretärin das „Allerheiligste" und legt ihrem Chef, der gerade wieder oder immer noch telefoniert, einen Zettel auf den Tisch: „Herr Hausmann bittet um Rückruf unter Nummer 999999."

Die Situation ist alltäglich. Anrufer stoßen auf einen besetzten Anschluß, werden automatisch zur Sekretärin oder zur Telefonzentrale durchgestellt und hinterlassen ihren Rückrufwunsch. Die Folgen:

- Der Anrufer vergeudet seine Zeit und ist nach mehreren Malen – die auch mehrfache Gebühren kosten – verärgert.
- Auch der Angerufene braucht zusätzliche Zeit für die Anwahl der Rückruf-Nummer.
- Die Gebühren, die bei Erfolg im ersten Anlauf zu Lasten des Anrufers gegangen wären, fallen bei Ortsgesprächen ein zweites Mal auch beim Rückrufer an, bei Ferngesprächen bleibt sogar der Löwenanteil bei ihm hängen. Was auf diese Weise jährlich an Rückruf-Gebühren – von den Kosten für Zeitverluste ganz zu schweigen – entsteht, läßt sich nur ahnen.

Der Verursacher dieser Zusatz-Kosten läßt sich statistisch dingfest machen: Zwei von drei Telefonaten dienen der innerbetrieblichen Verständigung.

Nach einer Studie, die die Darmstädter Refa im Auftrag der Arbeitsgruppe Sprechanlagen im ZVEI (Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie) erarbeitet hat, dauert jedes interne Telefonat im Schnitt eineinhalb Minuten.

Hier haken die Sprechanlagen-Hersteller gleich zweifach ein. Zum einen unterstreichen sie die Wirkung der Telefonate im Hause auf Rückrufkosten, Wartezeiten und womöglich Wege, die statt des geplanten Telefonats schließlich anfallen. Zum anderen können sie dank Refa auf die kostensparende Disziplinierung hinweisen, die offenbar von ihren eigenen Produkten, den Sprechanlagen, ausgeht: Hier dauert jeder Kontakt im Schnitt nur 23 Sekunden, also kaum ein Sechstel des entsprechenden Telefonats.

Ein Teil der Ersparnis dürfte wirklich auf den Faktor Psychologie entfallen: Das Gespräch per Lautsprecher scheint zu knappem und präzisem Ausdruck zu zwingen; Begrüßungs- und Abschiedsfloskeln halten sich in Grenzen. Aber auch der Umstand, daß der Anrufer sofort sprechen kann, ohne auf den Griff des Partners zum Hörer warten zu müssen, spart wichtige Sekunden. Und der Angerufene schließlich braucht seine Arbeit nicht zu unterbrechen, sondern kann aus dem Stand antworten.

Das Fazit der Sprechanlagen-Hersteller, als Empfehlung natürlich nicht ganz ohne Eigennutz formuliert, scheint nach all dem natürlich einleuchtend: „Externe Gespräche werden über den Fernsprecher geführt, innerbetriebliche über die Sprechanlage."

Ein kleiner Makel der Lautsprecher-Kästchen wird dabei nicht verschwiegen: Sie benötigen ein eigenes Netz und pro Anschluß zwei Leitungen mehr als das Telefon. Nur bei kleineren Anlagen ist der Betrieb direkt über das Stromnetz, also die nächstgelegene Steckdose, möglich. Die zusätzliche Installation bietet bei Bedarf aber auch einiges an zusätzlichem Nutzen. So läßt sie sich mit Funkanlagen koppeln, kann zur Steuerung von Sicherheitseinrichtungen wie Zutrittskontrollen, Störmeldern, oder auch Überwachungsanlagen eingesetzt werden und gestattet außerdem noch den Anschluß etlicher Peripheriegeräte wie Bildschirme oder Fernschalteinheiten. Weithin gebräuchlich ist auch die Verbindung von Sprechanlagen mit Personenrufanlagen.

Begonnen hat die Karriere der handlichen Schreibtisch-Geräte vor genau 50 Jahren in Skandinavien. Der Erstling war ein mit Mikrophon und Lautsprecher ausgestattetes Wechselsprechgerät der Marke „Centrum".

Die etwas unbequemen Wechselsprech-Geräte, bei denen stets zwischen den Funktionen „Sprechen" und „Hören" hin- und hergeschaltet werden mußte, sind freilich im professionellen Bereich inzwischen weitgehend von Gegensprechanlagen abgelöst worden, die dem Benutzer beides gleichzeitig erlauben.

CLAUDIUS DRESSLER

EUROSIGNAL / Alternative zum Autotelefon

Kleiner Piep ganz groß

Ende Mai war es soweit: Die Deutsche Bundespost konnte ihren 100 000. Europiepser feiern. Der Kosename hat mit Ornithologie wenig zu tun, er gilt vielmehr für ein kleines Kunststoffkästchen etwa in der Größe von zwei Zigarettenschachteln, randvoll mit komprimierter Elektronik. Und etwas offizieller heißt das Gerät Eurosignalempfänger.

So oder so ist es mit dem „Euro" noch nicht so weit her: Einstweilen funktioniert das Kästchen – wie so viele andere „Euros" auch – nur in der Bundesrepublik und in Frankreich. Das ist immerhin eine ganz ansehnliche Fläche, bedenkt man, daß der „Europäische Funkrufdienst" (in dem der Piepser ein wesentlicher Bestandteil ist) im Grunde eine riesige drahtlose Personenrufanlage darstellt, vergleichbar jenen kleineren Ausgaben in Betrieben, auf Messen oder in Krankenhäusern.

Wer den Empfänger mit sich herumträgt, ist überall innerhalb des genannten Reviers erreichbar. Anders als beispielsweise beim Autotelefon kann er allerdings nur den Piepston empfangen – die Antwort ist dann von der nächstgelegenen Telefonzelle aus möglich. Da jedes Gerät aber mit bis zu vier Rufnummern belegt werden kann, ist schon eine gewisse Differenzierung möglich.

Sie muß lediglich vorher vereinbart sein, zum Beispiel „Nummer 1: Zu Hause anrufen, Nummer 3: Großkunden XY anrufen, Nummer 4: Sofort zurückkehren". Jede der vier Rufnummern hat sechs Stellen. Wer sie erreichen will, kann von jedem Telefon aus die Kennzahl einer der drei deutschen Funkrufzentralen und dann die Nummer selbst anwählen. Ein Piepton und ein Lämpchen – bei modernen Geräten eine Digitalanzeige – signalisiert dem Empfänger, welcher Kanal gemeint ist.

Die Kosten des Europiepsers machen ihn zum Autotelefon des kleinen Mannes: Zur Anschaffung für runde zweitausend Mark (komplett mit Netzteil, Autohalterung etc.) kommt eine einmalige Abnahmegebühr der Post von 50 Mark, die Monatsgebühren liegen bei 35 Mark für die erste und je 20 Mark für alle folgenden Nummern.

cwd

ISDN / Das geschlossene Kommunikationsnetz kostet die Post dreistellige Milliardenbeträge

Die digitale Zukunft hat schon begonnen

Die einen *rühmen die Post, daß sie* ausnahmsweise wirklich einmal die Nase vorn hat, und das sogar weltweit. Den anderen – allen voran Heinz Nixdorf – geht es immer noch nicht schnell genug mit jenem Superprojekt, das unter dem Kürzel ISDN (für: Integrated Services Digital Network, auf Postdeutsch: dienstintegriertes Digitalnetz) bislang *nur* Eingeweihte in freudige Erregung versetzt: der *Digitalisierung* des *Telefonnetzes* und seine Zusammenführung mit den anderen Postnetzen wie Datex (Datenfernübertragung), Telex und schließlich auch Breitbandkabelnetz.

Umzurüsten sind 500 Fern- und mehr als 6000 Ortsvermittlungsstellen sowie die Übertragungsstrecken zwischen ihnen. Die Investitionen für das Gesamtvorhaben werden derzeit auf mehr als 200 Milliarden Mark geschätzt. Kein Wunder also, daß die Post den Zeitraum zur vollständigen Umstellung etwa bis zum Jahr 2020 veranschlagt. Die Industrie zeigte auf der Hannover-Messe im Frühjahr bereits ihre ersten ISDN-Anlagen für den „*privaten*" Gebrauch, Nebenstellen-Anlagen für Unternehmen und Verwaltungen nämlich, die die Vorteile des Digitalnetzes im internen Betrieb schon vorzeitig nutzbar machen sollen.

Die Philosophie des Gesamtsystems entspricht dem Bedürfnis nach geschlossenen Kommunikationsnetzen zwischen Computern und anderen Büromaschinen. Vor allem die bisherigen Telefonbauer (mit dem Computerhersteller Nixdorf als Hecht im Karpfenteich) bemühen sich hier schon um gute Startpositionen.

Die Veränderungen durch die Digitalisierung sind geradezu revolutionär. Denn die bisherige Kommunikationstechnik läßt manchen Wunsch offen: „Sprach-, Text- und Datenkommunikation lassen sich nur dann problemlos nutzen, wenn man nicht von einer Informationsart auf die andere überwechseln will", bemängelt Gerd Pajunk, beim Elektrokonzern Siemens – der sich in Sachen ISDN *ungewohnt offensiv zeigt* – verantwortlich für den Bereich der Privat- und Sonderkommunikationsnetze. „Wir sprechen hier von Medienbrüchen, die die Kommunikation im Büro sehr unproduktiv machen."

Die Lösung des Problems liegt darin, *allen Kommunikationsgeräten* eine gemeinsame Sprache beizubringen. Und was böte sich da eher an, als die modernste und (technisch) schnellste der Maschinensprachen, das bit-Geflüster des Computers. Der Rechner selbst und seine jüngste bürotechnische „Gefolgschaft", die elektronische Schreibmaschine – oder als Kommunikationsgerät: die Teletex-Schreibmaschine – beherrschen die Digitalsprache schon, Telefon und Telefax werden sie noch lernen müssen.

Damit wird dann aus den bisher separaten Geräten – die für die Hersteller auch eine bequem-saubere Trennung der Märkte bedeuteten – eine einzige Familie von Terminals (Endgeräten) ein und desselben Systems, des ISDN. Das Telefax wird zum Kopierterminal, das Telefon zum Sprachterminal und die geliebte „Glotze" zum Bildschirm-Terminal.

Mag der Nutzen des Ganzen auf den ersten Blick noch nicht so recht deutlich werden, so vergegenwärtige man sich den Integrations-Aspekt des ISDN in der Praxis. Da befindet sich an der Wand eine Steckdose, in die *heutzutage im Normalzustand das* Kabel des Telefonapparats eingestöpselt ist.

Nun benötigt der Sprößling der Familie für seinen Heimcomputer (und die *Hausaufgaben*) *dringend ein* spezielles Programm, das von einem *einschlägigen* Versender *angeboten* wird. Er nimmt seinen PC, schließt ihn ebenfalls an die Dose an und wählt den Anschluß des Lieferanten-Computers. Von kleinem zu großem Rechner wird in Direktverbindung das Programm geordert und ohne Wartezeit per Leitung überspielt. Die Rechnung läßt dann Eltern-Herzen höher schlagen.

Doch auch seiner Mutter nützt das neue System. Denn sie ist als Übersetzerin in Heimarbeit tätig. Ihre Texte schreibt sie auf einer kommunikationsfähigen Speicher-Schreibmaschine, die sich ebenfalls per Stecker ans ISDN-Netz anschließen läßt. So kann auch sie ihre Texte in Sekundenschnelle per Leitung in Empfang nehmen und genauso zügig die fertigen Arbeiten an ihre Kunden zurückschicken.

Freilich: Solche privaten Anwendungen des ISDN-Netzes sind noch Zukunftsmusik. Nutznießer des digitalisierten Supernetzes werden zunächst Unternehmen und Organisationen sein. Für sie ist ein Aspekt des ISDN von besonderem Interesse: Aus der einen Sprechverbindung werden *künftig* zwei leistungsfähige Nutzkanäle und ein Signalkanal – einfach deswegen, weil die heutigen Telefonleitungen so konzipiert sind. Für technisch Interessierte: Die Nutzkanäle arbeiten mit Übertragungsgeschwindigkeiten von 64 Kilobit pro Sekunde, der Signalkanal kommt auf 16 Kilobit. Zum Vergleich: Die heutige Datenfernübertragung arbeitet normalerweise mit 9,6 Kilobit.

Die guten alten Kupferdrähte, wie sie in jedem anständigen Bürogebäude nach Kilometern verlegt sind, versprechen also mehr als doppelten Nutzen. Denn auf den beiden neuen Verbindungen, die nach wie vor einen Anschluß (mit einer Nummer) bedeuten, kann simultan agiert werden.

Die Praxis: Herr Lehmann, Sachbearbeiter in der Auftragsbearbeitung, erhält einen Anruf von seinem Chef. Der möchte gerne wissen, zu welchem Preis und welchen Konditionen die Maschine Alpha dem Kunden XY angeboten worden ist. Noch während des Anrufs tippt Lehmann diese Angaben in sein Datenterminal und läßt sich per Knopfdruck die Auftragsunterlagen aus dem Zentralcomputer über dieselbe Telefonleitung auf seinen Bildschirm überspielen. Falls die Führung des Hauses selbst Einsicht nehmen möchte, wird der Bildschirminhalt über den einen Anschluß und die bestehende Verbindung gleich direkt aufs Chefterminal kopiert.

Auch *Konstruktionszeichnungen* können parallel zum Gespräch – und *wieder auf ein- und derselben Leitung* – auf dem Bildschirm erläutert werden. *Genausogut auch ist es möglich*, Vertragstexte aus dem Computer *abzurufen* und an die *Teletex*-Schreibmaschine im Chefsekretariat (unter der *Chef-Nummer zu erreichen*) zu senden, so daß die Direktion alles gleich schwarz auf weiß hat.

Der Vermittlungscomputer kann selbständig feststellen, ob das nötige Gerät an der angewählten Stelle überhaupt verfügbar ist. Bei Fehlanzeige (in unserem Fall, wenn keine Teletex-Maschine unter der Chef-*Nummer erreichbar ist*) *werden die* Alternativen geprüft. Ist ein anderes Gerät *ähnlicher Funktion (hier zum* Beispiel ein Telefax, der ebenfalls *schwarz auf weiß ausdruckt) vorhanden*, so wird die Information automatisch *auf dessen Modus umgesetzt* und dort ausgegeben.

Auch das eigentliche Telefon bekommt ein neues, „intelligentes" Leistungsspektrum. So gibt es eine Reihe von Funktionen, die sich individuell programmieren lassen werden, beispielsweise die Umleitung sämtlicher Anrufe zu demjenigen Apparat, unter welchem der Adressat gerade erreichbar ist. Eine andere Möglichkeit wäre es, bei besetztem Anschluß den Anruf automatisch zum Apparat desjenigen Kollegen weiterschalten zu lassen, der gleichfalls Auskunft geben kann.

Für die Betroffenen unter Umständen weniger angenehm sind die Möglichkeiten, Gebühren sehr genau zuzurechnen. Büroversionen des ISDN-Telefons sind sogar mit einem Schlitz für Magnetkarten versehen, *mit denen* die Inhaber bestimmter Berechtigungen (Ferngespräche, Auslandsgespräche) von jedem beliebigen Apparat im Haus telefonieren *können*, allerdings *nicht*, ohne sich auch die Gebühren persönlich auf*drücken zu lassen*.

Der Signalkanal, über den dieses Melde- und Zurechnungsverfahren abgewickelt wird, bietet noch mehr. Da gibt es zum Beispiel *eine* Funktion mit dem höflichen Namen „Anklopfen". *Ihr Inhalt*: Erhält jemand während eines Gesprächs einen zweiten Anruf, so wird ihm der von einer Flüssigkristallanzeige (ähnlich der des Taschenrechners) auf dem Telefon signalisiert. Abzulesen ist die Rufnummer des Anrufers oder – wenn im zentralen Vermittlungscomputer auch ein „elektronisches Telefonbuch" abgespeichert ist – sogar sein Name.

Das Knopfdruck-Telefonbuch gehört im übrigen auch zum Intelligenz-Angebot des künftigen Digital-Telefons. Der faszinierenden Möglichkeiten wird es dann viele geben – unter anderem auch, lediglich den Namen des gewünschten Partners ins Terminal einzutippen und die Ziffernwahl dem Rechner zu überlassen.

Digitalisierte Sprache läßt sich im Rechner speichern. Praktisch ergibt sich daraus die Möglichkeit, Nachrichten innerhalb des Systems zu hinterlassen. Diese Option dürfte aber bis auf weiteres noch einigermaßen kostspielig bleiben und auch nur in Nebenstellenanlagen verfügbar sein.

Was so alles in die neuen Geräte hineingepackt wird, das bleibt dem Erfindungsreichtum der Hersteller überlassen. Sicher ist: Der Phantasie der Konstrukteure sind kaum Grenzen gesetzt. Und da die traditionellen *Telefonbauer mit* dem Vehikel ISDN ebenso Zugang zur Welt der Büro- *und Informationstechnik suchen*, wie die Computer- und Büromaschinenbauer *darin einen Weg zur* Kommunikationstechnik sehen, wird es auf dem Markt der *nächsten Jahre* einigermaßen lebhaft zugehen.

JOACHIM WEBER



Anruf von Apparat Boettcher, signalisiert das neue Digitaltelefon dem Benutzer. FOTO: SIEMENS

	Altes System	ISDN
Telefon	typische „Telefon-Stimme"	gute Tonqualität auch auf große Entfernungen, Stereofähigkeit, Programmiermöglichkeiten wie Rufumleitung oder -weiterschaltung
Daten-übertragung	Übertragungsgeschwindigkeit 9,6 Kilobit/Sekunde	64 Kilobit/Sekunde
Telefax	Übertragungszeit für eine Seite DIN A4: 1–3 Minuten	1–10 Sekunden
Textübertragung (Teletex)	Übertragungszeit für eine Seite DIN A4: 10 Sekunden	1 Sekunde
Bildschirmtext	Übertragungsgeschwindigkeit 1200 bit/Sekunde	64 Kilobit (gut 65 000 bit/Sekunde)

GLASFASERTECHNIK / Zuerst für die Wirtschaftszentren geplant

Licht schafft neue Dimensionen

Von der Buschtrommel zum hohen technischen Standard unseres heutigen Telekommunikationssystems war es ein weiter Weg. *Nun gilt* es, den nächsten Schritt zu tun", hieß es fast satirisch in einer Broschüre der Deutschen Bundespost aus dem Jahre 1983. Der nächste Schritt – damit war der Wechsel vom Kupferkabel auf die Glasfaser gemeint.

Der Übergang vom Strom auf das Licht bedeutet einen erheblichen Sprung der nachrichtentechnischen Möglichkeiten. Übertragungsraten von mehreren hundert Millionen Zeichen (bit) pro Sekunde werden möglich – als Lichtimpulse durch gläserne Fasern von kaum mehr als der Stärke eines Menschenhaares gejagt. Die physikalische Leistungsfähigkeit der Glasfaser wird auf etwa das Zehntausendfache des Kupferkabels geschätzt. In der praktischen Anwendung hat sich die Post einstweilen aber auf Leistungssteigerungen um die Faktoren tausend bis viertausend beschränkt.

Noch befindet sich auch der Einsatz der Glasfaser in der Phase des „Feldversuchs". Da gibt es zum einen seit Ende 1983 den sogenannten Systemversuch BIGFON (für Breitbandiges Integriertes Glasfaser-Fernmeldeortsnetz) in sieben deutschen Städten: Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Nürnberg und Stuttgart. Mit 30 bis 50 Anschlüssen pro Ort werden *nicht nur* die technischen Möglichkeiten, sondern auch die Praxis ausgelotet.

Der nächste Schritt ist die Verbindung der Experimentierzentren durch Glasfaser-*Fernleitungen. Die* erste 160-Kilometer-Strecke von Hamburg *nach Hannover wurde* Ende 1984 eingeweiht. Bis 1987 soll ein bundesweites Netz *zur Verfügung* stehen. Von Hannover wird der *Hauptstrang weiter über Münster* und das Ruhrgebiet nach Düsseldorf, *dann nach Frankfurt, Stuttgart, München* und Nürnberg führen. Unschwer *ist dabei erkennbar, daß sich* die Linienführung an den wirtschaftlichen *Ballungszentren orientiert*. Zunächst, so lautet das Kalkül der Post, *werden es wohl in erster Linie Groß*unternehmen sein, die sich die speziellen *Vorteile der Glasfaser zunutze* machen wollen.

Für die Richtigkeit dieser Erwartung sprechen zwei Gründe:

- In der Anfangsphase, in der die Technik rund um die Glasfaser (das sind anspruchsvolle Geräte, die das Problem der Umwandlung elektronischer Signale in Lichtimpulse und retour sowie der Signalverstärkung auf „*freier Strecke*" zu bewältigen haben) bei kleinen Stückzahlen noch relativ teuer sein wird, dürfte der private Endverbraucher noch relativ geringes Interesse an elektronischem Spielzeug wie dem Bildschirm-Telefon zeigen; das Bildschirm-Telefon ist eine der mit der Glasfasertechnologie verbundenen Möglichkeiten.
- *Kostenwirtschaftliche Vorteile für* Großkunden jedoch bringt die neue *Übertragungstechnik beim Transport* sehr großer Informationsmengen. *Das ist bei der Datenfernübertragung* der Fall und eben auch im Falle des *kommerziell genutzten Bildtelefons* und seiner Gruppenvariante, der Video-Konferenz. *Gegenwärtig behilft* sich die Bundespost hier noch mit der *Nutzung bereits bestehender* Daten- und Telefonleitungen.

Auf längere Sicht aber rechnet die Post in der Wirtschaft mit einer wachsenden Nachfrage nach den Breitband-Diensten. Bis 1995 will sie sich auf rund eine Million Glasfaser-Anschlüsse einstellen. Wenn dann auch die Bauelemente für das Licht-Netz billiger werden, *soll auch der private* Haushalt allmählich Gefallen an den *neuen Möglichkeiten finden*.

HANS HEINRICH

Integral 222 und 333. Die ISDN-Kommunikations-maschinen von TN.

Boss bespricht Business

Franz faxt frische Fakten.

Tina tippt tadellos technische Tabellen.

Paul programmiert permanent Personaldaten.

Thea teletextet temperamentvoll Terminpläne.

Theo telefoniert trotzdem. Typisch.

Birgit benutzt besser Bildschirmtext.

Seit über 80 Jahren liefert TN Telefone und alles, was dazu gehört. Heute sind mehr als 3 Mio. TN-Telefone überall im Einsatz. Das ist unsere Kompetenz in Sachen Kommunikation.
Jetzt können Sie Integral 222 und 333 mieten oder kaufen, die digitalen ISDN-Kommunikationssysteme von TN für Sprache, Text, Daten und Bild. In allen Größen von 10–10.000 Nebenstellen mit dem entsprechenden Programm digitaler multifunktionaler Terminals.
So wird Ihr Telefonnetz jetzt schon zum universellen ISDN-inhouse-Netz für die ganze Bürokommunikation.
Und sobald die Post ISDN, das öffentliche, integrierte, digitale Netz zur Verfügung stellt, sind Sie dabei.
Integral 222 und 333 sind bereit zum Anschluß.



TELENORMA
Telefonbau und Normalzeit
eine gute Verbindung

Zentrale Frankfurt
Mainzer Landstraße 222–230
Postfach 19 04 20
6000 Frankfurt am Main 1
Telefon (0 69) 75 96-0
Ein Unternehmen der Bosch-Gruppe

TELETEX / Große Einsatzbreite durch internationale Normung

Der Ticker geht aufs Altenteil

Dem altvertrauten „Ticker" geht es – allmählich zwar, aber mit ziemlicher Sicherheit – an den Kragen. Mehr als ein halbes Jahrhundert hat er auf dem Buckel, gute 50 Jahre, in denen er sich in Deutschland (wo er 1933 seine Premiere feierte) wie kaum irgendwo anders auf der Erde die Bürowelt erobert hat.

Jeder zehnte der etwa 1,5 Millionen Telexanschlüsse in 204 Ländern rund um den Globus wird von der Deutschen Bundespost unterhalten. An den 156 000 Geräten verzeichnen die Vermittlungsstellen täglich rund 850 000 Telexverbindungen, davon 350 000 ins Ausland.

Trotz seiner Beliebtheit ist der Telex im Begriff, aufs Altenteil zu gehen. Der Grund entspricht alter Volksweisheit: Das Bessere ist des Guten Feind. „Teletex" heißt das Bessere in diesem Fall – im Klang nicht weit von Telex entfernt.

Teletex ist ein typisches Kind der modernen Elektronik, digital (also technisch dem Computer nahestehend) und schnell. Beim Vergleich der beiden Systeme gilt freilich, daß auch der Fernschreiber im Prinzip ein digitales Gerät ist – er arbeitet mit elektrischen Impulsen, quasi Ziffernkombinationen, in denen die einzelnen Zeichen (überwiegend Buchstaben) codiert sind.

Nur: Der Telex ist, wenigstens der Herkunft nach, ein elektromechanisches Gerät und entsprechend langsam. Zwar gibt es Enkel des Ur-Tikkers, die vollelektronisch funktionieren. Doch die Elektronik hat hier lediglich die Aufgabe, die Elektromechanik zu simulieren. Schließlich mußten alte und neue Geräte untereinander kompatibel sein.

Beim Teletex ist dieses Kunststück zwar auch gelungen – jedes Teletexgerät kann mit den 1,5 Millionen Fernschreibern in aller Welt kommunizieren. Doch diese Verträglichkeit ist nicht ins Gerät eingebaut, sondern in die Übertragungswege, ins Netz. Immerhin gilt es, die enormen Geschwindigkeitsunterschiede aufzufangen, die auch ein wesentliches Merkmal im Vergleich der beiden Dienste sind. Während der Telex mit einer Übertragungsrate von 400 Zeichen pro Minute – etwa so schnell wie eine sehr gute Schreibkraft – eine DIN-A-4-Seite in rund drei Minuten transportiert, kommt das Teletex-Gerät mit 18 000 Zeichen pro Minute auf eine Übertragungszeit von etwa zehn Sekunden pro Seite. Das illustriert das Konkurrenzverhältnis.

Ein zweiter für die Praxis wesentlicher Unterschied: Der Fernschreiber bietet nur eine begrenzte Palette von Zeichen; Teletex hingegen erlaubt, das volle Spektrum einer elektronischen Schreibmaschine zu nutzen: Das Alphabet in Groß- und Kleinschreibung, Ziffern und etliche nicht nur deutsche Sonderzeichen. Schließlich ist das ungleich kompliziertere Teletex wie Telex international normiert, und hierin sehen viele Insider die wichtigste Errungenschaft.

Der Bezug auf die Schreibmaschine entspricht der ursprünglichen Idee des Teletex. Schon 1978 forderte die „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK)" eine Kombination von Speicherschreibmaschine und Fernschreiber unter dem Arbeitstitel „Büroferschreiber". Wie in der Datenfernübertragung von Computer zu Computer sollte es möglich sein, auch die in der modernen Büroelektronik ohnehin digital verarbeiteten Texte per Leitung von Speicher zu Speicher zu befördern. Dieses Entwicklungsziel wurde erreicht. Daß die ersten Anbieter der kommunikationsfähigen elektronischen Schreibmaschinen neben dem Post-Hoflieferanten Siemens auch die Büromaschinenspezialisten Olympia, Triumph-Adler und Olivetti waren, zeigt deutlich die anfängliche Orientierung. Doch sehr schnell erkannten auch die Computerhersteller den Wert einer weltweiten Normung der elektronischen Kommunikation. (Sie ist in der Datenfernübertragung wegen egoistischer Unternehmensinteressen bis heute nicht zufriedenstellend gelungen). Schon 1984, zwei Jahre nach dem offiziellen Startschuß für den neuen Postdienst, hatten Computerproduzenten in der Liste der postalischen Zulassungen für Teletex-Geräte einen nennenswerten Anteil für sich verbucht. Spezielle Textcomputer (die inzwischen ohne Teletex-Option kaum mehr absetzbar sind), aber auch einfache Mikrocomputer sind dort zu finden.

Die Post ist vor allem aufgrund letztgenannter Entwicklung optimistisch, eine breite künftige Basis für den Telex-Nachfolger zu finden. Neben Erwartungen im Hinblick darauf, daß Teletex Eingang findet in die multifunktionalen EDV- und Kommunikationsterminals als künftiger Standardausrüstung des Büroarbeitsplatzes, hofft sie, daß private Mikrocomputerbenutzer sich ins Teletex-Netz einklinken werden.

Eine Zahl von zwei Millionen Anschlüssen im Jahr 2000 wird dabei nicht als illusorisch angesehen. Wichtigste sichtbare Ergänzung wird bis dahin die Kombination mit dem Bild- und Grafik-Übertragungsmöglichkeiten des heutigen Telefax (Fernkopierer) sein. Prototypen solcher Geräte sollen ab 1988 getestet werden.

Schon 1986 aber wird der alte Tikker seinen letzten Vorsprung verlieren. Dann nämlich soll auch Teletex „dialogfähig" werden und das muntere Hin und Her von Frage und Antwort in einer einmal aufgebauten Verbindung erlauben. J.H.H.

MELDUNGEN

Anrufbare Telefonzellen noch bis 1987 nur als Test

Frankfurt (DW) – Mit der Inbetriebnahme von weiteren 283 anrufbaren Telefonzellen bis Mitte dieses Jahres ist die Zahl dieser öffentlichen Zellen bundesweit nunmehr auf mehr als 600 Apparate in 49 Orten gestiegen. Erst mit diesem zweiten Installationsschub ist der Feldversuch nach Auskunft des Bundespostministeriums in seine „erweiterte Phase" getreten. Er werde bis Mitte 1987 fortgeführt. Frühestens zu diesem Zeitpunkt sei, ließ das Bonner Ministerium erklären, mit einer Entscheidung über die generelle Einführung dieses Postdienstes zu rechnen. Der Versuch hatte im Jahre 1981 in Frankfurt mit der Installation von zunächst 42 anwählbaren Münzfernsprechern begonnen und wurde 1983 auf das Bundesgebiet ausgedehnt.

Auch im Auto digital

Nürnberg (twk) – Auch der Mobilfunk, besser bekannt als Autotelefon, wird in die Bemühungen um die Digitalisierung der Fernmeldedienste einbezogen. Mit einem 1986 angesetzten, auf sechs Monate befristeten Versuch werden bis Mitte kommenden Jahres im Fernmeldetechnischen Zentralamt Darmstadt zwei Prototypen digitalisierter Autotelefone getestet; zugleich unterzieht auch die französische Postverwaltung PTT zwei Modelle eigenen Erprobungen. In Deutschland liefern die ANT Nachrichtentechnik sowie Philips die Anlagen. Deutsche Firmen, nämlich AEG und SEL, sind auch an einem der beiden Konsortien des Nachbarlandes beteiligt. Bundespost und PTT verwenden die Ergebnisse als Grundlage ihrer Vorschläge für die Standardisierung eines gesamteuropäischen Autotelefon-Systems. Es soll bis Ende dieses Jahrzehnts als Funktelefonnetz D das im Herbst des laufenden Jahres probeweise eingeführte Funktelefonnetz C ersetzen. Bei diesem arbeiten die Richtfunkstrecken noch auf abhörsicherer, aber analoger Basis, während das System D vollkommen digitalisiert sein wird.

Tele-Kommission

Bonn (DW) – Eine „Regierungskommission Fernmeldewesen", bestehend aus klingenden Namen der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, ist von der Bundespost ins Leben gerufen worden. Sie soll zwei Jahre darauf verwenden, die Optimierung der Innovationsförderung, die Sicherung des Wettbewerbs auf dem Telekommunikationsmarkt und die Berücksichtigung der internationalen Normierung den zu erwartenden Technologieschüben anzupassen. Die Kosten der Kommissionsarbeit für die Post werden mit rund 2,7 Millionen Mark angesetzt.

Neues Seekabel

Darmstadt (DW) – Obwohl der Fernmelde-Weitverkehr sich zu einem guten Teil auf die Satelliten-Kommunikation verlagert hat, ist auch hier der Kabelbetrieb keineswegs „tot". So beteiligen sich unter anderem Frankreich, Singapur, Saudi-Arabien, Indonesien und Großbritannien an einem Seekabelprojekt, das mit einer Gesamtlänge von fast 13 000 Kilometern von Marseille nach Singapur reichen soll. Die Gesamtkosten: Rund 1,2 Milliarden Mark.

ITU 120 Jahre

Genf (J.H.H.) – Die „International Telecommunications Union" (ITU), die – heute den Vereinten Nationen zugeordnete – Agentur für Fernmeldeverbindungen, feiert in diesem Jahr ihr 120jähriges Jubiläum. Die ITU sieht ihre Geburtsstunde in der Unterzeichnung des Internationalen Telegraphie-Abkommens am 17. Mai 1865. Auf „gemeinsame Geschäftsbedingungen" einschließlich des Morse-Apparats als internationales Telegraphie-Gerät einigten sich damals 21 europäische Staaten, darunter Frankreich, die Schweiz, die Türkei, Schweden und Griechenland, sowie sechs deutsche Signatare: Baden, Bayern, Hamburg, Hannover, Sachsen und Württemberg.

Direktwahl

Bonn (CD) – Während bereits über digitale Netze diskutiert wird, sind noch längst nicht alle Staaten der Erde im einfachen Selbstwählverkehr erreichbar. Immerhin: Nach Zuschaltung von 22 weiteren Ländern lassen sich jetzt von Deutschland aus 137 nationale Netze direkt anwählen.

VIDEO-KONFERENZ / Erprobung bei Bundespost und Großkonzernen

Bildschirm ersetzt Dienstreise

Sir John H. Harvey-Jones, Chef des britischen Chemiekonzerns ICI, begrüßte seine Gäste: „Und über diese Höllenmaschine heiße ich auch die Journalisten und unsere Geschäftsfreunde in Paris und Frankfurt herzlich willkommen." Die „Höllenmaschine" funktionierte: Per Bildschirm-Projektion wurde Harvey-Jones (einschließlich der von ihm so geschätzten King-Size-Krawatte mit markantem Muster) an beiden Orten in Überlebensgröße und in Farbe auf Leinwänden sichtbar. Lautsprecher übertrugen den Ton.

Das muntere Happening, das sogar hartgesottene britische Manager zu einer aufgeregten Miene verhalf, war ein Versuch. Die aufwendigen London-Reisen zur alljährlichen Bilanz-Pressekonferenz des Konzerns sollten durch eine Video-Konferenz abgelöst werden. Die erhofften Wirkungen: Per Saldo geringere Kosten und Zeiteinsparungen für die Gäste.

Wie ICI testen derzeit etliche andere Unternehmen diese Möglichkeit, konzern-interne Reisekosten und -zeiten in den Griff zu bekommen. Ein prominentes und auch sehr frühzeitiges Beispiel gaben die Kölner Fordwerke, die ihre Fahrzeuge in engem Verbund mit den britischen Schwesterwerken konstruieren.

Weil die Konstrukteure von beiden Seiten des Kanals im Laufe der Zeit häufiger auf Flughäfen und in Flugzeugen anzutreffen waren als in ihren Konstruktionsbüros, richteten sie sich für eine halbe Million Mark einen eigenen Videokonferenzraum ein. Und wie aus Köln zu hören ist, hat sich der Einsatz bezahlt gemacht. Die in der Summe immensen und damit auch kostspieligen Reisezeiten konnten reduziert werden, ohne daß die wichtigen Elemente des direkten Kontaktes verlorengingen. Auch per Kamera und Bildschirm nämlich kann man sich Zeichnungen oder fertige Autoteile zeigen und auf neuralgische Stellen hinweisen.

Inzwischen muß, wer das Video-Spiel lediglich einmal testen oder es nur gelegentlich benutzen möchte, gar nicht mehr so tief in die Tasche greifen. In mehreren deutschen Großstädten hat die Bundespost öffentliche Video-Konferenzräume eingerichtet, die gegen Gebühr zur Verfügung stehen.

Die Post, die eigene Erfahrungen schon seit 1980 im Verkehr zwischen dem Fernmeldetechnischen Zentralamt in Darmstadt und dem Bonner Ministerium gesammelt hat (mit immerhin 590 Video-Konferenzen), hält den Reiseersatz auch innerhalb Deutschlands für sinnvoll. Es sei ein Anachronismus, so war aus Bonn zu hören, wenn teure Spitzenkräfte ganze Tage für An- und Abreise verlören, nur um an einstündigen Besprechungen teilzunehmen.

Recht so. Doch auch die muntere Bildschirm-Unterhaltung gibt es nicht umsonst. Denn die Bewegtbild-Übertragung, also jenes Element, das die Video-Konferenz vom einfachen Telefongespräch unterscheidet, erfordert einiges an verdrahteter Kapazität, ein Äquivalent von etwa 30 Fernsprechleitungen. So setzt die Post derzeit etwa 800 Mark je Konferenz-Stunde an.

Doch auch hier versprechen neue Techniken Erleichterung. So wird auf elektronischem Wege die Menge der zu übertragenden Bilddaten reduziert. Der Trick ist (oder klingt zumindest) einfach: Übertragen wird nur noch, was sich tatsächlich verändert, also bewegt. Alles andere bleibt bis zur nächsten Änderung gespeichert. Außerdem werden gleich aussehende benachbarte Bildpunkte zu Informationspaketen verbunden.

Auf diese Weise verringert sich die Menge von Signalen, die pro Sekunde zu senden sind, vom Mehrmillionen- in den Zehntausenderbereich. Lediglich ein Totalschwenk könnte zu „Schluckbeschwerden" führen. Einer Video-Konferenz dürften solche Störungen, im Gegensatz zum Krimi, freilich keinen Abbruch tun.

Noch ist das Bildschirm-Treffen im Versuchsstadium. Doch es spricht vieles dafür, daß sich diese Form der Langstreckenkommunikation über kurz oder lang durchsetzt. Die Entwicklung wird um so schneller laufen, je steiler die Reisekosten steigen und je kostengünstiger die Videokonferenzen werden. Wenig wahrscheinlich jedoch erscheint, daß sie den unmittelbaren persönlichen Kontakt zwischen den Betroffenen zur Gänze ablösen. Wb.